

No. 21524

MULTILATERAL

Convention for the establishment of a European Space Agency (with annexes and final act). Concluded at Paris on 30 May 1975

Authentic texts: German, English, Spanish, French, Italian, Dutch and Swedish.

Registered by France on 18 January 1983.

MULTILATÉRAL

Convention portant création d'une agence spatiale européenne (avec annexes et acte final). Conclue à Paris le 30 mai 1975

Textes authentiques : allemand, anglais, espagnol, français, italien, néerlandais et suédois.

Enregistrée par la France le 18 janvier 1983.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ÜBEREINKOMMEN ZUR GRÜNDUNG EINER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens,

Von der Erwägung geleitet, dass der im Bereich der Weltraumtätigkeiten, notwendige personelle, technische und finanzielle Aufwand die Möglichkeiten der einzelnen europäischen Staaten übersteigt;

Gestützt auf die von der Europäischen Weltraumkonferenz am 20. Dezember 1972 angenommene und von der Europäischen Weltraumkonferenz am 31. Juli 1973 bestätigte Entschliessung, mit der beschlossen wurde, aus der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern eine neue Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation zu bilden und danach zu streben, die europäischen nationalen Weltraumprogramme so weitgehend und so rasch wie möglich und sinnvoll in ein europäisches Weltraumprogramm zu integrieren;

In dem Wunsch, die europäische Zusammenarbeit für ausschliesslich friedliche Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme fortzuführen und zu verstärken;

In dem Wunsch, zur Erreichung dieser Ziele eine einzige europäische Weltraumorganisation zu gründen, um die Wirksamkeit der gesamten europäischen Weltraumanstrengungen durch bessere Nutzung der derzeit für den Weltraum aufgewendeten Mittel zu erhöhen, und ein europäisches Weltraumprogramm für ausschliesslich friedliche Zwecke aufzustellen;

Sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I. GRÜNDUNG DER ORGANISATION

1. Hiermit wird eine europäische Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation gegründet; sie wird im folgenden als «Organisation» bezeichnet.

2. Mitglieder der Organisation, im folgenden als «Mitgliedstaaten» bezeichnet, sind die Staaten, die nach den Artikeln XX und XXII Vertragsparteien dieses Übereinkommens sind.

3. Alle Mitgliedstaaten beteiligen sich an den in Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* aufgeführten obligatorischen Tätigkeiten und leisten einen Beitrag zu den in Anlage II genannten fest zugeordneten gemeinsamen Kosten der Organisation.

4. Der Sitz der Organisation befindet sich im Raum Paris.

Artikel II. ZWECK

Zweck der Organisation ist es, die Zusammenarbeit europäischer Staaten für ausschliesslich friedliche Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen im Hinblick auf deren Nutzung für die Wissenschaft und für operationelle Weltraumanwendungssysteme sicherzustellen und zu entwickeln,

- a. indem sie eine langfristige europäische Weltraumpolitik ausarbeitet und durchführt, den Mitgliedstaaten Weltraumzielsetzungen empfiehlt und die Politik der Mitgliedstaaten in bezug auf andere nationale und internationale Organisationen und Einrichtungen in Einklang bringt;
- b. indem sie Weltraumtätigkeiten und -programme ausarbeitet und durchführt;
- c. indem sie das europäische Weltraumprogramm und die nationalen Programme koordiniert und indem sie die letzteren schrittweise und so vollständig wie möglich in das europäische Weltraumprogramm integriert, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung von Anwendungssatelliten;
- d. indem sie die für ihr Programm geeignete Industriepolitik ausarbeitet und durchführt und den Mitgliedstaaten eine einheitliche Industriepolitik empfiehlt.

Artikel III. INFORMATIONEN UND DATEN

1. Die Mitgliedstaaten und die Organisation erleichtern den Austausch wissenschaftlicher und technischer Informationen auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen; ein Mitgliedstaat braucht jedoch eine ausserhalb der Organisation erlangte Information nicht mitzuteilen, falls dies nach seiner Auffassung mit seinen Sicherheitsinteressen, seinen Vereinbarungen mit Dritten oder mit den Bedingungen, unter denen die Information erlangt wurde, nicht vereinbar ist.

2. Bei der Ausübung ihrer Tätigkeiten nach Artikel V stellt die Organisation sicher, dass die wissenschaftlichen Ergebnisse nach ihrer Verwendung durch die für die Versuche verantwortlichen Wissenschaftler veröffentlicht oder auf andere Weise weiten Kreisen zugänglich gemacht werden. Die sich ergebenden reduzierten Daten sind Eigentum der Organisation.

3. Bei der Vergabe von Aufträgen und dem Abschluss von Übereinkünften sichert sich die Organisation hinsichtlich der sich ergebenden Erfindungen und technischen Daten die Rechte, die zur Wahrung ihrer Interessen sowie der Interessen der an dem betreffenden Programm teilnehmenden Mitgliedstaaten und der ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden natürlichen und juristischen Personen geeignet sind. Hierzu gehören insbesondere das Recht auf Zugang, Weitergabe und Nutzung. Diese Erfindungen und technischen Daten werden den Teilnehmerstaaten mitgeteilt.

4. Erfindungen und technische Daten, die Eigentum der Organisation sind, werden den Mitgliedstaaten mitgeteilt und können von diesen Staaten und von den ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden natürlichen und juristischen Personen für ihre eigenen Zwecke unentgeltlich genutzt werden.

5. Der Rat beschliesst mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Einzelvorschriften für die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen.

Artikel IV. AUSTAUSCH VON PERSONEN

Die Mitgliedstaaten erleichtern den Austausch von Personen, die an Arbeiten im Zuständigkeitsbereich der Organisation beteiligt sind, soweit dies mit ihren Gesetzen und sonstigen Vorschriften über die Einreise in ihr Hoheitsgebiet, den Aufenthalt dort und die Ausreise daraus vereinbar ist.

Artikel V. TÄTIGKEITEN UND PROGRAMME

1. Die Tätigkeiten der Organisation umfassen obligatorische Tätigkeiten, an denen alle Mitgliedstaaten teilnehmen, und fakultative Tätigkeiten, an denen alle

Mitgliedstaaten mit Ausnahme derjenigen teilnehmen, die förmlich erklären, an einer Teilnahme nicht interessiert zu sein.

- a. Im Rahmen der obligatorischen Tätigkeiten wird die Organisation
 - i. die Durchführung der grundlegenden Tätigkeiten wie Ausbildung, Dokumentation, Untersuchung künftiger Vorhaben und technologische Forschungsarbeit sicherstellen;
 - ii. die Ausarbeitung und Durchführung eines wissenschaftlichen Programms sicherstellen, das Satelliten und andere Weltraumsysteme umfasst;
 - iii. einschlägige Informationen sammeln und an die Mitgliedstaaten weitergeben, auf Lücken und Doppelarbeit hinweisen und mit Rat und Tat zur Harmonisierung der internationalen und der nationalen Programme beitragen;
 - iv. regelmässige Kontakte mit den Benutzern von Weltraumtechniken unterhalten und sich über deren Erfordernisse auf dem laufenden halten.
- b. Im Rahmen der fakultativen Tätigkeiten wird die Organisation nach Massgabe der Anlage III die Durchführung von Programmen sicherstellen, die insbesondere folgendes umfassen können:
 - i. den Entwurf, die Entwicklung, den Bau, den Start, das Einbringen in die Umlaufbahn und die Kontrolle von Satelliten und anderen Weltraumsystemen;
 - ii. den Entwurf, die Entwicklung, den Bau und den Betrieb von Starteinrichtungen und Raumtransportsystemen.

2. Im Bereich der weltraumtechnischen Anwendungen kann die Organisation gegebenenfalls Betriebstätigkeiten ausführen; die hierfür geltenden Bedingungen werden vom Rat mit der Mehrheit aller Mitgliedstaaten festgelegt. Die Organisation wird in diesem Rahmen

- a. den betreffenden Betriebsorganisationen die für sie nützlichen eigenen Anlagen zur Verfügung stellen;
- b. nach Bedarf für die betreffenden Betriebsorganisationen den Start, das Einbringen in die Umlaufbahn und die Kontrolle operationeller Anwendungssatelliten durchführen;
- c. jede sonstige Tätigkeit ausüben, die von Benutzern beantragt und vom Rat genehmigt wird.

Die Kosten solcher Betriebstätigkeiten tragen die jeweiligen Benutzer.

3. Für die Koordinierung und Integration der Programme nach Artikel II Buchstabe *c* wird die Organisation von den Mitgliedstaaten rechtzeitig Informationen über Vorhaben im Zusammenhang mit neuen Weltraumprogrammen erhalten, Konsultationen zwischen den Mitgliedstaaten erleichtern, alle notwendigen Bewertungen durchführen und geeignete Vorschriften aufstellen, die vom Rat durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten anzunehmen sind. Die Ziele und Verfahren der Internationalisierung von Programmen sind in Anlage IV niedergelegt.

Artikel VI. ANLAGEN UND DIENSTE

1. Zur Durchführung der ihr übertragenen Programme

- a. hält die Organisation die für die Vorbereitung und Überwachung ihrer Aufgaben erforderliche Eigenkapazität aufrecht und errichtet und betreibt zu diesem Zweck die für ihre Tätigkeiten erforderlichen Niederlassungen und Anlagen;
- b. kann die Organisation Sondervereinbarungen zur Durchführung bestimmter Teile ihrer Programme durch nationale Einrichtungen in Mitgliedstaaten oder in

Zusammenarbeit mit solchen Einrichtungen oder aber zur Übernahme des Betriebs bestimmter nationaler Anlagen durch die Organisation selbst treffen.

2. Bei der Durchführung ihrer Programme bemühen sich die Mitgliedstaaten und die Organisation, ihre vorhandenen Anlagen und verfügbaren Dienste optimal und mit Vorrang zu nutzen und sie zu rationalisieren; sie werden daher keine neuen Anlagen oder Dienste einrichten, ohne vorher die Möglichkeit der Nutzung der vorhandenen Mittel geprüft zu haben.

Artikel VII. INDUSTRIEPOLITIK

1. Die Industriepolitik, die die Organisation nach Artikel II Absatz *d* ausarbeitet und durchführt, ist insbesondere dazu bestimmt,

- a. den Erfordernissen des europäischen Weltraumprogramms und der koordinierten nationalen Weltraumprogramme kostenwirksam zu entsprechen;
- b. die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie in der Welt zu verbessern, indem sie die Weltraumtechnologie erhält und entwickelt und die Rationalisierung und Entwicklung einer den Markterfordernissen entsprechenden Industriestruktur fördert, wobei in erster Linie das vorhandene Industripotential aller Mitgliedstaaten genutzt wird;
- c. zu gewährleisten, dass alle Mitgliedstaaten in gerechter Weise, unter Berücksichtigung ihres finanziellen Beitrags, an der Durchführung des europäischen Weltraumprogramms und an der damit zusammenhängenden Entwicklung der Weltraumtechnologie teilnehmen; insbesondere räumt die Organisation bei der Durchführung ihrer Programme der Industrie aller Mitgliedstaaten soweit wie möglich Vorrang ein und bietet ihr weitestgehende Möglichkeiten zur Teilnahme an der technologisch interessanten Arbeit, die für die Organisation geleistet wird;
- d. die Vorteile des offenen Ausschreibungsverfahrens in allen Fällen zu nutzen, sofern dies nicht mit anderen festgelegten Zielen der Industriepolitik unvereinbar ist.

Der Rat kann durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten andere Ziele setzen.

Die Einzelbestimmungen für die Verwirklichung dieser Ziele sind in Anlage V und in den Vorschriften enthalten, die der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten annimmt und regelmässig überprüft.

2. Zur Durchführung ihrer Programme nimmt die Organisation soweit wie möglich die Dienste aussenstehender Auftragnehmer in Anspruch, soweit dies mit der Aufrechterhaltung ihrer Eigenkapazität nach Artikel VI Absatz 1 vereinbar ist.

Artikel VIII. TRÄGERRAKETEN UND ANDERE RAUMTRANSPORTSYSTEME

1. Bei der Festlegung ihrer Missionen berücksichtigt die Organisation die im Rahmen ihrer Programme, von einem Mitgliedstaat oder mit einem bedeutenden Beitrag der Organisation entwickelten Trägerraketen und anderen Raumtransportsysteme und gibt ihrer Verwendung für geeignete Nutzlasten den Vorrang, sofern dies im Vergleich zu anderen jeweils verfügbaren Trägerraketen oder Raumtransportsystemen nicht einen unvermeidbaren Nachteil hinsichtlich Kosten, Zuverlässigkeit und Missionstauglichkeit darstellt.

2. Umfassen Tätigkeiten oder Programme nach Artikel V die Verwendung von Trägerraketen oder anderen Raumtransportsystemen, so teilen die Teilnehmerstaaten dem Rat bei der Vorlage des betreffenden Programms zur Genehmigung oder Annahme mit, welche Trägerrakete oder welches Raumtransportsystem vorgesehen

ist. Beabsichtigen die Teilnehmerstaaten im Laufe der Durchführung eines Programms eine andere Trägerrakete oder ein anderes Raumtransportsystem als ursprünglich vorgesehen zu verwenden, so entscheidet der Rat über diese Änderung nach den gleichen Regeln wie bei der ersten Genehmigung oder Annahme des Programms.

Artikel IX. BENUTZUNG DER ANLAGEN, UNTERSTÜTZUNG DER MITGLIEDSTAATEN UND LIEFERUNG VON ERZEUGNISSEN

1. Die Organisation stellt ihre Anlagen jedem Mitgliedstaat, der sie für seine eigenen Programme zu verwenden begehrt, auf dessen Kosten zur Verfügung, sofern dadurch die Verwendung der Anlagen für ihre eigenen Tätigkeiten und Programme nicht beeinträchtigt wird. Der Rat legt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Regeln fest, nach denen die Anlagen zur Verfügung gestellt werden.

2. Wollen einzelne oder mehrere Mitgliedstaaten ein Vorhaben in Angriff nehmen, das ausserhalb der Tätigkeiten und Programme nach Artikel V, jedoch innerhalb der Zweckbestimmung der Organisation liegt, so kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Unterstützung durch die Organisation beschliessen. Die der Organisation hieraus entstehenden Kosten werden von dem oder den betreffenden Mitgliedstaaten getragen.

3. *a.* Die im Rahmen eines Programms der Organisation entwickelten Erzeugnisse werden jedem Mitgliedstaat geliefert, der sich an der Finanzierung des betreffenden Programms beteiligt hat und der solche Erzeugnisse für seine eigenen Zwecke zu verwenden begehrt.

Der Rat legt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Regeln fest, nach denen solche Erzeugnisse zu liefern sind, und insbesondere die Massnahmen, die die Organisation in bezug auf ihre Auftragnehmer treffen muss, damit sich der betreffende Mitgliedstaat die Erzeugnisse beschaffen kann.

b. Der betreffende Mitgliedstaat kann die Organisation um Mitteilung bitten, ob sie die von den Auftragnehmern genannten Preise für gerecht und angemessen hält und ob sie unter gleichen Voraussetzungen für die Deckung ihres eigenen Bedarfs als annehmbar betrachten würde.

c. Aus der Befriedigung eines Beschaffungsbegehrens nach diesem Absatz dürfen der Organisation keinerlei Mehrkosten entstehen; alle daraus entstehenden Kosten werden von dem betreffenden Mitgliedstaat getragen.

Artikel X. ORGANE

Die Organe der Organisation sind der Rat und der Generaldirektor, dem ein Mitarbeiterstab zur Seite steht.

Artikel XI. DER RAT

1. Der Rat besteht aus Vertretern der Mitgliedstaaten.

2. Der Rat tritt nach Bedarf entweder auf Delegierten- oder Ministerebene zusammen. Die Tagungen finden am Sitz der Organisation statt, sofern der Rat nicht etwas anderes beschliesst.

3. *a.* Der Rat wählt für eine Amtszeit von zwei Jahren einen Vorsitzenden und Stellvertretende Vorsitzende; sie können einmal für ein weiteres Jahr wiedergewählt werden. Der Vorsitzende leitet die Arbeiten des Rates und sorgt für die Vorbereitung seiner Beschlüsse; er unterrichtet die Mitgliedstaaten über Vorschläge zur Durchführung eines fakultativen Programms; er trägt zur Koordinierung der Tätig-

keiten der Organe der Organisation bei. Er hält in Grundsatzfragen, die die Organisation betreffen, Verbindung mit den Mitgliedstaaten durch deren Delegierte im Rat und bemüht sich, ihre diesbezüglichen Auffassungen miteinander in Einklang zu bringen. Zwischen den Tagungen berät er den Generaldirektor und erhält von ihm alle erforderlichen Informationen.

b. Dem Vorsitzenden steht ein Ratsbüro zur Seite, dessen Zusammensetzung der Rat beschliesst und dessen Sitzungen vom Vorsitzenden anberaumt werden. Das Büro berät den Vorsitzenden bei der Vorbereitung der Ratstagungen.

4. Tagt der Rat auf Ministerebene, so wählt er einen Vorsitzenden für die Tagung. Dieser ernennt die nächste Ministertagung an.

5. Der Rat nimmt ausser den an anderer Stelle in diesem Übereinkommen festgelegten Aufgaben und im Einklang mit dessen Bestimmungen folgende Aufgaben wahr:

- a.* Hinsichtlich der Tätigkeiten und des Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffern *i* und *ii*
 - i.* genehmigt er durch Mehrheitsbeschluss aller Mitgliedstaaten die Tätigkeiten und das Programm; die entsprechenden Beschlüsse können nur durch einen mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten gefassten neuen Beschluss geändert werden;
 - ii.* setzt er durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten die Höhe der Mittel fest, die der Organisation während des nächsten Fünfjahresabschnitts zur Verfügung zu stellen sind;
 - iii.* setzt er gegen Ende des dritten Jahres jedes Fünfjahresabschnitts nach Überprüfung der Lage durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten die Höhe der der Organisation für den nach Ablauf dieses dritten Jahres beginnenden neuen Fünfjahresabschnitt zur Verfügung zu stellenden Mittel fest;
- b.* hinsichtlich der Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffern *iii* und *iv*
 - i.* bestimmt er die Politik der Organisation für die Verfolgung ihres Zwecks;
 - ii.* nimmt er mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten an die Mitgliedstaaten gerichtete Empfehlungen an;
- c.* hinsichtlich der fakultativen Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b*
 - i.* nimmt er mit der Mehrheit aller Mitgliedstaaten jedes dieser Programme an;
 - ii.* bestimmt er gegebenenfalls im Verlauf ihrer Durchführung die Rangfolge der Programme;
- d.* er legt die jährlichen Arbeitspläne der Organisation fest;
- e.* hinsichtlich der in Anlage II definierten Haushaltspläne
 - i.* nimmt er mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten den Allgemeinen Haushaltsplan der Organisation an;
 - ii.* nimmt er mit Zweidrittelmehrheit der Teilnehmerstaaten jeden Programmhaushaltsplan an;
- f.* er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Finanzordnung und alle sonstigen finanziellen Regelungen der Organisation an;
- g.* er verfolgt die Ausgaben für die obligatorischen und fakultativen Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1;
- h.* er genehmigt und veröffentlicht die geprüften Jahresrechnungen der Organisation;

- i.* er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten die Personalordnung an;
- j.* er nimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten Vorschriften an, nach denen unter Berücksichtigung der friedlichen Zwecke der Organisation die Ermächtigung erteilt wird, Technologie und Erzeugnisse, die im Rahmen der Tätigkeiten der Organisation oder mit ihrer Hilfe entwickelt wurden, aus dem Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten zu verbringen;
- k.* er beschliesst über die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten nach Artikel XXII;
- l.* er beschliesst über die nach Artikel XXIV zu treffenden Regelungen, wenn ein Mitgliedstaat dieses Übereinkommen kündigt oder seine Mitgliedschaft nach Artikel XVIII verliert;
- m.* er trifft nach Massgabe dieses Übereinkommens alle sonstigen für die Erfüllung des Organisationszwecks notwendigen Massnahmen.

6. *a.* Jeder Mitgliedstaat hat im Rat eine Stimme. Nimmt ein Mitgliedstaat an einem angenommenen Programm nicht teil, so ist er bei Abstimmungen über Angelegenheiten, die ausschliesslich dieses Programm betreffen, nicht stimmberechtigt.

b. Ein Mitgliedstaat ist im Rat nicht stimmberechtigt, wenn die Summe seiner rückständigen Beiträge zur Organisation für alle Tätigkeiten und Programme nach Artikel V, an denen er teilnimmt, die für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Summe seiner Beiträge übersteigt. Ferner ist ein Mitgliedstaat, dessen rückständige Beiträge zu einem der Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer ii oder Buchstabe *b*, an denen er teilnimmt, die für das laufende Rechnungsjahr festgesetzte Summe seiner Beiträge zu diesem Programm übersteigen, im Rat in Fragen, die sich ausschliesslich auf dieses Programm beziehen, nicht stimmberechtigt. In einem solchen Fall kann der betreffende Mitgliedstaat jedoch ermächtigt werden, an der Abstimmung im Rat teilzunehmen, wenn eine Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten der Ansicht ist, dass die Nichtzahlung der Beiträge auf Umstände zurückzuführen ist, auf die er keinen Einfluss hat.

c. Der Rat ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn in der Sitzung Delegierte der Mehrheit aller Mitgliedstaaten anwesend sind.

d. Soweit dieses Übereinkommen nicht etwas anderes vorsieht, bedürfen die Beschlüsse des Rates der einfachen Mehrheit der vertretenen und abstimmenden Mitgliedstaaten.

e. Bei der Bestimmung der Einstimmigkeit oder einer Mehrheit im Sinne dieses Übereinkommens wird ein Mitgliedstaat, der nicht stimmberechtigt ist, nicht berücksichtigt.

7. Der Rat gibt sich eine Geschäftsordnung.

8. *a.* Der Rat setzt einen Ausschuss für das wissenschaftliche Programm ein, dem er alle das obligatorische wissenschaftliche Programm nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer ii betreffenden Angelegenheiten überträgt. Er ermächtigt den Ausschuss, das Programm betreffende Beschlüsse zu fassen; dies gilt vorbehaltlich der Zuständigkeit des Rates für die Festsetzung der Höhe der Mittel und die Annahme des Jahreshaushaltsplans. Der Rat entscheidet mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten im Einklang mit diesem Artikel über den dem Ausschuss für das wissenschaftliche Programm zu erteilenden Auftrag.

b. Der Rat kann alle sonstigen für den Organisationszweck erforderlichen nachgeordneten Gremien einsetzen. Über ihre Einsetzung, den ihnen zu erteilenden

Auftrag und die Fälle, in denen sie Entscheidungsbefugnis haben, entscheidet der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten.

c. Prüft ein nachgeordnetes Gremium eine Frage, die sich ausschliesslich auf ein fakultatives Programm nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b* bezieht, so sind Nichtteilnehmerstaaten nicht stimmberechtigt, es sei denn, dass alle Teilnehmerstaaten etwas anderes beschliessen.

Artikel XII. GENERALDIREKTOR UND PERSONAL

1. *a.* Der Rat ernennt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten einen Generaldirektor für eine bestimmte Amtszeit; er kann ihn mit der gleichen Mehrheit aus seinem Amt entlassen.

b. Der Generaldirektor ist der oberste Bedienstete der Organisation und ihr gesetzlicher Vertreter. Er trifft alle erforderlichen Massnahmen für die Leitung der Organisation, die Durchführung ihrer Programme, die Anwendung ihrer Politik und die Erfüllung ihres Zwecks im Einklang mit den Weisungen des Rates. Die Niederlassungen der Organisation sind ihm unterstellt. Hinsichtlich der Finanzverwaltung der Organisation handelt er in Übereinstimmung mit Anlage II. Er erstattet dem Rat einen Jahresbericht, der veröffentlicht wird. Er kann auch Tätigkeiten und Programme sowie Massnahmen vorschlagen, die zur Erfüllung des Zwecks der Organisation geeignet sind. Er wohnt den Tagungen der Organisation ohne Stimmrecht bei.

c. Der Rat kann die Ernennung des Generaldirektors nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens oder bei einem späteren Freiwerden des Postens solange zurückstellen, wie er es für notwendig erachtet. In diesem Fall bestimmt er eine Person zur Wahrnehmung der Aufgaben des Generaldirektors und legt deren Befugnisse und Verantwortlichkeiten fest.

2. Dem Generaldirektor steht das von ihm für notwendig erachtete wissenschaftliche, technische, Verwaltungs- und Büropersonal innerhalb des vom Rat bewilligten Rahmens zur Seite.

3. *a.* Das leitende Personal im Sinne der vom Rat gegebenen Definition wird auf Empfehlung des Generaldirektors vom Rat eingestellt und entlassen. Die vom Rat vorgenommenen Einstellungen und Entlassungen bedürfen der Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten.

b. Das übrige Personal wird vom Generaldirektor im Auftrag des Rates eingestellt und entlassen.

c. Die Mitglieder des Personals werden aufgrund ihrer Befähigung unter Berücksichtigung einer angemessenen Verteilung der Stellen auf Staatsangehörige der Mitgliedstaaten eingestellt. Die Einstellung und die Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses erfolgen in Übereinstimmung mit der Personalordnung.

d. Wissenschaftler, die nicht zum Personal gehören und in den Niederlassungen der Organisation Forschungsarbeiten ausführen, unterstehen dem Generaldirektor und unterliegen allen vom Rat angenommenen allgemeinen Bestimmungen.

4. Die Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals gegenüber der Organisation haben ausschliesslich internationalen Charakter. Bei der Erfüllung ihrer Pflichten dürfen der Generaldirektor und das Personal Weisungen von Regierungen oder Stellen ausserhalb der Organisation weder erbitten noch entgegennehmen. Jeder Mitgliedstaat ist verpflichtet, den internationalen Charakter der

Verantwortlichkeiten des Generaldirektors und des Personals zu achten und nicht zu versuchen, sie bei der Erfüllung ihrer Pflichten zu beeinflussen.

Artikel XIII. FINANZIELLE BEITRÄGE

1. Jeder Mitgliedstaat beteiligt sich an den Kosten der Tätigkeiten und Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* und — in Übereinstimmung mit Anlage II — an den gemeinsamen Kosten der Organisation nach Massgabe eines Beitragsschlüssels, den der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten entweder alle drei Jahre im Zeitpunkt der in Artikel XI Absatz 5 Buchstabe *a* Ziffer iii vorgesehenen Überprüfung oder auf einstimmigen Ratsbeschluss aller Mitgliedstaaten, einen neuen Schlüssel festzulegen, beschliesst. Der Beitragsschlüssel wird auf der Grundlage des durchschnittlichen Volkseinkommens jedes Mitgliedstaates während der letzten drei Jahre, für die Statistiken verfügbar sind, errechnet. Jedoch

- a.* ist ein Mitgliedstaat nicht verpflichtet mehr als fünfundzwanzig Prozent der Summe der Beiträge zu entrichten, die der Rat zur Deckung dieser Kosten festgesetzt hat;
- b.* kann der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschliessen, den Beitrag eines Mitgliedstaates wegen besonderer Umstände für eine begrenzte Zeit herabzusetzen. Insbesondere gilt es als besonderer Umstand im Sinne dieser Bestimmung, wenn das jährliche Pro-Kopf-Einkommen eines Mitgliedstaates unter einem vom Rat mit gleicher Mehrheit zu beschliessenden Betrag liegt.

2. Jeder Mitgliedstaat beteiligt sich an den Kosten jedes fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b*, sofern er nicht förmlich erklärt hat, an einer Teilnahme nicht interessiert zu sein, und daher kein Teilnehmer ist. Sofern nicht alle Teilnehmerstaaten etwas anderes beschliessen, wird der Beitragsschlüssel für ein Programm auf der Grundlage des durchschnittlichen Volkseinkommens jedes Teilnehmerstaates während der drei letzten Jahre, für die Statistiken verfügbar sind, errechnet. Dieser Schlüssel wird entweder alle drei Jahre oder auf Beschluss des Rates, einen neuen Schlüssel nach Absatz 1 festzulegen, revidiert. Jedoch ist ein Teilnehmerstaat aufgrund dieses Schlüssels nicht verpflichtet, mehr als fünfundzwanzig Prozent der Summe der Beiträge zu dem betreffenden Programm zu entrichten. Der von jedem Teilnehmerstaat zu entrichtende Beitragssatz muss jedoch mindestens fünfundzwanzig Prozent seines nach Absatz 1 festgesetzten Beitragssatzes entsprechen, sofern nicht alle Teilnehmerstaaten bei der Annahme oder während der Durchführung des Programms etwas anderes beschliessen.

3. Den in den Absätzen 1 und 2 genannten Beitragsschlüsseln sind dieselben statistischen Systeme zugrunde zu legen; sie werden in der Finanzordnung festgelegt.

4. *a.* Jeder Staat, der nicht Vertragspartei des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation oder des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern war und der Vertragspartei des vorliegenden Übereinkommens wird, leistet zusätzlich zu seinen Beiträgen eine Sonderzahlung entsprechend dem Zeitwert des Vermögens der Organisation. Die Höhe dieser Sonderzahlung wird vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten festgesetzt.

b. Die nach Buchstabe *a* geleisteten Zahlungen werden zur Herabsetzung der Beiträge der anderen Mitgliedstaaten verwendet, sofern der Rat nicht mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten etwas anderes beschliesst.

5. Die aufgrund dieses Artikels fälligen Beiträge werden nach Massgabe der Anlage II entrichtet.

6. Der Generaldirektor kann vorbehaltlich etwaiger vom Rat erteilter Weisungen Schenkungen und Vermächnisse für die Organisation annehmen, sofern sie nicht an Bedingungen geknüpft sind, die mit dem Organisationszweck unvereinbar sind.

Artikel XIV. ZUSAMMENARBEIT

1. Die Organisation kann aufgrund von einstimmigen Ratsbeschlüssen aller Mitgliedstaaten mit anderen internationalen Organisationen und Einrichtungen sowie mit Regierungen, Organisationen und Einrichtungen von Nichtmitgliedstaaten zusammenarbeiten und hierzu Vereinbarungen mit ihnen treffen.

2. Diese Zusammenarbeit kann in Form einer Teilnahme von Nichtmitgliedstaaten oder internationalen Organisationen an einzelnen oder mehreren Programmen nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer ii oder Buchstabe *b* geschehen. Vorbehaltlich der Beschlüsse nach Absatz 1 werden die einzelnen Bedingungen jeder derartigen Zusammenarbeit jeweils vom Rat mit Zweidrittelmehrheit der Teilnehmerstaaten des betreffenden Programms festgelegt. Diese Bedingungen können vorsehen, dass ein Nichtmitgliedstaat im Rat stimmberechtigt ist, wenn der Rat Fragen behandelt, die sich ausschliesslich auf das Programm beziehen, an dem der betreffende Staat teilnimmt.

3. Diese Zusammenarbeit kann auch in Form einer Verleihung der Rechtsstellung eines assoziierten Mitglieds an Nichtmitgliedstaaten geschehen, die sich verpflichten, zumindest zu den Untersuchungen künftiger Vorhaben nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer i beizutragen. Die einzelnen Bedingungen jeder assoziierten Mitgliedschaft werden vom Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten festgelegt.

Artikel XV. RECHTSSTELLUNG, VORRECHTE UND IMMUNITÄTEN

1. Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit.

2. Die Organisation, ihr Personal und die Sachverständigen sowie die Vertreter ihrer Mitgliedstaaten geniessen die Rechtsstellung, die Vorrechte und die Immunitäten, die in Anlage I vorgesehen sind.

3. Zwischen der Organisation und den Mitgliedstaaten, in deren Hoheitsgebiet der Sitz und die nach Artikel VI errichteten Niederlassungen der Organisation liegen, werden entsprechende Abkommen über den Sitz und die Niederlassungen geschlossen.

Artikel XVI. ÄNDERUNGEN

1. Der Rat kann den Mitgliedstaaten Änderungen dieses Übereinkommens und der Anlage I empfehlen. Wünscht ein Mitgliedstaat eine Änderung vorzuschlagen, so notifiziert er sie dem Generaldirektor. Dieser unterrichtet die Mitgliedstaaten von jedem ihm notifizierten Änderungsvorschlag spätestens drei Monate bevor er dem Rat zur Erörterung vorgelegt wird.

2. Jede vom Rat empfohlene Änderung tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die Annahmefotifikationen aller Mitgliedstaaten bei der französischen Regierung eingegangen sind. Diese notifiziert allen Mitgliedstaaten den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderung.

3. Der Rat kann die übrigen Anlagen durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten ändern; die Änderungen dürfen jedoch nicht im Widerspruch zu diesem Übereinkommen stehen. Eine Änderung tritt zu dem Zeitpunkt in Kraft, den der Rat

durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten festlegt. Der Generaldirektor unterrichtet alle Mitgliedstaaten von jeder derartigen Änderung und vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.

Artikel XVII. STREITIGKEITEN

1. Jede Streitigkeit zwischen zwei oder mehreren Mitgliedstaaten oder zwischen einem Mitgliedstaat oder mehreren Mitgliedstaaten und der Organisation über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens oder seiner Anlagen sowie jede Streitigkeit nach Artikel XXVI der Anlage I, die nicht durch die Vermittlung des Rates beigelegt wird, wird auf Antrag einer Streitpartei einem Schiedsgericht unterbreitet.

2. Soweit die Streitparteien nichts anderes vereinbaren, regelt sich das Schiedsverfahren nach diesem Artikel und den ergänzenden Vorschriften, die der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschliesst.

3. Das Schiedsgericht besteht aus drei Mitgliedern. Jede Streitpartei benennt einen Schiedsrichter; die beiden ersten Schiedsrichter benennen den dritten Schiedsrichter, der den Vorsitz des Schiedsgerichts übernimmt. Die ergänzenden Vorschriften nach Absatz 2 legen das im Falle einer nicht fristgemässen Benennung anzuwendende Verfahren fest.

4. Mitgliedstaaten und die Organisation können, wenn sie nicht Streitpartei sind, mit Zustimmung des Schiedsgerichts am Verfahren teilnehmen, falls sie nach dessen Ansicht ein wesentliches Interesse an der Entscheidung des Falles haben.

5. Das Schiedsgericht bestimmt seinen Tagungsort und sein Verfahren.

6. Die Entscheidung des Schiedsgerichts wird mit der Mehrheit seiner Mitglieder getroffen; diese dürfen sich nicht der Stimme enthalten. Die Entscheidung ist endgültig und für alle Streitparteien bindend; ein Rechtsmittel kann dagegen nicht eingelegt werden. Die Parteien haben der Entscheidung unverzüglich Folge zu leisten. Im Falle einer Streitigkeit über Inhalt und Reichweite der Entscheidung obliegt es dem Schiedsgericht, sie auf Antrag einer der Parteien auszulegen.

Artikel XVIII. NICHTERFÜLLUNG VON VERPFLICHTUNGEN

Ein Mitgliedstaat, der seinen Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen nicht nachkommt, verliert seine Mitgliedschaft in der Organisation, wenn der Rat dies mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten beschliesst. In diesem Fall findet Artikel XXIV Anwendung.

Artikel XIX. FORTBESTEHEN VON RECHTEN UND PFLICHTEN

Mit Inkrafttreten dieses Übereinkommens übernimmt die Organisation alle Rechte und Pflichten der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern.

Artikel XX. UNTERZEICHNUNG UND RATIFIKATION

1. Dieses Übereinkommen liegt für die Staaten, die Mitglieder der Europäischen Weltraumkonferenz sind, bis zum 31. Dezember 1975 zur Unterzeichnung auf. Die Anlagen sind Bestandteil des Übereinkommens.

2. Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation oder der Annahme. Die Ratifikations- oder Annahmearkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

3. Nach Inkrafttreten des Übereinkommens kann ein Unterzeichnerstaat schon vor der Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Annahmearkunde ohne Stimmrecht an den Tagungen der Organisation teilnehmen.

Artikel XXI. INKRAFTTRETEN

1. Dieses Übereinkommen tritt in Kraft, sobald die folgenden Staaten, die Mitglieder der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation oder der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern sind, es unterzeichnet und ihre Ratifikations- oder Annahmearkunde bei der französischen Regierung hinterlegt haben: das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, Spanien und das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland. Für einen Staat, der dieses Übereinkommen nach seinem Inkrafttreten ratifiziert, annimmt oder ihm beitrifft, tritt das Übereinkommen an dem Tag in Kraft, an dem dieser Staat seine Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde hinterlegt.

2. Das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern treten am Tag des Inkrafttretens des vorliegenden Übereinkommens ausser Kraft.

Artikel XXII. BEITRITT

1. Nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens kann jeder Staat dem Übereinkommen aufgrund eines einstimmigen Ratsbeschlusses aller Mitgliedstaaten beitreten.

2. Ein Staat, der dem Übereinkommen beizutreten wünscht, notifiziert dies dem Generaldirektor; dieser unterrichtet die Mitgliedstaaten von dem Antrag spätestens drei Monate bevor er dem Rat zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

3. Die Beitrittsurkunden sind bei der französischen Regierung zu hinterlegen.

Artikel XXIII. NOTIFIKATIONEN

Die französische Regierung notifiziert allen Unterzeichnerstaaten und beitretenden Staaten

- a. den Tag der Hinterlegung jeder Ratifikations-, Annahme- oder Beitrittsurkunde;
- b. den Tag des Inkrafttretens dieses Übereinkommens und der Änderungen nach Artikel XVI Absatz 2;
- c. die Kündigung des Übereinkommens durch einen Mitgliedstaat.

Artikel XXIV. KÜNDIGUNG

1. Nachdem dieses Übereinkommen sechs Jahre lang in Kraft gewesen ist, kann ein Mitgliedstaat es durch eine Notifikation an die französische Regierung kündigen, die dies den anderen Mitgliedstaaten und dem Generaldirektor notifiziert. Die Kündigung wird mit Ablauf des Rechnungsjahres wirksam, das auf dasjenige folgt, in dem sie der französischen Regierung notifiziert wurde. Nach Wirksamwerden der Kündigung bleibt der betreffende Staat verpflichtet, seinen Anteil an den Ausgabenmitteln zu tragen, die den Verpflichtungsermächtigungen entsprechen, die im Rahmen der Haushaltspläne, zu denen er beitrug und die im Zeitpunkt der Notifizierung der Kündigung an die französische Regierung galten, sowie im Rahmen

vorhergegangener Haushaltspläne genehmigt und in Anspruch genommen worden waren.

2. Ein Mitgliedstaat, der das Übereinkommen kündigt, hat die Organisation für jeden Vermögensverlust in seinem Hoheitsgebiet zu entschädigen, sofern nicht mit der Organisation eine Sondervereinbarung über die Weiterverwendung dieses Vermögens durch die Organisation oder die Fortführung bestimmter Tätigkeiten der Organisation im Hoheitsgebiet dieses Staates getroffen werden kann. Diese Sondervereinbarung bestimmt insbesondere, inwieweit und zu welchen Bedingungen dieses Übereinkommen nach Wirksamwerden der Kündigung auf die Weiterverwendung dieses Vermögens und die Fortführung dieser Tätigkeiten weiterhin Anwendung findet.

3. Der das Übereinkommen kündigende Mitgliedstaat und die Organisation legen gemeinsam die zusätzlichen Verpflichtungen fest, die der betreffende Staat gegebenenfalls zu übernehmen hat.

4. Der betreffende Staat behält die Rechte, die er bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Kündigung erworben hat.

Artikel XXV. AUFLÖSUNG

1. Die Organisation ist aufzulösen, wenn sich die Zahl der Mitgliedstaaten auf weniger als fünf verringert. Sie kann in gegenseitigem Einvernehmen der Mitgliedstaaten jederzeit aufgelöst werden.

2. Im Fall der Auflösung errichtet der Rat eine Liquidationsstelle; diese verhandelt mit den Staaten, in deren Hoheitsgebieten sich zu jenem Zeitpunkt der Sitz und die Niederlassungen der Organisation befinden. Die Rechtspersönlichkeit der Organisation bleibt für die Zwecke der Liquidation bestehen.

3. Überschüsse werden zwischen den Staaten verteilt, die zur Zeit der Auflösung Mitglieder der Organisation sind, und zwar im Verhältnis der Beiträge, die sie seit dem Tag geleistet haben, an dem sie Vertragspartei dieses Übereinkommens wurden. Etwaige Fehlbeträge werden von diesen Staaten im Verhältnis der Beiträge gedeckt, mit denen sie für das dann laufende Rechnungsjahr veranschlagt sind.

Artikel XXVI. REGISTRIERUNG

Die französische Regierung lässt dieses Übereinkommen, sobald es in Kraft getreten ist, nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen bei deren Sekretariat registrieren.

ANLAGE I

VORRECHTE UND IMMUNITÄTEN

Artikel I. Die Organisation besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie kann insbesondere Verträge schliessen, bewegliches und unbewegliches Vermögen erwerben und veräussern sowie klagen und verklagt werden.

Artikel II. Die Gebäude und Räumlichkeiten der Organisation sind unbeschadet der Artikel XXII und XXIII unverletzlich.

Artikel III. Das Archiv der Organisation ist unverletzlich.

Artikel IV. 1. Die Organisation genießt Immunität von der Gerichtsbarkeit und Vollstreckung ausser in folgenden Fällen:

- a. soweit sie durch Beschluss des Rates im Einzelfall ausdrücklich darauf verzichtet; der Rat hat die Pflicht, diese Immunität aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann;
- b. im Fall eines von einem Dritten angestregten Zivilverfahrens wegen Schäden auf Grund eines Unfalls, der durch ein der Organisation gehörendes oder für sie betriebenes Kraftfahrzeug verursacht wurde, oder im Fall eines Verstosses gegen Strassenverkehrsvorschriften, an dem ein solches Fahrzeug beteiligt ist;
- c. im Fall der Vollstreckung eines nach Artikel XXV oder XXVI ergangenen Schiedsspruchs;
- d. im Fall der durch eine gerichtliche Entscheidung angeordneten Pfändung von Gehältern und sonstigen Bezügen, die die Organisation einem Mitglied des Personals schuldet.

2. Das Eigentum und die sonstigen Vermögenswerte der Organisation geniessen ohne Rücksicht darauf, wo sie sich befinden, Immunität von jeder Form der Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und Zwangsverwaltung. Sie geniessen ebenfalls Immunität von jedem behördlichen Zwang und jeder vorläufigen gerichtlichen Massnahme, sofern diese nicht zur Verhinderung oder Untersuchung von Unfällen, an denen der Organisation gehörende oder für sie betriebene Kraftfahrzeuge beteiligt sind, vorübergehend notwendig sind.

Artikel V. 1. Im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit sind die Organisation, ihr Vermögen und ihre Einkünfte von der direkten Besteuerung befreit.

2. Werden von der Organisation oder für die Organisation Käufe von erheblichem Wert getätigt oder Dienstleistungen von erheblichem Wert in Anspruch genommen, die für die Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit unbedingt erforderlich sind, und sind bei diesen Käufen oder Dienstleistungen Steuern oder sonstige Abgaben im Preis enthalten, so werden — soweit möglich — von den Mitgliedstaaten geeignete Massnahmen zur Befreiung von diesen Steuern und sonstigen Abgaben oder zu ihrer Erstattung getroffen.

Artikel VI. Die von der Organisation oder für die Organisation ein- oder ausgeführten Waren, die für die Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit unbedingt erforderlich sind, werden von allen Zöllen und sonstigen bei der Ein- und Ausfuhr erhobenen Abgaben sowie von allen Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen befreit.

Artikel VII. 1. Die amtliche Tätigkeit der Organisation im Sinne der Artikel V und VI umfasst ihre Verwaltungshandlungen einschliesslich ihrer Massnahmen im Bereich der sozialen Sicherheit und ihre Betätigung auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen zur Erfüllung des Zwecks der Organisation, wie er im Übereinkommen festgelegt ist.

2. Der Rat bestimmt jeweils nach Konsultation mit den zuständigen Stellen der betreffenden Mitgliedstaaten, inwieweit andere Anwendungen dieser Forschung und Technologie sowie die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 2 und Artikel IX des Übereinkommens als Teil der amtlichen Tätigkeit der Organisation gelten können.

3. Die Artikel V und VI gelten nicht für Steuern, Gebühren und sonstige Abgaben, die lediglich eine Vergütung für Leistungen öffentlicher Versorgungsbetriebe darstellen.

Artikel VIII. Für Waren und Dienstleistungen, die für den persönlichen Bedarf der Mitglieder des Personals der Organisation gekauft oder eingeführt beziehungsweise erbracht werden, wird eine Befreiung nach den Artikeln V oder VI nicht gewährt.

Artikel IX. 1. Waren, die nach Artikel V erworben oder nach Artikel VI eingeführt worden sind, dürfen nur zu den Bedingungen verkauft oder abgegeben werden, die von dem Mitgliedstaat, der die Befreiungen gewährt hat, festgelegt sind.

2. Der Waren- und Dienstleistungsverkehr zwischen dem Sitz und den Niederlassungen der Organisation, zwischen den Niederlassungen selbst und — soweit er der Durchführung eines Programms der Organisation dient — zwischen den Niederlassungen und einer Einrichtung eines Mitgliedstaates ist von Abgaben und Beschränkungen jeder Art befreit; soweit erforderlich, treffen die Mitgliedstaaten alle geeigneten Massnahmen, um Befreiung von den Abgaben zu gewähren oder die Abgaben zu erstatten oder Beschränkungen aufzuheben.

Artikel X. Der Verkehr von Veröffentlichungen und sonstigem Informationsmaterial, die von der Organisation verschickt oder an sie gesandt werden, unterliegt keiner Beschränkung.

Artikel XI. Die Organisation darf jede Art von Geldmitteln, Währungen oder Wertpapieren entgegennehmen und besitzen; sie kann für alle im Übereinkommen vorgesehenen Zwecke frei darüber verfügen und in dem zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen erforderlichen Umfang in jeder Währung Konten unterhalten.

Artikel XII. 1. Bei ihrem amtlichen Nachrichtenverkehr und der Übermittlung aller ihrer Schriftstücke hat die Organisation Anspruch auf eine nicht weniger günstige Behandlung, als sie von den einzelnen Mitgliedstaaten anderen internationalen Organisationen gewährt wird.

2. Der amtliche Nachrichtenverkehr der Organisation, gleichviel mit welchem Nachrichtenmittel, unterliegt nicht der Zensur.

Artikel XIII. Die Mitgliedstaaten treffen alle geeigneten Massnahmen, um den Mitgliedern des Personals der Organisation die Einreise in ihr Hoheitsgebiet, den Aufenthalt dort und die Ausreise daraus zu erleichtern.

Artikel XIV. 1. Die Vertreter der Mitgliedstaaten geniessen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sowie während der Reise zum und vom Tagungsort folgende Vorrechte und Immunitäten:

- a. Immunität von Festnahme oder Haft sowie von der Beschlagnahme ihres persönlichen Gepäcks;
- b. Immunität von der Gerichtsbarkeit, auch nach Beendigung ihres Auftrags, bezüglich der von ihnen bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstosses gegen Strassenverkehrsvorschriften durch einen Vertreter eines Mitgliedstaats oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde;
- c. Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
- d. das Recht, Verschlüsselungen zu verwenden, sowie Urkunden oder sonstige Schriftstücke durch Sonderkurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
- e. Befreiung für sich und ihre Ehegatten von allen Einreisebeschränkungen und von der Meldepflicht für Ausländer;
- f. die gleichen Erleichterungen hinsichtlich der Währungs- und Devisenvorschriften wie Vertreter ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag;
- g. die gleichen Zollerleichterungen hinsichtlich ihres persönlichen Gepäcks wie Diplomaten.

2. Die Vorrechte und Immunitäten werden den Vertretern der Mitgliedstaaten nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt, sondern um es ihnen zu ermöglichen, ihre Aufgaben bei der Organisation in voller Unabhängigkeit wahrzunehmen. Ein Mitgliedstaat hat deshalb die

Pflicht, die Immunität eines Vertreters aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Zwecke aufgehoben werden kann, für die sie gewährt wurde.

Artikel XV. Ausser den in Artikel XVI aufgeführten Vorrechten und Immunitäten geniesst der Generaldirektor der Organisation und, wenn der Posten unbesetzt ist, die zur Wahrnehmung seiner Aufgaben bestimmte Person die gleichen Vorrechte und Immunitäten wie Diplomaten vergleichbaren Ranges.

Artikel XVI. Die Mitglieder des Personals der Organisation

- a. geniessen, auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Dienst der Organisation, Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen Handlungen einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen; diese Immunität gilt jedoch nicht im Fall eines Verstosses gegen Strassenverkehrsvorschriften durch ein Mitglied des Personals der Organisation oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde;
- b. sind von jeder Verpflichtung zum Wehrdienst befreit;
- c. geniessen Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
- d. geniessen dieselbe Befreiung von den Einwanderungsbeschränkungen und der Meldepflicht der Ausländer, wie sie allgemein den Bediensteten internationaler Organisationen gewährt wird; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- e. geniessen dieselben Vorrechte in bezug auf Devisenvorschriften, wie sie allgemein den Bediensteten internationaler Organisationen gewährt werden;
- f. geniessen im Fall einer internationalen Krise dieselben Erleichterungen bei der Rückführung in ihren Heimatstaat wie Diplomaten; das gleiche gilt für die in ihrem Haushalt lebenden Familienangehörigen;
- g. haben das Recht, ihre Wohnungseinrichtung und ihre persönlichen Gebrauchsgegenstände bei Antritt ihres Dienstes in dem betreffenden Mitgliedstaat zollfrei einzuführen und bei Beendigung ihres Dienstes in diesem Mitgliedstaat zollfrei wieder auszuführen; dies gilt vorbehaltlich der Bedingungen, die der Mitgliedstaat, in dessen Hoheitsgebiet dieses Recht ausgeübt wird, bei der Ein- oder Ausfuhr für erforderlich erachtet.

Artikel XVII. Sachverständige, die nicht Mitglieder des Personals im Sinne des Artikels XVI sind, geniessen während ihrer dienstlichen Tätigkeit im Zusammenhang mit der Organisation oder bei der Durchführung von Aufträgen für die Organisation, einschliesslich der bei dieser Tätigkeit oder diesen Aufträgen durchgeführten Reisen, folgende Vorrechte und Immunitäten, soweit diese für die Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich sind :

- a. Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommenen Handlungen, einschliesslich ihrer mündlichen und schriftlichen Äusserungen, ausser im Fall eines Verstosses gegen Strassenverkehrsvorschriften durch einen Sachverständigen oder eines Schadens, der durch ein ihm gehörendes oder von ihm geführtes Kraftfahrzeug verursacht wurde; die Sachverständigen geniessen diese Immunität auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit bei der Organisation;
- b. Unverletzlichkeit aller ihrer amtlichen Schriftstücke und Urkunden;
- c. dieselben Erleichterungen in bezug auf Währungs- und Devisenvorschriften sowie auf ihr persönliches Gepäck wie die Bediensteten ausländischer Regierungen mit vorübergehendem amtlichen Auftrag.

Artikel XVIII. 1. Nach Massgabe der vom Rat festgelegten Bedingungen und Verfahrensregeln sind der Generaldirektor und die Mitglieder des Personals der Organisation für die von dieser gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge steuerpflichtig zugunsten der Organisation. Diese Gehälter und sonstigen Bezüge sind von der staatlichen Einkommensteuer befreit;

die Mitgliedstaaten behalten jedoch das Recht, diese Gehälter und sonstigen Bezüge bei der Festsetzung des auf Einkommen aus anderen Quellen zu erhebenden Steuerbetrags zu berücksichtigen.

2. Absatz 1 findet keine Anwendung auf Renten und Ruhegehälter, die von der Organisation an ehemalige Generaldirektoren und Mitglieder des Personals gezahlt werden.

Artikel XIX. Die Artikel XVI und XVIII finden auf alle Personalgruppen Anwendung, für die Personalordnung der Organisation gilt. Der Rat bestimmt die Gruppen von Sachverständigen, auf die Artikel XVII Anwendung findet. Die Namen, Dienstbezeichnungen und Anschriften der in diesem Artikel bezeichneten Mitglieder des Personals und Sachverständigen werden den Mitgliedstaaten von Zeit zu Zeit mitgeteilt.

Artikel XX. Errichtet die Organisation ein eigenes System der sozialen Sicherheit, so sind die Organisation, ihr Generaldirektor und die Mitglieder ihres Personals vorbehaltenlich der nach Artikel XXVIII mit den Mitgliedstaaten geschlossenen Abkommen von sämtlichen Pflichtbeiträgen an staatliche Sozialversicherungsträger befreit.

Artikel XXI. 1. Die in dieser Anlage vorgesehenen Vorrechte und Immunitäten werden dem Generaldirektor, den Mitgliedern des Personals und Sachverständigen der Organisation nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Sie sind lediglich zu dem Zweck vorgesehen, unter allen Umständen die ungehinderte Tätigkeit der Organisation und die volle Unabhängigkeit der Personen, denen sie gewährt sind, zu gewährleisten.

2. Der Generaldirektor hat die Pflicht, die Immunität aufzuheben, wenn ihre Aufrechterhaltung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und wenn sie ohne Beeinträchtigung der Interessen der Organisation aufgehoben werden kann. Für die Aufhebung der Immunität des Generaldirektors ist der Rat zuständig.

Artikel XXII. 1. Die Organisation wird jederzeit mit den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine ordnungsgemäße Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung der Polizeivorschriften, der Vorschriften über den Umgang mit Sprengstoffen und leicht entzündlichem Material, der Gesundheits-, der Arbeitsaufsichts- und ähnlicher staatlicher Rechtsvorschriften zu gewährleisten und jeden Missbrauch der in dieser Anlage vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten und Erleichterungen zu verhindern.

2. Die Einzelheiten der Zusammenarbeit nach Absatz 1 können in den in Artikel XXVIII bezeichneten Ergänzungsabkommen festgelegt werden.

Artikel XXIII. Jeder Mitgliedstaat behält das Recht, alle im Interesse seiner Sicherheit notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.

Artikel XXIV. Ein Mitgliedstaat ist nicht verpflichtet, seinen eigenen Staatsangehörigen oder Personen, die im Zeitpunkt ihres Dienstantritts in diesem Mitgliedstaat ihren ständigen Aufenthalt haben, die Vorrechte und Immunitäten nach den Artikeln XIV und XV, Artikel XVI Buchstaben *b*, *e* und *g* und Artikel XVII Buchstabe *c* zu gewähren.

Artikel XXV. 1. In allen schriftlichen Verträgen, die nicht gemäss der Personalordnung geschlossen werden, hat die Organisation ein Schiedsverfahren vorzusehen. Die Schiedsklausel oder die zu diesem Zweck geschlossene besondere Schiedsvereinbarung hat das anwendbare Recht und den Staat anzugeben, in dem die Schiedsrichter zusammentreten. Das Schiedsverfahren richtet sich nach dem in diesem Staat angewandten Verfahren.

2. Die Vollstreckung des Schiedsspruchs richtet sich nach den Rechtsvorschriften des Staates, in dessen Hoheitsgebiet er vollstreckt wird.

Artikel XXVI. Jeder Mitgliedstaat kann dem in Artikel XVII des Übereinkommens vorgesehenen internationalen Schiedsgericht jede Streitigkeit unterbreiten,

- a. die einen durch die Organisation verursachten Schaden betrifft;
- b. die sich aus einer anderen nichtvertraglichen Verpflichtung der Organisation ergibt;
- c. an der der Generaldirektor, ein Mitglied des Personals oder ein Sachverständiger der Organisation beteiligt ist und für die der Betreffende nach Artikel XV, Artikel XVI Buchstabe *a* oder Artikel XVII Buchstabe *a* Anspruch auf Immunität von der Gerichtsbarkeit hat, sofern diese Immunität nicht nach Artikel XXI aufgehoben wird. In Streitigkeiten, in denen die Immunität von der Gerichtsbarkeit nach Artikel XVI Buchstabe *a* oder Artikel XVII Buchstabe *a* in Anspruch genommen wird, tritt für dieses Schiedsverfahren die Haftung der Organisation an die Stelle der Haftung der betreffenden Person.

Artikel XXVII. Die Organisation trifft geeignete Vorsorge zur zufriedenstellenden Regelung von Streitigkeiten, die zwischen der Organisation und dem Generaldirektor, Mitgliedern des Personals oder Sachverständigen bezüglich ihrer Dienstbedingungen entstehen.

Artikel XXVIII. Die Organisation kann auf Beschluss des Rates mit einzelnen oder mehreren Mitgliedstaaten Ergänzungsabkommen zur Durchführung dieser Anlage in bezug auf diesen Staat oder diese Staaten sowie sonstige Vereinbarungen schliessen, um eine wirksame Tätigkeit der Organisation und den Schutz ihrer Interessen zu gewährleisten.

ANLAGE II

FINANZIELLE BESTIMMUNGEN

Artikel I. 1. Das Rechnungsjahr der Organisation läuft vom 1. Januar bis zum 31. Dezember desselben Jahres.

- 2. Der Generaldirektor sendet den Mitgliedstaaten bis zum 1. September jedes Jahres
 - a. den Entwurf eines Allgemeinen Haushaltsplans,
 - b. die Entwürfe von Programmhaushaltsplänen.

- 3. Der Allgemeine Haushaltsplan umfasst
 - a. einen Ausgabenteil, der die Ausgabenvoranschläge für die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffern i, iii und iv des Übereinkommens einschliesslich der fest zugeordneten gemeinsamen Kosten sowie für die nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und die Unterstützungskosten für die Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer ii und Buchstabe *b* des Übereinkommens ausweist; die fest zugeordneten und die nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und die Programmunterstützungskosten sind in der Finanzordnung definiert; die Ansätze werden nach Tätigkeitsarten und allgemeinen Titeln gegliedert;
 - b. einen Einnahmenteil, der ausweist:
 - i. die Beiträge aller Mitgliedstaaten zu den Ausgaben für die Tätigkeiten nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffern i, iii und iv des Übereinkommens einschliesslich der fest zugeordneten gemeinsamen Kosten;
 - ii. die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den nach Massgabe der Finanzordnung auf die Programme nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *a* Ziffer ii und Buchstabe *b* des Übereinkommens entfallenden nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten;
 - iii. sonstige Einnahmen.

4. Jeder Programmhaushaltsplan umfasst
- a. einen Ausgabenteil, der ausweist:
 - i. die veranschlagten direkten Ausgaben für das betreffende Programm, gegliedert nach allgemeinen Titeln nach Massgabe der Finanzordnung;
 - ii. die veranschlagten nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten für das Programm;
 - b. einen Einnahmenteil, der ausweist:
 - i. die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den unter Buchstabe *a* Ziffer i bezeichneten direkten Ausgaben;
 - ii. sonstige Einnahmen;
 - iii. erinnerungshalber die Beiträge der Teilnehmerstaaten zu den unter Buchstabe *a* Ziffer ii bezeichneten nicht fest zugeordneten gemeinsamen Kosten und Unterstützungskosten nach Massgabe des Allgemeinen Haushaltsplans.
5. Die Genehmigung des Allgemeinen Haushaltsplans und der Programmhaushaltspläne durch den Rat erfolgt vor Beginn jedes Rechnungsjahres.
6. Die Vorbereitung und Durchführung des Allgemeinen Haushaltsplans und der Programmhaushaltspläne erfolgt nach Massgabe der Finanzordnung.

Artikel II. 1. Wenn die Umstände es erfordern, kann der Rat den Generaldirektor ersuchen, ihm einen geänderten Haushaltsplan vorzulegen.

2. Eine Entscheidung, deren Durchführung zusätzliche Ausgaben erfordert, gilt erst dann als genehmigt, wenn der Rat einen vom Generaldirektor vorgelegten Voranschlag über die zusätzlichen Ausgaben genehmigt hat.

Artikel III. 1. Der Generaldirektor nimmt, wenn er vom Rat darum ersucht wird, in den Allgemeinen Haushaltsplan oder in den betreffenden Programmhaushaltsplan Ausgabenvoranschläge für die folgenden Jahre auf.

2. Bei der Annahme der Jahreshaushaltspläne der Organisation prüft der Rat erneut die Höhe der Mittel und nimmt unter Berücksichtigung der Schwankungen des Preisniveaus und etwaiger unvorhergesehener Änderungen während der Durchführung der Programme die erforderlichen Anpassungen vor.

Artikel IV. 1. Die genehmigten Ausgaben für die Tätigkeiten nach Artikel V des Übereinkommens werden durch nach Artikel XIII des Übereinkommens festgesetzte Beiträge gedeckt.

2. Tritt ein Staat dem Übereinkommen nach dessen Artikel XXII bei, so werden die Beiträge der anderen Mitgliedstaaten neu festgesetzt. Ein neuer Beitragsschlüssel, der an einem vom Rat zu beschliessenden Tag in Kraft tritt, wird auf der Grundlage der Statistiken über das Volkseinkommen für die Jahre, die dem derzeitigen Beitragsschlüssel zugrunde liegen, festgelegt. Gegebenenfalls werden Rückzahlungen vorgenommen, damit die von allen Mitgliedstaaten für das laufende Jahr gezahlten Beiträge dem Beschluss des Rates entsprechen.

3. *a.* Die Einzelheiten der Beitragsentrichtung zur Deckung des laufenden Finanzbedarfs der Organisation werden in der Finanzordnung festgelegt.

b. Der Generaldirektor teilt den Mitgliedstaaten die Höhe ihrer Beiträge und die Zahlungstermine mit.

Artikel V. 1. Die Haushaltspläne der Organisation werden in Rechnungseinheiten aufgestellt. Eine Rechnungseinheit entspricht 0,88867088 Gramm Feingold; der Rat kann durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten eine andere Definition der Rechnungseinheit festlegen.

2. Jeder Mitgliedstaat zahlt seine Beiträge in seiner eigenen Währung.

Artikel VI. 1. Der Generaldirektor sorgt für eine ordnungsgemäße Buchführung über alle Einnahmen und Ausgaben. Am Ende jedes Rechnungsjahres stellt der Generaldirektor nach Massgabe der Finanzordnung getrennte Jahresrechnungen für jedes Programm nach Artikel V des Übereinkommens auf.

2. Die Haushaltsrechnung, der Haushalt und das Finanzgebaren sowie alle sonstigen Massnahmen mit finanziellen Auswirkungen werden von einer Rechnungsprüfungskommission geprüft. Der Rat bestimmt mit Zweidrittelmehrheit aller Mitgliedstaaten diejenigen Mitgliedstaaten, die in angemessenem Wechsel aufzufordern sind, Rechnungsprüfer für diese Kommission zu benennen, und zwar vorzugsweise Beamte ihres höheren Dienstes; mit der gleichen Mehrheit bestellt der Rat aus dem Kreis der Rechnungsprüfer einen Vorsitzenden der Kommission für die Dauer von höchstens drei Jahren.

3. Der Zweck der Rechnungsprüfung, die an Hand von Belegen und nötigenfalls an Ort und Stelle erfolgt, besteht darin, festzustellen, dass die Ausgaben den Mittelsätzen der Haushaltspläne entsprechen und dass die Buchungen vorschriftsmässig und richtig sind. Die Kommission berichtet ferner über die wirtschaftliche Verwaltung der Mittel der Organisation. Am Ende jedes Rechnungsjahres erstellt die Kommission einen Bericht, den sie mit der Mehrheit ihrer Mitglieder annimmt und dann dem Rat zuleitet.

4. Die Rechnungsprüfungskommission nimmt alle sonstigen Aufgaben wahr, die in der Finanzordnung aufgeführt sind.

5. Der Generaldirektor erteilt den Rechnungsprüfern alle Auskünfte und gewährt ihnen jede Hilfe, deren sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen.

ANLAGE III

FAKULTATIVE PROGRAMME NACH ARTIKEL V ABSATZ 1 BUCHSTABE *b* DES ÜBEREINKOMMENS

Artikel I. 1. Wird ein Vorschlag für die Durchführung eines fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b* des Übereinkommens vorgelegt, so übermittelt der Vorsitzende des Rates den Vorschlag allen Mitgliedstaaten zur Prüfung.

2. Sobald der Rat nach Artikel XI Absatz 5 Buchstabe *c* Ziffer *i* des Übereinkommens die Durchführung eines fakultativen Programms im Rahmen der Organisation angenommen hat, hat jeder Mitgliedstaat, der nicht an dem Programm teilzunehmen beabsichtigt, innerhalb von drei Monaten förmlich zu erklären, dass er an einer Teilnahme nicht interessiert ist; die Teilnehmerstaaten arbeiten eine Erklärung aus, die vorbehaltlich des Artikels III Absatz 1 ihre Verpflichtungen in bezug auf folgendes festlegt:

- a.* die einzelnen Phasen des Programms;
- b.* die Bedingungen seiner Durchführung einschliesslich des Zeitplans, des veranschlagten Finanzrahmens und der veranschlagten Finanzteilrahmen für die Phasen des Programms sowie alle sonstigen Bestimmungen über die Leitung und Durchführung des Programms;
- c.* den nach Artikel XIII Absatz 2 des Übereinkommens bestimmten Beitragsschlüssel;
- d.* die Geltungsdauer und Höhe der ersten festen finanziellen Verpflichtung.

3. Die Erklärung wird dem Rat zur Kenntnisnahme zugeleitet; gleichzeitig wird ihm ein Entwurf von Durchführungsvorschriften zur Genehmigung vorgelegt.

4. Kann ein Teilnehmerstaat die Bestimmungen der Erklärung und der Durchführungsvorschriften nicht innerhalb der in der Erklärung festgesetzten Frist annehmen, so verliert er seine Eigenschaft als Teilnehmerstaat. Andere Mitgliedstaaten können später Teilnehmerstaaten werden, indem sie diese Bestimmungen nach Massgabe der mit den Teilnehmerstaaten festzulegenden Bedingungen annehmen.

Artikel II. 1. Das Programm wird nach Massgabe des Übereinkommens und, sofern nicht in dieser Anlage oder in den Durchführungsvorschriften etwas anderes bestimmt ist, nach den in der Organisation geltenden Vorschriften und Verfahren durchgeführt. Die Beschlüsse des Rates werden nach Massgabe dieser Anlage und der Durchführungsvorschriften gefasst. Sofern diese Anlage oder die Durchführungsvorschriften keine besonderen Bestimmungen enthalten, finden die im Übereinkommen oder in der Geschäftsordnung des Rates niedergelegten Abstimmungsvorschriften Anwendung.

2. Beschlüsse über den Beginn einer neuen Phase werden mit Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten gefasst, vorausgesetzt, dass diese Mehrheit mindestens zwei Drittel der Beiträge zu dem Programm vertritt. Kann ein Beschluss über den Beginn einer neuen Phase nicht gefasst werden, so konsultieren die Teilnehmerstaaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, einander und treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung. Sie berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Massnahmen trifft.

Artikel III. 1. Umfasst das Programm eine Projektdefinitionsphase, so setzen die Teilnehmerstaaten nach Abschluss der Phase die Kosten des Programms neu fest. Zeigt diese Neufestsetzung, dass die Kosten den in Artikel I bezeichneten veranschlagten Finanzrahmen um mehr als 20 Prozent überschreiten, so kann jeder Teilnehmerstaat von dem Programm zurücktreten. Die Teilnehmerstaaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, konsultieren einander und treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung. Sie berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Massnahmen trifft.

2. Während jeder in der Erklärung festgelegten Phase nimmt der Rat mit Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten Jahreshaushaltspläne innerhalb des entsprechenden Finanzrahmens oder der entsprechenden Finanzteilrahmen an.

3. Der Rat legt ein Verfahren fest, nach dem der Finanzrahmen oder die Finanzteilrahmen im Fall von Schwankungen des Preisniveaus geändert werden können.

4. Muss der Finanzrahmen oder ein Finanzteilrahmen aus anderen als den in den Absätzen 1 und 3 genannten Gründen geändert werden, so wenden die Teilnehmerstaaten folgendes Verfahren an:

- a. Ein Teilnehmerstaat ist nicht berechtigt, von dem Programm zurückzutreten, sofern nicht die Kostenüberschreitung insgesamt um mehr als 20 Prozent über dem anfänglichen Finanzrahmen oder dem nach Absatz 1 geänderten Rahmen liegt.
- b. Liegt die Kostenüberschreitung insgesamt um mehr als 20 Prozent über dem entsprechenden Finanzrahmen, so kann jeder Teilnehmerstaat von dem Programm zurücktreten. Diejenigen Staaten, die das Programm dennoch fortzusetzen wünschen, konsultieren einander, treffen Vorkehrungen für die Fortsetzung und berichten dem Rat darüber, der alle eventuell erforderlichen Massnahmen trifft.

Artikel IV. Die Organisation, die für die Teilnehmerstaaten handelt, ist Eigentümerin der im Rahmen des Programms geschaffenen Satelliten, Weltraumsysteme und sonstigen Gegenstände sowie der zur Durchführung des Programms erworbenen Anlagen und Ausrüstungen. Über Eigentumsübertragungen entscheidet der Rat.

Artikel V. 1. Die Kündigung des Übereinkommens durch einen Mitgliedstaat gilt als Rücktritt dieses Mitgliedstaats von allen Programmen, an denen er teilnimmt. Artikel XXIV des Übereinkommens findet Anwendung auf die Rechte und Pflichten, die sich aus diesen Programmen ergeben.

2. Der Beschluss nach Artikel II Absatz 2, ein Programm nicht fortzusetzen und der Rücktritt nach Artikel III Absatz 1 und Absatz 4 Buchstabe *b* werden an dem Tag wirksam, an dem der Rat die in den genannten Artikeln vorgesehenen Mitteilungen erhält.

3. Ein Teilnehmerstaat, der nach Artikel II Absatz 2 beschliesst, ein Programm nicht fortzusetzen oder nach Artikel III Absatz 1 und Absatz 4 Buchstabe *b* von einem Programm

zurücktritt, behält die von den Teilnehmerstaaten bis zum Tag des Wirksamwerdens seines Rücktritts erworbenen Rechte. Nach diesem Zeitpunkt erwachsen ihm aus dem Teil des Programms, an dem er nicht mehr teilnimmt, keine weiteren Rechte oder Pflichten. Er bleibt verpflichtet, seinen Anteil an den Ausgabemitteln zu tragen, die den Verpflichtungsermächtigungen entsprechen, welche im Rahmen des Haushaltsplans des laufenden oder der vorhergegangenen Rechnungsjahre für die jeweils in der Durchführung befindliche Programmphase genehmigt worden waren. Die Teilnehmerstaaten können jedoch in der Erklärung einhellig übereinkommen, dass ein Staat, der beschliesst, ein Programm nicht fortzusetzen oder davon zurücktritt, verpflichtet bleibt, seinen Gesamtanteil an dem anfänglichen Finanzrahmen oder an den Finanzteilrahmen des Programms zu tragen.

Artikel VI. 1. Die Teilnehmerstaaten können mit der Zweidrittelmehrheit aller Teilnehmerstaaten, die mindestens zwei Drittel der Beiträge zu dem Programm vertritt, die Einstellung eines Programms beschliessen.

2. Die Organisation notifiziert den Teilnehmerstaaten den Abschluss des Programms nach Massgabe der Durchführungsvorschriften; mit dem Eingang dieser Notifikation treten die Durchführungsvorschriften ausser Kraft.

ANLAGE IV

INTERNATIONALISIERUNG NATIONALER PROGRAMME

Artikel I. Wichtigstes Ziel der Internationalisierung nationaler Programme ist es, dass jeder Mitgliedstaat den anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit bietet, im Rahmen der Organisation an jedem neuen zivilen Weltraumvorhaben teilzunehmen, das er entweder allein oder in Zusammenarbeit mit einem anderen Mitgliedstaat durchzuführen beabsichtigt.

Dazu

- a. notifiziert jeder Mitgliedstaat dem Generaldirektor der Organisation jedes derartige Vorhaben vor Beginn der Phase B (Projektdefinitionsphase);
- b. sollen Zeitplan und Inhalt der Vorschläge für die Teilnahme an einem Vorhaben so gestaltet werden, dass die anderen Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, einen wesentlichen Teil der damit verbundenen Arbeit zu übernehmen; etwaige Gründe, die dem entgegenstehen, und etwaige Bedingungen, welche der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, an die Zuteilung von Arbeiten an andere Mitgliedstaaten zu knüpfen wünscht, sind der Organisation frühzeitig mitzuteilen;
- c. erläutert der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, die für die technische Durchführung geplante Verfahrensweise sowie die dafür massgebenden Gründe;
- d. bemüht sich der Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, nach besten Kräften, alle vernünftigen Antworten unter dem Vorbehalt bei dem Vorhaben zu berücksichtigen, dass im Rahmen des durch die Beschlüsse über das Vorhaben bedingten Zeitplans Einvernehmen über die Höhe der Kosten und die Art der Kosten- und Arbeitsteilung erzielt wird; der Mitgliedstaat unterbreitet danach einen förmlichen Vorschlag nach Anlage III des Übereinkommens, sofern das Vorhaben nach Massgabe jener Anlage durchgeführt werden soll;
- e. die Durchführung eines Vorhabens im Rahmen der Organisation wird nicht dadurch ausgeschlossen, dass andere Mitgliedstaaten nicht in dem von dem Mitgliedstaat, der das Vorhaben in die Wege leitet, ursprünglich vorgeschlagenen Umfang daran teilnehmen.

Artikel II. Die Mitgliedstaaten werden nach besten Kräften dafür Sorge tragen, dass die wissenschaftlichen, wirtschaftlichen oder industriellen Ziele der Organisation nicht durch

zweiseitige oder mehrseitige Weltraumvorhaben, die sie in Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedstaaten unternehmen, beeinträchtigt werden. Insbesondere

- a. unterrichten sie die Organisation über derartige Vorhaben, soweit sie nicht der Ansicht sind, dass die Vorhaben dadurch beeinträchtigt würden;
- b. erörtern sie die der Organisation mitgeteilten Vorhaben mit den anderen Mitgliedstaaten, um den Rahmen für eine weitergehende Teilnahme festzulegen. Erweist sich eine weitergehende Teilnahme als möglich, so finden die in Artikel I Buchstaben *b* bis *e* vorgesehenen Verfahren Anwendung.

ANLAGE V

INDUSTRIEPOLITIK

Artikel I. 1. Bei der Durchführung der Industriepolitik nach Artikel VII des Übereinkommens handelt der Generaldirektor in Übereinstimmung mit dieser Anlage und den Richtlinien des Rates.

2. Der Rat beobachtet die Entwicklung des Industriepotentials und der Industriestruktur in bezug auf die Tätigkeit der Organisation, insbesondere

- a. die allgemeine Struktur und Gruppierung der Industrie;
 - b. das wünschenswerte Mass an Spezialisierung innerhalb der Industrie und die Methoden zu deren Erzielung;
 - c. die Koordinierung der einschlägigen Industriepolitik der einzelnen Staaten;
 - d. die Wechselbeziehung zu der einschlägigen Industriepolitik anderer internationaler Gremien;
 - e. das Verhältnis zwischen industrieller Produktionskapazität und potentiellen Märkten;
 - f. die Gestaltung der Kontakte zur Industrie;
- um die Industriepolitik der Organisation verfolgen und gegebenenfalls anpassen zu können.

Artikel II. 1. Bei der Vergabe aller Aufträge wird die Organisation die Industrie und die Organisationen der Mitgliedstaaten bevorzugen. Jedoch sind innerhalb jedes fakultativen Programms nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b* des Übereinkommens die Industrie und die Organisationen der Teilnehmerstaaten in erster Linie zu bevorzugen.

2. Der Rat entscheidet, ob und inwieweit die Organisation von der vorstehenden Vorzugsklausel abweichen kann.

3. Die Frage, ob ein Unternehmen als einem der Mitgliedstaaten angehörend anzusehen ist, wird nach folgenden Kriterien entschieden : geographische Lage des Sitzes des Unternehmens, seiner Entscheidungszentren und Forschungszentren; Hoheitsgebiet in dem die Arbeit ausgeführt werden soll. In Zweifelsfällen entscheidet der Rat, ob ein Unternehmen als einem der Mitgliedstaaten angehörend anzusehen ist oder nicht.

Artikel III. 1. Der Generaldirektor legt dem Rat in einem frühen Stadium der Auftragsvergabe, bevor die Ausschreibungen versandt werden, seine Vorschläge für das anzuwendende Beschaffungsverfahren für jeden Auftrag zur Genehmigung vor,

- a. der entweder einen Schätzwert hat, der oberhalb der in den Vorschriften über die Industriepolitik festzulegenden und von der Art der Arbeiten abhängigen Grenzen liegt, oder
- b. der nach Auffassung des Generaldirektors von den Vorschriften über die Industriepolitik oder von den durch den Rat festgelegten zusätzlichen Richtlinien nicht genügend erfasst ist oder der zu einem Konflikt mit diesen Vorschriften oder Richtlinien führen könnte.

2. Die in Absatz 1 Buchstabe *b* bezeichneten zusätzlichen Richtlinien werden von Zeit zu Zeit vom Rat aufgestellt, wenn er sie zur Bestimmung der Bereiche, in denen eine vorherige Vorlage an den Rat nach Absatz 1 erforderlich ist, für zweckmässig hält.

3. Die Aufträge der Organisation werden vom Generaldirektor ohne weitere Einschaltung des Rates unmittelbar vergeben, ausser in folgenden Fällen:

- a. wenn sich aus der Bewertung der eingegangenen Angebote ergibt, dass ein Auftragnehmer empfohlen werden sollte, dessen Wahl entweder den vom Rat nach Absatz 1 erteilten vorherigen Weisungen oder einer aufgrund der Untersuchungen des Rates nach Artikel I Absatz 2 beschlossenen allgemeinen Richtlinie über Industriepolitik widersprechen würde; in diesem Fall legt der Generaldirektor dem Rat die Angelegenheit zur Entscheidung vor, erläutert, warum er eine Abweichung für erforderlich hält, und gibt zu erkennen, ob eine andere Entscheidung des Rates technisch, betriebsmässig oder auf andere Weise eine empfehlenswerte Alternative darstellen würde;
- b. wenn der Rat aus besonderen Gründen beschlossen hat, vor Vergabe eines Auftrags eine Überprüfung vorzunehmen.

4. Der Generaldirektor berichtet dem Rat in noch festzulegenden regelmässigen Abständen über die während des vorangegangenen Zeitabschnitts vergebenen Aufträge und über die für den folgenden Zeitabschnitt geplanten Auftragsvergaben, um dem Rat die Möglichkeit zu geben, die Durchführung der Industriepolitik der Organisation zu verfolgen.

Artikel IV. Die geographische Verteilung der gesamten Aufträge der Organisation bestimmt sich nach den folgenden allgemeinen Vorschriften:

1. Der Gesamtrückflusskoeffizient eines Mitgliedstaates ist das Verhältnis zwischen seinem prozentualen Anteil am Gesamtwert aller an die Mitgliedstaaten vergebenen Aufträge und seinem Gesamtbeitragsanteil. Bei der Berechnung des Gesamtrückflusskoeffizienten bleiben jedoch Aufträge, die in den Mitgliedstaaten im Rahmen eines Programms vergeben und Beiträge die von den Mitgliedstaaten im Rahmen eines Programms geleistet werden, unberücksichtigt, wenn das Programm

- a. nach Artikel VIII des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumforschungs-Organisation durchgeführt wird, sofern die betreffende Vereinbarung diesbezügliche Bestimmungen enthält oder alle Teilnehmerstaaten dies durch einstimmigen Beschluss vereinbaren;
- b. nach Artikel V Absatz 1 Buchstabe *b* des Übereinkommens durchgeführt wird, sofern alle ursprünglichen Teilnehmerstaaten dies durch einstimmigen Beschluss vereinbaren.

2. Zur Berechnung des Rückflusskoeffizienten wird der Wert jedes Auftrags nach seiner technologischen Bedeutung beurteilt. Die Bewertungsfaktoren werden vom Rat festgelegt. Bei einem einzelnen Auftrag von erheblichem Wert kann mehr als ein Bewertungsfaktor angewendet werden.

3. Im Idealfall soll die Verteilung der durch die Organisation vergebenen Aufträge dazu führen, dass alle Staaten einen Gesamtrückflusskoeffizienten von 1 haben.

4. Die Rückflusskoeffizienten werden vierteljährlich berechnet und für die in Absatz 5 vorgesehenen förmlichen Überprüfungen kumulativ ausgewiesen.

5. Alle drei Jahre finden förmliche Überprüfungen des Standes der geographischen Verteilung der Aufträge statt.

6. Zwischen den förmlichen Überprüfungen sollten die Aufträge so verteilt werden, dass bei jeder förmlichen Überprüfung der kumulative Gesamtrückflusskoeffizient jedes Mitgliedstaates nicht wesentlich vom Idealwert abweicht. Für den ersten Dreijahresabschnitt wird die Untergrenze des kumulativen Rückflusskoeffizienten auf 0,8 festgesetzt. Bei jeder förmlichen Überprüfung kann der Rat die Untergrenze für den folgenden Dreijahresabschnitt neu festsetzen, sie darf jedoch nie unter 0,8 liegen.

7. Für verschiedene vom Rat festzulegende Auftragskategorien, insbesondere Aufträge für fortgeschrittene Forschung und Entwicklung sowie Aufträge für projektbezogene Technologie, werden gesonderte Bewertungen des Rückflusskoeffizienten durchgeführt und dem Rat mitgeteilt. Der Generaldirektor erörtert diese Bewertungen mit dem Rat in noch festzulegenden regelmässigen Abständen, um die zur Behebung etwaiger Unausgeglichenheiten erforderlichen Massnahmen zu bestimmen.

Artikel V. 1. Ergibt sich bei einer der am Ende jedes Dreijahresabschnitts durchzuführenden förmlichen Überprüfungen, dass der Gesamtrückflusskoeffizient eines Mitgliedstaates unter der in Artikel IV Absatz 6 vorgesehenen Untergrenze liegt, so macht der Generaldirektor dem Rat Vorschläge für einen Ausgleich innerhalb eines Jahres. Diese Vorschläge haben sich im Rahmen der Regeln der Organisation für die Auftragsvergabe zu halten.

2. Ist nach Ablauf dieser Jahresfrist ein Ausgleich nicht erfolgt, so legt der Generaldirektor dem Rat Vorschläge vor, in denen der Notwendigkeit des Ausgleichs Vorrang vor den Regeln der Organisation für die Auftragsvergabe gegeben wird.

Artikel VI. Alle aus industriepolitischen Gründen gefassten Beschlüsse, durch die bestimmte Unternehmen oder Organisationen eines Mitgliedstaates vom Wettbewerb um Aufträge der Organisation auf einem bestimmten Gebiet ausgeschlossen werden, bedürfen der Zustimmung dieses Mitgliedstaates.

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

CONVENIO DE CREACIÓN DE UNA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

Los Estados partes en el presente Convenio,

Considerando que la importancia de los recursos humanos, técnicos y financieros necesarios para las actividades relativas al campo espacial es tal que dichos recursos rebasan las posibilidades individuales de los países europeos;

Considerando la Resolución de la Conferencia Espacial Europea adoptada el 20 de diciembre de 1972 y confirmada por la Conferencia Espacial Europea el 31 de julio de 1973, que decidió se crease una nueva organización llamada «Agencia Espacial Europea» a partir de la Organización Europea de Investigaciones Espaciales y de la Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales y se intentase con la amplitud y rapidez que fuese razonablemente posible la integración de los programas espaciales nacionales europeos para formar un programa espacial europeo;

Deseando continuar y reforzar la cooperación europea, con fines exclusivamente pacíficos, en los campos de la investigación y de la tecnología espaciales y de sus aplicaciones espaciales, con vistas a su utilización para fines científicos y para sistemas espaciales operacionales de aplicaciones;

Deseando, para lograr estos fines, establecer una organización espacial europea única que permita aumentar la eficacia del conjunto del esfuerzo espacial europeo mediante una mejor utilización de los recursos actualmente dedicados al espacio y definir un programa espacial europeo con fines exclusivamente pacíficos,

Acuerdan lo siguiente:

Artículo I. CREACIÓN DE LA AGENCIA

1. Por el presente Convenio se crea una organización europea llamada «Agencia Espacial Europea», en adelante denominada «la Agencia».

2. Serán miembros de la Agencia los Estados, en adelante denominados «Estados miembros», que sean partes en el presente Convenio en virtud de los artículos XX y XXII.

3. Todos los Estados miembros participarán en las actividades obligatorias mencionadas en el artículo V, 1, *a* y contribuirán a los gastos comunes fijos de la Agencia a que se refiere el anexo II.

4. La sede de la Agencia estará en la región de París.

Artículo II. OBJETO

La Agencia tendrá por objeto asegurar y desarrollar, con fines exclusivamente pacíficos, la cooperación entre Estados europeos en los campos de la investigación y de la tecnología espaciales y de sus aplicaciones espaciales, con vistas a su utilización con fines científicos y para sistemas espaciales operacionales de aplicaciones:

a. Elaborando y poniendo en práctica una política espacial europea a largo plazo, recomendando a los Estados miembros objetivos en materia espacial y concertando las políticas de los Estados miembros respecto a otras organizaciones e instituciones nacionales e internacionales;

- b. Elaborando y poniendo en práctica actividades y programas en el campo espacial;
- c. Coordinando el programa espacial europeo y los programas nacionales e integrando estos últimos progresivamente y tan completamente como sea posible en el programa espacial europeo, especialmente en lo que concierne al desarrollo de satélites de aplicaciones;
- d. Elaborando y poniendo en práctica la política industrial adecuada a su programa y recomendando a los Estados miembros una política industrial coherente.

Artículo III. INFORMACIONES Y DATOS

1. Los Estados miembros y la Agencia facilitarán el intercambio de informaciones científicas y técnicas relativas a los campos de la investigación y la tecnología espaciales y de sus aplicaciones espaciales, aunque ningún Estado miembro estará obligado a comunicar las informaciones obtenidas fuera del marco de la Agencia si estima que tal comunicación es incompatible con las exigencias de su seguridad, sus acuerdos con terceros o las condiciones en que haya adquirido dichas informaciones.

2. Al asegurar la ejecución de las actividades a que se refiere el artículo V, la Agencia cuidará que sean publicados sus resultados científicos o, en alguna otra forma, que sean ampliamente accesibles tras haber sido utilizados por los investigadores responsables de los experimentos. Los datos sustanciados resultantes serán propiedad de la Agencia.

3. En la conclusión de contratos o de acuerdos, la Agencia se reservará, en lo que se refiere a los inventos y datos técnicos que se derivan de ellos, los derechos adecuados para la salvaguardia de sus intereses y de los de aquellos Estados miembros que participen en el programa de que se trate, así como los de las personas y entidades bajo la jurisdicción de estos. Estos derechos comportan señaladamente los derechos de acceso, comunicación y utilización. Dichos inventos y datos técnicos se comunicarán a los Estados participantes.

4. Los inventos y datos técnicos propiedad de la Agencia se comunicarán a los Estados miembros y podrán ser utilizados para sus propias necesidades, gratuitamente, por dichos Estados y por las personas y entidades bajo su jurisdicción.

5. Las normas detalladas para la aplicación de las disposiciones precedentes se adoptarán por el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

Artículo IV. INTERCAMBIOS DE PERSONAS

Los Estados miembros facilitarán los intercambios de personas cuyas actividades estén relacionadas con el ámbito de competencia de la Agencia, en la medida en que sea compatible con la aplicación general de las leyes y reglamentos relativos a la entrada o permanencia en sus territorios respectivos, o a la salida de estos.

Artículo V. ACTIVIDADES Y PROGRAMAS

1. Las actividades de la Agencia comprenderán actividades obligatorias, en las que participan todos los Estados miembros, y actividades facultativas, en las que participan todos los Estados miembros salvo aquellos que declaren formalmente no estar interesados en participar en las mismas.

a. Respecto de las actividades obligatorias, la Agencia:

- i. Asegurará la ejecución de las actividades básicas, tales como enseñanza, documentación, estudio de proyectos futuros y trabajos de investigación tecnológica;

- ii. Asegurará la elaboración y ejecución de un programa científico que comporte satélites y otros sistemas espaciales;
 - iii. Reunirá y difundirá entre los Estados miembros las informaciones pertinentes, señalará las lagunas y duplicaciones, y dará consejo y ayuda para la armonización de los programas internacionales y nacionales;
 - iv. Mantendrá contactos regulares con los usuarios de técnicas espaciales y se informará de sus necesidades.
- b. Respecto de las actividades facultativas la Agencia asegurará, conforme a las disposiciones del anexo III, la ejecución de programas que puedan comportar señaladamente:
- i. El estudio, desarrollo, construcción, lanzamiento, puesta en órbita y control de satélites y de otros sistemas espaciales;
 - ii. El estudio, desarrollo, construcción y puesta en funcionamiento de medios de lanzamiento y de sistemas de transporte espaciales.
2. En lo referente a las aplicaciones espaciales la Agencia podrá, llegado el caso, efectuar actividades operacionales en condiciones que serán definidas por el Consejo por mayoría de todos los Estados miembros. La Agencia a este respecto:
- a. Pondrá a disposición de las entidades de explotación interesadas aquellas de sus instalaciones que puedan serles útiles;
 - b. Efectuará en su caso, por cuenta de las entidades de explotación interesadas, el lanzamiento, puesta en órbita y control de satélites operacionales de aplicaciones;
 - c. Llevará a cabo cualquier otra actividad solicitada por los usuarios y aprobada por el Consejo.

El costo de tales actividades operacionales correrá a cargo de los usuarios interesados.

3. Respecto de la coordinación e integración de los programas referidos en el artículo II, *c*, la Agencia recibirá de los Estados miembros, a su debido tiempo, noticia de los proyectos relativos a nuevos programas espaciales, facilitará las consultas entre los Estados miembros, procederá a cualquier evaluación necesaria y formulará las normas apropiadas que serán adoptadas por el Consejo por unanimidad de todos los Estados miembros. Los objetivos y procedimientos de internacionalización de los programas constan en el anexo IV.

Artículo VI. INSTALACIONES Y SERVICIOS

1. Para la ejecución de los programas que le sean confiados, la Agencia:
 - a. Mantendrá la capacidad propia necesaria para la preparación y la supervisión de sus tareas y a este fin creará y mantendrá en funcionamiento los establecimientos e instalaciones que sean necesarios para sus actividades;
 - b. Podrá concluir acuerdos particulares que permitan la ejecución de partes de sus programas por instituciones nacionales de los Estados miembros o en cooperación con estas últimas, o bien acuerdos por los que tome a su cargo la gestión de algunas instalaciones nacionales.
2. En la realización de sus programas, los Estados miembros y la Agencia se esforzarán en utilizar prioritariamente y lo mejor posible sus instalaciones existentes y sus servicios disponibles, y en racionalizarlos; en consecuencia, no crearán instalaciones o servicios nuevos sin examen previo de la posibilidad de recurrir a los medios existentes.

Artículo VII. POLÍTICA INDUSTRIAL

1. La política industrial que la Agencia elaborará y aplicará en virtud del artículo II, *d* estará concebida en particular de modo que:

- a.* Responda a las necesidades del programa espacial europeo y de los programas espaciales nacionales coordinados, de manera económicamente eficiente;
- b.* Mejore las condiciones de competencia de la industria europea en el mundo, manteniendo y desarrollando la tecnología espacial y fomentando la racionalización y el desarrollo de una estructura industrial adecuada a las necesidades del mercado, utilizando en primer lugar el potencial industrial ya existente de todos los Estados miembros;
- c.* Garantice la participación de todos los Estados miembros de manera equitativa, teniendo en cuenta su contribución financiera, en la realización del programa espacial europeo y en el desarrollo conexo de la tecnología espacial; en particular la Agencia dará preferencia en la medida de lo posible, para la ejecución de sus programas, a las industrias de todos los Estados miembros, que recibirán las máximas oportunidades [de] participación en los trabajos de interés tecnológico emprendidos por la Agencia;
- d.* Se beneficie de las ventajas de la licitación en todos los casos, excepto cuando ello sea incompatible con los demás objetivos definidos de la política industrial.

Podrán definirse por el Consejo otros objetivos, mediante decisión unánime de todos los Estados miembros. Las disposiciones detalladas relativas a la realización de estos objetivos figuran en el anexo V y en las reglas que se adopten por el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, las cuales serán revisadas periódicamente.

2. Para la ejecución de sus programas la Agencia recurrirá al máximo a contratistas exteriores, en la medida en que sea compatible con el mantenimiento de la capacidad propia mencionada en el artículo VI, 1.

Artículo VIII. LANZADORES Y OTROS SISTEMAS DE TRANSPORTE ESPACIALES

1. Al definir sus misiones la Agencia tendrá en cuenta los lanzadores u otros sistemas de transporte espaciales desarrollados en el marco de sus programas, o por un Estado miembro, o con una contribución sustancial de la Agencia, y concederá preferencia a su utilización para las cargas útiles adecuadas salvo que dicha utilización resulte irrazonablemente desventajosa por su costo, fiabilidad y adaptación a la misión, en comparación con la utilización de otros lanzadores o medios de transporte espaciales disponibles en la época prevista.

2. Si las actividades o programas a que se refiere el artículo V comportasen la utilización de lanzadores o de otros sistemas de transporte espaciales, los Estados participantes harán saber al Consejo en el momento en que el programa en cuestión le sea sometido para su aprobación o aceptación, cuál es el lanzador o sistema de transporte espacial previsto. Si durante la ejecución de un programa los Estados participantes desearan recurrir a un lanzador o sistema de transporte espacial distinto al adoptado inicialmente, el Consejo se pronunciará sobre este cambio, conforme a las mismas reglas seguidas para la aprobación o aceptación iniciales del programa.

Artículo IX. USO DE LAS INSTALACIONES, AYUDA A LOS ESTADOS MIEMBROS Y SUMINISTRO DE PRODUCTOS

1. A condición de que la utilización de sus instalaciones para sus propias actividades y programas no se vea con ello comprometida, la Agencia pondrá sus in-

stalaciones a disposición de todo Estado miembro que lo solicite para la realización de su propio programa y a costa de dicho Estado. El Consejo decidirá, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, las modalidades prácticas relativas a esta puesta a disposición.

2. Si, aparte de las actividades y programas a que se refiere el artículo V, pero dentro del marco del objeto de la Agencia, uno o varios Estados miembros desearan emprender un proyecto, el Consejo podrá decidir, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, conceder la ayuda de la Agencia. Los gastos que resulten para la Agencia serán sufragados por el Estado miembro o Estados miembros interesados.

3. *a.* Los productos realizados en el marco de un programa de la Agencia serán suministrados a todo Estado miembro que haya participado en la financiación de dicho programa y que los solicite para sus propias necesidades.

El Consejo determinará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, las modalidades prácticas de suministro de dichos productos y, en particular, las medidas que deba tomar la Agencia frente a sus contratantes a fin de que el Estado miembro solicitante pueda obtener tales productos.

b. Dicho Estado miembro podrá solicitar de la Agencia que diga si estima que los precios propuestos por los contratantes son justos y razonables y si los consideraría aceptables en las mismas condiciones para la satisfacción de sus propias necesidades.

c. La satisfacción de las solicitudes mencionadas en este párrafo no supondrá ningún aumento de gasto para la Agencia, debiendo el Estado miembro solicitante soportar todos los gastos que resulten de ello.

Artículo X. ÓRGANOS

Los órganos de la Agencia serán el Consejo y el Director General asistido por un personal.

Artículo XI. EL CONSEJO

1. El Consejo se compondrá de representantes de los Estados miembros.

2. El Consejo se reunirá, cuando sea necesario, a nivel de delegados o a nivel de ministros. Salvo decisión contraria del Consejo, las reuniones tendrán lugar en la sede de la Agencia.

3. *a.* El Consejo elegirá al Presidente y a los Vicepresidentes para mandatos de dos años renovables una vez por un periodo de un año. El Presidente dirigirá los trabajos del Consejo y asegurará la preparación de sus decisiones; informará a los Estados miembros de las propuestas de realización de los programas facultativos; prestará su ayuda para la coordinación de las actividades de los órganos de la Agencia; mantendrá contacto con los Estados miembros, por medio de sus delegados en el Consejo, sobre las cuestiones de política general relativas a la Agencia y procurará armonizar sus puntos de vista sobre la materia; en los intervalos entre reuniones aconsejará al Director General y recibirá de éste las informaciones necesarias.

b. El Presidente estará asistido de una Mesa cuya composición será decidida por el Consejo y que se reunirá por convocatoria del Presidente. La Mesa desempeñará, respecto del Presidente, una función consultiva en orden a la preparación de las reuniones del Consejo.

4. Cuando el Consejo se reúna a nivel de ministros elegirá un Presidente por el tiempo que dure la reunión. Este convocará la reunión ministerial siguiente.

5. Además de las funciones definidas en otros artículos del presente Convenio y conforme a las disposiciones del mismo, El Consejo:
- a. En lo que se refiere a las actividades y al programa previstos en el artículo V, 1, *a*, i e ii:
 - i. Aprobará por mayoría de todos los Estados miembros dicho programa y actividades; las decisiones que se tomen al respecto solo podrán modificarse por nuevas decisiones tomadas por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros;
 - ii. Determinará, por decisión unánime de todos los Estados miembros, el nivel de los recursos que deban ponerse a disposición de la Agencia durante el periodo quinquenal venidero;
 - iii. Determinará, por decisión unánime de todos los Estados miembros hacia el final del tercer año de cada periodo quinquenal y tras nuevo examen de la situación, el nivel de los recursos que deban ponerse a disposición de la Agencia para el nuevo periodo quinquenal que empiece al término de este tercer año;
 - b. En lo que se refiere a las actividades previstas en el artículo V, 1, *a*, iii e iv:
 - i. Definirá la política de la Agencia que corresponda a su objeto;
 - ii. Adoptará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, recomendaciones dirigidas a éstos;
 - c. En lo que se refiere a los programas facultativos previstos en el artículo V, 1, *b*:
 - i. Aceptará, por mayoría de todos los Estados miembros, cada uno de estos programas;
 - ii. Determinará en su caso, durante el curso de su ejecución, el orden de prioridad de los programas;
 - d. Determinará los planes de trabajo anuales de la Agencia;
 - e. Adoptará, en lo que concierne a los presupuestos tal y como se definen en el anexo II:
 - i. El presupuesto general anual de la Agencia, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros;
 - ii. Cada presupuesto de programa, por mayoría de dos tercios de los Estados participantes;
 - f. Adoptará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, el Reglamento financiero y todas las demás disposiciones financieras de la Agencia;
 - g. Estará al corriente de los gastos relativos a las actividades obligatorias y facultativas a que se refiere el artículo V, 1;
 - h. Aprobará y publicará las cuentas anuales de la Agencia, debidamente verificadas;
 - i. Adoptará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, el Estatuto de personal;
 - j. Adoptará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, las reglas aplicables a la autorización que pueda darse, teniendo en cuenta los fines pacíficos de la Agencia, para la transferencia fuera del territorio de los Estados miembros de la tecnología y productos realizados en el marco de las actividades de la Agencia o con su concurso;
 - k. Decidirá sobre la admisión de nuevos Estados miembros, conforme al artículo XXII;

l. Decidirá las medidas que deban tomarse conforme al artículo XXIV en caso de que un Estado miembro denuncie el presente Convenio o deje de ser miembro en virtud del artículo XVIII;

m. Tomará cualquier otra medida necesaria para la consecución del objeto de la Agencia dentro del marco del presente Convenio.

6. *a.* Cada Estado miembro dispondrá de un voto en el Consejo. Sin embargo, un Estado miembro no tendrá derecho a voto en las cuestiones que interesen exclusivamente a un programa aprobado en el cual no participe.

b. Los Estados miembros no tendrán derecho a voto en el Consejo si el atraso de sus contribuciones a la Agencia en concepto del conjunto de actividades y programas a que se refiere el artículo V en los que participe superase el importe de sus contribuciones fijado para el ejercicio económico en curso. Por otra parte, si el atraso de contribuciones debidas por un Estado miembro en concepto de cualquiera de los programas previstos en el artículo V, 1, *a*, ii o *b* en los cuales participe, superase el importe de sus contribuciones a ese programa fijado para el ejercicio económico en curso, dicho Estado miembro no tendrá derecho a voto en el Consejo para las cuestiones exclusivamente relativas a ese programa. En tal caso, dicho Estado miembro podrá, no obstante, ser autorizado a votar en el Consejo si la mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros estimara que la falta de pago se debe a circunstancias independientes de su voluntad.

c. Para que el Consejo delibere válidamente será necesaria la presencia de delegados de la mayoría de todos los Estados miembros.

d. Salvo cuando el presente Convenio establezca otra cosa, las decisiones del Consejo se tomarán por mayoría simple de los Estados miembros representados y que participen en la votación.

e. Para determinar la unanimidad o las mayorías previstas en el presente Convenio no se tendrá en cuenta los Estados miembros que carezcan de derecho a voto.

7. El Consejo establecerá su propio reglamento interno.

8. *a.* El Consejo creará un Comité de programa científico al que encomendará todas las cuestiones relativas al programa científico obligatorio previsto en el artículo V, 1, *a*, ii. Le autorizará a tomar decisiones para este programa, conservando en todo caso la función de determinar el nivel de recursos y adoptar el presupuesto anual. El mandato del Comité del programa científico será definido por el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, y conforme a las disposiciones del presente artículo.

b. El Consejo podrá crear los órganos subsidiarios necesarios para el cumplimiento del objeto de la Agencia. El Consejo, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, decidirá la creación de dichos órganos, definirá sus atribuciones y determinará los casos en que estén habilitados para tomar decisiones.

c. Cuando un órgano subsidiario examine un asunto que se refiera exclusivamente a uno solo de los programas facultativos previstos en el artículo V, 1, *b*, los Estados no participantes no tendrán derecho a voto, a menos que todos los Estados participantes decidan otra cosa.

Artículo XII. DIRECTOR GENERAL Y PERSONAL

1. *a.* El Consejo nombrará un Director General por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, por un periodo determinado, y podrá poner fin a su mandato por la misma mayoría.

b. El Director General será el funcionario ejecutivo superior de la Agencia y la representará en todos sus actos. Tomará todas las medidas necesarias para la gestión de la Agencia, para la ejecución de sus programas, para la aplicación de su política y para el cumplimiento de su objeto, de conformidad con las directrices recibidas del Consejo. Los establecimientos de la Agencia estarán bajo su autoridad. Para la administración financiera de la Agencia se atenderá a las disposiciones del anexo II. Elaborará un informe anual al Consejo, que será publicado. También podrá someter propuestas de actividades y de programas, así como medidas adecuadas para asegurar el cumplimiento del objeto de la Agencia. Tomará parte en las reuniones de la Agencia, pero sin derecho a voto.

c. El Consejo podrá aplazar el nombramiento del Director General por el tiempo que estime necesario tras la entrada en vigor del presente Convenio, o en caso de ulterior vacante. El Consejo designará en tal caso una persona que haga las veces de Director General y fijará sus poderes y responsabilidades.

2. El Director General estará asistido del personal científico, técnico, administrativo y de secretariado que estime necesario dentro de los límites autorizados por el Consejo.

3. a. El personal de dirección, tal como lo defina el Consejo, será nombrado y despedido por el Consejo a propuesta del Director General. Los nombramientos y despidos efectuados por el Consejo requerirán una mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

b. El resto del personal será nombrado y despedido por el Director General actuando por delegación del Consejo.

c. Todo el personal será contratado en razón a sus calificaciones y teniendo en cuenta una distribución adecuada de los puestos entre nacionales de los Estados miembros. Los nombramientos se efectuarán y se darán por terminados conforme al Estatuto de personal.

d. Los investigadores que no formen parte del personal de la Agencia y que efectúen investigaciones en los establecimientos de la Agencia estarán bajo la autoridad del Director General y sometidos a todas las reglas generales adoptadas por el Consejo.

4. Las responsabilidades del Director General y de los miembros del personal para con la Agencia serán de carácter exclusivamente internacional. En el cumplimiento de sus deberes no deberán solicitar ni recibir instrucciones de ningún Gobierno ni de ninguna autoridad ajena a la Agencia. Los Estados miembros estarán obligados a respetar el carácter internacional de las obligaciones del Director General y de los miembros del personal y a no tratar de influir en el cumplimiento de sus deberes.

Artículo XIII. CONTRIBUCIONES FINANCIERAS

1. Cada Estado miembro contribuirá a los gastos de ejecución de las actividades y del programa a que se refiere el artículo V, 1, a y, de acuerdo con el anexo II, a los gastos comunes de la Agencia, según el baremo que el Consejo adopte por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, ya sea cada tres años en el momento del nuevo examen previsto en el artículo XI, 5, a, iii, ya porque decida por unanimidad de todos los Estados miembros establecer un nuevo baremo. El baremo de contribuciones se establecerá sobre la base del promedio de la renta nacional de cada Estado miembro durante los tres últimos años de los que se disponga de estadísticas. Sin embargo:

- a. Ningún Estado miembro estará obligado a abonar contribuciones que excedan del veinticinco por ciento del importe total de las contribuciones fijadas por el Consejo para satisfacer los gastos citados;
- b. El Consejo podrá decidir, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, la reducción temporal por circunstancias especiales de la contribución de un Estado miembro. En particular, se considerará que es una circunstancia especial en el sentido de la presente disposición el hecho de que la renta anual per cápita de un Estado miembro sea inferior a determinada cantidad fijada por el Consejo por la misma mayoría.

2. Cada Estado miembro contribuirá a los gastos de ejecución de cada programa facultativo incluido en el artículo V, 1, *b* salvo que declare formalmente no estar interesado en tal participación y, por ello, no participe. A menos que todos los Estados participantes decidan otra cosa, el baremo de las contribuciones a un programa determinado se establecerá sobre la base del valor medio de la renta nacional de cada Estado participante durante los tres años más recientes de los que se disponga de estadísticas. Dicho baremo se revisará, bien sea cada tres años, o bien cuando el Consejo decida establecer un nuevo baremo conforme al párrafo 1. Sin embargo, ningún Estado participante estará obligado a abonar, en aplicación de ese baremo, contribuciones que rebasen el veinticinco por ciento del importe total de las contribuciones al programa en cuestión. No obstante, el porcentaje de contribución de cada Estado participante deberá ser al menos equivalente al veinticinco por ciento de su porcentaje de contribución establecido según lo previsto en el párrafo 1, a menos que todos los Estados participantes decidan otra cosa en el momento de la adopción o durante la ejecución del programa.

3. Los sistemas de estadísticas utilizados para establecer los baremos de contribuciones a que se refieren los párrafos 1 y 2 serán los mismos, y quedarán precisados en el Reglamento financiero.

4. *a.* Todo Estado que no fuera parte en el Convenio de creación de una Organización Europea de Investigaciones Espaciales, o en el Convenio de creación de una Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales, y que pase a ser parte en el presente Convenio, estará obligado, no sólo al abono de sus contribuciones, sino también a efectuar un abono especial en función del valor actual de los bienes de la Agencia. El importe de este abono especial se fijará por el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

b. Los abonos realizados conforme al apartado *a* servirán para reducir las contribuciones de los demás Estados miembros, a menos que el Consejo decida otra cosa por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

5. Las contribuciones debidas en virtud del presente artículo se abonarán conforme a lo dispuesto en el anexo II.

6. El Director General, a reserva de instrucciones eventuales del Consejo, podrá aceptar las donaciones y legados que se hagan a la Agencia, si no están supeditados a condiciones incompatibles con el objeto de la Agencia.

Artículo XIV. COOPERACIÓN

1. La Agencia podrá, en virtud de decisiones del Consejo tomadas por voto unánime de todos los Estados miembros, cooperar con otras organizaciones e instituciones internacionales y con los Gobiernos, organizaciones e instituciones de Estados no miembros y celebrar con ellos acuerdos a este efecto.

2. Esta cooperación podrá consistir en la participación de Estados no miembros o de organizaciones internacionales, en uno o en varios de los programas emprendidos en virtud del artículo V, 1, *a*, ii o V, 1, *b*. A reserva de las decisiones que se tomen en virtud del párrafo 1, los requisitos detallados de esta cooperación serán definidos en cada caso por el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados participantes en el programa considerado. Estos requisitos pueden prever que el Estado no miembro disponga de derecho a voto en el Consejo cuando éste examine cuestiones vinculadas exclusivamente al programa en el que este Estado participe.

3. Esta cooperación podrá igualmente consistir en la concesión del estatuto de miembro asociado a Estados no miembros que se comprometan a contribuir como mínimo a los estudios de proyectos futuros emprendidos en virtud del artículo V, 1, *a*, i. Los requisitos detallados de esta asociación se definirán en cada caso por el Consejo, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

Artículo XV. ESTATUTO JURÍDICO, PRIVILEGIOS E INMUNIDADES

1. La Agencia gozará de personalidad jurídica.

2. La Agencia, los miembros de su personal y los expertos, así como los representantes de sus Estados miembros, gozarán de la capacidad jurídica, los privilegios y las inmunidades previstos en el anexo I.

3. La Agencia concluirá los acuerdos relativos a su sede y a los establecimientos creados conforme al artículo VI, con los Estados miembros en cuyos territorios estén situados dicha sede y dichos establecimientos.

Artículo XVI. ENMIENDAS

1. El Consejo podrá recomendar a los Estados miembros enmiendas al presente Convenio, así como a su anexo I. Todo Estado miembro que desee proponer una enmienda lo notificará al Director General. El Director General informará a los Estados miembros de la enmienda así notificada, al menos tres meses antes de su examen por el Consejo.

2. Las enmiendas recomendadas por el Consejo entrarán en vigor treinta días después de que el Gobierno francés haya recibido notificación de su aceptación por todos los Estados miembros. El Gobierno francés notificará a todos los Estados miembros la fecha de entrada en vigor de dichas enmiendas.

3. El Consejo podrá, por voto unánime de todos los Estados miembros, enmendar los demás anexos del presente Convenio, a condición de que tales enmiendas no estén en contradicción con dicho Convenio. Las enmiendas entrarán en vigor en la fecha que decida el Consejo por voto unánime de todos los Estados miembros. El Director General informará a todos los Estados miembros de tales enmiendas y de la fecha de su entrada en vigor.

Artículo XVII. CONTROVERSIAS

1. Toda controversia entre dos o más Estados miembros, o entre uno o más Estados miembros y la Agencia, sobre la interpretación o la aplicación del presente Convenio o de sus Anexos, así como toda controversia de las referidas en el artículo XXVI del anexo I, que no haya sido resuelta por medio del Consejo, se someterá a arbitraje a petición de cualquiera de las partes en la controversia.

2. Salvo que las partes en la controversia establezcan otra cosa, el procedimiento de arbitraje se hará de acuerdo con el presente artículo y con un reglamento

adicional que adopte el Consejo por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros.

3. El Tribunal de arbitraje se compondrá de tres miembros. Cada parte en la controversia designará un árbitro; los dos primeros árbitros designarán un tercero que asumirá la presidencia del Tribunal de arbitraje. El reglamento adicional a que hace referencia el párrafo 2 determinará el procedimiento a seguir en caso de que dichas designaciones no se hayan hecho en un plazo determinado.

4. Cualquier Estado miembro y la Agencia, cuando no sean parte en una controversia, podrán intervenir en el procedimiento, con la conformidad del Tribunal de arbitraje, si este último considera que aquellos tienen un interés substancial en la solución del asunto.

5. El Tribunal de arbitraje determinará el lugar de su sede y sus normas de procedimiento.

6. El Tribunal de arbitraje dictará el laudo por mayoría de sus miembros, quienes no podrán abstenerse de votar. El laudo será firme y obligatorio para todas las partes en la controversia y no podrá interponerse recurso alguno contra él. Las partes se conformarán sin demora con el laudo. En caso de discusión sobre su sentido y alcance, el Tribunal de arbitraje lo interpretará a petición de cualquiera de las partes.

Artículo XVIII. INCUMPLIMIENTO DE OBLIGACIONES

Cualquier Estado miembro que no cumpla las obligaciones derivadas del presente Convenio dejará de ser miembro de la Agencia previa decisión del Consejo tomada por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros. Se aplicarán en este caso las disposiciones del artículo XXIV.

Artículo XIX. CONTINUIDAD DE DERECHOS Y DE OBLIGACIONES

En la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, la Agencia hará suya la totalidad de derechos y obligaciones de la Organización Europea de Investigaciones Espaciales y de la Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales.

Artículo XX. FIRMA Y RATIFICACIÓN

1. El presente Convenio estará abierto a la firma de los Estados miembros de la Conferencia Espacial Europea hasta el 31 diciembre de 1975. Los anexos al presente Convenio forman parte integrante del mismo.

2. El presente Convenio se someterá a ratificación o a aceptación. Los instrumentos de ratificación o de aceptación serán depositados ante el Gobierno francés.

3. Tras la entrada en vigor del Convenio, y en tanto no hayan depositado sus instrumentos de ratificación o de aceptación, los Estados signatarios podrán participar en las reuniones de la Agencia, sin derecho a voto.

Artículo XXI. ENTRADA EN VIGOR

1. El presente Convenio entrará en vigor cuando lo hayan firmado y hayan depositado sus instrumentos de ratificación o de aceptación ante el Gobierno francés los siguientes Estados, que son miembros de la Organización Europea de Investigaciones Espaciales o de la Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales: República Federal de Alemania, Reino de Bélgica, Reino de Dinamarca, España, República Francesa, República Italiana,

Reino de los Países Bajos, Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte, Reino de Suecia y Confederación Suiza. Para cualquier Estado que ratifique el Convenio, lo acepte o se adhiera al mismo después de su entrada en vigor, éste surtirá efecto en la fecha del depósito por dicho Estado de su instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión.

2. El Convenio de creación de una Organización Europea de Investigaciones Espaciales y el Convenio de creación de una Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales, terminarán en la fecha de entrada en vigor del presente Convenio.

Artículo XXII. ADHESIÓN

1. A partir de la fecha de entrada en vigor del presente Convenio, cualquier Estado podrá adherirse al mismo previa decisión del Consejo aprobada por voto unánime de todos los Estados miembros.

2. El Estado que desee adherirse al presente Convenio lo notificará al Director General, quien informará a los Estados miembros de esta petición por lo menos tres meses antes de que sea sometida a decisión del Consejo.

3. Los instrumentos de adhesión se depositarán ante el Gobierno francés.

Artículo XXIII. NOTIFICACIONES

El Gobierno francés notificará a todos los Estados signatarios y adheridos:

- a. La fecha de depósito de cada instrumento de ratificación, de aceptación o de adhesión;
- b. La fecha de entrada en vigor del presente Convenio y de las enmiendas a que se refiere el artículo XVI, 2;
- c. La denuncia del Convenio por un Estado miembro.

Artículo XXIV. DENUNCIA

1. Al término de un plazo de seis años a contar desde su entrada en vigor, el presente Convenio podrá ser denunciado por cualquier Estado miembro mediante notificación dirigida al Gobierno francés, quien la notificará a los demás Estados miembros y al Director General. La denuncia surtirá efecto al final de ejercicio económico siguiente a aquél durante el cual fuese notificada al Gobierno francés. Una vez que la denuncia haya surtido efecto, el Estado interesado continuará obligado a satisfacer su cuota de créditos de pago correspondiente a los créditos comprometidos ya votados y utilizados, tanto si es en concepto de los presupuestos en los que participase durante el ejercicio en curso en el momento de la notificación de la denuncia al Gobierno francés, como si es en concepto de presupuestos de ejercicios anteriores.

2. El Estado miembro que denunciare el Convenio deberá indemnizar a la Agencia por toda pérdida de bienes sufrida en su territorio, a menos que pueda concertarse un acuerdo especial con aquélla para asegurarle la continuación del uso de dichos bienes o la continuación de algunas de sus actividades en el territorio de dicho Estado. Este acuerdo especial determinará particularmente en qué medida y en qué condiciones han de seguir aplicándose las disposiciones del presente Convenio después de que la denuncia haya surtido efecto, en lo que se refiere a la continuación del uso de dichos bienes y a la continuación de las mencionadas actividades.

3. El Estado miembro que denunciare el Convenio y la Agencia determinarán de común acuerdo las obligaciones suplementarias que haya de asumir dicho Estado.

4. El Estado en cuestión conservará los derechos que tenga adquiridos en la fecha en que surta efecto la denuncia.

Artículo XXV. DISOLUCIÓN

1. La Agencia se disolverá si el número de Estados miembros se redujera a menos de cinco. Podrá ser disuelta en cualquier momento por acuerdo de los Estados miembros.

2. En caso de disolución, el Consejo designará un órgano de liquidación que tratará con los Estados en cuyo territorio se encuentren en ese momento la sede y los establecimientos de la Agencia. La personalidad jurídica de la Agencia subsistirá a efectos de la liquidación.

3. El activo se repartirá entre los Estados que sean miembros de la Agencia en el momento de la disolución, proporcionalmente a las contribuciones efectivamente abonadas por ellos desde la fecha en que pasaron a ser partes del presente Convenio. Si existiese pasivo, los mismos Estados lo asumirán, proporcionalmente a las contribuciones establecidas para el ejercicio económico en curso.

Artículo XXVI. REGISTRO

Al entrar en vigor el presente Convenio, el Gobierno francés lo hará registrar en la Secretaría de las Naciones Unidas, conforme al Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas.

ANEXO I

PRIVILEGIOS E INMUNIDADES

Artículo I. La Agencia tendrá personalidad jurídica. Tendrá especialmente capacidad para contratar, adquirir y enajenar bienes muebles e inmuebles, así como para litigar.

Artículo II. Los edificios y locales de la Agencia serán inviolables, habida cuenta de lo dispuesto en los artículos XXII y XXIII.

Artículo III. Los archivos de la Agencia serán inviolables.

Artículo IV. 1. La Agencia tendrá inmunidad de jurisdicción y de ejecución, excepto:

- a. En la medida en que, por decisión del Consejo, renuncie expresamente a ella en un caso concreto; el Consejo tiene el deber de suspender esta inmunidad en todos los casos en que su mantenimiento sea susceptible de obstaculizar la acción de la justicia, siempre que tal suspensión no lesione los intereses de la Agencia;
- b. En caso de acción civil entablada por un tercero por daños resultantes de un accidente causado por un vehículo de motor que pertenezca a la Agencia o que circule por su cuenta, o en caso de infracción de reglamentos de circulación de vehículos de motor en que se halle implicado un vehículo de este tipo;
- c. En caso de ejecución de un laudo arbitral dictado según los artículos XXV o XXVI;
- d. En caso de embargo, ordenado por las autoridades judiciales, de los sueldos y emolumentos debidos por la Agencia a un miembro de su personal.

2. Las propiedades y bienes de la Agencia gozarán de inmunidad respecto a cualquier forma de requisa, confiscación, expropiación y embargo, cualquiera que sea el lugar en que se hallen. Gozarán igualmente de inmunidad respecto de cualquier tipo de apremio ad-

ministrativo o de medidas preventivas judiciales, salvo que, temporalmente, exijan lo contrario la prevención de accidentes causados por vehículos de motor que pertenezcan a la Agencia o que circulen por cuenta de la misma, y las investigaciones a que puedan dar lugar dichos accidentes.

Artículo V. 1. Dentro del marco de sus actividades oficiales, la Agencia, sus bienes y sus rentas estarán exentos de impuestos directos.

2. Cuando se realicen o utilicen por la Agencia o por su cuenta compras o servicios por un valor importante que sean estrictamente necesarios para el ejercicio de sus actividades oficiales, y cuando el precio de dichas compras o servicios incluya tasas o derechos, se adoptarán las disposiciones oportunas por los Estados miembros, siempre que ello sea posible, para la exención de las tasas y derechos de esta naturaleza o para la devolución de su importe.

Artículo VI. Los productos importados o exportados por la Agencia o por su cuenta, que sean estrictamente necesarios para el ejercicio de sus actividades oficiales, estarán exentos de toda clase de tasas y derechos de importación y exportación, así como de toda prohibición y restricción a la importación o exportación.

Artículo VII. 1. Las actividades oficiales de la Agencia, a efectos de los artículos V y VI, comprenderán sus actividades administrativas incluidas las operaciones relativas al régimen de previsión social, y las actividades emprendidas en los campos de investigación y tecnología espaciales y de sus aplicaciones espaciales, conforme al objeto de la Agencia tal y como está definido en el Convenio.

2. La medida en que otras aplicaciones de esta investigación y tecnología, y las actividades realizadas según los artículos V, 2 y IX del Convenio, pueden considerarse formando parte de las actividades oficiales de la Agencia, se determinará en cada caso por el Consejo previa consulta a las autoridades competentes de los Estados miembros interesados.

3. Las disposiciones contenidas en los artículos V y VI no se aplicarán a los impuestos, derechos y tasas que no constituyan más que una simple remuneración por servicios de utilidad pública.

Artículo VIII. No se concederá exención alguna, en virtud de los artículos V o VI, respecto de las compras e importaciones de bienes o suministros de servicios destinados a las necesidades propias de los miembros del personal de la Agencia.

Artículo IX. 1. Los bienes adquiridos conforme al artículo V o importados conforme al artículo VI sólo podrán ser vendidos o cedidos en las condiciones determinadas por los Estados miembros que hayan acordado las exenciones.

2. Las transferencias de bienes o de prestaciones de servicios realizadas entre la sede y los establecimientos de la Agencia o entre los diversos establecimientos de ésta o, para realizar un programa de la Agencia, entre éstos y una institución nacional de un Estado miembro, no estarán sometidas a carga ni restricción alguna; los Estados miembros tomarán, en su caso, las medidas oportunas para la exención o devolución de tales cargas o para la supresión de tales restricciones.

Artículo X. La circulación de publicaciones y demás materiales de información enviados por la Agencia o a ésta no estará sometida a restricción alguna.

Artículo XI. La Agencia podrá recibir y detentar toda clase de fondos, divisas, dinero en metálico o valores mobiliarios; podrá disponer libremente de todo ello para cualquier utilización prevista por el Convenio así como ser titular de cuentas en cualquier moneda en la medida en que sea necesario para hacer frente a sus obligaciones.

Artículo XII. 1. Para sus comunicaciones oficiales y para el envío de todos sus documentos, la Agencia disfrutará de un trato no menos favorable que el que cada Estado miembro conceda a las otras organizaciones internacionales.

2. No podrá ejercerse censura alguna respecto a las comunicaciones oficiales de la Agencia, cualquiera que sea el medio de comunicación utilizado.

Artículo XIII. Los Estados miembros tomarán las medidas oportunas para facilitar la entrada y la permanencia en su territorio, así como la salida del mismo, a los miembros del personal de la Agencia.

Artículo XIV. 1. Los representantes de los Estados miembros gozarán en el ejercicio de sus funciones y en el curso de sus viajes de ida o de vuelta al lugar de las reuniones, de los siguientes privilegios e inmunidades:

- a. Inmunidad de arresto y detención, así como de embargo de sus equipajes personales;
- b. Inmunidad de jurisdicción, incluso cuando hayan finalizado su misión, por los actos realizados en el ejercicio de sus funciones, comprendidos los de palabra o por escrito; no gozarán de esta inmunidad, sin embargo, en caso de infracción de normas sobre circulación de vehículos de motor cometida por un representante de un Estado miembro, o de daños causados por un vehículo de motor de su pertenencia o conducido por él;
- c. Inviolabilidad para todos sus papeles y documentos oficiales;
- d. Derecho a utilizar la cifra y a recibir documentos y correspondencia por correo especial o por valija sellada;
- e. Exención, para sí mismos y para sus cónyuges, de cualquier medida que limite la entrada, así como de cualquier formalidad referente al registro de extranjeros;
- f. Facilidades en materia de normas sobre moneda o cambio iguales a las concedidas a los representantes de Gobiernos extranjeros en misión oficial temporal;
- g. Facilidades aduaneras, en lo referente a sus equipajes personales, iguales a las concedidas a los agentes diplomáticos.

2. Los privilegios e inmunidades se concederán a los representantes de los Estados miembros, no en su beneficio personal, sino para que puedan ejercer con total independencia sus funciones respecto de la Agencia. En consecuencia, los Estados miembros deberán renunciar a la inmunidad de sus representantes en todos aquellos casos en que su mantenimiento sea susceptible de obstaculizar la acción de la justicia y en que pueda hacerse sin perjuicio de los fines para los que la inmunidad se concede.

Artículo XV. Además de los privilegios e inmunidades previstos en el artículo XVI, el Director General de la Agencia, así como, cuando el cargo esté vacante, la persona designada para actuar en su lugar, gozará de los privilegios e inmunidades que se concedan a los agentes diplomáticos de categoría semejante a la suya.

Artículo XVI. Los miembros del personal de la Agencia:

- a. Gozarán de inmunidad de jurisdicción, incluso cuando hayan dejado de estar al servicio de la Agencia, por los actos realizados en el ejercicio de sus funciones, comprendidos los de palabra o por escrito; no gozarán, sin embargo, de esta inmunidad, en los casos de infracción de normas sobre circulación de vehículos de motor cometida por un miembro del personal de la Agencia, o de daños causados por un vehículo de motor de su pertenencia o conducido por él;
- b. Estarán exentos de toda obligación relativa al servicio militar;
- c. Gozarán de inviolabilidad para todos sus papeles y documentos oficiales;
- d. Gozarán, juntamente con los miembros de su familia que vivan en su hogar, de las mismas excepciones a las disposiciones limitativas de la inmigración y reguladoras del registro de

extranjeros que las reconocidas generalmente a los miembros del personal de las organizaciones internacionales;

- e. Gozarán, en los referente a las normas sobre cambio, de los mismos privilegios que los reconocidos generalmente a los miembros del personal de las organizaciones internacionales;
- f. Gozarán, en períodos de crisis internacional, juntamente con los miembros de su familia que vivan en su hogar, de las mismas facilidades de repatriación que los agentes diplomáticos;
- g. Gozarán del derecho de importar en franquicia su mobiliario y sus efectos personales, con ocasión de su primera instalación en el Estado miembro interesado, y del derecho, al cesar sus funciones en dicho Estado miembro, de exportar en franquicia su mobiliario y sus efectos personales, a reserva en ambos casos del cumplimiento de los requisitos que considere necesarios el Estado miembro en cuyo territorio se ejerza este derecho.

Artículo XVII. Los expertos que no sean los miembros del personal a que se refiere el artículo XVI, que ejerzan funciones en la Agencia o cumplan misiones para ésta, gozarán, en la medida en que sea necesario para el ejercicio de sus funciones, con inclusión de los viajes que realicen en ejercicio de sus funciones, o durante dichas misiones, de los siguientes privilegios e inmunidades:

- a. Inmunidad de jurisdicción por los actos realizados en ejercicio de sus funciones, comprendidos los de palabra o por escrito, excepto si se trata de infracción de normas sobre circulación de vehículos de motor cometida por un experto o de daño causado por un vehículo de motor de su pertenencia o conducido por él; los expertos continuarán gozando de esta inmunidad después de cesar en sus funciones en la Agencia;
- b. Inviolabilidad para todos sus papeles y documentos oficiales;
- c. Facilidades, en materia de normas sobre moneda y cambio y en lo que respecta a su equipaje personal, iguales a las concedidas a los agentes de Gobiernos extranjeros en misión oficial temporal.

Artículo XVIII. 1. Dentro de las condiciones y según el procedimiento que establezca el Consejo, el Director General y los miembros del personal de la Agencia estarán sometidos, en beneficio de ésta, a un impuesto sobre los sueldos y emolumentos abonados por ella. Dichos sueldos y emolumentos estarán exentos de los impuestos nacionales sobre la renta; pero los Estados miembros se reservan la posibilidad de tener en cuenta estos sueldos y emolumentos para el cálculo del importe de los impuestos que hayan de percibir por ingresos de otras fuentes.

2. Las disposiciones del párrafo anterior no serán aplicables a las rentas y pensiones abonadas por la Agencia a sus ex-Directores Generales y a los ex-miembros de su personal.

Artículo XIX. Los artículos XVI y XVIII se aplicarán a todas las categorías de personal sometidas al Estatuto de personal de la Agencia. El Consejo determinará las categorías de expertos a los que se haya de aplicar el artículo XVII. Los nombres, títulos y direcciones de los miembros del personal y expertos a que se refiere el presente artículo se comunicarán periódicamente a los Estados miembros.

Artículo XX. En caso de que establezca un régimen propio de previsión social, la Agencia, su Director General y los miembros del personal de la misma estarán exentos de toda contribución obligatoria a organismos nacionales de previsión social, sin perjuicio de lo que establezcan los acuerdos con los Estados miembros que se concluyan conforme al artículo XXVIII.

Artículo XXI. 1. Los privilegios e inmunidades previstos en el presente anexo no se conceden al Director General, a los miembros del personal, ni a los expertos de la Agencia para su beneficio personal. Se instituyen únicamente para asegurar, en cualquier circunstancia, el

libre funcionamiento de la Agencia y la completa independencia de las personas a quienes se conceden.

2. El Director General tiene el deber de suspender cualquier inmunidad en los casos en que su mantenimiento sea susceptible de obstaculizar la acción de la justicia, siempre que la suspensión no perjudique los intereses de la Agencia. En lo que al Director General se refiere, el Consejo será competente para suspender la inmunidad.

Artículo XXII. 1. La Agencia cooperará en todo momento con las autoridades competentes de los Estados miembros al objeto de facilitar la buena administración de la justicia, de asegurar la observancia de los reglamentos de policía y de los relativos al manejo de explosivos y materias inflamables, sanidad pública e inspección del trabajo u otras normas nacionales de naturaleza análoga, y de impedir cualquier abuso de los privilegios, inmunidades y facilidades previstos en el presente anexo.

2. El procedimiento para la cooperación mencionada en el párrafo anterior podrá precisarse en los acuerdos complementarios a que se refiere el artículo XXVIII.

Artículo XXIII. Cada Estado miembro conservará su derecho de tomar cualquier precaución conveniente en interés de su seguridad.

Artículo XXIV. Ningún Estado miembro estará obligado a conceder los privilegios e inmunidades mencionados en los artículos XIV, XV, XVI, *b, e, g,* y XVII, *c* a sus propios nacionales o a las personas que en el momento de asumir sus funciones en ese Estado miembro tengan en él residencia permanente.

Artículo XXV. 1. Cuando se concluyan contratos por escrito, salvo los concluidos conforme al Estatuto de personal, la Agencia estará obligada a prever el recurso al arbitraje. La cláusula de arbitraje, o el acuerdo específico concluido a tal efecto, determinará la ley aplicable y el país donde se reúnan los árbitros. El procedimiento de arbitraje será el de dicho país.

2. La ejecución del laudo arbitral se regirá por las normas vigentes en el Estado en cuyo territorio haya de ejecutarse aquél.

Artículo XXVI. Cualquier Estado miembro podrá someter al Tribunal de arbitraje internacional a que se refiere el artículo XVII del Convenio toda controversia:

- a.* Relativa a un daño causado por la Agencia;
- b.* Que implique cualquier otra responsabilidad no contractual de la Agencia;
- c.* Que afecte al Director General, a un miembro del personal o a un experto de la Agencia y en la cual el interesado pueda invocar inmunidad de jurisdicción conforme a lo dispuesto en los artículos XV, XVI, *a* o XVII, *a*, si no se hubiese revocado esta inmunidad de acuerdo con lo establecido en el artículo XXI. En las controversias en que la inmunidad de jurisdicción se invoque conforme a los artículos XVI, *a* o XVII, *a*, la responsabilidad de la Agencia será sustituida, en lo que afecte a tal arbitraje, por la de las personas a que se refieren dichos artículos.

Artículo XXVII. La Agencia adoptará las disposiciones adecuadas para la solución satisfactoria de las controversias que surjan entre la Agencia y el Director General, los miembros del personal o los expertos, en lo que respecta a sus condiciones de servicio.

Artículo XXVIII. La Agencia podrá, por decisión del Consejo, concluir acuerdos complementarios con uno o varios Estados miembros para la ejecución de las disposiciones del presente anexo en lo que afecta a dicho Estado o dichos Estados, así como concluir otros acuerdos para asegurar el buen funcionamiento de la Agencia y la salvaguardia de sus intereses.

ANEXO II

DISPOSICIONES FINANCIERAS

Artículo I. 1. El ejercicio económico de la Agencia se extenderá desde el primero de enero hasta el treinta y uno de diciembre de cada año.

2. El Director General enviará a los Estados miembros, no más tarde del primero de septiembre de cada año:

- a. El proyecto de presupuesto general;
- b. Los proyectos de presupuestos de programa.

3. El presupuesto general comprenderá:

- a. Una partida de «gastos» en la que figurarán las previsiones de gastos correspondientes a las actividades a que se refiere el artículo V, 1, a, i, iii y iv del Convenio, incluidos los gastos comunes fijos, así como a los gastos comunes no fijos y a los gastos de sostenimiento que afecten a los programas referidos en el artículo V, 1, a, ii y V, 1, b del Convenio; los gastos comunes fijos y no fijos y los gastos de sostenimiento serán definidos en el Reglamento financiero; las previsiones de gastos se distribuirán por tipos de actividad y por capítulos;
- b. Una partida de «Ingresos» en la que figurarán:
 - i. Las contribuciones de todos los Estados miembros a los gastos correspondientes a las actividades a que se refiere el artículo V, 1, a, i, iii y iv del Convenio, incluidos los gastos comunes fijos;
 - ii. Las contribuciones de los Estados participantes a los gastos comunes no fijos y a los gastos de sostenimiento afectados, de conformidad con el Reglamento financiero, a los programas a que se refiere el artículo V, 1, a, ii y V, 1, b del Convenio;
 - iii. Otros ingresos.

4. Cada presupuesto de programa comprenderá:

- a. Una partida de «Gastos» en la que figurarán:
 - i. Las previsiones de gastos directos correspondientes al programa, distribuidos en los capítulos que determine el Reglamento financiero;
 - ii. Las previsiones de gastos comunes no fijos y de gastos de sostenimiento afectados al programa;
 - b. Una partida de «Ingresos» en la que figurarán:
 - i. Las contribuciones de los Estados participantes a los gastos directos a que se refiere el párrafo a, i;
 - ii. Otros ingresos;
 - iii. A título informativo, las contribuciones de los Estados participantes a los gastos comunes no fijos y a los gastos de sostenimiento a que hace referencia el párrafo a, ii, tal como estén previstas en el presupuesto general.
5. La aprobación del presupuesto general y de cada presupuesto de programa por el Consejo tendrá lugar antes del comienzo de cada ejercicio económico.
6. La preparación y ejecución del presupuesto general y de los presupuestos de programa se realizarán conforme al Reglamento financiero.

Artículo II. 1. Si las circunstancias lo exigiesen, el Consejo podrá solicitar del Director General la presentación de un presupuesto revisado.

2. Mientras el Consejo no haya dado su conformidad a las previsiones de nuevos gastos presentadas por el Director General, no se considerará aprobada ninguna decisión que implique gastos suplementarios.

Artículo III. 1. El Director General estará obligado, si el Consejo así lo solicitara, a hacer constar en el presupuesto general o en el presupuesto de programa en cuestión las previsiones de gastos para los ejercicios siguientes.

2. Al adoptarse los presupuestos anuales de la Agencia, el Consejo examinará nuevamente el nivel de recursos y procederá a los ajustes necesarios teniendo en cuenta las variaciones del nivel de precios y los cambios imprevistos acaecidos durante la ejecución de los programas.

Artículo IV. 1. Los gastos autorizados en concepto de las actividades previstas en el artículo V del Convenio se satisfarán con las contribuciones que se establezcan de conformidad con el artículo XIII del Convenio.

2. Cuando un Estado se adhiera al Convenio de acuerdo con su artículo XXII, se procederá a una nueva determinación de las contribuciones de los demás Estados miembros. Se establecerá un nuevo baremo, que entrará en vigor en la fecha que determine el Consejo, basado en las estadísticas de la renta nacional relativas a los mismos años que sirvieron para el cálculo del baremo vigente. En su caso, se realizarán los reembolsos necesarios para que las contribuciones abonadas para el ejercicio en curso por todos los Estados miembros estén de acuerdo con la decisión del Consejo.

3. *a.* El Reglamento financiero determinará las formas de abono de las contribuciones adecuadas al buen funcionamiento de la tesorería de la Agencia.

b. El Director General comunicará a los Estados miembros el importe de sus contribuciones y las fechas en que deberán abonarlas.

Artículo V. 1. Los presupuestos de la Agencia se formularán en unidades de cuenta. La unidad de cuenta se define como 0,88867088 gramos de oro fino; el Consejo podrá, por decisión unánime de todos los Estados miembros, adoptar otra definición de la unidad de cuenta.

2. Cada Estado miembro abonará el importe de sus contribuciones en su propia moneda.

Artículo VI. 1. El Director General llevará una cuenta exacta de todos los ingresos y gastos. Al cierre del ejercicio el Director General, conforme al Reglamento financiero, confeccionará cuentas anuales diferentes para cada uno de los programas a que se refiere el artículo V del Convenio.

2. Las cuentas presupuestarias, el presupuesto y la gestión financiera, así como cualquier otro acto que tenga implicaciones financieras, serán examinados por una Comisión de verificación de cuentas. El Consejo designará, por mayoría de dos tercios de todos los Estados miembros, aquellos Estados miembros que, por un sistema equitativo de rotación, sean invitados a nombrar, preferentemente entre sus propios funcionarios de categoría superior, comisarios de cuentas, y nombrará entre éstos, por la misma mayoría y por un período no superior a tres años, al Presidente de la Comisión.

3. La verificación, que se realizará a la vista de los correspondientes documentos y, si es preciso, en el propio lugar, tendrá por objeto comprobar que los gastos corresponden a las previsiones presupuestarias así como la legalidad y regularidad de los asientos. La Comisión informará igualmente sobre la gestión económica de los recursos financieros de la Agencia. Al cierre de cada ejercicio, la Comisión redactará un informe que, aprobado por la mayoría de sus miembros, remitirá al Consejo.

4. La Comisión de verificación de cuentas desempeñará cualquier otra función prescrita por el Reglamento financiero.

5. El Director General proporcionará a los comisarios de cuentas toda la información y ayuda que precisen para el cumplimiento de sus funciones.

ANEXO III

PROGRAMAS FACULTATIVOS AMPARADOS POR EL ARTÍCULO V, 1, *b* DEL CONVENIO

Artículo I. 1. Si se presentara una propuesta para la realización de un programa facultativo amparado por el artículo V, 1, *b* del Convenio, el Presidente del Consejo la comunicará a todos los Estados miembros para su examen.

2. Cuando el Consejo, conforme a lo establecido en el artículo XI, 5, *c, i* del Convenio, hubiere aceptado la realización de un programa facultativo dentro del marco de la Agencia, todo Estado miembro que no tenga intención de participar en él deberá, en el plazo de tres meses, declarar formalmente no hallarse interesado en participar en el mismo; los Estados participantes redactarán una Declaración que, a reserva del artículo III, 1, establecerá sus compromisos en lo referente a:

- a.* Las Fases del programa;
- b.* Las condiciones de su realización, especialmente el calendario, el monto financiero indicativo y los montos parciales indicativos referentes a las Fases del programa así como cualquier otra disposición relativa a su gestión y ejecución;
- c.* El baremo de contribuciones determinado conforme al artículo XIII, 2 del Convenio;
- d.* La duración y el importe del primer compromiso financiero firme.

3. La Declaración será transmitida al Consejo a efectos informativos, sometiéndose a la vez a su aprobación un proyecto de reglamento de ejecución.

4. Si un Estado participante no estuviera en condiciones de aceptar las disposiciones establecidas en la Declaración y en el reglamento de ejecución en el plazo fijado en dicha Declaración, dejará de ser Estado participante. Los demás Estados miembros podrán convertirse subsiguientemente en Estados participantes si aceptan dichas disposiciones en las condiciones que se determinen con los Estados participantes.

Artículo II. 1. El programa se realizará de acuerdo con las disposiciones del Convenio y, salvo estipulación en contrario del presente anexo o del reglamento de ejecución, de acuerdo con las normas y procedimientos vigentes en la Agencia. Las decisiones del Consejo se tomarán de conformidad con el presente anexo y el reglamento de ejecución. A falta de disposiciones expresas del presente anexo o del reglamento de ejecución, se aplicarán las normas de votación establecidas en el Convenio o en el reglamento interno del Consejo.

2. Las decisiones relativas al comienzo de una nueva Fase se tomarán por mayoría de dos tercios de todos los Estados participantes, siempre que dicha mayoría represente al menos dos tercios de las contribuciones al programa. Si no pudiera tomarse la decisión de emprender una nueva Fase, los Estados participantes que deseen, no obstante, proseguir la ejecución del programa, se consultarán y establecerán los requisitos para su continuación. Informarán de ello al Consejo, que tomará en su caso las disposiciones necesarias.

Artículo III. 1. Cuando el programa comprenda una fase de definición de proyecto, los Estados participantes procederán, al término de la misma, a una nueva evaluación del costo del programa. Si esta nueva evaluación mostrase que se había rebasado en más del 20 % el monto financiero indicativo a que se refiere el artículo I, cualquier Estado participante podrá retirarse del programa. Los Estados participantes que deseen, sin embargo, proseguir la ejecución, se consultarán y establecerán los requisitos para su continuación. Informarán de ello al Consejo, que tomará en su caso las disposiciones necesarias.

2. En el transcurso de cada una de las Fases definidas en la Declaración, el Consejo, por mayoría de dos tercios de todos los Estados participantes, adoptará los presupuestos anuales dentro del monto o montos parciales financieros considerados.

3. El Consejo determinará el procedimiento que permita revisar el monto o los montos parciales financieros en caso de variación del nivel de precios.

4. Si el monto o uno de los montos parciales financieros debieran ser revisados por motivos distintos de los indicados en los párrafos 1 y 3, los Estados participantes aplicarán el siguiente procedimiento:

- a. Ningún Estado participante podrá retirarse del programa si no hay un exceso acumulativo de costo superior al 20 % del importe del monto financiero inicial o del nuevo monto financiero definido conforme al procedimiento fijado en el párrafo 1.
- b. En caso de excesos acumulativos de costo superiores al 20 % del importe del monto considerado, cualquier Estado participante podrá retirarse del programa. Los Estados que deesen, sin embargo, proseguir su ejecución, se consultarán, establecerán los requisitos para su continuación e informarán al Consejo, que tomará en su caso las disposiciones necesarias.

Artículo IV. La Agencia, obrando por cuenta de los Estados participantes, será propietaria de los satélites, sistemas espaciales y demás bienes producidos dentro del programa, así como de las instalaciones y equipo adquiridos para su ejecución. Toda cesión de propiedad será decidida por el Consejo.

Artículo V. 1. La denuncia del Convenio por un Estado miembro implicará la retirada de éste de todos los programas en que participe. El artículo XXIV del Convenio se aplicará a los derechos y obligaciones que resulten de dichos programas.

2. La decisión de no seguir participando en un programa según el artículo II, 2 o de retirarse según el artículo III, 1 y III, 4, *b*, surtirá efecto en la fecha en que el Consejo reciba las informaciones indicadas en los citados artículos.

3. El Estado participante que decida no seguir participando en un programa según el artículo II, 2 o que se retire del mismo según el artículo III, 1 y III, 4, *b* conservará los derechos adquiridos por los Estados participantes hasta el día en que surta efecto la retirada. A partir de dicha fecha no podrá nacer ningún derecho ni obligación que le afecte de la parte del programa en la que ya no participe. Seguirá obligado a satisfacer su cuota de los créditos de pago correspondientes a los créditos comprometidos votados en concepto del presupuesto del ejercicio en curso o de los ejercicios anteriores y relativos a la Fase del programa en curso de ejecución. No obstante, los Estados participantes podrán acordar por unanimidad en la Declaración, que un Estado que decida no seguir participando en un programa o que se retire del mismo quedará obligado a satisfacer la totalidad de su cuota del monto inicial o de los montos parciales del programa.

Artículo VI. 1. Los Estados participantes podrán decidir la suspensión de la ejecución de un programa por mayoría de dos tercios de todos los Estados participantes que representen al menos dos tercios de las contribuciones al programa.

2. La Agencia notificará a los Estados participantes la conclusión del programa de acuerdo con el reglamento de ejecución; éste terminará su vigencia al recibo de dicha notificación.

ANEXO IV

INTERNACIONALIZACIÓN DE LOS PROGRAMAS NACIONALES

Artículo I. El objetivo principal de la internacionalización de los programas nacionales será que cada Estado miembro ofrezca a los demás Estados miembros la posibilidad de participar, en el seno de la Agencia, en cualquier nuevo proyecto espacial civil que se proponga emprender, bien sea solo, o bien en colaboración con otro Estado miembro. Con este fin:

- a. Cada Estado miembro notificará al Director General de la Agencia cualquier proyecto de este tipo antes del comienzo de su fase B (fase de definición detallada);

- b. El calendario y el contenido de la propuesta de participación deberán permitir a los demás Estados miembros emprender una parte significativa de los trabajos relativos al proyecto; la Agencia deberá ser informada prontamente de las razones que puedan oponerse a ello y de las condiciones que el Estado miembro que tome la iniciativa del proyecto desee eventualmente establecer en la asignación de trabajos a otros Estados miembros;
- c. El Estado miembro que tome la iniciativa del proyecto precisará los requisitos que proponga para su gestión técnica, indicando las razones en que se basa;
- d. El Estado miembro que tome la iniciativa del proyecto hará lo que pueda para acomodar en el marco de dicho proyecto todas las respuestas razonables, a reserva de que se logre un acuerdo dentro del calendario exigido por las decisiones relativas al proyecto sobre el nivel de gastos y el modo de repartir estos gastos y trabajos; presentará seguidamente una propuesta formal según el anexo III cuando el proyecto deba ser ejecutado conforme a dicho anexo;
- e. No se excluirá la ejecución de un proyecto en el marco de la Agencia por el mero hecho de que aquél no haya suscitado la participación de otros Estados miembros en la medida originalmente propuesta por el Estado miembro que tomó la iniciativa del proyecto.

Artículo II. Los Estados miembros harán cuanto esté en su mano para que los proyectos espaciales bilaterales o multilaterales que emprendan en colaboración con Estados no miembros no perjudiquen los objetivos científicos, económicos o industriales de la Agencia. Especialmente:

- a. Informarán de tales proyectos a la Agencia en la medida en que estimen que ello no ha de perjudicar a dichos proyectos;
- b. Discutirán con los demás Estados miembros los proyectos objeto de estas informaciones, para establecer el ámbito de una participación más amplia. Si fuere posible una participación más amplia, se aplicarán los procedimientos previstos en el artículo I b, c, d y e.

ANEXO V

POLÍTICA INDUSTRIAL

Artículo I. 1. Para la aplicación de la política industrial a que se refiere el artículo VII del Convenio, el Director General actuará de conformidad con las disposiciones del presente Anexo y con las instrucciones del Consejo.

2. El Consejo examinará el potencial y la estructura de la industria en función de las actividades de la Agencia, y especialmente:

- a. La estructura general de la industria y las agrupaciones industriales;
 - b. El grado de especialización deseable en la industria y los medios de conseguirlo;
 - c. La coordinación de las políticas industriales nacionales pertinentes;
 - d. La interacción con las políticas industriales pertinentes de otras entidades internacionales;
 - e. Las relaciones entre la capacidad de producción industrial y los posibles mercados;
 - f. La organización de contactos con la industria,
- a fin de estar en condiciones de seguir, y en su caso, de adaptar la política industrial de la Agencia.

Artículo II. 1. En la conclusión de todos los contratos, la Agencia dará preferencia a la industria y organizaciones de los Estados miembros. Sin embargo, dentro de cada programa facultativo amparado por el artículo V, 1, b del Convenio, se dará preferencia especial a la industria y organizaciones de los Estados participantes.

2. El Consejo decidirá cuándo y en qué medida la Agencia puede derogar la cláusula de preferencia susodicha.

3. La pertenencia de una empresa a uno de los Estados miembros se juzgará a la luz de los siguientes criterios: localización de su sede social, de sus centros de decisión y de sus centros de investigación, y territorio en el que hayan de ejecutarse los trabajos. En casos dudosos el Consejo decidirá si una empresa debe considerarse que pertenece o no a un Estado miembro.

Artículo III. 1. El Director General, en la fase inicial del proceso de contratación y antes del envío de los pliegos de condiciones, someterá a la aprobación del Consejo la política de suministros que se proponga seguir para todo contrato:

- a. Cuyo importe estimado sea superior a ciertos límites que se establecerán en los reglamentos relativos a la política industrial y que dependerán de la naturaleza de los trabajos;
- b. O que, a juicio del Director General, no esté suficientemente amparado por los reglamentos relativos a la política industrial o por las directrices suplementarias establecidas por el Consejo o que pueda motivar un conflicto con dichos reglamentos o directrices.

2. Las directrices suplementarias mencionadas en el párrafo 1, *b* se establecerán periódicamente por el Consejo si las considera útiles para precisar los sectores para los cuales tiene lugar la sumisión previa al Consejo prevista en el párrafo 1.

3. El Director General adjudicará directamente los contratos de la Agencia sin otra referencia al Consejo, salvo en los siguientes casos:

- a. Cuando de la evaluación de las ofertas recibidas se desprenda la conveniencia de recomendar a un contratista cuya designación contradiga, bien sea las instrucciones previas dadas por el Consejo según el párrafo 1, o bien sea las directrices generales sobre política industrial adoptadas como consecuencia de los estudios del Consejo a que se refiere el artículo I, 2, el Director General someterá el caso al Consejo para su decisión, exponiendo las razones por las que estima necesaria una derogación e indicando también si alguna otra decisión del Consejo sería alternativa recomendable, en el aspecto técnico, en el operacional o en algún otro;
- b. Cuando, por razones específicas, el Consejo haya decidido proceder a una revisión con anterioridad a la adjudicación de un contrato.

El Director General informará al Consejo, con los intervalos regulares que se establezcan, sobre los contratos adjudicados durante el periodo precedente, así como sobre las actividades encaminadas a la contratación prevista para el periodo siguiente, con el fin de que el Consejo pueda seguir la ejecución de la política industrial de la Agencia.

Artículo IV. La distribución geográfica del conjunto de los contratos de la Agencia se registrará por las siguientes normas generales:

1. El coeficiente de retorno global de un Estado miembro se definirá como la relación entre el porcentaje de los contratos que le hayan sido adjudicados, calculado con referencia al importe total de los contratos concluidos con el conjunto de los Estados miembros, y su porcentaje total de contribuciones. Sin embargo, para el cálculo de dicho coeficiente de retorno global no se tendrán en cuenta los contratos concluidos ni las contribuciones abonadas por los Estados miembros en el cuadro de los programas emprendidos:

- a. En concepto del artículo VIII del Convenio de Creación de una Organización Europea de Investigaciones Espaciales, salvo que el Arreglo pertinente contenga disposiciones a este efecto o que los Estados participantes den posteriormente su conformidad unánime;
- b. En concepto del artículo V, 1, *b*, del presente Convenio, salvo que todos los Estados inicialmente participantes den su conformidad unánime.

2. Para el cálculo de los coeficientes de retorno el importe de cada contrato será objeto de ponderación según su interés tecnológico. Los factores de ponderación serán establecidos

por el Consejo. Se podrán aplicar varios factores de ponderación para un mismo contrato cuando su importe sea considerable.

3. La distribución de los contratos adjudicados por la Agencia deberá tender idealmente a que todos los coeficientes de retorno global sean iguales a la unidad.

4. Los coeficientes de retorno se calcularán trimestralmente y se acumularán a efectos de los exámenes formales previstos en el párrafo 5.

5. Cada tres años tendrán lugar exámenes formales del estado en que se encuentre la distribución geográfica de los contratos.

6. Para cada Estado miembro, la distribución de los contratos entre dos exámenes formales de la situación deberá ser tal que, en cada examen formal, el coeficiente de retorno global acumulado no se aparte sensiblemente del valor ideal. Para los tres primeros años, el límite inferior del coeficiente de retorno acumulado se establecerá en 0,8. Con ocasión de cada examen formal, el Consejo podrá revisar el valor de este límite inferior para el periodo trienal siguiente, sin que en ningún caso deba ser inferior a 0,8.

7. Se realizarán y se comunicarán al Consejo evaluaciones por separado de los coeficientes de retorno para las categorías de contratos que el mismo Consejo defina, en particular de los contratos de investigación y de desarrollo avanzados y de los contratos que se refieran a tecnologías relacionadas con los proyectos. El Director General discutirá con el Consejo estas evaluaciones, con los intervalos regulares que se establezcan, para determinar las medidas necesarias a fin de corregir desequilibrios eventuales.

Artículo V. 1. Si, durante uno de los exámenes formales previstos a la terminación de cada periodo trienal, el coeficiente de retorno global de un Estado miembro estuviera por debajo del límite inferior establecido en el artículo IV, 6, el Director General someterá al Consejo propuestas encaminadas a corregir la situación en el plazo de un año. Dichas propuestas deberán conformarse a las normas de la Agencia sobre conclusión de contratos.

2. Si, transcurrido dicho plazo de un año, el desequilibrio persistiera, el Director General someterá al Consejo propuestas en las que la necesidad de restablecer la situación prevalezca sobre las normas de la Agencia que regulan la conclusión de contratos.

Artículo VI. Toda decisión tomada por razones de política industrial y que tuviese por efecto excluir a una empresa determinada o una organización de un Estado miembro de las ofertas para la adjudicación de contratos de la Agencia en un determinado sector, requerirá la conformidad de dicho Estado miembro.

CONVENTION¹ PORTANT CRÉATION D'UNE AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

Les Etats parties à la présente Convention,

Considérant que l'importance des ressources humaines, techniques et financières nécessaires aux activités relevant du domaine spatial est telle que ces ressources dépassent les possibilités individuelles des pays européens;

Considérant la Résolution de la Conférence spatiale européenne adoptée le 20 décembre 1972 et confirmée par la Conférence spatiale européenne le 31 juillet 1973, qui décide qu'une nouvelle organisation appelée « Agence spatiale européenne » sera créée à partir de l'Organisation européenne de recherches spatiales et de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux et qu'une intégration des programmes spatiaux nationaux européens, aussi poussée et aussi rapide qu'il est raisonnablement possible, sera recherchée pour former un programme spatial européen;

Désireux de poursuivre et de renforcer la coopération européenne, à des fins exclusivement pacifiques, dans les domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, en vue de leur utilisation à des fins scientifiques et pour des systèmes spatiaux opérationnels d'applications;

Désireux, pour atteindre ces buts, d'établir une organisation spatiale européenne unique qui permette d'accroître l'efficacité de l'ensemble de l'effort spatial européen par une meilleure utilisation des ressources actuellement consacrées à l'espace et de définir un programme spatial européen ayant des fins exclusivement pacifiques,

Sont convenus de ce qui suit :

Article premier. CRÉATION DE L'AGENCE

1. Il est institué par la présente Convention une organisation européenne appelée « Agence spatiale européenne », ci-après dénommée « l'Agence ».
2. Les membres de l'Agence, ci-après dénommés « les Etats membres », sont les Etats qui sont parties à la présente Convention en application des articles XX et XXII.
3. Tous les Etats membres participent aux activités obligatoires mentionnées à l'article V, 1, a, et contribuent aux frais communs fixes de l'Agence visés à l'annexe II.
4. Le siège de l'Agence est situé dans la région de Paris.

¹ Entrée en vigueur le 30 octobre 1980, soit lorsque les Etats suivants, membres de l'Organisation européenne de recherches spatiales ou de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux, l'avaient signée et avaient déposé leurs instruments de ratification ou d'acceptation auprès du Gouvernement français, conformément au paragraphe 1 de l'article XXI. Les Etats suivants ont déposé des instruments de ratification comme indiqué ci-après :

<i>Etat</i>	<i>Date du dépôt de l'instrument de ratification</i>	<i>Etat</i>	<i>Date du dépôt de l'instrument de ratification</i>
Allemagne, République fédérale d'	26 juillet 1977	Italie	20 février 1978
Belgique	3 octobre 1978	Pays-Bas	6 février 1979
Danemark	15 septembre 1977	Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord	28 mars 1978
Espagne	7 février 1979	Suède	6 avril 1976
France	30 octobre 1980	Suisse	19 novembre 1976

Par la suite la Convention est entrée en vigueur en ce qui concerne l'Irlande le 10 décembre 1980, date du dépôt de son instrument de ratification, conformément au paragraphe 1 de l'article XXI.

Article II. MISSION

L'Agence a pour mission d'assurer et de développer, à des fins exclusivement pacifiques, la coopération entre Etats européens dans les domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, en vue de leur utilisation à des fins scientifiques et pour des systèmes spatiaux opérationnels d'applications :

- a. En élaborant et en mettant en œuvre une politique spatiale européenne à long terme, en recommandant aux Etats membres des objectifs en matière spatiale et en concertant les politiques des Etats membres à l'égard d'autres organisations et institutions nationales et internationales;
- b. En élaborant et en mettant en œuvre des activités et des programmes dans le domaine spatial;
- c. En coordonnant le programme spatial européen et les programmes nationaux, et en intégrant ces derniers progressivement et aussi complètement que possible dans le programme spatial européen, notamment en ce qui concerne le développement de satellites d'applications;
- d. En élaborant et en mettant en œuvre la politique industrielle appropriée à son programme et en recommandant aux Etats membres une politique industrielle cohérente.

Article III. INFORMATIONS ET DONNÉES

1. Les Etats membres et l'Agence facilitent l'échange d'informations scientifiques et techniques relevant des domaines de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, étant entendu qu'aucun Etat membre n'est tenu de communiquer une information obtenue en dehors du cadre de l'Agence s'il estime une telle communication incompatible avec les exigences de sa sécurité, les stipulations de ses accords avec des tiers ou les conditions sous lesquelles il a lui-même acquis cette information.

2. En assurant l'exécution des activités visées à l'article V, l'Agence veille à ce que leurs résultats scientifiques soient publiés ou, de toute autre façon, rendus largement accessibles après avoir été utilisés par les chercheurs responsables des expériences. Les données dépouillées qui en résultent sont la propriété de l'Agence.

3. Dans la passation des contrats ou la conclusion des accords, l'Agence réserve, en ce qui concerne les inventions et données techniques en découlant, les droits appropriés à la sauvegarde de ses intérêts et de ceux des Etats membres participant au programme considéré, ainsi que de ceux des personnes physiques et morales relevant de leur juridiction. Ces droits comportent notamment les droits d'accès, de communication et d'utilisation. Ces inventions et données techniques sont portées à la connaissance des Etats participants.

4. Les inventions et données techniques qui sont la propriété de l'agence sont communiquées aux Etats membres et peuvent être utilisées pour leurs propres besoins, gratuitement, par lesdits Etats et par les personnes physiques ou morales relevant de leur juridiction.

5. Les règles détaillées d'application des dispositions ci-dessus sont adoptées par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres.

Article IV. ECHANGES DE PERSONNES

Les Etats membres facilitent les échanges de personnes dont l'activité se rapporte aux domaines de la compétence de l'Agence, dans la mesure compatible avec

l'application à toute personne des lois et règlements concernant l'entrée ou le séjour sur leur territoire, ainsi que la sortie de leur territoire.

Article V. ACTIVITÉS ET PROGRAMMES

1. Les activités de l'Agence comprennent des activités obligatoires auxquelles tous les Etats membres participent et des activités facultatives auxquelles tous les Etats membres participent, sauf ceux qui déclarent formellement ne pas être intéressés à y participer.

a. Au titre des activités obligatoires, l'Agence :

- i. Assure l'exécution des activités de base, telles que l'enseignement, la documentation, l'étude de projets futurs et les travaux de recherche technologique;
- ii. Assure l'élaboration et l'exécution d'un programme scientifique comportant des satellites et autres systèmes spatiaux;
- iii. Rassemble et diffuse aux Etats membres les informations pertinentes, signale les lacunes ou les doubles emplois, fournit des conseils et une aide en vue de l'harmonisation des programmes internationaux et nationaux;
- iv. Maintient des contacts réguliers avec les utilisateurs de techniques spatiales et s'informe de leurs besoins.

b. Au titre des activités facultatives, l'Agence assure, conformément aux dispositions de l'annexe III, l'exécution de programmes qui peuvent notamment comporter :

- i. L'étude, le développement, la construction, le lancement, la mise en orbite et le contrôle de satellites et d'autres systèmes spatiaux;
- ii. L'étude, le développement, la construction et la mise en œuvre de moyens de lancement et de systèmes de transport spatiaux.

2. Dans le domaine des applications spatiales, l'Agence peut, le cas échéant, assurer des activités opérationnelles à des conditions qui sont définies par le Conseil à la majorité de tous les Etats membres. A ce titre, l'Agence :

- a. Met à la disposition des organismes d'exploitation intéressés celles de ses installations qui peuvent leur être utiles;
- b. Assure, le cas échéant, pour le compte des organismes d'exploitation intéressés, le lancement, la mise en orbite et le contrôle de satellites opérationnels d'applications;
- c. Exécute toute autre activité demandée par les utilisateurs et approuvée par le Conseil.

Les coûts de ces activités opérationnelles sont supportés par les utilisateurs intéressés.

3. Au titre de la coordination et de l'intégration des programmes visés à l'article II, c, l'Agence reçoit des Etats membres communication, en temps utile, des projets relatifs à de nouveaux programmes spatiaux, facilite les consultations entre les Etats membres, procède à toutes évaluations nécessaires et formule des règles appropriées qui sont adoptées par le Conseil à l'unanimité de tous les Etats membres. Les objectifs et les procédures de l'internationalisation des programmes figurent à l'annexe IV.

Article VI. INSTALLATIONS ET SERVICES

1. Pour l'exécution des programmes qui lui sont confiés, l'Agence :

- a. Maintient la capacité interne nécessaire à la préparation et à la supervision de ses tâches et, à cette fin, crée et fait fonctionner les établissements et installations qui sont nécessaires à ses activités;
- b. Peut passer des arrangements particuliers qui permettent l'exécution de certaines parties de ses programmes par des institutions nationales des Etats membres ou en coopération avec ces dernières, ou bien qui concernent la prise en charge par elle-même de la gestion de certaines installations nationales.

2. Dans la réalisation de leurs programmes, les Etats membres et l'Agence s'efforcent d'utiliser au mieux et en priorité leurs installations existantes et leurs services disponibles et de les rationaliser; en conséquence, ils ne créent des installations ou services nouveaux qu'après avoir examiné la possibilité de recourir aux moyens existants.

Article VII. POLITIQUE INDUSTRIELLE

1. La politique industrielle que l'Agence a pour mission d'élaborer et d'appliquer en vertu de l'article II, *d*, doit être conçue notamment de façon à :

- a. Répondre aux besoins du programme spatial européen et des programmes spatiaux nationaux coordonnés, d'une manière économiquement efficiente;
- b. Améliorer la compétitivité de l'industrie européenne dans le monde, en maintenant et développant la technologie spatiale et en encourageant la rationalisation et le développement d'une structure industrielle appropriée aux besoins du marché, en utilisant en premier lieu le potentiel industriel déjà existant de tous les Etats membres;
- c. Garantir que tous les Etats membres participent de façon équitable, compte tenu de leur contribution financière, à la mise en œuvre du programme spatial européen et au développement connexe de la technologie spatiale; en particulier, pour l'exécution de ses programmes, l'Agence donne, dans toute la mesure du possible, la préférence aux industries de l'ensemble des Etats membres, qui reçoivent les plus grandes possibilités de participer aux travaux d'intérêt technologique entrepris pour son compte;
- d. Bénéficier des avantages de l'appel à la concurrence dans tous les cas, sauf lorsque cela serait incompatible avec les autres objectifs définis de la politique industrielle.

D'autres objectifs peuvent être définis par le Conseil statuant à l'unanimité de tous les Etats membres.

Les dispositions détaillées relatives à la réalisation de ces objectifs figurent à l'annexe V et dans les règlements qui sont adoptés par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres et qui font l'objet de révisions périodiques.

2. Pour l'exécution de ses programmes, l'Agence fait appel au maximum à des contractants extérieurs, dans la mesure compatible avec le maintien de la capacité interne mentionnée à l'article VI, 1.

Article VIII. LANCEURS ET AUTRES SYSTÈMES DE TRANSPORT SPATIAUX

1. En définissant ses missions, l'agence tient compte des lanceurs ou autres systèmes de transport spatiaux développés soit dans le cadre de ses programmes, soit par un Etat membre, soit avec une contribution substantielle de l'Agence, et elle ac-

corde la préférence à leur utilisation pour les charges utiles appropriées sauf si cette utilisation présente, par rapport à l'utilisation d'autres lanceurs ou moyens de transport spatiaux disponibles à l'époque envisagée, un désavantage déraisonnable sur le plan du coût, de la fiabilité et de l'adéquation à la mission.

2. Si des activités ou programmes visés à l'article V comportent l'utilisation de lanceurs ou autres systèmes de transport spatiaux, les Etats participants font connaître au Conseil, au moment où le programme en question lui est soumis pour approbation ou acceptation, quel est le lanceur ou le système de transport spatial envisagé. Si, au cours de l'exécution d'un programme, les Etats participants souhaitent recourir à un lanceur ou à un système de transport spatial autre que celui adopté initialement, le Conseil se prononce sur ce changement, en suivant les mêmes règles que pour l'approbation ou l'acceptation initiales du programme.

Article IX. USAGE DES INSTALLATIONS, AIDE AUX ETATS MEMBRES ET FOURNITURE DE PRODUITS

1. Sous réserve que leur utilisation pour ses propres activités et programmes n'en soit pas compromise, l'Agence met ses installations à la disposition de tout Etat membre qui en fait la demande pour les besoins de son propre programme et aux frais dudit Etat. Le Conseil détermine, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, les modalités pratiques relatives à cette mise à disposition.

2. Si, en dehors des activités et programmes visés à l'article V, mais dans le cadre de la mission de l'Agence, un ou plusieurs Etats membres désirent entreprendre un projet, le Conseil peut décider à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres d'accorder l'aide de l'Agence. Les dépenses qui en résultent pour l'Agence sont supportées par l'Etat membre ou les Etats membres intéressés.

3. *a.* Les produits développés dans le cadre d'un programme de l'Agence sont fournis à tout Etat membre ayant participé au financement de ce programme et qui en fait la demande pour ses propres besoins.

Le Conseil détermine, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, les modalités pratiques selon lesquelles de tels produits sont fournis et, en particulier, les mesures à prendre par l'Agence vis-à-vis de ses contractants afin que l'Etat membre demandeur puisse se procurer de tels produits.

b. Cet Etat membre peut demander à l'Agence de dire si elle estime que les prix proposés par les contractants sont justes et raisonnables et si elle les considérerait comme acceptables dans les mêmes conditions pour la satisfaction de ses propres besoins.

c. La satisfaction des demandes visées au présent paragraphe ne peut entraîner aucun surcroît de coût pour l'Agence, et l'Etat membre demandeur supporte tous les coûts en résultant.

Article X. ORGANES

Les organes de l'agence sont le Conseil et le Directeur général, assisté par un personnel.

Article XI. LE CONSEIL

1. Le Conseil est composé de représentants des Etats membres.

2. Le Conseil se réunit en tant que de besoin, soit au niveau des délégués, soit au niveau des ministres. Sauf décision contraire du Conseil, les réunions ont lieu au siège de l'Agence.

3. *a.* Le Conseil élit pour deux ans un Président et des vice-présidents, dont les mandats sont renouvelables une fois pour une période d'un an. Le Président dirige les travaux du Conseil et assure la préparation de ses décisions; il informe les Etats membres des propositions de réalisation d'un programme facultatif; il apporte son concours à la coordination des activités des organes de l'Agence. Il maintient la liaison avec les Etats membres, par l'intermédiaire de leurs délégués au Conseil, au sujet des questions de politique générale relatives à l'Agence et s'efforce d'harmoniser leurs vues en la matière. Dans l'intervalle des réunions, il conseille le Directeur général et reçoit de lui toutes informations nécessaires.

b. Le Président est assisté d'un Bureau dont la composition est décidée par le Conseil et qui se réunit sur convocation du Président. Le Bureau joue auprès du Président un rôle consultatif pour la préparation des réunions du Conseil.

4. Lorsque le Conseil se réunit au niveau des ministres, il élit un Président pour la durée de la session. Celui-ci convoque la session ministérielle suivante.

5. Outre les fonctions définies dans d'autres articles de la présente Convention et conformément à ses dispositions, le Conseil,

- a.* En ce qui concerne les activités et le programme visés à l'article V, 1, *a*, i et ii :
- i. Approuve à la majorité de tous les Etats membres ces activités et ce programme; les décisions prises à ce titre ne peuvent être modifiées que par de nouvelles décisions prises à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres;
 - ii. Détermine, par une décision unanime de tous les Etats membres, le niveau des ressources devant être mises à la disposition de l'Agence pendant la période quinquennale à venir;
 - iii. Détermine, par une décision unanime de tous les Etats membres, vers la fin de la troisième année de chaque période quinquennale et après un réexamen de la situation, le niveau des ressources devant être mises à la disposition de l'Agence pour une nouvelle période quinquennale commençant à l'expiration de cette troisième année;
- b.* En ce qui concerne les activités visées à l'article V, 1, *a*, iii et iv :
- i. Définit une politique de l'Agence qui réponde à sa mission;
 - ii. Adopte, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, des recommandations à l'adresse des Etats membres;
- c.* En ce qui concerne les programmes facultatifs visés à l'article V, 1, *b* :
- i. Accepte, à la majorité de tous les Etats membres, chacun de ces programmes;
 - ii. Détermine, le cas échéant, au cours de leur exécution, l'ordre de priorité entre les programmes;
- d.* Arrête les plans de travail annuels de l'Agence;
- e.* Adopte, en ce qui concerne les budgets tels qu'ils sont définis à l'annexe II :
- i. Le budget général annuel de l'Agence, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres,
 - ii. Chaque budget de programme, à la majorité des deux tiers des Etats participants;
- f.* Arrête, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, le règlement financier et toutes autres dispositions financières de l'Agence;
- g.* Suit les dépenses relatives aux activités obligatoires et facultatives visées à l'article V, 1;

- h.* Approuve et publie les comptes annuels contrôlés de l'Agence;
- i.* Adopte, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, le statut du personnel;
- j.* Adopte, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, les règles selon lesquelles est autorisé, en tenant compte des buts pacifiques de l'Agence, le transfert hors des territoires des Etats membres des technologies et des produits réalisés dans le cadre des activités de l'Agence ou avec son concours;
- k.* Décide de l'admission de nouveaux Etats membres conformément à l'article XXII;
- l.* Décide des mesures à prendre conformément à l'article XXIV dans le cas où un Etat membre dénonce la présente Convention ou cesse d'être membre en vertu de l'article XVIII;
- m.* Prend toutes autres mesures nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Agence dans le cadre de la présente Convention.

6. *a.* Chaque Etat membre dispose d'une voix au Conseil. Toutefois, un Etat membre n'a pas droit de vote sur les questions intéressant exclusivement un programme accepté auquel il ne participe pas.

b. Un Etat membre n'a pas droit de vote au Conseil si l'arriéré de ses contributions à l'Agence au titre de l'ensemble des activités et programmes visés à l'article V auxquels il participe dépasse le montant de ses contributions fixé pour l'exercice financier courant. En outre, si l'arriéré de contributions dû par un Etat membre au titre de l'un quelconque des programmes visés à l'article V, 1, *a*, ii ou *b*, auxquels il participe dépasse le montant de ses contributions à ce programme fixé pour l'exercice financier courant, cet Etat membre n'a pas droit de vote au Conseil pour les questions se rapportant exclusivement à ce programme. En pareil cas, ledit Etat membre peut néanmoins être autorisé à voter au Conseil si la majorité des deux tiers de tous les Etats membres estime que le défaut de paiement est dû à des circonstances indépendantes de sa volonté.

c. La présence de délégués de la majorité de tous les Etats membres est nécessaire pour que le Conseil délibère valablement.

d. Sauf dispositions contraires de la présente Convention, les décisions du Conseil sont prises à la majorité simple des Etats membres représentés et votants.

e. Pour déterminer l'unanimité ou les majorités prévues dans la présente Convention, il n'est pas tenu compte d'un Etat membre n'ayant pas droit de vote.

7. Le Conseil arrête son règlement intérieur.

8. *a.* Le Conseil crée un Comité du programme scientifique qu'il saisit de toute question relative au programme scientifique obligatoire visé à l'article V, 1, *a*, ii. Il l'autorise à prendre des décisions pour ce programme, tout en conservant dans tous les cas la fonction de déterminer le niveau des ressources et d'adopter le budget annuel. Le mandat du Comité du programme scientifique est défini par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres et conformément aux dispositions du présent article.

b. Le Conseil peut créer tous autres organes subsidiaires nécessaires à l'accomplissement de la mission de l'Agence. Le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, décide de la création de ces organes, en définit les attributions et détermine les cas dans lesquels ils sont habilités à prendre des décisions.

c. Lorsqu'un organe subsidiaire examine une question se rapportant exclusivement à un seul des programmes facultatifs visés à l'article V, 1, *b*, les Etats non par-

participants n'ont pas droit de vote, à moins que tous les Etats participants n'en décident autrement.

Article XII. DIRECTEUR GÉNÉRAL ET PERSONNEL

1. *a.* Le Conseil nomme un Directeur général à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, pour une période déterminée, et il peut mettre fin à son mandat à la même majorité.

b. Le Directeur général est le fonctionnaire exécutif supérieur de l'Agence et la représente dans tous ses actes. Il prend toutes mesures nécessaires à la gestion de l'Agence, à l'exécution de ses programmes, à l'application de sa politique et à l'accomplissement de sa mission selon les directives reçues du Conseil. Tous les établissements de l'Agence sont placés sous son autorité. Pour l'administration financière de l'Agence, il se conforme aux dispositions de l'annexe II. Il établit pour le Conseil un rapport annuel qui est publié. Il peut aussi soumettre des propositions d'activités et de programmes ainsi que des mesures propres à assurer l'accomplissement de la mission de l'Agence. Il prend part aux réunions de l'Agence sans droit de vote.

c. Le Conseil peut différer la nomination du Directeur général aussi longtemps qu'il le juge nécessaire après l'entrée en vigueur de la présente Convention ou en cas de vacance ultérieure. Le Conseil désigne alors une personne qui agit au lieu et place du Directeur général et dont il détermine les pouvoirs et les responsabilités.

2. Le Directeur général est assisté du personnel scientifique, technique, administratif et de secrétariat qu'il juge nécessaire, dans les limites autorisées par le Conseil.

3. *a.* Le personnel de direction, tel qu'il est défini par le Conseil, est engagé et licencié par le Conseil sur la proposition du Directeur général. Les engagements et licenciements effectués par le Conseil requièrent une majorité des deux tiers de tous les Etats membres.

b. Les autres membres du personnel sont nommés ou licenciés par le Directeur général, agissant par délégation du Conseil.

c. L'ensemble du personnel est recruté sur la base de ses qualifications en tenant compte d'une répartition adéquate des postes entre les ressortissants des Etats membres. Les engagements sont effectués et prennent fin conformément au statut du personnel.

d. Les chercheurs qui ne font pas partie du personnel et qui effectuent des recherches dans les établissements de l'Agence sont placés sous l'autorité du Directeur général et soumis à toutes règles générales adoptées par le Conseil.

4. Les responsabilités du Directeur général et des membres du personnel envers l'Agence sont de caractère exclusivement international. Dans l'accomplissement de leurs devoirs, ils ne doivent demander ni recevoir d'instructions d'aucun gouvernement ni d'aucune autorité étrangère à l'Agence. Les Etats membres sont tenus de respecter le caractère international des responsabilités du Directeur général et des membres du personnel et de ne pas chercher à les influencer dans l'accomplissement de leurs devoirs.

Article XIII. CONTRIBUTIONS FINANCIÈRES

1. Chaque Etat membre contribue aux frais d'exécution des activités et du programme visés à l'article V, 1, *a*, et, conformément à l'annexe II, aux frais communs de l'Agence, suivant un barème que le Conseil adopte à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, soit tous les trois ans au moment du réexamen visé à l'ar-

ticle XI, 5, *a*, iii, soit lorsqu'il décide à l'unanimité de tous les Etats membres d'établir un nouveau barème. Le barème des contributions est établi sur la base de la moyenne du revenu national de chaque Etat membre pendant les trois années les plus récentes pour lesquelles des statistiques sont disponibles. Toutefois,

a. Aucun Etat membre n'est tenu de verser des contributions dépassant vingt-cinq pour cent du montant total des contributions fixées par le Conseil pour couvrir ces frais;

b. Le Conseil peut décider, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, de réduire temporairement la contribution d'un Etat membre en raison de circonstances spéciales. En particulier, lorsque le revenu annuel par habitant d'un Etat membre est inférieur à une certaine somme fixée par le Conseil à la même majorité, cette situation est considérée comme une circonstance spéciale au sens de la présente disposition.

2. Chaque Etat membre contribue aux frais d'exécution de chaque programme facultatif couvert par l'article V, 1, *b*, à moins qu'il ne se déclare formellement non intéressé à y participer et, de ce fait, n'y participe pas. Sauf si tous les Etats participants en décident autrement, le barème des contributions à un programme donné est établi sur la base de la moyenne du revenu national de chaque Etat participant pendant les trois années les plus récentes pour lesquelles des statistiques sont disponibles. Ce barème est révisé soit tous les trois ans, soit lorsque le Conseil décide d'établir un nouveau barème conformément au paragraphe 1. Cependant, aucun Etat participant n'est tenu de verser, par le jeu de ce barème, des contributions dépassant vingt-cinq pour cent du montant total des contributions au programme considéré. Toutefois, le pourcentage de contribution de chaque Etat participant doit être au moins équivalent à vingt-cinq pour cent de son pourcentage de contribution établi selon les modalités visées au paragraphe 1, à moins que tous les Etats participants n'en décident autrement au moment de l'adoption ou au cours de l'exécution du programme.

3. Les systèmes de statistiques utilisés pour l'établissement des barèmes de contributions visés aux paragraphes 1 et 2 sont les mêmes, et ils sont précisés dans le règlement financier.

4. *a*. Tout Etat qui n'était pas partie à la Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales¹ ou à la Convention portant création d'une Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux² et qui devient partie à la présente Convention est tenu, en sus du versement de ses contributions, d'effectuer un versement spécial en fonction de la valeur actuelle des biens de l'Agence. Le montant de ce versement spécial est fixé par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres.

b. Les versements effectués conformément à l'alinéa *a* servent à diminuer les contributions des autres Etats membres, à moins que le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, n'en décide autrement.

5. Les contributions dues en vertu du présent article sont versées conformément à l'annexe II.

6. Le Directeur général peut, sous réserve des instructions éventuelles du Conseil, accepter des dons et legs faits à l'Agence s'ils ne font pas l'objet de conditions incompatibles avec la mission de l'Agence.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 528, p. 33.

² *Ibid.*, vol. 507, p. 177.

Article XIV. COOPÉRATION

1. L'Agence peut, en vertu de décisions du Conseil prises à l'unanimité de tous les Etats membres, coopérer avec d'autres organisations et institutions internationales et avec les Gouvernements, organisations et institutions d'Etats non membres et conclure avec eux des accords à cet effet.

2. Cette coopération peut prendre la forme d'une participation d'Etats non membres ou d'organisations internationales à l'un ou à plusieurs des programmes entrepris au titre de l'article V, 1, *a*, ii, ou V, 1, *b*. Sous réserve des décisions à prendre en vertu du paragraphe 1, les modalités détaillées de cette coopération sont définies dans chaque cas par le Conseil à la majorité des deux tiers des Etats participant au programme considéré. Ces modalités peuvent prévoir que l'Etat non membre dispose du droit de vote au Conseil lorsque celui-ci examine des questions liées exclusivement au programme auquel cet Etat participe.

3. Cette coopération peut également prendre la forme de l'octroi du statut de membre associé aux Etats non membres qui s'engagent à contribuer au minimum aux études de projets futurs entreprises au titre de l'article V, 1, *a*, i. Les modalités détaillées de cette association sont définies dans chaque cas par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres.

Article XV. STATUT JURIDIQUE, PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS

1. L'Agence a la personnalité juridique.

2. L'Agence, les membres de son personnel et les experts, ainsi que les représentants de ses Etats membres, jouissent de la capacité juridique, des privilèges et des immunités prévus à l'annexe I.

3. Des accords concernant le siège de l'Agence et les établissements créés conformément à l'article VI sont conclus entre l'Agence et les Etats membres sur le territoire desquels sont situés ledit siège et lesdits établissements.

Article XVI. AMENDEMENTS

1. Le Conseil peut recommander aux Etats membres des amendements à la présente Convention ainsi qu'à son annexe I. Tout Etat membre désireux de proposer un amendement le notifie au Directeur général. Le Directeur général informe les Etats membres de l'amendement ainsi notifié, trois mois au moins avant son examen par le Conseil.

2. Les amendements recommandés par le Conseil entrent en vigueur trente jours après que le Gouvernement français a reçu notification de leur acceptation par tous les Etats membres. Le Gouvernement français notifie à tous les Etats membres la date d'entrée en vigueur de ces amendements.

3. Le Conseil peut, par des décisions prises à l'unanimité de tous les Etats membres, amender les autres annexes de la présente Convention, à condition que ces amendements ne soient pas en contradiction avec la Convention. Les amendements entrent en vigueur à une date décidée par le Conseil à l'unanimité de tous les Etats membres. Le Directeur général informe tous les Etats membres des amendements ainsi adoptés et de la date de leur entrée en vigueur.

Article XVII. DIFFÉRENDS

1. Tout différend entre deux ou plusieurs Etats membres, ou entre un ou plusieurs Etats membres et l'Agence, au sujet de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention ou de ses annexes, ainsi que tout différend visé à l'article XXVI

de l'annexe I qui n'auront pas été réglés par l'entremise du Conseil sont soumis à l'arbitrage sur la demande d'une des parties au différend.

2. A moins que les parties au différend n'en disposent autrement, la procédure d'arbitrage est conduite conformément au présent article et à un règlement additionnel qui est adopté par le Conseil à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres.

3. Le tribunal d'arbitrage est composé de trois membres. Chaque partie au différend désigne un arbitre; les deux premiers arbitres désignent le troisième qui assume la présidence du tribunal d'arbitrage. Le règlement additionnel visé au paragraphe 2 détermine la procédure à suivre au cas où ces désignations n'ont pas eu lieu dans un délai déterminé.

4. Tout Etat membre et l'Agence, lorsqu'ils ne sont pas parties à un différend, peuvent intervenir à l'instance avec l'accord du tribunal d'arbitrage si ce dernier considère qu'ils ont un intérêt substantiel au règlement de l'affaire.

5. Le tribunal d'arbitrage détermine le lieu où il siège et fixe lui-même ses règles de procédure.

6. La sentence du tribunal d'arbitrage est rendue à la majorité de ses membres, qui ne peuvent s'abstenir de voter. La sentence est définitive et obligatoire pour toutes les parties au différend et aucun recours ne peut être interjeté contre elle. Les parties se conforment sans délai à la sentence. En cas de contestation sur son sens et sa portée, le tribunal d'arbitrage l'interprète sur la demande d'une des parties au différend.

Article XVIII. INEXÉCUTION DES OBLIGATIONS

Tout Etat membre qui ne remplit pas les obligations découlant de la présente Convention cesse d'être membre de l'Agence à la suite d'une décision du Conseil prise à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres. Les dispositions de l'article XXIV sont applicables dans ce cas.

Article XIX. CONTINUITÉ DE DROITS ET D'OBLIGATIONS

A la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, l'Agence reprend l'ensemble des droits et obligations de l'Organisation européenne de recherches spatiales et de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux.

Article XX. SIGNATURE ET RATIFICATION

1. La présente Convention est ouverte jusqu'au 31 décembre 1975 à la signature des Etats qui sont membres de la Conférence spatiale européenne. Les annexes de la présente Convention en forment partie intégrante.

2. La présente Convention est soumise à ratification ou à acceptation. Les instruments de ratification ou d'acceptation sont déposés auprès du Gouvernement français.

3. Après l'entrée en vigueur de la Convention et en attendant le dépôt de son instrument de ratification ou d'acceptation, un Etat signataire peut participer aux réunions de l'Agence, sans droit de vote.

Article XXI. ENTRÉE EN VIGUEUR

1. La présente Convention entre en vigueur lorsque les Etats suivants, qui sont membres de l'Organisation européenne de recherches spatiales ou de l'Organisation

européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux, l'ont signée et ont déposé leurs instruments de ratification ou d'acceptation auprès du Gouvernement français : la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Royaume du Danemark, l'Espagne, la République française, la République italienne, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Royaume de Suède et la Confédération suisse. A l'égard de tout Etat qui ratifie la Convention, l'accepte ou y adhère après son entrée en vigueur, la Convention prend effet à la date du dépôt par cet Etat de son instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion.

2. La Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales et la Convention portant création d'une Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux prennent fin à la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article XXII. ADHÉSION

1. A partir de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, tout Etat peut adhérer à celle-ci à la suite d'une décision du Conseil prise à l'unanimité de tous les Etats membres.

2. Un Etat désireux d'adhérer à la présente Convention le notifie au Directeur général, qui informe les Etats membres de cette demande au moins trois mois avant que celle-ci soit soumise au Conseil pour décision.

3. Les instruments d'adhésion sont déposés auprès du Gouvernement français.

Article XXIII. NOTIFICATIONS

Le Gouvernement français notifie à tous les Etats signataires et adhérents :

- a. La date du dépôt de chaque instrument de ratification, d'acceptation ou d'adhésion;
- b. La date d'entrée en vigueur de la présente Convention et des amendements couverts par l'article XVI, 2;
- c. La dénonciation de la Convention par un Etat membre.

Article XXIV. DÉNONCIATION

1. A l'expiration d'un délai de six ans à compter de son entrée en vigueur, la présente Convention peut être dénoncée par tout Etat membre par une notification au Gouvernement français, qui la notifie aux autres Etats membres et au Directeur général. La dénonciation prend effet à la fin de l'exercice financier suivant celui au cours duquel elle a été notifiée au Gouvernement français. Après que la dénonciation a pris effet, l'Etat intéressé reste tenu de financer sa quote-part des crédits de paiement correspondant aux crédits d'engagement votés et utilisés tant au titre des budgets, auxquels il participait, de l'exercice en cours au moment où la notification de la dénonciation a été faite au Gouvernement français, qu'au titre des budgets des exercices antérieurs.

2. Un Etat membre dénonçant la Convention doit indemniser l'Agence pour toute perte de biens subie sur son territoire, à moins qu'un accord spécial ne puisse être conclu avec l'Agence, assurant à celle-ci la continuation de l'usage de ces biens ou la poursuite de certaines de ses activités sur le territoire dudit Etat. Cet accord spécial détermine notamment dans quelle mesure et à quelles conditions, pour la continuation de l'usage de ces biens et la poursuite desdites activités, les dispositions de la présente Convention continuent à s'appliquer après que la dénonciation a pris effet.

3. L'Etat membre dénonçant la Convention et l'Agence déterminent en commun les obligations supplémentaires qui peuvent être mises à la charge dudit Etat.

4. L'Etat intéressé conserve les droits qu'il a acquis à la date de la prise d'effet de la dénonciation.

Article XXV. DISSOLUTION

1. L'Agence est dissoute si le nombre des Etats membres se réduit à moins de cinq. Elle peut être dissoute à tout moment par accord des Etats membres.

2. En cas de dissolution, le Conseil désigne un organe de liquidation qui traite avec les Etats sur le territoire desquels le siège et les établissements de l'Agence sont situés à ce moment. La personnalité juridique de l'Agence subsiste pour les besoins de la liquidation.

3. L'actif est réparti entre les Etats qui sont membres de l'Agence au moment de la dissolution, au prorata des contributions effectivement versées par eux depuis qu'ils sont parties à la présente Convention. S'il existe un passif, celui-ci est pris en charge par ces mêmes Etats au prorata des contributions fixées pour l'exercice financier en cours.

Article XXVI. ENREGISTREMENT

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Gouvernement français la fait enregistrer auprès du Secrétariat des Nations Unies, conformément à l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

ANNEXE I

PRIVILÈGES ET IMMUNITÉS

Article premier. L'Agence a la personnalité juridique. Elle a notamment la capacité de contracter, d'acquérir et d'aliéner des biens immobiliers et mobiliers ainsi que d'ester en justice.

Article II. Les bâtiments et locaux de l'Agence sont inviolables, compte tenu des articles XXII et XXIII.

Article III. Les archives de l'Agence sont inviolables.

Article IV. 1. L'Agence bénéficie de l'immunité de juridiction et d'exécution sauf :

- a. Dans la mesure où, par décision du Conseil, elle y renonce expressément dans un cas particulier; le Conseil a le devoir de lever cette immunité dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans porter atteinte aux intérêts de l'Agence;
- b. En cas d'action civile intentée par un tiers, pour les dommages résultant d'un accident causé par un véhicule à moteur appartenant à l'Agence ou circulant pour son compte, ou en cas d'infraction à la réglementation de la circulation automobile intéressant un tel véhicule;
- c. En cas d'exécution d'une sentence arbitrale rendue en application soit de l'article XXV, soit de l'article XXVI;
- d. En cas de saisie, ordonnée par décision des autorités judiciaires, sur les traitements et émoluments dus par l'Agence à un membre de son personnel.

2. Quel que soit le lieu où ils se trouvent, les propriétés et biens de l'Agence bénéficient de l'immunité à l'égard de toutes formes de réquisition, confiscation, expropriation et séquestre. Ils bénéficient également de l'immunité à l'égard de toutes formes de contrainte administrative

ou des mesures préalables à un jugement, sauf dans le cas où le nécessitent temporairement la prévention des accidents mettant en cause des véhicules à moteur appartenant à l'Agence ou circulant pour le compte de celle-ci, et les enquêtes auxquelles peuvent donner lieu de tels accidents.

Article V. 1. Dans le cadre de ses activités officielles, l'Agence, ses biens et ses revenus sont exonérés des impôts directs.

2. Lorsque des achats ou services d'un montant important qui sont strictement nécessaires pour l'exercice des activités officielles de l'Agence sont effectués ou utilisés par l'Agence ou pour son compte, et lorsque le prix de ces achats ou services comprend des taxes ou droits, des dispositions appropriées sont prises par les Etats membres, chaque fois qu'il est possible, en vue de l'exonération des taxes ou droits de cette nature ou en vue du remboursement de leur montant.

Article VI. Les produits importés ou exportés par l'Agence ou pour son compte, et strictement nécessaires pour l'exercice de ses activités officielles, sont exonérés de toutes taxes et tous droits d'importation ou d'exportation et de toutes prohibitions et restrictions à l'importation ou à l'exportation.

Article VII. 1. Pour l'application des articles V et VI, les activités officielles de l'Agence comprennent ses activités administratives, y compris ses opérations relatives au régime de prévoyance sociale, et les activités entreprises dans le domaine de la recherche et de la technologie spatiales et de leurs applications spatiales, conformément à la mission de l'Agence telle qu'elle est définie dans la Convention.

2. La mesure dans laquelle les autres applications de cette recherche et de cette technologie et les activités exécutées au titre des articles V, 2 et IX de la Convention peuvent être considérées comme faisant partie des activités officielles de l'Agence est déterminée dans chaque cas par le Conseil après consultation des autorités compétentes des Etats membres intéressés.

3. Les dispositions prévues aux articles V et VI ne s'appliquent pas aux impôts, droits et taxes qui ne constituent que la simple rémunération de services d'utilité publique.

Article VIII. Aucune exonération n'est accordée, au titre des articles V ou VI, en ce qui concerne les achats et importations de biens ou la fourniture de services destinés aux besoins propres des membres du personnel de l'Agence.

Article IX. 1. Les biens acquis conformément à l'article V ou importés conformément à l'article VI ne peuvent être vendus ou cédés qu'aux conditions fixées par les Etats membres qui ont accordé les exonérations.

2. Les transferts de biens ou de prestations de services opérés soit entre le siège et les établissements de l'Agence, soit entre ses divers établissements, soit, dans le but d'exécuter un programme de l'Agence, entre ceux-ci et une institution nationale d'un Etat membre, ne sont soumis à aucune charge ni restriction; les Etats membres prennent, le cas échéant, toutes mesures appropriées en vue de l'exonération ou du remboursement de telles charges ou en vue de la levée de telles restrictions.

Article X. La circulation des publications et autres matériels d'information expédiés par l'Agence ou à celle-ci n'est soumise à aucune restriction.

Article XI. L'Agence peut recevoir et détenir tous fonds, devises, numéraires ou valeurs mobilières; elle peut en disposer librement pour tous usages prévus par la Convention et avoir des comptes en n'importe quelle monnaie dans la mesure nécessaire pour faire face à ses engagements.

Article XII. 1. Pour ses communications officielles et le transfert de tous ses documents, l'Agence bénéficie d'un traitement non moins favorable que celui accordé par chaque Etat membre aux autres organisations internationales.

2. Aucune censure ne peut être exercée à l'égard des communications officielles de l'Agence, quel que soit le moyen de communication utilisé.

Article XIII. Les Etats membres prennent toutes mesures utiles pour faciliter l'entrée ou le séjour sur leur territoire, ainsi que la sortie de leur territoire, des membres du personnel de l'Agence.

Article XIV. 1. Les représentants des Etats membres jouissent, dans l'exercice de leurs fonctions et au cours de leurs voyages à destination ou en provenance du lieu des réunions, des privilèges et immunités suivants :

- a. Immunité d'arrestation et de détention, ainsi que de saisie de leurs bagages personnels;
- b. Immunité de juridiction, même après la fin de leur mission, pour les actes, y compris leurs paroles et écrits, accomplis par eux dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un représentant d'un Etat membre ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui;
- c. Inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;
- d. Droit de faire usage de codes et de recevoir des documents ou de la correspondance par courrier spécial ou par valises scellées;
- e. Exemption pour eux-mêmes et pour leurs conjoints de toute mesure limitant l'entrée et de toutes formalités d'enregistrement des étrangers;
- f. Mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change, que celles accordées aux représentants de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire;
- g. Mêmes facilités douanières en ce qui concerne leurs bagages personnels que celles accordées aux agents diplomatiques.

2. Les privilèges et immunités sont accordés aux représentants des Etats membres, non pour leur bénéfice personnel, mais pour qu'ils puissent exercer en toute indépendance leurs fonctions auprès de l'Agence. En conséquence, un Etat membre a le devoir de lever l'immunité d'un représentant dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans compromettre les fins pour lesquelles elle a été accordée.

Article XV. Outre les privilèges et immunités prévus à l'article XVI, le Directeur général de l'Agence, ainsi que, pendant la vacance de son poste, la personne désignée pour agir en ses lieu et place, jouissent des privilèges et immunités reconnus aux agents diplomatiques de rang comparable.

Article XVI. Les membres du personnel de l'Agence :

- a. Jouissent, même après qu'ils ont cessé d'être au service de l'Agence, de l'immunité de juridiction pour les actes, y compris leurs paroles et écrits, accomplis dans l'exercice de leurs fonctions; cette immunité ne joue cependant pas dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un membre du personnel de l'Agence ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui;
- b. Sont exempts de toute obligation relative au service militaire;
- c. Jouissent de l'inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;
- d. Jouissent, avec les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes exceptions aux dispositions limitant l'immigration et réglant l'enregistrement des étrangers que celles généralement reconnues aux membres du personnel des organisations internationales;

- e. Jouissent, en ce qui concerne les réglementations de change, des mêmes privilèges que ceux généralement reconnus aux membres du personnel des organisations internationales;
- f. Jouissent, en période de crise internationale, ainsi que les membres de leur famille vivant à leur foyer, des mêmes facilités de rapatriement que les agents diplomatiques;
- g. Jouissent du droit d'importer en franchise leur mobilier et leurs effets personnels, à l'occasion de leur première installation dans l'Etat membre intéressé, et du droit, à la cessation de leurs fonctions dans ledit Etat membre, d'exporter en franchise, leur mobilier et leurs effets personnels sous réserve, dans l'un et l'autre cas, des conditions jugées nécessaires par l'Etat membre sur le territoire duquel le droit est exercé.

Article XVII. Les experts autres que les membres du personnel visés à l'article XVI, lorsqu'ils exercent des fonctions auprès de l'Agence ou accomplissent des missions pour cette dernière, jouissent des privilèges et immunités ci-après, dans la mesure où ceux-ci leur sont nécessaires pour l'exercice de leurs fonctions, y compris durant les voyages effectués dans l'exercice de ces fonctions ou au cours de ces missions :

- a. Immunité de juridiction pour les actes accomplis dans l'exercice de leurs fonctions, y compris leurs paroles et écrits, sauf dans le cas d'infraction à la réglementation de la circulation des véhicules à moteur commise par un expert ou de dommage causé par un véhicule à moteur lui appartenant ou conduit par lui; les experts continuent à bénéficier de cette immunité après la cessation de leurs fonctions auprès de l'Agence;
- b. Inviolabilité pour tous leurs papiers et documents officiels;
- c. Mêmes facilités, en ce qui concerne les réglementations monétaires ou de change et en ce qui concerne leurs bagages personnels, que celles accordées aux agents de gouvernements étrangers en mission officielle temporaire.

Article XVIII. 1. Dans les conditions et suivant la procédure fixées par le Conseil, le Directeur général et les membres du personnel de l'Agence sont soumis, au profit de celle-ci, à un impôt sur les traitements et émoluments versés par elle. Lesdits traitements et émoluments sont exempts d'impôts nationaux sur le revenu; mais les Etats membres se réservent la possibilité de faire état de ces traitements et émoluments pour le calcul du montant de l'impôt à percevoir sur les revenus d'autres sources.

2. Les dispositions du paragraphe 1 ne sont pas applicables aux rentes et pensions payées par l'Agence à ses anciens Directeurs généraux et aux anciens membres de son personnel.

Article XIX. Les articles XVI et XVIII s'appliquent à toutes les catégories de personnel régies par le statut du personnel de l'Agence. Le Conseil détermine les catégories d'experts auxquelles l'article XVII est applicable. Les noms, qualités et adresses des membres du personnel et experts visés par le présent article sont communiqués périodiquement aux Etats membres.

Article XX. Dans le cas où elle établit un régime propre de prévoyance sociale, l'Agence, son Directeur général et les membres du personnel sont exemptés de toutes contributions obligatoires à des organismes nationaux de prévoyance sociale, sous réserve des accords conclus avec les Etats membres conformément à l'article XXVIII.

Article XXI. 1. Les privilèges et immunités prévus par la présente annexe ne sont pas accordés au Directeur général, aux membres du personnel et aux experts de l'Agence pour leur bénéfice personnel. Ils sont institués uniquement afin d'assurer, en toutes circonstances, le libre fonctionnement de l'Agence et la complète indépendance des personnes auxquelles ils sont accordés.

2. Le Directeur général a le devoir de lever toute immunité dans tous les cas où son maintien est susceptible d'entraver l'action de la justice et où elle peut être levée sans porter atteinte aux intérêts de l'Agence. A l'égard du Directeur général, le Conseil a compétence pour lever cette immunité.

Article XXII. 1. L'Agence coopère en tout temps avec les autorités compétentes des Etats membres en vue de faciliter une bonne administration de la justice, d'assurer l'observation des règlements de police et de ceux qui concernent la manipulation d'explosifs et de matières inflammables, la santé publique et l'inspection du travail ou autres lois nationales de nature analogue, et d'empêcher tout abus des privilèges, immunités et facilités prévus par la présente annexe.

2. Les modalités de la coopération mentionnée au paragraphe 1 peuvent être précisées dans les accords complémentaires visés à l'article XXVIII.

Article XXIII. Chaque Etat membre conserve le droit de prendre toutes les précautions utiles dans l'intérêt de sa sécurité.

Article XXIV. Aucun Etat membre n'est tenu d'accorder les privilèges et immunités mentionnés aux articles XIV, XV, XVI, *b, e, g,* et XVII, *c,* à ses propres ressortissants ou aux personnes qui, au moment de prendre leurs fonctions dans cet Etat membre, y sont résidents permanents.

Article XXV. 1. Lors de la conclusion de tous contrats écrits, autres que ceux conclus conformément au statut du personnel, l'Agence est tenue de prévoir le recours à l'arbitrage. La clause d'arbitrage, ou l'accord particulier conclu à cet effet, spécifie la loi applicable et le pays dans lequel siègent les arbitres. La procédure de l'arbitrage est celle de ce pays.

2. L'exécution de la sentence arbitrale est régie par les règles en vigueur dans l'Etat sur le territoire duquel la sentence est exécutée.

Article XXVI. Tout Etat membre peut saisir le tribunal d'arbitrage international visé à l'article XVII de la Convention de tout différend :

- a.* Relatif à un dommage causé par l'Agence;
- b.* Impliquant toute autre responsabilité non contractuelle de l'Agence;
- c.* Mettant en cause le Directeur général, un membre du personnel ou un expert de l'Agence et pour lequel l'intéressé peut se réclamer de l'immunité de juridiction conformément aux articles XV, XVI, *a,* ou XVII, *a,* si cette immunité n'est pas levée conformément à l'article XXI. Dans les différends où l'immunité de juridiction est réclamée conformément aux articles XVI, *a,* ou XVII, *a,* la responsabilité de l'Agence est substituée, pour cet arbitrage, à celle des personnes visées auxdits articles.

Article XXVII. L'Agence prend les dispositions appropriées en vue du règlement satisfaisant des différends s'élevant entre l'Agence et le Directeur général, les membres du personnel ou les experts au sujet de leurs conditions de service.

Article XXVIII. L'Agence peut, sur décision du Conseil, conclure avec un ou plusieurs Etats membres des accords complémentaires en vue de l'exécution des dispositions de la présente annexe en ce qui concerne cet Etat ou ces Etats, ainsi que d'autres arrangements en vue d'assurer le bon fonctionnement de l'Agence et la sauvegarde de ses intérêts.

ANNEXE II

DISPOSITIONS FINANCIÈRES

Article premier. 1. L'exercice financier de l'Agence court du premier janvier jusqu'au trente et un décembre de la même année.

2. Le Directeur général envoie aux Etats membres, au plus tard le premier septembre de chaque année :

- a. Un projet de budget général;
- b. Des projets de budgets de programme.
 - 3. Le budget général comprend :
 - a. Une partie «Dépenses» où sont inscrites les prévisions de dépenses afférentes aux activités visées à l'article V, 1, a, i, iii et iv, de la Convention, frais communs fixes compris, ainsi qu'aux frais communs non fixes et aux frais de soutien concernant les programmes visés à l'article V, 1, a, ii, et V, 1, b, de la Convention; les frais communs fixes et non fixes et les frais de soutien sont définis dans le règlement financier; les prévisions de dépenses sont réparties par types d'activité et par grands titres;
 - b. Une partie «Recettes» où sont inscrites :
 - i. Les contributions de tous les Etats membres aux dépenses afférentes aux activités visées à l'article V, 1, a, i, iii et iv, de la Convention, frais communs fixes compris;
 - ii. Les contributions des Etats participants aux frais communs non fixes et aux frais de soutien affectés, conformément au règlement financier, aux programmes visés à l'article V, 1, a, ii et V, 1, b, de la Convention;
 - iii. Les recettes diverses.
 - 4. Chaque budget de programme comprend :
 - a. Une partie «Dépenses», où sont inscrites :
 - i. Les prévisions de dépenses directes afférentes au programme, réparties par grands titres tels qu'ils sont définis dans le règlement financier;
 - ii. Les prévisions de frais communs non fixes et de frais de soutien affectés au programme;
 - b. Une partie «Recettes», où sont inscrites :
 - i. Les contributions des Etats participants aux dépenses directes visées à l'alinéa a, i;
 - ii. Les recettes diverses;
 - iii. Pour mémoire, les contributions des Etats participants aux frais communs non fixes et aux frais de soutien visés à l'alinéa a, ii, telles qu'elles sont prévues au budget général.
- 5. L'approbation du budget général et de chaque budget de programme par le Conseil intervient avant le début de chaque exercice.
- 6. La préparation et l'exécution du budget général et des budgets de programme s'effectuent conformément au règlement financier.

Article II. 1. Si les circonstances l'exigent, le Conseil peut demander au Directeur général de lui soumettre un budget révisé.

2. Aucune décision entraînant des dépenses supplémentaires n'est réputée approuvée tant que le Conseil n'a pas donné son accord aux prévisions de dépenses nouvelles présentées par le Directeur général.

Article III. 1. Le Directeur général est tenu, si le Conseil le demande, de faire figurer au budget général ou au budget du programme considéré les prévisions de dépenses pour les exercices suivants.

2. Lors de l'adoption des budgets annuels de l'Agence, le Conseil réexamine le niveau des ressources et procède aux ajustements nécessaires, compte tenu des variations du niveau des prix et des changements imprévus survenant au cours de l'exécution des programmes.

Article IV. 1. Les dépenses autorisées au titre des activités visées à l'article V de la Convention sont couvertes par des contributions qui sont déterminées conformément à l'article XIII de la Convention.

2. Lorsqu'un Etat adhère à la Convention conformément à son article XXII, il est procédé à une nouvelle détermination des contributions des autres Etats membres. Un nouveau

barème, qui prend effet à une date fixée par le Conseil, est établi sur la base des statistiques du revenu national relatives aux mêmes années de référence que pour le barème existant. Des remboursements sont effectués, le cas échéant, afin que les contributions versées par tous les Etats membres pour l'exercice en cours soient conformes à la décision du Conseil.

3. *a.* Les modalités de versement des contributions propres à assurer la trésorerie de l'Agence sont déterminées par le règlement financier.

b. Le Directeur général communique aux Etats membres le montant de leurs contributions et les dates auxquelles les versements doivent être effectués.

Article V. 1. Les budgets de l'Agence sont exprimés en unités de compte. L'unité de compte est définie par un poids de 0,88867088 gramme d'or fin; le Conseil peut, par décision prise à l'unanimité de tous les Etats membres, adopter une autre définition de l'unité de compte.

2. Chaque Etat membre verse le montant de ses contributions dans sa propre monnaie.

Article VI. 1. Le Directeur général tient un compte exact de toutes les recettes et dépenses. A la clôture de l'exercice, le Directeur général établit, conformément au règlement financier, des comptes annuels distincts pour chacun des programmes visés à l'article V de la Convention.

2. Les comptes budgétaires, le budget et la gestion financière, ainsi que tous autres actes ayant des incidences financières, sont examinés par une Commission de vérification des comptes. Le Conseil désigne, à la majorité des deux tiers de tous les Etats membres, les Etats membres qui, par rotation sur une base équitable, sont invités à nommer, de préférence parmi leurs propres fonctionnaires de rang élevé, des commissaires aux comptes, et nomme, parmi ceux-ci, à la même majorité et pour une période ne dépassant pas trois ans, le président de la Commission.

3. La vérification, qui a lieu sur pièces et au besoin sur place, a pour objet de s'assurer que les dépenses sont conformes aux prévisions budgétaires et de constater la légalité et la régularité des écritures. La Commission fait également rapport sur la gestion économique des ressources financières de l'Agence. Après la clôture de chaque exercice, la Commission établit un rapport qu'elle adopte à la majorité de ses membres et adresse ensuite au Conseil.

4. La Commission de vérification des comptes accomplit toutes autres fonctions prescrites par le règlement financier.

5. Le Directeur général fournit aux commissaires aux comptes toute information et assistance dont ils peuvent avoir besoin pour s'acquitter de leur tâche.

ANNEXE III

PROGRAMMES FACULTATIFS COUVERTS PAR L'ARTICLE V, 1, *b*, DE LA CONVENTION

Article premier. 1. Lorsqu'une proposition tendant à la réalisation d'un programme facultatif couvert par l'article V, 1, *b*, de la Convention est présentée, le Président du Conseil la communique à tous les Etats membres pour examen.

2. Lorsque le Conseil, conformément à l'article XI, 5, *c*, *i*, de la Convention, a accepté la réalisation d'un programme facultatif dans le cadre de l'Agence, tout Etat membre qui n'a pas l'intention d'y participer doit, dans un délai de trois mois, se déclarer formellement non intéressé à y participer; les Etats participants établissent une déclaration qui, sous réserve de l'article III, 1, précise leurs engagements en ce qui concerne :

a. Les phases du programme;

- b. Les conditions de sa réalisation, notamment le calendrier, l'enveloppe financière indicative et les sous-enveloppes indicatives relatives aux phases du programme, ainsi que toute autre disposition concernant sa gestion et son exécution;
- c. Le barème des contributions fixé conformément à l'article XIII, 2, de la Convention;
- d. La durée et le montant du premier engagement financier ferme.

3. La déclaration est transmise au Conseil pour information, en même temps qu'un projet de règlement d'exécution soumis à son approbation.

4. Si un Etat participant n'est pas en mesure de souscrire aux dispositions énoncées dans la déclaration et le règlement d'exécution dans le délai que fixe la déclaration, il cesse d'être Etat participant. Les autres Etats membres peuvent par la suite devenir Etats participants en souscrivant à ces dispositions dans des conditions à déterminer avec les Etats participants.

Article II. 1. Le programme est exécuté conformément aux dispositions de la Convention et, sauf stipulation contraire de la présente annexe ou du règlement d'exécution, aux règles et procédures en vigueur à l'Agence. Les décisions du Conseil sont prises conformément à la présente annexe et au règlement d'exécution. A défaut de dispositions expresses de la présente annexe ou du règlement d'exécution, les règles de vote fixées par la Convention ou le règlement intérieur du Conseil s'appliquent.

2. Les décisions relatives au démarrage d'une nouvelle phase sont prises à la majorité des deux tiers de tous les Etats participants, à condition que cette majorité représente au moins les deux tiers des contributions au programme. Si la décision d'entreprendre une nouvelle phase ne peut être prise, les Etats participants qui désirent néanmoins poursuivre l'exécution du programme se consultent et fixent les modalités de sa continuation. Ils en informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

Article III. 1. Lorsque le programme comprend une phase de définition de projet, les Etats participants procèdent, au terme de celle-ci, à une nouvelle évaluation du coût du programme. Si cette nouvelle évaluation fait apparaître un dépassement de plus de 20 % de l'enveloppe financière indicative visée à l'article premier, tout Etat participant peut se retirer du programme. Les Etats participants qui désirent néanmoins poursuivre l'exécution se consultent et fixent les modalités de sa continuation. Ils en informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

2. Au cours de chacune des phases définies dans la déclaration, le Conseil, à la majorité des deux tiers de tous les Etats participants, adopte les budgets annuels à l'intérieur de l'enveloppe ou des sous-enveloppes financières considérées.

3. Le Conseil fixe une procédure permettant de réviser l'enveloppe ou les sous-enveloppes financières en cas de variation du niveau des prix.

4. Lorsque l'enveloppe ou une sous-enveloppe financière doit être révisée pour des motifs autres que ceux visés aux paragraphes 1 et 3, les Etats participants appliquent la procédure suivante :

- a. Nul Etat participant ne peut se retirer du programme s'il n'y a pas de dépassements cumulatifs de coût supérieurs à 20 % du montant de l'enveloppe financière initiale ou de la nouvelle enveloppe financière définie conformément à la procédure fixée au paragraphe 1;
- b. En cas de dépassements cumulatifs de coût supérieurs à 20 % du montant de l'enveloppe considérée, chaque Etat participant peut se retirer du programme. Les Etats qui désirent néanmoins poursuivre l'exécution se consultent, fixent les modalités de sa continuation et informent le Conseil qui prend, le cas échéant, toutes dispositions nécessaires.

Article IV. L'Agence, agissant pour le compte des Etats participants, est propriétaire des satellites, systèmes spatiaux et autres biens produits dans le cadre du programme ainsi que

des installations et équipements acquis pour son exécution. Toute cession de propriété est décidée par le Conseil.

Article V. 1. La dénonciation de la Convention par un Etat membre entraîne le retrait de celui-ci de tous les programmes auxquels il participe. L'article XXIV de la Convention s'applique aux droits et obligations résultant de ces programmes.

2. La décision de ne pas continuer à participer à un programme en application de l'article II, 2, ou de s'en retirer en application de l'article III, 1, et III, 4, *b*, prend effet à la date à laquelle le Conseil a reçu les informations visées dans lesdits articles.

3. L'Etat participant qui décide de ne pas continuer à participer à un programme en application de l'article II, 2, ou qui s'en retire en application de l'article III, 1, et III, 4, *b*, conserve les droits acquis aux Etats participants au jour de la prise d'effet du retrait. A partir de cette date, aucun droit ou obligation le concernant ne peut naître de la partie du programme à laquelle il ne participe plus. Il reste tenu de financer sa quote-part des crédits de paiement correspondant aux crédits d'engagement votés au titre du budget de l'exercice en cours ou des exercices antérieurs et relatifs à la phase du programme dont l'exécution est en cours. Toutefois, les Etats participants peuvent convenir à l'unanimité, dans la déclaration, qu'un Etat qui décide de ne pas continuer à participer à un programme ou qui s'en retire reste tenu de financer la totalité de sa quote-part de l'enveloppe initiale ou des sous-enveloppes du programme.

Article VI. 1. Les Etats participants peuvent décider d'arrêter l'exécution d'un programme à la majorité des deux tiers de tous les Etats participants représentant au moins les deux tiers des contributions au programme.

2. L'Agence notifie aux Etats participants l'achèvement du programme conformément au règlement d'exécution; celui-ci cesse d'être en vigueur dès réception de cette notification.

ANNEXE IV

INTERNATIONALISATION DES PROGRAMMES NATIONAUX

Article premier. L'objectif principal de l'internationalisation des programmes nationaux est que chaque Etat membre offre aux autres Etats membres la possibilité de participer, au sein de l'Agence, à tout nouveau projet spatial civil qu'il se propose d'entreprendre, soit seul, soit en collaboration avec un autre Etat membre. A cette fin :

- a.* Chaque Etat membre notifie au Directeur général de l'Agence tout projet de ce genre avant le début de sa phase B (phase de définition détaillée);
- b.* Le calendrier et la teneur de la proposition de participation doivent permettre aux autres Etats membres d'entreprendre une part appréciable des travaux relatifs au projet; l'Agence doit être promptement informée des raisons qui peuvent s'y opposer et des conditions éventuelles dont l'Etat membre qui prend l'initiative du projet peut souhaiter assortir l'attribution de travaux à d'autres Etats membres;
- c.* L'Etat membre qui prend l'initiative du projet précise les modalités qu'il propose pour sa gestion technique et indique en même temps les motifs sur lesquels il se fonde;
- d.* L'Etat membre qui prend l'initiative du projet fait ce qui est en son pouvoir pour intégrer dans le cadre dudit projet toutes les réponses raisonnables, sous réserve qu'un accord sur le niveau des dépenses et le mode de répartition de ces dépenses et des travaux intervienne dans les limites du calendrier imposé par les décisions relatives au projet; il présente ensuite une proposition formelle au titre de l'annexe III, lorsque le projet doit être exécuté conformément à ladite annexe;

- e.* L'exécution d'un projet dans le cadre de l'Agence n'est pas exclue du seul fait que ce projet ne suscite pas la participation d'autres Etats membres dans la mesure proposée à l'origine par l'Etat membre qui prend l'initiative du projet.

Article II. Les Etats membres font ce qui est en leur pouvoir afin que les projets spatiaux bilatéraux ou multilatéraux qu'ils entreprennent en coopération avec des Etats non membres ne portent pas préjudice aux objectifs scientifiques, économiques ou industriels de l'Agence. En particulier :

- a.* Ils en informent l'Agence dans la mesure où ils estiment que cette communication ne porte pas préjudice auxdits projets;
- b.* Ils discutent les projets ainsi communiqués avec les autres Etats membres en vue d'établir le cadre d'une participation plus étendue. Si une participation plus étendue s'avère possible, les procédures prévues à l'article I, *b* à *e*, s'appliquent.

ANNEXE V

POLITIQUE INDUSTRIELLE

Article premier. 1. Pour l'application de la politique industrielle visée à l'article VII de la Convention, le Directeur général agit en se conformant aux dispositions de la présente annexe et aux directives du Conseil.

2. Le Conseil examine le potentiel et la structure de l'industrie en fonction des activités de l'Agence, et notamment :

- a.* La structure générale de l'industrie et les groupements industriels;
- b.* Le degré de spécialisation souhaitable dans l'industrie et les moyens de l'atteindre;
- c.* La coordination des politiques industrielles nationales pertinentes;
- d.* L'interaction avec les politiques industrielles pertinentes d'autres organismes internationaux;
- e.* Les relations entre la capacité de production industrielle et les possibilités de débouchés;
- f.* L'organisation du dialogue avec les industriels;
- afin d'être en mesure de suivre et, le cas échéant, d'adapter la politique industrielle de l'Agence.

Article II. 1. Dans la passation de tous les contrats, l'Agence donne la préférence à l'industrie et aux organisations des Etats membres. Cependant, à l'intérieur de chaque programme facultatif couvert par l'article V, 1, *b*, de la Convention, une préférence particulière est donnée à l'industrie et aux organisations des Etats participants.

2. Le Conseil détermine si et dans quelle mesure l'Agence peut déroger à la clause de préférence ci-dessus.

3. L'appartenance d'une entreprise à l'un des Etats membres est jugée à la lumière des critères suivants : localisation de son siège social, de ses centres de décision et de ses centres de recherche, et territoire sur lequel les travaux doivent être exécutés. Dans les cas douteux, le Conseil décide si une entreprise doit être considérée comme relevant ou non de l'un des Etats membres.

Article III. 1. Le Directeur général doit, pendant le stade initial de l'action conduisant à l'attribution du contrat et avant l'envoi des appels d'offres, soumettre à l'approbation du Conseil la politique d'approvisionnement qu'il se propose de suivre pour tout contrat :

- a.* Dont le montant estimatif est supérieur à certaines limites qui sont fixées par les règlements relatifs à la politique industrielle et qui dépendent de la nature des travaux;

b. Ou qui, de l'avis du Directeur général, n'est suffisamment couvert par les règlements relatifs à la politique industrielle ou par les directives supplémentaires établies par le Conseil ou qui pourrait donner lieu à conflit avec ces règlements ou directives.

2. Les directives supplémentaires mentionnées au paragraphe 1, b, sont établies périodiquement par le Conseil s'il les juge utiles afin de préciser les domaines pour lesquels il y a lieu de lui en référer préalablement ainsi qu'il est prévu au paragraphe 1.

3. Le Directeur général attribue directement les contrats de l'Agence sans autre recours au Conseil, sauf dans les cas suivants :

a. Lorsqu'il ressort de l'évaluation des soumissions qu'il y a lieu de recommander un contractant dont le choix va à l'encontre soit des instructions préalables données par le Conseil en application du paragraphe 1, soit des directives générales sur la politique industrielle adoptées à la suite des études du Conseil visées à l'article I, 2; le Directeur général soumet alors le cas au Conseil pour décision en exposant les raisons pour lesquelles il estime qu'une dérogation est nécessaire et en indiquant également si une autre décision du Conseil constituerait, sur le plan technique, opérationnel ou autre, une alternative recommandable;

b. Lorsque, pour des raisons spécifiques, le Conseil a décidé de procéder à un nouvel examen avant l'attribution d'un contrat.

4. Le Directeur général fait rapport au Conseil, à intervalles réguliers à définir, sur les contrats attribués au cours de la période écoulée ainsi que sur les actions conduisant à l'attribution de contrats qui sont prévues pour la période suivante, afin de permettre au Conseil de suivre la mise en œuvre de la politique industrielle de l'Agence.

Article IV. La répartition géographique de l'ensemble des contrats de l'Agence est régie par les règles générales suivantes :

1. Le coefficient de retour global d'un Etat membre est défini comme le rapport entre le pourcentage des contrats qu'il a reçus, calculé par rapport au montant total des contrats passés dans l'ensemble des Etats membres, et son pourcentage total de contribution. Toutefois, dans le calcul de ce coefficient de retour global, il n'est pas tenu compte des contrats passés ni des contributions versées par les Etats membres dans le cadre d'un programme entrepris :

a. Au titre de l'article VIII de la Convention portant création d'une Organisation européenne de recherches spatiales, sous réserve que l'arrangement pertinent contienne des dispositions à cet effet ou que tous les Etats participants donnent ultérieurement leur accord à l'unanimité;

b. Au titre de l'article V, 1, b, de la présente Convention, sous réserve que tous les Etats participants initiaux donnent leur accord à l'unanimité.

2. Pour le calcul des coefficients de retour, le montant de chaque contrat est pondéré en fonction de son intérêt technologique. Les facteurs de pondération sont définis par le Conseil. Plusieurs facteurs de pondération peuvent être appliqués pour un même contrat lorsque son montant est important.

3. La répartition des contrats passés par l'Agence doit tendre vers une situation idéale dans laquelle tous les coefficients de retour global sont égaux à 1.

4. Les coefficients de retour sont calculés trimestriellement et cumulés en vue des examens formels prévus au paragraphe 5.

5. Des examens formels de la situation de la répartition géographique des contrats ont lieu tous les trois ans.

6. Pour chaque Etat membre, la répartition des contrats entre deux examens formels de la situation doit être telle que, lors de chaque examen formel, le coefficient de retour global cumulé ne s'écarte pas sensiblement de la valeur idéale. Pour les trois premières années, la limite inférieure du coefficient de retour cumulé est fixée à 0,8. Lors de chaque examen formel,

le Conseil peut réviser la valeur de cette limite inférieure pour la période triennale suivante, étant entendu qu'elle ne doit jamais descendre au-dessous de 0,8.

7. Des évaluations distinctes des coefficients de retour sont faites et communiquées au Conseil pour des catégories de contrats à définir par celui-ci, en particulier les contrats de recherche et de développement de pointe et les contrats portant sur les technologies liées aux projets. Le Directeur général discute ces évaluations avec le Conseil, à intervalles réguliers à définir, en vue de déterminer les mesures nécessaires pour corriger les déséquilibres éventuels.

Article V. 1. Si, à l'occasion de l'un des examens formels prévus pour la fin de chaque période triennale, le coefficient de retour global d'un Etat membre se situe au-dessous de la limite inférieure définie à l'article IV, 6, le Directeur général soumet au Conseil des propositions visant à redresser la situation dans un délai d'un an. Ces propositions s'inscrivent dans le cadre des règles de l'Agence régissant la passation des contrats.

2. Si, après ce délai d'un an, le déséquilibre persiste, le Directeur général soumet au Conseil des propositions dans lesquelles la nécessité de redresser la situation l'emporte sur les règles de l'Agence régissant la passation des contrats.

Article VI. Toute décision prise pour des raisons de politique industrielle et ayant pour effet d'exclure une entreprise donnée ou une organisation d'un Etat membre des soumissions en vue de l'attribution des contrats de l'Agence dans un domaine donné requiert l'accord de cet Etat membre.

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

CONVENZIONE ISTITUTIVA DI UNA AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

Gli Stati contraenti della presente Convenzione,

Considerando che l'ampiezza delle risorse umane, tecniche e finanziarie necessarie alle attività relative al campo spaziale è tale da superare le possibilità individuali dei Paesi europei;

Considerando la Risoluzione della Conferenza Spaziale Europea adottata il 20 dicembre 1972 e confermata dalla Conferenza Spaziale Europea il 31 luglio 1973, che decide di creare una nuova organizzazione, chiamata «Agenzia spaziale europea», derivante dall'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali e dall'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali, e che un'integrazione dei programmi spaziali nazionali europei, per quanto ragionevolmente possibile approfondita e rapida, verrà ricercata per realizzare un programma spaziale europeo;

Desiderando proseguire e potenziare la cooperazione europea, a fini esclusivamente pacifici, nei settori della ricerca e della tecnologia spaziali e delle relative applicazioni, in vista della loro utilizzazione a scopi scientifici e per sistemi spaziali operativi di applicazioni;

Desiderando, per conseguire tali scopi, istituire un'organizzazione spaziale europea unica che consenta di accrescere l'efficacia globale dello sforzo spaziale europeo, con una migliore utilizzazione delle risorse attualmente destinate allo spazio, e definire un programma spaziale europeo, avente fini esclusivamente pacifici;

Convengono quanto segue:

Articolo I. ISTITUZIONE DELL'AGENZIA

1. Con la presente Convenzione è istituita un'organizzazione europea, chiamata «Agenzia spaziale europea», qui appresso denominata «l'Agenzia».

2. I membri dell'Agenzia, qui appresso denominati «gli Stati membri», sono gli Stati contraenti della presente Convenzione conformemente agli articoli XX e XXII.

3. Tutti gli Stati membri partecipano alle attività obbligatorie indicate all'articolo V, 1, *a*, e contribuiscono alle spese comuni fisse dell'Agenzia menzionate nell'allegato II.

4. La sede dell'Agenzia è situata nella regione di Parigi.

Articolo II. SCOPO

L'Agenzia ha lo scopo di assicurare e sviluppare, a fini esclusivamente pacifici, la cooperazione fra Stati europei nel campo della ricerca e della tecnologia spaziali e delle loro applicazioni spaziali, in vista della loro utilizzazione a scopi scientifici e per sistemi spaziali operativi di applicazioni:

a. Elaborando e mettendo in opera una politica spaziale europea a lungo termine, raccomandando agli Stati membri degli obiettivi in materia spaziale e concertan-

- do le politiche degli Stati membri nei confronti di altre organizzazioni e istituzioni nazionali e internazionali;
- b. Elaborando e mettendo in opera attività e programmi nel campo spaziale;
 - c. Coordinando il programma spaziale europeo e i programmi nazionali, nonché integrando questi ultimi progressivamente, e per quanto possibile completamente, nel programma spaziale europeo, con particolare riguardo allo sviluppo di satelliti di applicazioni;
 - d. Elaborando e mettendo in opera la politica industriale appropriata al suo programma e raccomandando agli Stati membri una politica industriale coerente.

Articolo III. INFORMAZIONI E DATI

1. Gli Stati membri e l'Agenzia facilitano lo scambio di informazioni scientifiche e tecniche relative ai settori della ricerca e della tecnologia spaziali e delle loro applicazioni spaziali, restando inteso che nessuno Stato membro è obbligato a comunicare un'informazione ottenuta al di fuori dell'Agenzia quando ritiene che ciò sia incompatibile con le esigenze della sua sicurezza, con le clausole dei suoi accordi con terzi o con le condizioni in base alle quali ha ottenuto detta informazione.

2. L'Agenzia, assicurando l'esecuzione delle attività indicate nell'articolo V, cura che i loro risultati scientifici siano pubblicati o, comunque, resi ampiamente accessibili dopo la loro utilizzazione da parte dei ricercatori responsabili degli esperimenti. I dati spogliati che ne risultano sono di proprietà dell'Agenzia.

3. Nella stipulazione dei contratti o nella conclusione degli accordi, l'Agenzia riserva, per quanto concerne le invenzioni e i dati tecnici che ne derivano, i diritti appropriati alla salvaguardia dei suoi interessi, di quelli degli Stati membri partecipanti al programma considerato, e di quelli delle persone fisiche o giuridiche sottoposte alla loro giurisdizione. Questi diritti comportano, specialmente, diritti di accesso, di comunicazione e di utilizzazione. Queste invenzioni e dati tecnici sono portati a conoscenza degli Stati partecipanti.

4. Le invenzioni e i dati tecnici che sono di proprietà dell'Agenzia vengono comunicati agli Stati membri, che per esigenze proprie e a titolo gratuito, possono utilizzarli nonché farli utilizzare dalle persone fisiche o giuridiche sottoposte alla loro giurisdizione.

5. Le norme particolareggiate di applicazione delle disposizioni che precedono sono adottate dal Consiglio con la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri.

Articolo IV. SCAMBI DI PERSONE

Gli Stati membri facilitano gli scambi di persone la cui attività si riferisce ai settori di competenza dell'Agenzia, nei limiti compatibili con l'applicazione generale delle leggi e dei regolamenti che disciplinano l'entrata o il soggiorno nel loro territorio, nonché l'uscita dal medesimo.

Articolo V. ATTIVITA' E PROGRAMMI

1. Le attività dell'Agenzia comprendono attività obbligatorie, alle quali partecipano tutti gli Stati membri, e attività facoltative, alle quali partecipano tutti gli Stati membri, salvo quelli che formalmente si dichiarano non interessati a parteciparvi.

a. In relazione alle attività obbligatorie, l'Agenzia:

- i. Assicura l'esecuzione delle attività di base, quali l'insegnamento, la documentazione, lo studio di progetti futuri e i lavori di ricerca tecnologica;

- ii. Assicura l'elaborazione e l'esecuzione di un programma scientifico comprendente satelliti e altri sistemi spaziali;
 - iii. Raccoglie e dirama agli Stati membri le informazioni pertinenti, segnala le lacune o le ripetizioni, fornisce consigli e assistenza in vista dell'armonizzazione dei programmi internazionali e nazionali;
 - iv. Mantiene regolari contatti con gli utilizzatori di tecniche spaziali e si informa delle loro esigenze.
- b. In relazione alle attività facoltative, l'Agenzia assicura, conformemente alle disposizioni dell'allegato III, l'esecuzione di programmi che, in particolare, possono comprendere:
- i. Lo studio, lo sviluppo, la costruzione, il lancio, la messa in orbita e il controllo di satelliti e di altri sistemi spaziali;
 - ii. Lo studio, lo sviluppo, la costruzione e la messa in opera di mezzi di lancio e di sistemi di trasporto spaziali.
2. Nel campo delle applicazioni spaziali, l'Agenzia può, eventualmente, assicurare attività operative alle condizioni che sono definite dal Consiglio a maggioranza di tutti gli Stati membri. A tale titolo, l'Agenzia:
- a. Mette a disposizione degli organismi di sfruttamento interessati le proprie installazioni che possano loro essere utili;
 - b. Assicura, eventualmente, per conto degli organi di sfruttamento interessati, il lancio, la messa in orbita e il controllo di satelliti operativi di applicazioni;
 - c. Svolge ogni altra attività che possa esser richiesta dagli utilizzatori e approvata dal Consiglio.

I costi di queste attività operative sono sostenuti dagli utilizzatori interessati.

3. In relazione al coordinamento ed all'integrazione dei programmi menzionati all'articolo II, c, l'Agenzia viene tempestivamente informata dagli Stati membri dei progetti relativi a nuovi programmi spaziali, facilita le consultazioni fra gli Stati membri, procede a tutte le valutazioni necessarie e formula regole appropriate che sono adottate dal Consiglio all'unanimità di tutti gli Stati membri. Gli obiettivi e le procedure per l'internazionalizzazione dei programmi figurano nell'allegato IV.

Articolo VI. INSTALLAZIONI E SERVIZI

1. Per l'esecuzione dei programmi che le sono affidati, l'Agenzia:

- a. Mantiene la capacità interna necessaria alla preparazione ed alla supervisione dei suoi compiti e, a tal fine, realizza e fa funzionare gli stabilimenti e le installazioni necessari alla sue attività;
- b. Può stipulare accordi speciali per consentire che istituzioni nazionali degli Stati membri eseguano determinate parti dei suoi programmi o vi cooperino, ovvero per prendere direttamente a suo carico la gestione di talune installazioni nazionali.

2. Nella realizzazione dei loro programmi, gli Stati membri e l'Agenzia si adoperano al fine di utilizzare nel modo migliore e con priorità le loro installazioni esistenti ed i loro servizi disponibili, nonché di pervenire alla loro razionalizzazione; in conseguenza, non creano ulteriori installazioni o servizi se non dopo aver esaminato la possibilità di far ricorso ai mezzi esistenti.

Articolo VII. POLITICA INDUSTRIALE

1. La politica industriale che l'Agenzia ha il compito di elaborare e di metter in opera, ai sensi dell'articolo II, *d*, deve essere concepita specialmente in modo da:

- a.* Rispondere, in modo economicamente efficiente, alle esigenze del programma spaziale europeo e dei programmi spaziali nazionali coordinati;
- b.* Migliorare la competitività dell'industria europea nel mondo, sostenendo e sviluppando la tecnologia spaziale e incoraggiando la razionalizzazione e lo sviluppo di una struttura industriale adeguata alle esigenze del mercato, utilizzando, in primo luogo, il potenziale industriale, già esistente, di tutti gli Stati membri;
- c.* Garantire che tutti gli Stati membri partecipino, in equa misura rispetto al loro contributo finanziario, alla messa in opera del programma spaziale europeo e al connesso sviluppo della tecnologia spaziale; in particolare, l'Agenzia, per l'esecuzione dei suoi programmi, accorda, nei limiti del possibile, la preferenza alle industrie della totalità degli Stati membri, le quali ricevono le più ampie possibilità di partecipare ai lavori di interesse tecnologico intrapresi per suo conto;
- d.* Beneficiare dei vantaggi del ricorso alla concorrenza in tutti i casi, salvo quando ciò sia incompatibile con gli altri obiettivi definiti per la politica industriale.

Altri obiettivi possono essere definiti dal Consiglio deliberante all'unanimità di tutti gli Stati membri.

Le disposizioni particolareggiate per la realizzazione di tali obiettivi figurano nell'allegato V e nei regolamenti che sono adottati dal Consiglio a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri e che formano oggetto di revisioni periodiche.

2. Per l'esecuzione dei suoi programmi, l'Agenzia fa il più grande ricorso a contraenti esterni, compatibilmente con il mantenimento della capacità interna menzionata all'articolo VI, 1.

Articolo VIII. VETTORI E ALTRI SISTEMI DI TRASPORTO SPAZIALI

1. Nel definire le sue missioni, l'Agenzia tiene conto dei vettori o altri sistemi di trasporto spaziali sviluppati o nell'ambito dei suoi programmi, o da uno Stato membro, o con un contributo sostanziale dell'Agenzia stessa, e accorda la preferenza alla loro utilizzazione per i carichi utili adeguati salvo quando tale utilizzazione presenti, rispetto all'utilizzazione di altri vettori o mezzi di trasporto spaziali disponibili all'epoca considerata, uno svantaggio irragionevole sul piano del costo, dell'affidabilità e dell'adeguatezza alla missione.

2. Se delle attività o dei programmi contemplati all'articolo V comportano l'utilizzazione di vettori o di altri sistemi di trasporto spaziali, gli Stati partecipanti fanno conoscere al Consiglio, al momento in cui il programma in questione gli viene sottoposto per l'approvazione o l'accettazione, quale è il vettore o il sistema di trasporto spaziale previsto. Se, nel corso dell'esecuzione di un programma, gli Stati partecipanti desiderano ricorrere a un vettore o ad un sistema di trasporto spaziale diverso da quello inizialmente adottato, il Consiglio si pronunzia su tale cambiamento, seguendo le stesse regole che valgono per l'approvazione o l'accettazione iniziali del programma.

Articolo IX. USO DELLE INSTALLAZIONI, AIUTO AGLI STATI MEMBRI E FORNITURA DI PRODOTTI

1. Qualora l'utilizzazione delle installazioni destinate alle proprie attività e ai propri programmi non ne venga compromessa, l'Agenzia le mette a disposizione di

ogni Stato membro che ne faccia domanda per i bisogni del proprio programma, a spese del predetto Stato. Il Consiglio determina, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, le modalità pratiche relative a tale messa a disposizione.

2. Se, al di fuori delle attività e dei programmi menzionati nell'articolo V, ma nell'ambito degli scopi dell'Agenzia, uno o più Stati membri desiderano intraprendere un progetto, il Consiglio può decidere a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri di accordare l'assistenza dell'Agenzia. Le spese effettuate a questo titolo dall'Agenzia sono a carico dello Stato membro o degli Stati membri interessati.

3. *a.* I prodotti sviluppati nell'ambito di un programma dell'Agenzia sono forniti a qualsiasi Stato membro che abbia partecipato al finanziamento di tale programma e che ne faccia domanda per le proprie esigenze. Il Consiglio determina, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, le modalità pratiche secondo le quali tali prodotti sono forniti e, in particolare, le disposizioni che l'Agenzia deve prendere nei confronti dei suoi contraenti affinché lo Stato membro richiedente possa procurarsi tali prodotti.

b. Questo Stato membro può domandare all'Agenzia di dire se stima che i prezzi proposti dai contraenti siano giusti e ragionevoli e se essa li considererebbe accettabili, nelle stesse condizioni, per il soddisfacimento dei suoi fabbisogni.

c. Il soddisfacimento delle richieste indicate al presente paragrafo non può comportare alcun costo aggiuntivo per l'Agenzia, e lo Stato membro interessato sostiene tutti i costi che ne derivano.

Articolo X. ORGANI

Gli organi dell'Agenzia sono il Consiglio e il Direttore Generale, che è assistito dal personale.

Articolo XI. IL CONSIGLIO

1. Il Consiglio è composto dai rappresentanti degli Stati membri.

2. Il Consiglio si riunisce secondo le esigenze, sia al livello dei delegati sia a quello dei ministri. Le riunioni si tengono presso la sede dell'Agenzia, salvo decisione contraria del Consiglio.

3. *a.* Il Consiglio elegge per due anni un Presidente e dei Vicepresidenti, i cui mandati sono rinnovabili una sola volta per un periodo di un anno. Il Presidente dirige i lavori del Consiglio e assicura la preparazione delle sue decisioni; informa gli Stati membri delle proposte per la realizzazione di un programma facoltativo; apporta il suo contributo al coordinamento delle attività degli organi dell'Agenzia. Mantiene il collegamento con gli Stati membri, attraverso i loro delegati al Consiglio, per le questioni di politica generale relative all'Agenzia e cerca di armonizzare i loro punti di vista in materia. Tra una sessione e l'altra, consiglia il Direttore Generale e riceve da lui tutte le informazioni necessarie.

b. Il Presidente è assistito da un Ufficio, la cui composizione è decisa dal Consiglio e che si riunisce su convocazione del Presidente. L'Ufficio svolge una funzione consultiva presso il Presidente per la preparazione delle riunioni del Consiglio.

4. Il Consiglio, quando si riunisce a livello dei ministri, elegge un Presidente per la durata della sessione. Questi convoca la sessione ministeriale seguente.

5. Oltre alle funzioni definite in altri articoli della presente Convenzione e in conformità alle sue disposizioni, il Consiglio:

- a.* Per quanto concerne le attività e il programma indicati all'articolo V, 1, *a*, i e ii:
- i.* Approva, a maggioranza di tutti gli Stati membri, le attività e il programma; le decisioni prese a questo titolo possono essere modificate solo da nuove decisioni prese a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri;
 - ii.* Determina con decisione unanime di tutti gli Stati membri il livello delle risorse che debbono essere messe a disposizione dell'Agenzia durante il quinquennio avvenire;
 - iii.* Determina, con decisione unanime di tutti gli Stati membri, verso la fine del terzo anno di ciascun quinquennio e dopo un riesame della situazione, il livello delle risorse che debbono essere messe a disposizione dell'Agenzia per il nuovo quinquennio che comincia con lo spirare di questo terzo anno;
- b.* Per quanto concerne le attività indicate nell'articolo V, 1, *a*, *iii* e *iv*:
- i.* Definisce una politica dell'Agenzia che corrisponda alla sua missione;
 - ii.* Adotta, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, raccomandazioni agli Stati membri;
- c.* Per quanto concerne i programmi facoltativi indicati nell'articolo V, 1, *b*:
- i.* Accetta, a maggioranza di tutti gli Stati membri, ciascuno di questi programmi;
 - ii.* Determina eventualmente, nel corso della loro esecuzione, l'ordine di precedenza fra i programmi;
- d.* Stabilisce i piani di lavoro annuali dell'Agenzia;
- e.* Adotta, per quanto concerne i bilanci, quali sono definiti nell'allegato II:
- i.* Il bilancio generale annuale dell'Agenzia, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri;
 - ii.* Ciascun bilancio di programma, a maggioranza dei due terzi degli Stati partecipanti;
- f.* Adotta, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, il Regolamento finanziario e tutte le altre disposizioni finanziarie dell'Agenzia;
- g.* Segue le spese relative alle attività obbligatorie e facoltative previste all'articolo V, 1;
- h.* Approva e pubblica i conti annuali controllati dell'Agenzia;
- i.* Adotta, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, lo Statuto del personale;
- j.* Adotta, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, le regole in base alle quali è autorizzato, tenendo conto degli scopi pacifici dell'Agenzia, il trasferimento fuori dei territori degli Stati membri di tecnologie e di prodotti risultanti dalle attività dell'Agenzia o messi a punto con il suo concorso;
- k.* Delibera sull'ammissione di nuovi Stati membri conformemente all'articolo XXII;
- l.* Delibera sulle misure da adottare conformemente all'Articolo XXIV nel caso in cui uno Stato membro denuncia la presente Convenzione o cessa di essere membro in virtù dell'articolo XVIII;
- m.* Prende tutte le altre misure necessarie per l'adempimento della missione dell'Agenzia nell'ambito della presente Convenzione.

6. *a.* Ciascuno Stato membro dispone di un voto nel Consiglio. Tuttavia, uno Stato membro non ha diritto di voto sulle questioni che riguardano esclusivamente un programma accettato al quale esso non partecipa.

b. Uno Stato membro non ha diritto di voto nel Consiglio se l'arretrato dei suoi contributi all'Agazia per l'insieme delle attività e dei programmi menzionati nell'articolo V ai quali esso partecipa supera l'ammontare dei contributi dovuti dallo stesso per l'esercizio finanziario in corso. Inoltre, se l'arretrato dei contributi dovuto da uno Stato membro a titolo di uno qualsiasi dei programmi menzionati nell'articolo V, 1, *a*, ii o *b* ai quali esso partecipa supera l'ammontare dei contributi dovuti dallo stesso a titolo di detto programma per l'esercizio finanziario in corso, questo Stato non ha diritto di voto nel Consiglio sulle questioni che si riferiscono esclusivamente a questo programma. In simile caso, tuttavia, lo Stato membro può essere autorizzato a votare nel Consiglio se la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri ritiene che il mancato pagamento dei contributi sia dovuto a circostanze indipendenti dalla sua volontà.

c. La presenza dei delegati della maggioranza di tutti gli Stati membri è necessaria affinché il Consiglio possa deliberare validamente.

d. Salvo disposizioni contrarie della presente Convenzione, le decisioni del Consiglio sono adottate con la maggioranza semplice degli Stati membri rappresentati e votanti.

e. Per determinare l'unanimità o le maggioranze previste nella presente Convenzione, non viene tenuto conto di uno Stato membro che non abbia diritto di voto.

7. Il Consiglio adotta il suo regolamento interno.

8. *a.* Il Consiglio istituisce un Comitato del programma scientifico che viene incaricato dell'esame di ogni questione relativa al programma scientifico obbligatorio previsto all'articolo V, 1, *a*, ii. Il Consiglio autorizza il Comitato ad adottare delle decisioni per questo programma, conservando, in tutti i casi, la propria funzione di determinare il livello delle risorse e di adottare il bilancio annuale. Il mandato del Comitato del programma scientifico è definito dal Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, conformemente alle disposizioni del presente articolo.

b. Il Consiglio può istituire tutti gli altri organi sussidiari necessari all'adempimento della missione dell'Agazia. Il Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, decide la creazione di questi organi, ne definisce le attribuzioni e determina i casi nei quali essi sono abilitati ad adottare delle decisioni.

c. Quando un organo sussidiario esamina una questione concernente esclusivamente uno solo dei programmi facoltativi previsti all'articolo V, 1, *b*, gli Stati non partecipanti non hanno diritto di voto, a meno che tutti gli Stati partecipanti non decidano diversamente.

Articolo XII. IL DIRETTORE GENERALE E IL PERSONALE

1. *a.* Il Consiglio nomina un Direttore Generale, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, per un periodo determinato, e può mettere fine al suo mandato alla stessa maggioranza.

b. Il Direttore Generale è il funzionario esecutivo di grado più elevato dell'Agazia e la rappresenta in tutti i suoi atti. Egli prende tutti i provvedimenti necessari alla gestione dell'Agazia, all'esecuzione dei suoi programmi, all'applicazione della sua politica e al conseguimento del suo scopo secondo le direttive ricevute dal Consiglio. Tutti gli stabilimenti dell'Agazia sono sottoposti alla sua autorità. Per quanto concerne l'amministrazione finanziaria dell'Agazia, il Direttore Generale si attiene alle disposizioni dell'allegato II. Egli redige per il Consiglio un rapporto annuale che viene pubblicato. Ha inoltre la facoltà di formulare proposte di

attività e di programmi nonché di misure atte ad assicurare il conseguimento dello scopo dell'Agenzia. Partecipa alle riunioni dell'Agenzia senza diritto di voto.

c. Il Consiglio può differire la nomina del Direttore Generale fin quando lo giudichi necessario dopo l'entrata in vigore della presente Convenzione o in caso di vacanza successiva. In tal caso, il Consiglio designa una persona, che agisce in luogo e vece del Direttore Generale, determinandone i poteri e le responsabilità.

2. Il Direttore Generale è assistito dal personale scientifico, tecnico, amministrativo e di segretariato che egli ritiene necessario, entro i limiti autorizzati dal Consiglio.

3. a. Il personale di direzione, quale è definito dal Consiglio, è assunto o licenziato dal Consiglio su proposta del Direttore Generale. Le assunzioni e i licenziamenti effettuati dal Consiglio richiedono la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri.

b. Gli altri membri del personale sono nominati o licenziati dal Direttore Generale, che agisce su delega del Consiglio.

c. L'insieme del personale è reclutato in base alle sue qualifiche e tenendo conto di un'equa ripartizione dei posti fra i cittadini degli Stati membri. Le assunzioni e i licenziamenti avvengono conformemente allo Statuto del personale.

d. I ricercatori che non fanno parte del personale e che effettuano ricerche negli stabilimenti dell'Agenzia dipendono dal Direttore Generale e sono sottoposti a tutte le disposizioni generali adottate dal Consiglio.

4. Le responsabilità del Direttore Generale e dei membri del personale verso l'Agenzia sono di carattere esclusivamente internazionale. Nell'adempimento delle loro funzioni essi non debbono né domandare né ricevere istruzioni da alcun Governo o da qualsiasi autorità estranea all'Agenzia. Gli Stati membri sono tenuti a rispettare il carattere internazionale delle responsabilità del Direttore Generale e dei membri del personale e a non tentare di influenzarli nell'adempimento delle loro funzioni.

Articolo XIII. CONTRIBUTI FINANZIARI

1. Ciascuno Stato membro contribuisce alle spese di esecuzione delle attività e del programma indicati nell'articolo V, 1, a, e, conformemente all'allegato II, alle spese comuni dell'Agenzia, in base a una tabella che il Consiglio adotta, con la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, o ogni tre anni, al momento del riesame previsto all'articolo XI, 5, a, iii, ovvero allorché esso decide all'unanimità di tutti gli Stati membri di stabilire una nuova tabella. La tabella dei contributi è stabilita sulla base della media del reddito nazionale di ciascuno Stato membro durante i tre anni più recenti per i quali sono disponibili dati statistici. Tuttavia:

a. Nessuno Stato membro è tenuto a versare contributi che superino il venticinque per cento del totale dei contributi fissati dal Consiglio per coprire le suddette spese;

b. Il Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, può decidere di ridurre temporaneamente il contributo di uno Stato membro in considerazione di circostanze speciali. In particolare, quando il reddito pro capite annuo di uno Stato membro è inferiore a una determinata somma fissata dal Consiglio con la stessa maggioranza, si verifica una situazione che è considerata come circostanza speciale ai sensi della presente disposizione.

2. Ogni Stato membro contribuisce alle spese di esecuzione di ciascun programma facoltativo di cui all'articolo V, 1, *b*, a meno che esso si dichiari formalmente non interessato a parteciparvi e conseguentemente non vi partecipi. Sempre che tutti gli Stati partecipanti non decidano diversamente, la tabella dei contributi a un programma determinato è stabilita sulla base della media del reddito nazionale di ogni Stato partecipante durante i tre anni più recenti per i quali sono disponibili dati statistici. Detta tabella è riveduta o ogni tre anni, ovvero allorquando il Consiglio decide di compilarne una nuova conformemente al paragrafo 1. Peraltro, nessuno Stato partecipante è tenuto a versare, sulla base di detta tabella, contributi che superino il venticinque per cento del totale dei contributi al programma considerato. Tuttavia, la percentuale di contributo di ciascuno Stato partecipante deve essere equivalente almeno al venticinque per cento della sua percentuale di contributo stabilita con le modalità previste nel paragrafo 1, a meno che tutti gli Stati partecipanti non decidano diversamente al momento dell'adozione del programma o durante l'esecuzione del programma stesso.

3. I sistemi di statistiche utilizzati per stabilire le tabelle di contributi previste ai paragrafi 1 e 2 sono gli stessi e vengono precisati nel Regolamento finanziario.

4. *a*. Ogni Stato che non era parte contraente nella Convenzione istitutiva dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali o nella Convenzione istitutiva dell'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali e che diviene parte contraente nella presente Convenzione è tenuto a effettuare, oltre al versamento dei suoi contributi, un versamento speciale in funzione del valore attuale dei beni dell'Agenzia. L'ammontare di tale versamento speciale è fissato dal Consiglio con la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri.

b. I versamenti effettuati conformemente all'alinea *a* servono a ridurre i contributi degli altri Paesi membri, a meno che il Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, non decida diversamente.

5. I contributi dovuti in applicazione del presente articolo sono versati conformemente all'allegato II.

6. Il Direttore Generale, con riserva di eventuali istruzioni da parte del Consiglio, può accettare donazioni e legati fatti all'Agenzia, se questi non sono sottoposti a condizioni incompatibili con lo scopo dell'Agenzia.

Articolo XIV. COOPERAZIONE

1. In base a decisioni del Consiglio prese all'unanimità di tutti gli Stati membri, l'Agenzia può cooperare con altre organizzazioni e istituzioni internazionali e con i Governi, le organizzazioni e le istituzioni di Stati non membri, nonché stipulare con essi degli accordi a tal fine.

2. Tale cooperazione può assumere la forma di una partecipazione di Stati non membri o di organizzazioni internazionali a uno o a più programmi intrapresi a titolo dell'articolo V, 1, *a*, ii o V, 1, *b*. Con riserva delle decisioni da adottare in applicazione del paragrafo 1, le modalità particolareggiate di tale cooperazione sono definite caso per caso dal Consiglio a maggioranza dei due terzi degli Stati partecipanti al programma contemplato. Queste modalità possono prevedere che lo Stato non membro disponga del diritto di voto nel Consiglio quando esso esamina questioni legate esclusivamente al programma al quale detto Stato partecipa.

3. Tale cooperazione può anche assumere la forma della concessione dello status di membro associato agli Stati non membri che si impegnino a contribuire almeno agli studi dei progetti futuri intrapresi a titolo dell'articolo V, 1, *a*, i. Le

modalità particolareggiate di tale associazione sono definite caso per caso dal Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri.

Articolo XV. STATUS GIURIDICO, PRIVILEGI E IMMUNITÀ

1. L'Agenzia ha personalità giuridica.
2. L'Agenzia, i membri del suo personale e gli esperti, nonché i rappresentanti dei suoi Stati membri, godono della capacità giuridica, dei privilegi e delle immunità previsti nell'allegato I.
3. Accordi concernenti la sede dell'Agenzia e gli stabilimenti realizzati conformemente all'articolo VI vengono stipulati fra l'Agenzia e gli Stati membri sul cui territorio sono situati la sede e gli stabilimenti predetti.

Articolo XVI. EMENDAMENTI

1. Il Consiglio può raccomandare agli Stati membri emendamenti alla presente Convenzione nonché all'allegato I. Ogni Stato membro che desideri proporre un emendamento lo notifica al Direttore Generale. Il Direttore Generale informa gli Stati membri degli emendamenti così notificati almeno tre mesi prima del suo esame da parte del Consiglio.
2. Gli emendamenti raccomandati dal Consiglio entrano in vigore dopo trenta giorni dalla data in cui il Governo francese ha ricevuto la notifica della loro accettazione da parte di tutti gli Stati membri. Il Governo francese notifica a tutti gli Stati membri la data di entrata in vigore di tali emendamenti.
3. Il Consiglio, deliberando all'unanimità di tutti gli Stati membri, può emendare gli altri allegati alla presente Convenzione, purché tali emendamenti non siano incompatibili con la Convenzione. Gli emendamenti entrano in vigore a una data stabilita dal Consiglio all'unanimità di tutti gli Stati membri. Il Direttore Generale informa tutti gli Stati membri degli emendamenti così adottati e della data della loro entrata in vigore.

Articolo XVII. CONTROVERSIE

1. Tutte le controversie fra due o più Stati membri, o fra uno o più Stati membri e l'Agenzia, sull'interpretazione o sull'applicazione della presente Convenzione o dei suoi allegati, nonché tutte le controversie menzionate nell'articolo XXVI dell'allegato I, che non siano risolte tramite il Consiglio, vengono sottoposte ad arbitrato, a domanda di una delle parti.
2. A meno che le parti in controversia non decidano diversamente, la procedura di arbitrato è disciplinata conformemente al presente articolo e a un regolamento addizionale che è adottato dal Consiglio con la maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri.
3. Il Tribunale d'arbitrato è composto da tre membri. Ciascuna delle parti in controversia nomina un arbitro; i due primi arbitri ne nominano un terzo che assume la presidenza del Tribunale d'arbitrato. Il regolamento addizionale previsto al paragrafo 2 determina la procedura da seguire nel caso in cui tali nomine non abbiano luogo entro un termine stabilito.
4. Ogni Stato membro e l'Agenzia, quando non sono parti nella controversia, possono intervenire nel procedimento con il consenso del Tribunale d'arbitrato se questo ultimo ritiene che abbiano un interesse sostanziale alla definizione della controversia.

5. Il Tribunale d'arbitrato sceglie il luogo della sua sede e fissa le proprie regole di procedura.

6. La sentenza del Tribunale d'arbitrato è resa a maggioranza dei suoi membri, i quali non possono astenersi dal voto. La sentenza è definitiva e obbligatoria per tutte le parti nella controversia, senza alcuna possibilità di ricorso. Le parti si conformano immediatamente alla sentenza. In caso di contestazione sul senso e sulla portata della sentenza, lo stesso Tribunale d'arbitrato la interpreta a domanda di una delle parti.

Articolo XVIII. MANCATA ESECUZIONE DELLE OBBLIGAZIONI

Lo Stato membro che non ottemperi alle obbligazioni derivanti dalla presente Convenzione cessa di essere membro dell'Agenzia in seguito a deliberazione del Consiglio adottata a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri. In tal caso, si applicano le disposizioni dell'articolo XXIV.

Articolo XIX. CONTINUITA' DI DIRITTI E DI OBBLIGAZIONI

Alla data dell'entrata in vigore della presente Convenzione, l'Agenzia rileva l'insieme dei diritti e delle obbligazioni dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali e dell'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali.

Articolo XX. FIRMA E RATIFICA

1. La presente Convenzione è aperta alla firma degli Stati membri della Conferenza spaziale europea fino al 31 dicembre 1975. Gli allegati alla presente Convenzione ne costituiscono parte integrante.

2. La presente Convenzione è sottoposta a ratifica o accettazione. Gli strumenti di ratifica o di accettazione sono depositati presso il Governo francese.

3. Dopo l'entrata in vigore della Convenzione e nell'attesa del deposito dei loro strumenti di ratifica o di accettazione, gli Stati firmatari possono partecipare alle riunioni dell'Agenzia, senza diritto di voto.

Articolo XXI. ENTRATA IN VIGORE

1. La presente Convenzione entra in vigore allorquando gli Stati seguenti, che sono membri dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali o dell'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali, l'hanno firmata e hanno depositato i loro strumenti di ratifica o di accettazione presso il Governo francese: il Regno del Belgio, il Regno di Danimarca, la Repubblica francese, la Repubblica Federale di Germania, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord, la Repubblica italiana, il Regno dei Paesi Bassi, la Spagna, il Regno di Svezia e la Confederazione svizzera. Per ogni Stato che ratifichi la Convenzione, l'accetti o vi aderisca dopo la sua entrata in vigore, la Convenzione prende effetto alla data del deposito dello strumento di ratifica, di accettazione o di adesione da parte di detto Stato.

2. La Convenzione istitutiva dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali e la Convenzione istitutiva dell'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali cessano di aver effetto alla data dell'entrata in vigore della presente Convenzione.

Articolo XXII. ADESIONE

1. A far data dall'entrata in vigore della presente Convenzione, tutti gli Stati possono aderirvi in seguito a una decisione del Consiglio presa all'unanimità di tutti gli Stati membri.

2. Lo Stato che desidera aderire alla presente Convenzione lo notifica al Direttore Generale che informa gli Stati membri di tale richiesta almeno tre mesi prima che essa venga sottoposta al Consiglio per decisione.

3. Gli strumenti di adesione sono depositati presso il Governo francese.

Articolo XXIII. NOTIFICHE

Il Governo francese notifica a tutti gli Stati firmatari e aderenti:

- a. La data del deposito di ogni strumento di ratifica, di accettazione o di adesione;
- b. La data di entrata in vigore della presente Convenzione e dei suoi emendamenti previsti all'articolo XVI, 2;
- c. La denuncia della Convenzione da parte di uno Stato membro.

Articolo XXIV. DENUNCIA

1. Allo scadere del termine di sei anni a far data dalla sua entrata in vigore, la presente Convenzione può essere denunciata da qualsiasi Stato membro mediante una notifica al Governo francese, che la notifica agli Stati membri e al Direttore Generale. La denuncia ha effetto alla fine dell'esercizio finanziario che segue quello durante il quale essa è stata notificata al Governo francese. Dopo che la denuncia ha preso effetto, lo Stato interessato rimane obbligato a versare la sua quota di pagamenti corrispondente agli impegni già votati e utilizzati sia per i bilanci ai quali esso partecipava nell'esercizio in cui è stata notificata la sua denuncia al Governo francese, sia per i bilanci degli esercizi precedenti.

2. Lo Stato membro che denuncia la Convenzione deve indennizzare l'Agenzia per ogni perdita di beni che essa subisce sul suo territorio, a meno che un accordo speciale non possa essere concluso con l'Agenzia per assicurare a questa ultima la continuazione dell'uso di tali beni o la prosecuzione di determinate sue attività sul territorio di detto Stato. Questo accordo speciale determina, fra l'altro, in quale misura e a quali condizioni si continuano ad applicare, per la continuazione dell'uso di detti beni e per la prosecuzione di dette attività, le disposizioni della presente Convenzione dopo che la denuncia ha preso effetto.

3. Lo Stato membro che denuncia la Convenzione e l'Agenzia determinano di comune accordo le obbligazioni complementari che possono essere ascritte a carico dello Stato predetto.

4. Lo Stato interessato conserva i diritti acquisiti prima della data in cui la sua denuncia prende effetto.

Articolo XXV. SCIoglIMENTO

1. L'Agenzia viene sciolta se il numero degli Stati membri si riduce a meno di cinque. Essa può anche essere sciolta in qualsiasi momento per accordo degli Stati membri.

2. In caso di scioglimento, il Consiglio designa un organo liquidatore che tratta con gli Stati sul cui territorio sono situati in quel momento la sede e gli stabilimenti dell'Agenzia. La personalità giuridica dell'Agenzia sussiste per le esigenze della liquidazione.

3. Le attività vengono ripartite pro quota fra gli Stati che sono membri dell'Agenzia al momento dello scioglimento, in relazione ai contributi da essi effettivamente versati dal momento in cui sono divenuti parti contraenti nella presente Convenzione. Se esistono passività, esse vengono assunte pro quota dagli stessi Stati in relazione ai contributi stabiliti per l'esercizio finanziario in corso.

Articolo XXVI. REGISTRAZIONE

All'atto della sua entrata in vigore, il Governo francese farà registrare la presente Convenzione presso il Segretariato delle Nazioni Unite, conformemente a quanto dispone l'Articolo 102 della Carta delle Nazioni Unite.

ALLEGATO I

PRIVILEGI E IMMUNITÀ

Articolo I. L'Agenzia ha personalità giuridica. In particolare, essa ha la capacità di stipulare contratti, di acquistare e alienare beni mobili e immobili, nonché di stare in giudizio.

Articolo II. Gli edifici e i locali dell'Agenzia sono inviolabili, tenuto conto degli articoli XXII e XXIII.

Articolo III. Gli archivi dell'Agenzia sono inviolabili.

Articolo IV. 1. L'Agenzia gode dell'immunità di giurisdizione e di esecuzione, salvo:

- a. Nella misura in cui, con decisione del Consiglio, essa vi rinunci espressamente in un caso particolare; il Consiglio ha il dovere di togliere l'immunità in tutti i casi in cui il mantenerla possa intralciare l'azione della giustizia e quando detta immunità possa essere tolta senza portar pregiudizio agli interessi dell'Agenzia;
- b. Nel caso di azione civile intentata da un terzo per i danni risultanti da un incidente causato da un autoveicolo appartenente all'Agenzia o circolante per suo conto, oppure nel caso d'infrazione alla disciplina della circolazione degli autoveicoli che coinvolga tale autoveicolo;
- c. Nel caso di esecuzione di una sentenza arbitrale resa in applicazione o dell'articolo XXV o dell'articolo XXVI;
- d. In caso di pignoramento pronunciato dalle autorità giudiziarie, sui trattamenti ed emolumenti dovuti dall'Agenzia a un membro del suo personale.

2. Le proprietà e i beni dell'Agenzia, qualunque sia il luogo in cui questi si trovino, godono dell'immunità da ogni forma di requisizione, confisca, espropriazione e sequestro. Godono inoltre dell'immunità da qualsiasi forma di coercizione amministrativa o da misure preventive a un giudizio, salvo nel caso in cui ciò sia temporaneamente necessario per la prevenzione degli incidenti che coinvolgano autoveicoli appartenenti all'Agenzia o circolanti per suo conto, nonché per le indagini alle quali possano dar luogo tali incidenti.

Articolo V. 1. Nell'ambito delle sue attività ufficiali, l'Agenzia, i suoi beni e i suoi redditi sono esenti dalle imposte dirette.

2. Qualora acquisti o servizi di importo rilevante e strettamente necessari all'esercizio delle attività ufficiali dell'Agenzia siano effettuati o utilizzati dall'Agenzia o per suo conto, e qualora i prezzi di detti acquisti o servizi comprendano tasse o diritti, gli Stati membri adottano opportune disposizioni, ogniqualevolta ciò sia possibile, in vista dell'esenzione delle tasse o dei diritti di tale natura o in vista del rimborso del loro ammontare.

Articolo VI. I prodotti importati o esportati dall'Agenzia o per suo conto, e strettamente necessari all'esercizio delle sue attività ufficiali, sono esenti da qualsiasi diritto e tassa d'importazione o d'esportazione nonché da ogni divieto e restrizione all'importazione o all'esportazione.

Articolo VII. 1. Per l'applicazione degli articoli V e VI, le attività ufficiali dell'Agenzia comprendono le sue attività amministrative, ivi incluso le sue operazioni relative al regime di previdenza sociale, e le attività intraprese nei settori della ricerca e della tecnologia spaziali, nonché delle relative applicazioni spaziali, conformemente allo scopo dell'Agenzia quale è definito nella Convenzione.

2. Il Consiglio, dopo aver consultato le autorità competenti degli Stati membri interessati, determina caso per caso la misura in cui le altre applicazioni di tale ricerca e di tale tecnologia nonché le attività svolte ai sensi articoli V, 2 e IX della Convenzione possono essere considerate come facenti parte delle attività ufficiali dell'Agenzia.

3. Le disposizioni previste agli articoli V e VI non si applicano ai diritti e alle tasse che si riferiscono alla semplice remunerazione di servizi di pubblica utilità.

Articolo VIII. Nessuna esenzione è concessa, sulla base degli articoli V e VI, per acquisti e importazioni di beni o per forniture di servizi destinati all'uso privato dei membri del personale dell'Agenzia.

Articolo IX. 1. I beni acquistati conformemente all'articolo V o importati conformemente all'articolo VI non possono essere venduti o ceduti se non alle condizioni stabilite dagli Stati membri che hanno concesso le esenzioni.

2. I trasferimenti di beni o di prestazioni di servizi effettuati sia fra la sede e gli stabilimenti dell'Agenzia, sia fra i vari stabilimenti dell'Agenzia, sia, per l'esecuzione di un programma dell'Agenzia, fra questi ultimi e un'istituzione nazionale di uno Stato membro, non sono sottoposti ad alcun onere né restrizione; ove necessario, gli Stati membri adottano ogni opportuna misura per l'esenzione o il rimborso di tali oneri o per togliere tali restrizioni.

Articolo X. La circolazione delle pubblicazioni e di altro materiale d'informazione inviato dall'Agenzia o all'Agenzia non è sottoposta ad alcuna restrizione.

Articolo XI. L'Agenzia può ricevere e detenere fondi, valute, contanti e valori mobiliari di ogni sorta; essa può disporne liberamente per tutti gli usi previsti dalla Convenzione e tenere conti in qualsiasi valuta nella misura necessaria a far fronte ai suoi impegni.

Articolo XII. 1. Per le sue comunicazioni ufficiali e per il trasferimento di tutti i suoi documenti, l'Agenzia gode di un trattamento non meno favorevole di quello accordato da ciascuno Stato membro alle altre organizzazioni internazionali.

2. Nessuna censura può essere esercitata nei confronti delle comunicazioni ufficiali dell'Agenzia, qualunque sia il mezzo di comunicazione utilizzato.

Articolo XIII. Gli Stati membri prendono tutte le misure atte a facilitare l'entrata o il soggiorno nel loro territorio, nonché l'uscita dal medesimo, dei membri del personale dell'Agenzia.

Articolo XIV. 1. I rappresentanti degli Stati membri, nell'esercizio delle loro funzioni e durante i loro viaggi quando si recano nel luogo delle riunioni o ne tornano, godono dei privilegi e delle immunità seguenti:

- a. Immunità dall'arresto o dalla detenzione, nonché dal sequestro dei loro bagagli personali;
- b. Immunità di giurisdizione, anche dopo la fine della loro missione, per gli atti, ivi compresi parole e scritti, compiuti nell'esercizio delle loro funzioni; tale immunità è tuttavia in-

operante nel caso di infrazione alla disciplina della circolazione degli autoveicoli commessa da un rappresentante di uno Stato membro, o di danni causati da un autoveicolo appartenente a detto rappresentante o dallo stesso condotto;

- c. Inviolabilità per tutte le carte e tutti i documenti ufficiali in loro possesso;
- d. Diritto di usare codici e di ricevere documenti o corrispondenza per mezzo di corrieri speciali o di valigie sigillate;
- e. Esenzione per essi stessi e per i loro coniugi da ogni misura restrittiva sull'entrata e da ogni formalità di registrazione degli stranieri;
- f. Le stesse facilitazioni in materia di regolamenti di valuta o di cambio di quelle accordate ai rappresentanti di Governi stranieri in missione ufficiale temporanea;
- g. Le stesse facilitazioni doganali per i loro bagagli personali di quelle accordate agli agenti diplomatici.

2. I privilegi e le immunità non sono accordati ai rappresentanti degli Stati membri per loro personale vantaggio, ma per consentire agli stessi di esercitare in piena indipendenza le loro funzioni presso l'Agenzia. In conseguenza, ogni Stato membro ha il dovere di togliere l'immunità di un rappresentante in tutti i casi nei quali il mantenerla possa intralciare l'azione della giustizia e quando detta immunità possa essere tolta senza compromettere i fini per i quali è stata accordata.

Articolo XV. Oltre ai privilegi e alle immunità previsti nell'articolo XVI, il Direttore Generale dell'Agenzia, come pure la persona designata ad agire in suo luogo e vece durante la vacanza di tale ufficio, gode dei privilegi e delle immunità riconosciuti agli agenti diplomatici di rango analogo.

Articolo XVI. I membri del personale dell'Agenzia:

- a. Godono, anche dopo la cessazione del loro servizio presso l'Agenzia, dell'immunità di giurisdizione per gli atti, ivi compresi parole e scritti, compiuti nell'esercizio delle loro funzioni; tale immunità è tuttavia inoperante nel caso di infrazione alla disciplina della circolazione degli autoveicoli commessa da un membro del personale dell'Agenzia o di danni causati da un autoveicolo appartenente al predetto o dallo stesso condotto;
- b. Sono esonerati da ogni obbligo relativo al servizio militare;
- c. Godono dell'inviolabilità per tutte le carte e tutti i documenti ufficiali in loro possesso;
- d. Godono, unitamente ai familiari conviventi, delle stesse deroghe alle disposizioni restrittive sull'immigrazione e alle norme sulla registrazione degli stranieri accordate in genere ai membri del personale delle organizzazioni internazionali;
- e. Godono, in materia di regolamenti di cambio, degli stessi privilegi di quelli generalmente concessi ai membri del personale delle organizzazioni internazionali;
- f. Godono, unitamente ai familiari conviventi, in periodo di crisi internazionale, delle stesse facilitazioni di rimpatrio che vengono accordate agli agenti diplomatici;
- g. Godono del diritto di importare in franchigia doganale la loro mobilia e i loro effetti personali in occasione della loro prima installazione nello Stato membro interessato e del diritto, in occasione della cessazione delle loro funzioni nel detto Stato, di esportare in franchigia doganale la loro mobilia e i loro effetti personali, fatta riserva per le condizioni giudicate necessarie, nell'uno e nell'altro caso, dallo Stato membro sul cui territorio il diritto è esercitato.

Articolo XVII. Gli esperti, diversi dai membri del personale considerato nell'articolo XVI, quando esercitano funzioni presso l'Agenzia o compiono missioni per conto di quest'ultima, godono dei privilegi e delle immunità più sotto indicate, nella misura in cui queste sono necessarie all'esercizio delle loro funzioni, ivi compreso durante i viaggi effettuati nell'esercizio di tali funzioni o nel corso di dette missioni:

- a. Immunità di giurisdizione per gli atti, ivi compresi parole e scritti, compiuti nell'esercizio delle loro funzioni, salvo nel caso di infrazione alla disciplina della circolazione degli autoveicoli commessa da un esperto o di danni causati da un autoveicolo appartenente al predetto o dallo stesso condotto; gli esperti continuano a godere di tale immunità dopo la cessazione delle loro funzioni presso l'Agenzia;
- b. Inviolabilità per tutte le carte e tutti i documenti ufficiali in loro possesso;
- c. Le stesse facilitazioni, in materia di regolamenti di valuta e di cambio nonché per il loro bagaglio personale, di quelle accordate agli agenti di Governi stranieri in missione ufficiale temporanea.

Articolo XVIII. 1. Alle condizioni e secondo le procedure stabilite dal Consiglio, il Direttore Generale e i membri del personale dell'Agenzia sono soggetti, a beneficio di quest'ultima, ad un'imposta sui trattamenti e sugli emolumenti dalla stessa corrisposti. I citati trattamenti ed emolumenti sono esenti dalle imposte nazionali sul reddito; tuttavia, gli Stati membri si riservano la possibilità di conteggiare tali trattamenti ed emolumenti per stabilire l'ammontare dell'imposta da riscuotere sui redditi provenienti da altri cespiti.

2. Le disposizioni del paragrafo 1 non sono applicabili alle rendite e alle pensioni pagate dall'Agenzia ai suoi Direttori Generali e ai membri del suo personale dopo la cessazione del loro servizio.

Articolo XIX. Gli articoli XVI e XVIII si applicano a tutte le categorie di personale disciplinate dallo Statuto del personale dell'Agenzia. Il Consiglio determina le categorie di esperti alle quali può essere applicato l'articolo XVII. I nomi, le qualifiche e gli indirizzi dei membri del personale e degli esperti ai quali si riferisce il presente articolo sono periodicamente comunicati agli Stati membri.

Articolo XX. Nel caso in cui essa instauri un proprio sistema di previdenza sociale, l'Agenzia, il suo Direttore Generale e i membri del suo personale sono esentati da ogni contributo obbligatorio a organismi nazionali di previdenza sociale, con riserva degli accordi stipulati con gli Stati membri, conformemente all'articolo XXVIII.

Articolo XXI. 1. I privilegi e le immunità previsti dal presente allegato non sono accordati al Direttore Generale, ai membri del personale ed agli esperti dell'Agenzia per loro vantaggio personale. Detti privilegi e immunità sono istituiti unicamente allo scopo di assicurare, in ogni circostanza, il libero funzionamento dell'Agenzia e la completa indipendenza delle persone alle quali essi sono accordati.

2. Il Direttore Generale ha il dovere di togliere l'immunità in tutti i casi in cui il mantenerla possa intralciare l'azione della giustizia e quando detta immunità possa essere tolta senza portar pregiudizio agli interessi dell'Agenzia. Per quanto riguarda il Direttore Generale, il Consiglio ha competenza per togliere detta immunità.

Articolo XXII. 1. L'Agenzia coopera in ogni circostanza con le autorità competenti degli Stati membri onde facilitare la buona amministrazione della giustizia, assicurare l'osservanza dei regolamenti di polizia e di quelli sulla manipolazione degli esplosivi e di materie infiammabili, sulla salute pubblica e sull'ispezione del lavoro, o di altre disposizioni nazionali di natura analoga, e impedire ogni abuso dei privilegi, delle immunità e delle facilitazioni previsti dal presente allegato.

2. Le modalità della cooperazione menzionata nel paragrafo 1 possono essere precisate negli accordi complementari previsti all'articolo XXVIII.

Articolo XXIII. Ogni Stato membro conserva il diritto di prendere tutte le precauzioni utili nell'interesse della sua sicurezza.

Articolo XXIV. Nessuno Stato membro è tenuto ad accordare i privilegi e le immunità indicati negli articoli XIV, XV, XVI, *b, e, g* e XVII, *c* ai propri cittadini o alle persone che, al momento di assumere le loro funzioni nello Stato membro considerato, vi risiedono permanentemente.

Articolo XXV. 1. Nella conclusione di tutti i contratti scritti, ad eccezione di quelli conclusi in base allo Statuto del personale, l'Agenzia è tenuta a prevedere il ricorso all'arbitrato. La clausola d'arbitrato, o l'accordo particolare concluso a tal fine, specifica la legge applicabile e il Paese nel quale siedono gli arbitri. La procedura dell'arbitrato è quella di tale Paese.

2. L'esecuzione della sentenza arbitrale è disciplinata dalle norme in vigore nello Stato sul cui territorio la sentenza stessa è eseguita.

Articolo XXVI. Ogni Stato membro può adire il Tribunale d'arbitrato internazionale, previsto all'articolo XVII della Convenzione, per ogni controversia:

- a.* Che si riferisca a un danno causato dall'Agenzia;
- b.* Che implichi una qualsiasi altra responsabilità non contrattuale dell'Agenzia;
- c.* Che coinvolga il Direttore Generale, un membro del personale o un esperto dell'Agenzia e per la quale l'interessato possa invocare l'immunità di giurisdizione, conformemente agli articoli XV, XVI, *a* o XVII, *a*, se tale immunità non è tolta conformemente all'articolo XXI. Nelle controversie in cui viene invocata l'immunità di giurisdizione conformemente agli articoli XVI, *a* o XVII, *a*, la responsabilità dell'Agenzia si sostituisce, per tale arbitrato, a quella delle persone indicate nei suddetti articoli.

Articolo XXVII. L'Agenzia adotta le disposizioni appropriate in vista di una soddisfacente composizione delle vertenze in materia di condizioni di impiego fra l'Agenzia stessa e il Direttore Generale, i membri del personale o gli esperti.

Articolo XXVIII. L'Agenzia, su decisione del Consiglio, può concludere accordi complementari con uno o più Stati membri in vista dell'esecuzione delle disposizioni del presente allegato nei confronti dello Stato o degli Stati membri considerati, come pure altri accordi destinati ad assicurare il buon funzionamento dell'Agenzia e la salvaguardia dei suoi interessi.

ALLEGATO II

DISPOSIZIONI FINANZIARIE

Articolo I. 1. L'esercizio finanziario dell'Agenzia ha inizio il primo gennaio e si chiude il trentuno dicembre dello stesso anno.

2. Il Direttore Generale invia agli Stati membri, entro e non oltre il primo settembre di ogni anno:

- a.* Il progetto di bilancio generale,
- b.* I progetti di bilanci di programma.

3. Il bilancio generale comprende:

- a.* Una parte «Spese» in cui sono iscritte le previsioni di spese afferenti alle attività indicate all'articolo V, 1, *a, i, iii* e *iv* della Convenzione, ivi comprese le spese comuni fisse, nonché alle spese comuni non fisse e alle spese di sostegno per i programmi indicati all'articolo V, 1, *a, ii* e V, 1, *b* della Convenzione; le spese comuni fisse e non fisse e le spese di sostegno sono definite nel Regolamento finanziario; le previsioni di spese sono ripartite per tipi di attività e per grandi titoli;

- b. Una parte «Entrate» in cui sono iscritti:
- i. I contributi di tutti gli Stati membri alle spese afferenti alle attività indicate all'articolo V, 1, a, i, iii e iv della Convenzione, comprese le spese comuni fisse;
 - ii. I contributi degli Stati partecipanti alle spese comuni non fisse e alle spese di sostegno destinate, conformemente alle disposizioni del Regolamento finanziario, ai programmi di cui all'articolo V, 1, a, ii e V, 1, b della Convenzione.
 - iii. Le entrate diverse.
4. Ogni bilancio di programma comprende:
- a. Una parte «Spese» in cui sono iscritte:
- i. Le previsioni di spese dirette afferenti al programma, ripartite per grandi titoli, quali sono definiti nel Regolamento finanziario;
 - ii. Le previsioni di spese comuni non fisse e di spese di sostegno destinate al programma;
- b. Una parte «Entrate» in cui sono iscritti:
- i. I contributi degli Stati che partecipano alle spese dirette indicate all'alinea a, i;
 - ii. Le entrate diverse;
 - iii. Per memoria, i contributi degli Stati che partecipano alle spese comuni non fisse e alle spese di sostegno indicate all'alinea a, ii, quali sono previste nel bilancio generale.
5. L'approvazione del bilancio generale e di ciascun bilancio di programma, da parte del Consiglio, avviene prima dell'inizio di ogni esercizio finanziario.
6. La preparazione e l'esecuzione del bilancio generale e dei bilanci di programma si effettuano conformemente al Regolamento finanziario.

Articolo II. 1. Se le circostanze lo esigono, il Consiglio può domandare al Direttore Generale di presentargli un bilancio riveduto.

2. Nessuna decisione che comporti spese supplementari deve ritenersi approvata fin quando il Consiglio non esprime il suo accordo sulle nuove previsioni di spese presentate dal Direttore Generale.

Articolo III. 1. Il Direttore Generale, a richiesta del Consiglio, è tenuto a far figurare nel bilancio generale o nel bilancio del programma considerato le previsioni di spese per gli esercizi successivi.

2. All'atto dell'approvazione dei bilanci annuali dell'Agenzia, il Consiglio riesamina il livello delle risorse e procede ai ritocchi necessari, tenendo conto delle variazioni dei prezzi e delle modifiche imprevedute che possano verificarsi nel corso dell'esecuzione dei programmi.

Articolo IV. 1. Le spese autorizzate per le attività previste all'articolo V della Convenzione sono finanziate da contributi determinati conformemente all'articolo XIII della Convenzione.

2. Quando uno Stato aderisce alla Convenzione conformemente all'articolo XXII di quest'ultima, si procede a una nuova determinazione dei contributi degli altri Stati membri. Una nuova tabella, che entra in vigore ad una data fissata dal Consiglio, è stabilita in base alle statistiche del reddito nazionale relative agli stessi anni considerati ai fini della tabella esistente. Quando è necessario, si effettuano rimborsi affinché i contributi versati da tutti gli Stati membri per l'esercizio in corso risultino conformi alla decisione del Consiglio.

3. a. Le modalità di versamento dei contributi atte ad assicurare il funzionamento di tesoreria dell'Agenzia sono stabilite nel Regolamento finanziario.

b. Il Direttore Generale comunica agli Stati membri l'ammontare dei loro contributi e le date alle quali i versamenti debbono essere effettuati.

Articolo V. 1. I bilanci dell'Agenzia sono espressi in unità di conto. L'unità di conto è definita da un peso di grammi 0,88867088 di oro fino; con decisione unanime di tutti gli Stati membri, il Consiglio può adottare un'altra definizione dell'unità di conto.

2. Ogni Stato membro versa l'ammontare dei suoi contributi nella propria moneta.

Articolo VI. 1. Il Direttore Generale tiene un sonto esatto di tutte le entrate e le spese. Alla chiusura dell'esercizio, il Direttore Generale, in conformità al Regolamento finanziario, prepara conti annuali distinti per ciascuno dei programmi previsti nell'articolo V della Convenzione.

2. I conti in bilancio, il bilancio e la gestione finanziaria, nonché tutti gli altri atti che hanno incidenze finanziarie, sono esaminati da una Commissione di verifica dei conti. Il Consiglio, a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati membri, designa gli Stati membri che, su un'equa base di rotazione, sono invitati a nominare, preferibilmente fra i propri funzionari di grado elevato, dei revisori dei conti e nomina fra di essi il Presidente della Commissione con la stessa maggioranza e per un periodo non superiore a tre anni.

3. La verifica, che viene effettuata su documenti e, quando è il caso, sul luogo, è destinata a controllare la conformità delle spese alle previsioni di bilancio, nonché a constatare la legalità e la regolarità delle scritture. La Commissione riferisce inoltre sulla gestione economica delle risorse finanziarie dell'Agenzia. Dopo la chiusura di ogni esercizio, la Commissione stende una relazione che adotta a maggioranza dei suoi membri e che in seguito trasmette al Consiglio.

4. La Commissione di verifica dei conti svolge tutte le altre funzioni prescritte dal Regolamento finanziario.

5. Il Direttore Generale fornisce ai revisori dei conti ogni informazione e assistenza di cui essi possano aver bisogno per assolvere il loro compito.

ALLEGATO III

PROGRAMMI FACOLTATIVI PREVISTI ALL'ARTICOLO V, 1, *b*, DELLA CONVENZIONE

Articolo I. 1. Quando viene presentata una proposta tendente alla realizzazione di un programma facoltativo compreso nell'articolo V, 1, *b* della Convenzione, il Presidente del Consiglio la comunica, per esame, a tutti gli Stati membri.

2. Quando il Consiglio, conformemente all'articolo XI, 5, *c*, *i* della Convenzione, ha dato la sua approvazione alla realizzazione di un programma facoltativo nell'ambito dell'Agenzia, ogni Stato membro che non ha l'intenzione di parteciparvi deve dichiararsi formalmente non interessato a parteciparvi nel termine di tre mesi; gli Stati partecipanti redigono una Dichiarazione che, con riserva dell'articolo III, 1, precisa i loro impegni per quanto riguarda i punti seguenti:

- a.* Le fasi del programma;
- b.* Le condizioni per la sua realizzazione e in particolare: il calendario, l'ammontare indicativo dell'onere finanziario globale e quello degli oneri finanziari parziali, relativi alle fasi del programma, nonché ogni altra disposizione concernente la sua gestione e la sua esecuzione;
- c.* La tabella dei contributi stabilita conformemente all'articolo XIII, 2 della Convenzione;
- d.* La durata e l'ammontare del primo impegno finanziario definitivo.

3. La Dichiarazione è trasmessa al Consiglio per informazione, insieme con un progetto di regolamento di esecuzione sottoposto alla sua approvazione.

4. Se uno Stato partecipante non è in grado di sottoscrivere le disposizioni contenute nella Dichiarazione e nel regolamento di esecuzione entro il termine fissato dalla Dichiarazione,

cessa di essere Stato partecipante. Gli altri Stati membri possono ulteriormente divenire Stati partecipanti sottoscrivendo le predette disposizioni alle condizioni da stabilire con gli Stati partecipanti.

Articolo II. 1. Il programma è eseguito conformemente alle disposizioni della Convenzione e, salvo disposizione contraria del presente allegato o del regolamento di esecuzione, alle norme e procedure in vigore presso l'Agenzia. Le decisioni del Consiglio sono adottate conformemente al presente allegato e al regolamento di esecuzione. In mancanza di espresse disposizioni del presente allegato o del regolamento di esecuzione, si applicano le regole di voto stabilite dalla Convenzione o dal regolamento interno del Consiglio dell'Agenzia.

2. Le decisioni relative all'inizio di una nuova fase sono adottate a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati partecipanti, a condizione che tale maggioranza rappresenti almeno i due terzi dei contributi al programma. Se la decisione di iniziare una nuova fase non può essere adottata, gli Stati partecipanti che intendano comunque proseguire l'esecuzione del programma si consultano e stabiliscono le modalità della prosecuzione. Essi ne informano il Consiglio che adotta, quando è il caso, tutte le disposizioni necessarie.

Articolo III. 1. Quando il programma comprende una fase di definizione di progetto, gli Stati partecipanti procedono, al termine di essa, a una nuova valutazione del costo del programma. Se da questa nuova valutazione risulta che l'ammontare dell'onere finanziario indicativo di cui all'articolo I viene superato di oltre il 20 %, ogni Stato partecipante può ritirarsi dal programma. Gli Stati partecipanti che intendono nondimeno proseguirne l'esecuzione si consultano e stabiliscono le modalità della prosecuzione. Essi ne informano il Consiglio che adotta, quando è il caso, tutte le disposizioni necessarie.

2. Durante ciascuna delle fasi definite nella Dichiarazione, il Consiglio approva, deliberando a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati partecipanti, i bilanci annuali entro i limiti dell'onere finanziario globale o degli oneri finanziari parziali considerati.

3. Il Consiglio stabilisce una procedura atta a consentire la revisione dell'onere finanziario globale o degli oneri finanziari parziali nel caso di variazione dei prezzi.

4. Quando l'onere finanziario globale o un onere finanziario parziale deve essere riveduto per motivi diversi da quelli previsti dai paragrafi 1 e 3, gli Stati partecipanti applicano la procedura seguente:

- a. Nessuno Stato partecipante può ritirarsi dal programma se non vi sono aumenti cumulativi di costo superiori al 20 % dell'ammontare dell'onere finanziario inizialmente previsto o del nuovo onere finanziario determinato conformemente alla procedura stabilita al paragrafo 1;
- b. Nel caso di aumenti cumulativi di costo superiori al 20 % dell'ammontare dell'onere considerato, ogni Stato partecipante può ritirarsi dal programma. Gli Stati che invece intendono proseguirne l'esecuzione, si consultano e fissano le modalità della prosecuzione, informandone il Consiglio che adotta, quando è il caso, tutte le disposizioni necessarie.

Articolo IV. L'Agenzia, che agisce per conto degli Stati partecipanti, è proprietaria dei satelliti, dei sistemi spaziali e degli altri beni prodotti nell'ambito del programma, come pure delle installazioni e dei beni strumentali acquisiti per la sua esecuzione. Qualsiasi alienazione di beni è decisa dal Consiglio.

Articolo V. 1. La denuncia della Convenzione da parte di uno Stato membro comporta il suo ritiro da tutti i programmi ai quali partecipa. L'articolo XXVI della Convenzione si applica ai diritti e alle obbligazioni che derivano da tali programmi.

2. La decisione di non proseguire nella partecipazione a un programma in applicazione dell'articolo II, 2 o di ritirarsene conformemente all'articolo III, 1, e III, 4, b ha effetto dalla data in cui il Consiglio riceve le comunicazioni previste nei suddetti articoli.

3. Lo Stato partecipante che decide di non proseguire nella partecipazione a un programma in applicazione dell'articolo II, 2 o che se ne ritira conformemente all'articolo III, 1 e III, 4, *b* conserva i diritti acquisiti dagli Stati partecipanti alla data in cui ha effetto il suo ritiro. A decorrere da tale data, nessun diritto o obbligazione potrà derivargli dalla parte del programma alla quale non partecipa più. Esso resta obbligato a versare la sua quota di pagamenti corrispondente agli impegni votati per il bilancio dell'esercizio in corso o degli esercizi anteriori e riferentisi alla fase del programma la cui esecuzione è in corso. Tuttavia, gli Stati partecipanti possono convenire all'unanimità, nella Dichiarazione, che lo Stato che decide di non proseguire nella partecipazione a un programma, o che se ne ritira, resta obbligato a versare la totalità della sua quota di onere finanziario globale iniziale o degli oneri finanziari parziali del programma.

Articolo VI. 1. Gli Stati partecipanti possono arrestare l'esecuzione di un programma, con decisione presa a maggioranza dei due terzi di tutti gli Stati partecipanti che rappresentino almeno i due terzi dei contributi al programma.

2. L'Agenzia notifica agli Stati partecipanti il compimento del programma conformemente al regolamento di esecuzione; quest'ultimo cessa di aver vigore alla data di ricezione di tale notifica.

ALLEGATO IV

INTERNAZIONALIZZAZIONE DEI PROGRAMMI NAZIONALI

Articolo I. Il principale obiettivo dell'internazionalizzazione dei programmi nazionali è che ciascuno degli Stati membri offra agli altri Stati membri la possibilità di partecipare, nell'ambito dell'Agenzia, a ogni nuovo progetto spaziale civile che esso si propone di intraprendere, o da solo o in collaborazione con un altro Stato membro. A tal fine:

- a. Ogni Stato membro notifica al Direttore Generale dell'Agenzia ogni progetto di questo genere, prima dell'inizio della sua fase B (fase di definizione particolareggiata);
- b. Il calendario e il tenore della proposta di partecipazione debbono permettere agli altri Stati membri di intraprendere una consistente parte dei lavori relativi al progetto; l'Agenzia deve essere prontamente informata delle ragioni che possano opporvisi e delle condizioni eventuali alle quali lo Stato membro che prende l'iniziativa del progetto ritiene opportuno sottoporre l'attribuzione dei lavori ad altri Stati membri;
- c. Lo Stato membro che prende l'iniziativa del progetto precisa le modalità che egli propone per la gestione tecnica del progetto e indica nello stesso tempo i motivi sui quali si basa;
- d. Lo Stato membro che prende l'iniziativa del progetto fa quanto è in suo potere per integrare nell'ambito del progetto tutte le risposte ragionevoli, con riserva di concludere un accordo sull'ammontare delle spese e sul modo di ripartire le spese stesse e i lavori nei limiti del calendario imposto dalle decisioni relative al progetto; presenta, in seguito, una formale proposta ai sensi dell'allegato III, quando il progetto deve essere eseguito conformemente al detto allegato;
- e. L'esecuzione di un progetto nell'ambito dell'Agenzia non è esclusa solo per il fatto che il progetto non dà luogo alla partecipazione di altri Stati membri nella misura originariamente proposta dallo Stato membro che prende l'iniziativa del progetto.

Articolo II. Gli Stati membri fanno quanto è in loro potere affinché i progetti spaziali bilaterali o multilaterali che essi intraprendono in cooperazione con Stati non membri non arrechino pregiudizio agli obiettivi scientifici, economici o industriali dell'Agenzia. E in particolare:

- a. Ne informano l'Agenzia, nella misura in cui ritengono che detta comunicazione non arreca pregiudizio a tali progetti;
- b. Esaminano con gli altri Stati membri i progetti così comunicati in vista di predisporre le basi per una più ampia partecipazione. Se una partecipazione più ampia diviene realmente possibile, si applicano le procedure previste all'articolo I da *b* a *e*.

ALLEGATO V

POLITICA INDUSTRIALE

Articolo I. 1. Per l'applicazione della politica industriale indicata all'articolo VII della Convenzione, il Direttore Generale agisce conformandosi alle disposizioni del presente allegato e alle direttive del Consiglio.

2. Il Consiglio esamina il potenziale e la struttura dell'industria in funzione delle attività dell'Agenzia, e in particolare:

- a. La struttura generale dell'industria e dei raggruppamenti industriali;
 - b. Il grado auspicabile di specializzazione nell'industria e i mezzi per raggiungerlo;
 - c. Il coordinamento delle politiche industriali nazionali pertinenti;
 - d. L'interazione con le politiche industriali pertinenti di altri organismi internazionali;
 - e. Le relazioni fra la capacità di produzione industriale e le possibilità di sbocchi;
 - f. L'organizzazione del dialogo con gli industriali,
- al fine di essere in grado di seguire, ed eventualmente di adattare la politica industriale dell'Agenzia.

Articolo II. 1. Nella stipulazione di tutti i contratti, l'Agenzia dà la preferenza all'industria e alle organizzazioni degli Stati membri. Tuttavia, all'interno di ciascuno dei programmi facoltativi compresi nell'articolo V, 1, *b* della Convenzione, è riservata una preferenza particolare all'industria e alle organizzazioni degli Stati partecipanti.

2. Il Consiglio determina se ed in qual misura l'Agenzia può derogare alla clausola di preferenza sopraindicata.

3. L'appartenenza di una impresa a uno degli Stati membri è giudicata in base ai seguenti criteri: ubicazione della sua sede sociale, dei suoi centri di decisione e dei suoi centri di ricerca, nonché territorio sul quale debbono essere eseguiti i lavori. Nei casi dubbi, il Consiglio decide se un'impresa debba essere considerata o meno come appartenente a uno degli Stati membri.

Articolo III. 1. Durante lo stadio iniziale delle operazioni per l'attribuzione del contratto, e prima ancora dell'invio delle richieste di offerte, il Direttore Generale deve sottoporre all'approvazione del Consiglio la politica di forniture che si propone di seguire per ogni contratto:

- a. Il cui ammontare estimativo risulti superiore a determinati limiti fissati dai regolamenti relativi alla politica industriale e dipendenti dalla natura dei lavori;
- b. O che, secondo il parere del Direttore Generale, non sia sufficientemente coperto dai regolamenti relativi alla politica industriale o dalle direttive supplementari del Consiglio; ovvero che possa risultare in contrasto con i suddetti regolamenti o direttive.

2. Le direttive supplementari di cui al paragrafo 1, *b* sono emanate periodicamente dal Consiglio quando esso le giudica utili alla precisazione dei settori sui quali occorre riferirgli preventivamente, così come è previsto al paragrafo 1.

3. Il Direttore Generale attribuisce direttamente i contratti dell'Agenzia senza altro ricorso al Consiglio, salvo nei seguenti casi:

- a. Quando risulta dalla valutazione delle offerte che è opportuno raccomandare un contraente la cui scelta è in contrasto sia con le istruzioni preventive impartite dal Consiglio in applicazione del paragrafo 1, sia con le direttive generali sulla politica industriale che sono adottate in seguito agli studi del Consiglio, previsti dall'articolo I, 2; il Direttore Generale sottopone allora il caso al Consiglio, per decisione, esponendo le ragioni per le quali ritiene che una deroga sia necessaria e indicando parimenti come una diversa decisione del Consiglio costituirebbe sul piano tecnico, operativo o altro un'alternativa raccomandabile;
- b. Quando, per ragioni specifiche, il Consiglio ha deciso di procedere a un nuovo esame prima dell'attribuzione di un contratto.

4. Il Direttore Generale, a intervalli regolari da precisare, riferisce al Consiglio sui contratti attribuiti durante il periodo trascorso e sulle operazioni per l'attribuzione dei contratti previsti per il periodo successivo, affinché il Consiglio possa seguire l'applicazione della politica industriale dell'Agenzia.

Articolo IV. La ripartizione geografica dell'insieme dei contratti dell'Agenzia è regolata dalle seguenti norme generali:

1. Il coefficiente di ritorno globale di uno Stato membro è definito come il rapporto fra la percentuale dei contratti che gli sono stati attribuiti, calcolata in relazione all'ammontare totale dei contratti stipulati complessivamente dagli Stati membri, e la sua percentuale totale di contributi. Tuttavia, nel calcolo del suddetto coefficiente di ritorno globale, non si tiene conto dei contratti stipulati né dei contributi versati dagli Stati membri nell'ambito di un programma intrapreso:

- a. A titolo dell'articolo VIII della Convenzione istitutiva dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali, sempre che l'Accordo pertinente contenga disposizioni a tale effetto o che tutti gli Stati partecipanti diano successivamente il loro unanime consenso;
- b. A titolo dell'articolo V, 1, b della Convenzione, a condizione che gli Stati partecipanti iniziali diano il loro unanime consenso.

2. Per il calcolo dei coefficienti di ritorno, l'ammontare di ciascun contratto è ponderato in funzione del suo interesse tecnologico. I fattori di ponderazione sono definiti dal Consiglio. Vari fattori di ponderazione possono essere applicati per uno stesso contratto quando il suo importo è considerevole.

3. La ripartizione dei contratti stipulati dall'Agenzia deve tendere a una situazione ideale in cui tutti i coefficienti di ritorno globale siano eguali a 1.

4. I coefficienti di ritorno sono calcolati trimestralmente e cumulati in vista degli esami formali previsti nel paragrafo 5.

5. Esami formali della situazione della ripartizione geografica dei contratti vengono effettuati ogni tre anni.

6. Per ciascuno degli Stati membri, la ripartizione dei contratti fra due esami formali della situazione deve essere tale che, al momento di ogni esame formale, il coefficiente di ritorno globale cumulato non si allontani sensibilmente dal valore ideale. Per il primo periodo di tre anni, il limite inferiore fissato per il coefficiente di ritorno cumulato è 0,8. Al momento di ogni esame formale, il Consiglio può rivedere il valore del limite inferiore per il successivo periodo di tre anni, restando inteso che tale valore non deve scendere mai al disotto di 0,8.

7. Per alcune categorie di contratti che il Consiglio deve definire, in particolare contratti di ricerca e di sviluppo di punta e contratti concernenti le tecnologie connesse ai progetti, vengono effettuate e comunicate al Consiglio stesso valutazioni distinte dei coefficienti di ritorno. Il Direttore Generale discute tali valutazioni con il Consiglio, a regolari intervalli da precisare, per determinare le misure necessarie a correggere gli eventuali squilibri.

Articolo V. 1. Se, in occasione di uno degli esami formali previsti alla fine di ogni triennio, il coefficiente di ritorno globale di uno Stato membro risulta al disotto del limite inferiore precisato all'articolo IV, 6, il Direttore Generale sottopone al Consiglio le sue proposte intese a correggere la situazione nel termine di un anno. Tali proposte rientrano nell'ambito delle norme dell'Agenzia che regolano la stipulazione dei contratti.

2. Se, dopo il termine di un anno, lo squilibrio persiste, il Direttore Generale sottopone al Consiglio delle proposte, nelle quali la necessità di correggere la situazione prevale sulle norme dell'Agenzia che regolano la stipulazione dei contratti.

Articolo VI. Qualsiasi decisione adottata per ragioni di politica industriale e che comporti l'esclusione di una determinata impresa o di una organizzazione di uno Stato membro dalle offerte per l'attribuzione dei contratti dell'Agenzia in un settore determinato richiede l'accordo di tale Stato membro.

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

VERDRAG TOT OPRICHTING VAN EEN EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

De Staten die partij zijn bij dit Verdrag,

Overwegende dat de omvang van de voor werkzaamheden op het gebied van de ruimtevaart benodigde menselijke, technische en financiële hulpbronnen, zodanig is, dat deze de middelen van ieder Europees land afzonderlijk te boven gaan;

Overwegende de Resolutie, aangenomen door de Europese Ruimteconferentie op 20 december 1972, en bevestigd door de Europese Ruimteconferentie op 31 juli 1973, waarbij besloten is dat een nieuwe organisatie, het «Europees Ruimte-Agentschap» genaamd, zal worden gevormd uit de Europese Organisatie voor Ruimte-onderzoek en de Europese Organisatie voor de ontwikkeling en de vervaardiging van dragers van ruimtevoertuigen, en dat het doel zal zijn in zoverre en zo spoedig als dit redelijkerwijs mogelijk is de nationale Europese ruimteprogramma's te integreren in een Europees ruimteprogramma;

Verlangende de Europese samenwerking op het gebied van het ruimteonderzoek en de ruimtetechnologie en de toepassing hiervan in de ruimte, uitsluitend voor vreedzame doeleinden voort te zetten en te versterken, met het oog op hun gebruik voor wetenschappelijke doeleinden en voor operationele ruimtesystemen bestemd voor praktische toepassing;

Verlangende voor de verwezenlijking van deze doelstellingen één Europese ruimte-organisatie op te richten om de doeltreffendheid van alle Europese inspanningen op het gebied van de ruimtevaart te verhogen door een beter gebruik van de hulpbronnen die thans ten behoeve van de ruimte worden aangewend en om een gemeenschappelijk Europees ruimteprogramma tot stand te brengen, uitsluitend voor vreedzame doeleinden,

Zijn overeengekomen als volgt:

Artikel I. OPRICHTING VAN HET AGENTSCHAP

1. Hierbij wordt een Europese Organisatie opgericht, «Europees Ruimte-Agentschap» genaamd, hierna te noemen het «Agentschap».
2. De leden van het Agentschap, hierna te noemen «Lid-Staten», zijn de Staten die partij bij dit Verdrag zijn overeenkomstig de artikelen XX en XXII.
3. Alle Lid-Staten nemen deel aan de in artikel V, eerste lid, letter *a*, genoemde verplichte werkzaamheden en dragen bij in de vaste gemeenschappelijke kosten van het Agentschap, bedoeld in bijlage II.
4. De Zetel van het Agentschap is gevestigd in het gebied van Parijs.

Artikel II. DOEL

Het doel van het Agentschap is de samenwerking tussen de Europese Staten op het gebied van het ruimte-onderzoek en de ruimtetechnologie en de toepassing hiervan in de ruimte, uitsluitend voor vreedzame doeleinden, tot stand te brengen en te bevorderen, met het oog op hun gebruik voor wetenschappelijke doeleinden en voor operationele ruimtesystemen bestemd voor praktische toepassing:

- a. Door het uitwerken en ten uitvoer leggen van een Europees ruimtebeleid op lange termijn, door aanbevelingen te doen bij de Lid-Staten inzake doelstellingen op ruimtegebied en door de onderlinge afstemming van het beleid van de Lid-Staten met betrekking tot andere nationale en internationale organisaties en instellingen;
- b. Door het uitwerken en ten uitvoer leggen van werkzaamheden en programma's op ruimtegebied;
- c. Door het coördineren van het gemeenschappelijk Europees ruimteprogramma en de nationale programma's en door het geleidelijk en zo volledig mogelijk integreren van laatstgenoemde programma's in het gemeenschappelijk Europees ruimteprogramma, in het bijzonder wat betreft de ontwikkeling van applicatiesatellieten;
- d. Door het uitwerken en ten uitvoer leggen van het bij zijn programma passende industriële beleid en door aanbevelingen te doen bij de Lid-Staten inzake een samenhangend industrieel beleid.

Artikel III. INLICHTINGEN EN GEGEVENS

1. De Lid-Staten en het Agentschap vergemakkelijken de uitwisseling van wetenschappelijke en technische inlichtingen op het gebied van het ruimte-onderzoek en de ruimtetechnologie en de toepassing hiervan in de ruimte, met dien verstande dat een Lid-Staat niet verplicht is tot mededeling van buiten het Agentschap om verkregen inlichtingen, indien hij van mening is dat een zodanige mededeling onverenigbaar is met de belangen van zijn eigen veiligheid of met zijn eigen overeenkomsten met derden, of met de voorwaarden waaronder hij zodanige inlichtingen heeft verkregen.

2. Bij de uitvoering van zijn werkzaamheden bedoeld in artikel V draagt het Agentschap er zorg voor dat de wetenschappelijke resultaten, na voorafgaand gebruik hiervan door de voor de proefnemingen verantwoordelijke wetenschappelijke onderzoekers, worden gepubliceerd of op andere wijze in brede kring toegankelijk gemaakt. De hieruit voortkomende verwerkte gegevens zijn eigendom van het agentschap.

3. Bij het plaatsen van opdrachten of bij het aangaan van overeenkomsten verzekert het Agentschap zich, met betrekking tot de daaruit voortvloeiende uitvindingen en technische gegevens, van zodanige rechten als passend zijn voor de bescherming van zijn belangen, van die van de Lid-Staten die aan het desbetreffende programma deelnemen, alsmede van die van natuurlijke personen en rechtspersonen die onder hun rechtsmacht vallen. Deze rechten houden met name in het recht van toegang, van bekendmaking en van gebruik. Deze uitvindingen en technische gegevens worden aan de deelnemende Staten medegedeeld.

4. Uitvindingen en technische gegevens die eigendom van het Agentschap zijn, worden aan de Lid-Staten bekendgemaakt en kunnen door deze Lid-Staten en door de onder hun rechtsmacht vallende natuurlijke personen en rechtspersonen voor hun eigen doeleinden kosteloos worden gebruikt.

5. De gedetailleerde voorschriften voor de toepassing van de bovengenoemde bepalingen worden door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten aangenomen.

Artikel IV. UITWISSELING VAN PERSONEN

De Lid-Staten vergemakkelijken de uitwisseling van personen die werkzaamheden verrichten die tot de bevoegdheid van het Agentschap behoren, voor zover

zulks verenigbaar is met de toepassing op een ieder van de wetten en voorschriften van deze Staten inzake binnenkomst en verblijf in, of vertrek uit hun grondgebied.

Artikel V. WERKZAAMHEDEN EN PROGRAMMA'S

1. De werkzaamheden van het Agentschap omvatten verplichte werkzaamheden, waaraan alle Lid-Staten deelnemen, en niet-verplichte werkzaamheden, waaraan alle Lid-Staten deelnemen uitgezonderd die welke uitdrukkelijk verklaren niet in deelname geïnteresseerd te zijn.

a. Met betrekking tot de verplichte werkzaamheden, dient het Agentschap:

- i. Zorg te dragen voor de uitvoering van basiswerkzaamheden, zoals opleiding, documentatie, studie betreffende toekomstige projecten en technologisch onderzoek;
- ii. Zorg te dragen voor het opstellen en uitvoeren van een wetenschappelijk programma, dat onder meer satellieten en andere ruimtesystemen omvat;
- iii. Ter zake dienende inlichtingen te verzamelen en door te geven aan de Lid-Staten, te wijzen op leemten en dubbel werk en met raad en daad mede te werken aan de harmonisatie van de internationale en nationale programma's;
- iv. Regelmatige contacten te onderhouden met de gebruikers van ruimtetechnieken en zich op de hoogte te houden van hun behoeften.

b. Met betrekking tot de niet-verplichte werkzaamheden draagt het Agentschap, overeenkomstig de bepalingen van bijlage III, zorg voor de uitvoering van programma's die in het bijzonder het volgende kunnen omvatten:

- i. Het ontwerpen, ontwikkelen, vervaardigen, lanceren, in een omloopbaan brengen en controleren van satellieten en andere ruimtesystemen;
- ii. Het ontwerpen, ontwikkelen, vervaardigen en exploiteren van lanceerinstallaties en ruimtetransportsystemen.

2. Op het gebied van de ruimte-applicaties, kan het Agentschap eventueel operationele werkzaamheden verrichten op door de Raad bij meerderheid van alle Lid-Staten vast te stellen voorwaarden.

In dit verband dient het Agentschap:

- a. De betrokken met de exploitatie belaste organisaties de eigen installaties ter beschikking te stellen, die voor hen van nut kunnen zijn;
- b. Eventueel ten behoeve van de betrokken met de exploitatie belaste organisaties zorg te dragen voor de lancering, het in een omloopbaan brengen en het controleren van operationele applicatiesatellieten;
- c. Alle andere werkzaamheden te verrichten, waarom door de gebruikers wordt verzocht en die door de Raad zijn goedgekeurd.

De kosten van deze operationele werkzaamheden worden door de betrokken gebruikers gedragen.

3. Met betrekking tot de coördinatie en integratie van de in artikel II, letter c, genoemde programma's, ontvangt het Agentschap tijdig inlichtingen van de Lid-Staten betreffende plannen voor nieuwe ruimteprogramma's, vergemakkelijkt het het overleg tussen de Lid-Staten, verricht het alle noodzakelijke evaluaties en stelt het passende, door de Raad met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten aan te nemen voorschriften op. De doelstellingen en procedures voor de internationalisatie van de programma's zijn vervat in bijlage IV.

Artikel VI. INSTALLATIES EN DIENSTEN

1. Voor de uitvoering van de aan het Agentschap toevertrouwde programma's:

- a. Dient het Agentschap zijn eigen capaciteit te handhaven, nodig voor de voorbereiding van en het toezicht op zijn taken en, te dien einde, de vestigingen en de installaties op te richten en te exploiteren, die voor zijn werkzaamheden vereist zijn;
- b. Kan het Agentschap bijzondere overeenkomsten aangaan voor de uitvoering van bepaalde delen van zijn programma's door, of in samenwerking met, nationale instellingen van de Lid-Staten ofwel voor het in beheer nemen door het Agentschap zelf van bepaalde nationale installaties.

2. Bij de uitvoering van hun programma's trachten de Lid-Staten en het Agentschap bij voorrang van hun bestaande installaties en beschikbare diensten een zo goed mogelijk gebruik te maken en ze te rationaliseren; zij richten derhalve geen nieuwe installaties of diensten op alvorens de mogelijkheid tot gebruik van de bestaande middelen te hebben onderzocht.

Artikel VII. INDUSTRIEEL BELEID

1. Het industriële beleid dat het Agentschap dient uit te werken en toe te passen krachtens artikel II, letter *d*, is er met name op gericht:

- a. Te voldoen aan de eisen van het gemeenschappelijk Europees ruimteprogramma en van de gecoördineerde nationale ruimteprogramma's, op economisch verantwoorde wijze;
- b. De concurrentiepositie van de Europese industrie in de wereld te verbeteren door het handhaven en ontwikkelen van de ruimtetechnologie en door het bevorderen van de rationalisatie en de ontwikkeling van een industriële structuur die tegemoetkomt aan de eisen van de markt, waarbij in de eerste plaats gebruik wordt gemaakt van het bestaande industriële potentieel van alle Lid-Staten;
- c. Er voor zorg te dragen dat alle Lid-Staten, met inachtneming van hun financiële bijdrage, op billijke wijze deelnemen aan de uitvoering van het gemeenschappelijk Europees ruimteprogramma en aan de daarmee samenhangende ontwikkeling van de ruimtetechnologie; in het bijzonder geeft het Agentschap bij de uitvoering van zijn programma's zoveel mogelijk de voorkeur aan de industrie van alle Lid-Staten en stelt het haar op zo ruim mogelijke schaal in de gelegenheid deel te nemen aan het werk van technologisch belang dat ten behoeve van het Agentschap wordt verricht;
- d. De voordelen van een beroep op vrije mededinging in alle gevallen te benutten, behoudens wanneer dit onverenigbaar zou zijn met andere vastgelegde doelstellingen van het industriële beleid.

Andere doelstellingen kunnen door de Raad met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten worden vastgesteld. De gedetailleerde regelingen voor het bereiken van deze doelstellingen zijn vervat in bijlage V en in de door de Raad met twee derde meerderheid van alle Lid-Staten aan te nemen en periodiek te herziene voorschriften.

2. Voor de uitvoering van zijn programma's maakt het Agentschap op zo ruim mogelijke schaal gebruik van externe contractanten, voor zover zulks verenigbaar is met de handhaving van zijn eigen capaciteit, bedoeld in artikel VI, eerste lid.

Artikel VIII. DRAAGRAKETTEN EN ANDERE RUIMTETRANSPORTSYSTEMEN

1. Bij het bepalen van zijn missies houdt het Agentschap rekening met de draagraketten of andere ruimtetransportsystemen ontwikkeld, hetzij in het kader

van zijn programma's, hetzij door een Lid-Staat, hetzij met een bijdrage van betekenis door het Agentschap en geeft het de voorkeur aan het gebruik daarvan voor passende nuttige ladingen, tenzij een zodanig gebruik een onredelijk nadeel met zich brengt op het gebied van kosten, betrouwbaarheid en geschiktheid voor de desbetreffende missie in vergelijking met het gebruik van andere draagraketten of ruimtetransportmiddelen die op het beoogde tijdstip beschikbaar zijn.

2. Indien de in artikel V bedoelde werkzaamheden of programma's het gebruik omvatten van draagraketten of andere ruimtetransportsystemen, stellen de deelnemende Staten op het ogenblik waarop het desbetreffende programma voor goedkeuring of aanvaarding wordt voorgelegd de Raad ervan in kennis welke draagraket of welk ruimtetransportsysteem wordt beoogd. Indien tijdens de uitvoering van een programma de deelnemende Staten wensen over te gaan tot het gebruik van een andere draagraket of van een ander ruimtetransportsysteem dan oorspronkelijk werd voorzien, spreekt de Raad zich uit over deze wijziging overeenkomstig dezelfde regels als die welke golden met betrekking tot de oorspronkelijke goedkeuring of aanvaarding van het programma.

Artikel IX. GEBRUIK VAN INSTALLATIES, HULP AAN DE LID-STATEN EN LEVERING VAN PRODUKTEN

1. Mits het gebruik voor zijn eigen werkzaamheden en programma's hiervan geen nadeel ondervindt, stelt het Agentschap zijn installaties aan iedere Lid-Staat ter beschikking, die verzoekt deze voor zijn eigen programma's te mogen gebruiken, en wel op kosten van deze Staat. De Raad stelt met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten de modaliteiten van praktische aard vast volgens welke deze installaties ter beschikking worden gesteld.

2. Indien een of meer Lid-Staten een project wensen aan te vangen, dat buiten de in artikel V genoemde werkzaamheden en programma's, doch binnen de doelstellingen van het Agentschap valt kan de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten besluiten tot hulpverlening door het Agentschap. De hieruit voor het Agentschap voortvloeiende kosten worden door de betrokken Staat of Staten gedragen.

3. *a.* De in het kader van een programma van het Agentschap ontwikkelde produkten worden geleverd aan elke Lid-Staat die aan de financiering van het desbetreffende programma heeft deelgenomen en die daarom ten eigen behoeve verzoekt.

De Raad stelt, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, de modaliteiten van praktische aard vast volgens welke deze produkten worden geleverd, en in het bijzonder stelt hij de maatregelen vast, welke het Agentschap ten aanzien van zijn contractanten moet nemen ten einde de verzoekende Lid-Staat in de gelegenheid te stellen zich zodanige produkten aan te schaffen.

b. Deze Lid-Staat kan het Agentschap verzoeken mede te delen of het van oordeel is dat de door de contractanten voorgestelde prijzen billijk en redelijk zijn en of het deze prijzen onder soortgelijke omstandigheden voor eigen behoefte aanvaardbaar zou achten.

c. Het inwilligen van de in dit lid bedoelde verzoeken mag geen bijkomende kosten voor het Agentschap met zich brengen en de verzoekende Lid-Staat dient al de eruit voortvloeiende kosten te dragen.

Artikel X. ORGANEN

De organen van het Agentschap zijn de Raad en de Directeur-Generaal, bijgestaan door personeel.

Artikel XI. DE RAAD

1. De Raad bestaat uit vertegenwoordigers van de Lid-Staten.

2. De Raad komt in vergadering bijeen telkens wanneer daartoe behoefte bestaat, hetzij op het niveau van afgevaardigden, hetzij op ministerieel niveau. De vergaderingen worden gehouden in de Zetel van het Agentschap, tenzij de Raad anders besluit.

3. *a.* De Raad kiest voor de duur van twee jaar een voorzitter en vice-voorzitters; dezen kunnen eenmaal voor de duur van een jaar worden herkozen. De Voorzitter leidt de werkzaamheden van de Raad en draagt zorg voor de voorbereiding van de besluiten ervan; hij stelt de Lid-Staten op de hoogte van voorstellen voor de uitvoering van een niet-verplicht programma; hij verleent zijn medewerking aan de coördinatie van de werkzaamheden van de organen van het Agentschap. Hij onderhoudt contact met de Lid-Staten, via hun afgevaardigden in de Raad, omtrent vraagstukken van algemeen beleid die het Agentschap betreffen en tracht hun opvattingen daaromtrent met elkaar in overeenstemming te brengen. In de periode tussen de vergaderingen dient hij de Directeur-Generaal van advies en ontvangt van hem alle noodzakelijke inlichtingen.

b. De Voorzitter wordt bijgestaan door een Bureau, waarvan de samenstelling door de Raad wordt vastgesteld en dat door de Voorzitter wordt bijeengeroepen. Het Bureau dient de Voorzitter van advies bij de voorbereiding van de vergaderingen van de Raad.

4. Wanneer de Raad op ministerieel niveau in vergadering bijeenkomt, kiest hij een voorzitter voor de duur van de vergadering. Deze voorzitter roept de volgende ministeriële vergadering bijeen.

5. Naast de elders in dit Verdrag vastgestelde taken en in overeenstemming met de bepalingen van dit Verdrag, heeft de Raad de volgende taken:

a. Met betrekking tot de werkzaamheden en het programma bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punten i en ii:

i. Het goedkeuren, met een meerderheid van alle Lid-Staten, van de werkzaamheden en het programma; besluiten ter zake kunnen slechts worden gewijzigd door met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten genomen nieuwe besluiten;

ii. Het vaststellen, bij een met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten genomen besluit, van de omvang van de middelen die aan het Agentschap gedurende de eerstvolgende periode van vijf jaar ter beschikking worden gesteld;

iii. Het vaststellen, bij een met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten genomen besluit, tegen het einde van het derde jaar van elke periode van vijf jaar en na beoordeling van de situatie, van de omvang van de middelen die het Agentschap voor de nieuwe periode van vijf jaar, beginnende aan het einde van dit derde jaar, ter beschikking worden gesteld;

b. Met betrekking tot de werkzaamheden bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punten iii en iv:

- i. Het bepalen van een beleid dat aan het doel van het Agentschap beantwoordt;
 - ii. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, van tot de Lid-Staten gerichte aanbevelingen;
- c. Met betrekking tot de niet-verplichte programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *b*:
- i. Het aanvaarden, met een meerderheid van alle Lid-Staten, van het programma;
 - ii. Het eventueel in de loop van de uitvoering vaststellen van de volgorde van prioriteit van de programma's;
- d. Het vaststellen van de jaarlijkse werkplannen van het Agentschap;
- e. Met betrekking tot de begrotingen als bepaald in bijlage II:
- i. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, van de jaarlijkse algemene begroting van het Agentschap;
 - ii. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van de deelnemende Staten, van elke programmabegroting;
- f. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, van het Financieel Reglement en van alle andere financiële regelingen van het Agentschap;
- g. Het bezien van de uitgaven voor de verplichte en niet-verplichte werkzaamheden bedoeld in artikel V, eerste lid;
- h. Het goedkeuren en publiceren van de gecontroleerde jaarrekeningen van het Agentschap;
- i. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, van het Personeelsstatuut;
- j. Het aannemen, met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, van voorschriften krachtens welke, rekening houdende met de vreedzame doeleinden van het Agentschap, machtiging wordt verleend tot het buiten het grondgebied van de Lid-Staten brengen van in het kader van de werkzaamheden van het Agentschap of met zijn medewerking verworven technologische kennis en ontwikkelde produkten;
- k. Het beslissen over de toelating van een nieuwe Lid-Staat overeenkomstig artikel XXII;
- l. Het beslissen over de regelingen te treffen overeenkomstig artikel XXIV ingeval een Lid-Staat dit Verdrag opzegt of ophoudt lid te zijn krachtens artikel XVIII;
- m. Het nemen van alle andere maatregelen die nodig zijn voor het bereiken van het doel van het Agentschap binnen het kader van dit Verdrag.

6. *a.* Elke Lid-Staat bezit in de Raad één stem. Een Lid-Staat heeft evenwel geen stemrecht waar het aangelegenheden betreft, die uitsluitend betrekking hebben op een aanvaard programma waaraan hij niet deelneemt.

b. Een Lid-Staat heeft in de Raad geen stemrecht, indien het bedrag van zijn achterstallige aan het Agentschap verschuldigde bijdragen voor alle werkzaamheden en programma's bedoeld in artikel V, waaraan hij deelneemt, hoger is dan het vastgestelde bedrag van zijn bijdragen voor het lopende begrotingsjaar. Bovendien heeft een Lid-Staat, wiens achterstallige bijdrage aan een der programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punt ii, of letter *b*, waaraan hij deelneemt, hoger is dan het vastgestelde bedrag van zijn bijdragen aan dat programma voor het lopende

begrotingsjaar, geen stemrecht in de Raad, inzake vraagstukken die uitsluitend op dat programma betrekking hebben. In een zodanig geval kan de Lid-Staat echter toestemming verkrijgen in de Raad zijn stem uit te brengen, wanneer een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten van mening is dat het niet betalen van de bijdragen te wijten is aan omstandigheden buiten zijn macht.

c. Op iedere vergadering van de Raad is de aanwezigheid van afgevaardigden van een meerderheid van alle Lid-Staten noodzakelijk om het quorum te vormen.

d. Tenzij in dit Verdrag anders is bepaald, worden de besluiten van de Raad genomen met een eenvoudige meerderheid van stemmen van de vertegenwoordigde, hun stem uitbrengende Lid-Staten.

e. Bij het vaststellen van de eenparigheid of de meerderheden van stemmen, voorgeschreven in dit Verdrag, wordt geen rekening gehouden met een Lid-Staat die geen stemrecht heeft.

7. De Raad stelt zijn reglement van orde vast.

8. a. De Raad stelt een Commissie voor het Wetenschappelijke Programma in, waarnaar hij alle zaken verwijst, die het verplichte wetenschappelijke programma als bedoeld in artikel V, eerste lid, letter a, punt ii, betreffen. De Raad machtigt die Commissie beslissingen over dit programma te nemen, waarbij hij zich evenwel steeds zijn taken met betrekking tot het vaststellen van de omvang van de middelen en het aannemen van de jaarlijkse begroting voorbehoudt. De taakomschrijving van de Commissie wordt door de Raad vastgesteld met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten en in overeenstemming met dit artikel.

b. De Raad kan andere voor het doel van het Agentschap noodzakelijke ondergeschikte organen instellen. Over de instelling en de taakomschrijving van deze organen, alsmede over de gevallen waarin zij beslissingsbevoegdheid hebben, besluit de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten.

c. Wanneer een ondergeschikt orgaan een aangelegenheid onderzoekt die uitsluitend betrekking heeft op slechts een van de niet-verplichte programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter b, hebben niet-deelnemende Staten geen stemrecht, tenzij alle deelnemende Staten anders besluiten.

Artikel XII. DIRECTEUR-GENERAAL EN PERSONEEL

1. a. De Raad benoemt met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten een Directeur-Generaal voor een vastgestelde termijn en kan met dezelfde meerderheid zijn dienstverband beëindigen.

b. De Directeur-Generaal is de hoogste leidinggevende functionaris van het Agentschap en vertegenwoordigt het in rechte. Hij treft alle noodzakelijke maatregelen voor het beheer van het Agentschap, de uitvoering van de programma's, de tenuitvoerlegging van het beleid en het bereiken van de doeleinden van het Agentschap; zulks in overeenstemming met de richtlijnen uitgevaardigd door de Raad. Hij oefent het gezag uit over de instellingen van het Agentschap. Ten aanzien van het financiële beheer van het Agentschap handelt hij overeenkomstig de bepalingen van bijlage II. Hij stelt een jaarverslag voor de Raad op, dat wordt gepubliceerd. Hij kan ook voorstellen doen betreffende werkzaamheden en programma's, alsmede betreffende maatregelen welke het bereiken van de doeleinden van het Agentschap moeten verzekeren. Hij neemt zonder stemrecht deel aan de vergaderingen van het Agentschap.

c. De Raad kan de benoeming van de Directeur-Generaal voor een noodzakelijk geachte tijdsduur uitstellen, hetzij bij de inwerkingtreding van dit Verdrag hetzij als zich nadien een vacature voordoet. In dat geval benoemt de Raad een persoon die de functie van Directeur-Generaal waarneemt en stelt diens bevoegdheden en verantwoordelijkheden vast.

2. De Directeur-Generaal wordt bijgestaan door het door hem noodzakelijk geachte wetenschappelijk en technisch personeel, beleidspersoneel en administratief personeel en wel binnen de door de Raad toegestane grenzen.

3. a. Leidinggevend personeel, als zodanig door de Raad aangemerkt, wordt benoemd en ontslagen door de Raad op voorstel van de Directeur-Generaal. Voor benoemingen en ontslagen door de Raad is een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten vereist;

b. De overige personeelsleden worden benoemd of ontslagen door de Directeur-Generaal, die daarbij handelt op gezag van de Raad;

c. Al het personeel wordt aangeworven op grond van bekwaamheid, waarbij rekening wordt gehouden met een evenredige verdeling van de beschikbare plaatsen onder de onderdanen van de Lid-Staten. Benoeming, en beëindiging van dienstverband, geschiedt overeenkomstig het Personeelsstatuut;

d. Wetenschappelijke onderzoekers die geen deel uitmaken van het personeel en die spuurwerk verrichten bij de instellingen van het Agentschap zijn onderworpen aan het gezag van de Directeur-Generaal en aan alle door de Raad aangenomen algemene voorschriften.

4. De verantwoordelijkheden van de Directeur-Generaal en het personeel ten opzichte van het Agentschap dragen een uitsluitend internationaal karakter. Bij de uitoefening van hun taak vragen noch ontvangen dezen instructies van enige regering of autoriteit buiten het Agentschap. Iedere Lid-Staat is gehouden het internationale karakter van de verantwoordelijkheden van de Directeur-Generaal en van de personeelsleden te eerbiedigen en tracht niet hen bij de uitoefening van hun taak te beïnvloeden.

Artikel XIII. FINANCIELE BIJDRAGEN

1. Iedere Lid-Staat draagt bij in de kosten van de uitvoering van werkzaamheden en van het programma bedoeld in artikel V, eerste lid, letter a, en, overeenkomstig bijlage II, in de gemeenschappelijke kosten van het Agentschap, volgens een schaal aangenomen door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, hetzij om de drie jaar ten tijde van de beoordeling bedoeld in artikel XI, vijfde lid, letter a, punt iii, of wanneer de Raad met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten besluit een nieuwe schaal vast te stellen. De schaal van bijdragen wordt gebaseerd op het gemiddelde nationale inkomen van elke Lid-Staat over de laatste drie jaar waarover statistieken beschikbaar zijn. Niettemin:

a. Is geen Lid-Staat verplicht hogere bijdragen te betalen dan vijftwintig procent van de door de Raad ter dekking van deze kosten vastgestelde som van de bijdragen;

b. Kan de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten besluiten rekening te houden met eventuele bijzondere omstandigheden van een Lid-Staat en diens bijdrage dienovereenkomstig tijdelijk te verminderen. In het bijzonder wanneer het jaarlijks inkomen per hoofd van de bevolking in een Lid-Staat lager ligt dan een door de Raad met eenzelfde meerderheid vast te stellen bedrag, wordt zulks beschouwd als een bijzondere omstandigheid in de zin van deze bepaling.

2. Iedere Lid-Staat draagt bij in de kosten van de uitvoering van elk niet-verplicht programma vallend onder artikel V, eerste lid, letter *b*, tenzij hij uitdrukkelijk heeft verklaard niet in deelname geïnteresseerd te zijn en derhalve geen deelnemer is. Tenzij alle deelnemende Staten anders besluiten, wordt de schaal van bijdragen voor een bepaald programma gebaseerd op het gemiddelde nationale inkomen van iedere deelnemende Staat over de laatste drie jaar waarover statistieken beschikbaar zijn. Deze schaal wordt herzien, hetzij om de drie jaar, hetzij wanneer de Raad besluit een nieuwe schaal vast te stellen overeenkomstig het eerste lid. Geen Lid-Staat is echter verplicht op grond van deze schaal hogere bijdragen te betalen dan vijftiwintig procent van de som van de bijdragen voor het desbetreffende programma. Niettemin dient het door elke deelnemende Staat te betalen percentage van de bijdrage tenminste gelijk te zijn aan vijftiwintig procent van zijn volgens het eerste lid vastgestelde percentage van de bijdrage, tenzij alle deelnemende Staten bij de aanvaarding of tijdens de uitvoering van het programma anders besluiten.

3. Voor het vaststellen van de in het eerste en tweede lid bedoelde bijdragen-schalen, dienen dezelfde statistische systemen te worden gebruikt; deze worden vastgelegd in het Financieel Reglement :

4. *a.* Elke Staat die geen partij was bij het Verdrag tot oprichting van een Europese Organisatie voor Ruimteonderzoek of bij het Verdrag tot oprichting van een Europese Organisatie voor de ontwikkeling en de vervaardiging van dragers van ruimtevoertuigen en die partij wordt bij dit Verdrag, verricht naast zijn bijdragen een speciale betaling op basis van de waarde die het vermogen van het Agentschap op dat ogenblik heeft. Het bedrag van deze speciale betaling wordt door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten vastgesteld;

b. Alle overeenkomstig het bepaalde in letter *a* verrichte betalingen worden in mindering gebracht op de bijdragen van de andere Lid-Staten, tenzij de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten anders besluit.

5. De krachtens dit artikel verschuldigde bijdragen worden betaald overeenkomstig bijlage II.

6. De Directeur-Generaal kan, met inachtneming van eventueel door de Raad gegeven richtlijnen, giften of legaten aan het Agentschap aanvaarden, mits deze niet onderworpen zijn aan voorwaarden die onverenigbaar zijn met de doeleinden van het Agentschap.

Artikel XIV. SAMENWERKING

1. Het Agentschap kan, wanneer de Raad daartoe met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten besluit, met andere internationale organisaties en instellingen alsmede met regeringen, organisaties en instellingen van niet-Lid-Staten samenwerken en te dien einde overeenkomsten met hen sluiten.

2. Deze samenwerking kan de vorm aannemen van deelname door niet-Lid-Staten of internationale organisaties aan een of meer programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punt ii, of artikel V, eerste lid, letter *b*. Onverminderd de krachtens het eerste lid van dit artikel te nemen besluiten worden de gedetailleerde regelingen voor een zodanige samenwerking van geval tot geval door de Raad vastgesteld met een twee derde meerderheid van de aan het desbetreffende programma deelnemende Staten. Deze regelingen kunnen inhouden dat een niet-Lid-Staat stemrecht in de Raad bezit wanneer deze aangelegenheden behandelt, welke uitsluitend betrekking hebben op het programma waaraan die Staat deelneemt.

3. Deze samenwerking kan eveneens de vorm aannemen van het verlenen van geassocieerd lidmaatschap aan niet-Lid-Staten, die zich verplichten tenminste bij te dragen voor de studies betreffende toekomstige projecten bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punt *i*. De gedetailleerde regelingen voor elk zodanig geassocieerd lidmaatschap worden van geval tot geval door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten vastgesteld.

Artikel XV. RECHTSPOSITIE, VOORRECHTEN EN IMMUNITEITEN

1. Het Agentschap bezit rechtspersoonlijkheid.
2. Het Agentschap, zijn personeelsleden en deskundigen, alsmede de vertegenwoordigers van de Lid-Staten genieten de rechtsbevoegdheid, de voorrechten en de immuniteiten vastgesteld in bijlage I.
3. Tussen het Agentschap en de Lid-Staten op wier grondgebied de Zetel van het Agentschap en de overeenkomstig artikel VI opgerichte vestigingen zijn gelegen, worden overeenkomsten gesloten betreffende de Zetel en de vestigingen.

Artikel XVI. WIJZIGINGEN

1. De Raad kan de Lid-Staten aanbevelingen doen tot wijziging van dit Verdrag en van bijlage I daarbij. Een Lid-Staat die een wijziging wenst voor te stellen, doet de Directeur-Generaal mededeling van het wijzigingsvoorstel. De Directeur-Generaal stelt de Lid-Staten in kennis van een hem aldus medegedeelde wijziging en wel ten minste drie maanden voordat deze wijziging door de Raad wordt besproken.
2. Een door de Raad aanbevolen wijziging treedt in werking dertig dagen nadat de Franse Regering van alle Lid-Staten kennisgeving van aanvaarding heeft ontvangen. De Franse Regering doet alle Lid-Staten mededeling van de datum van inwerkingtreding van een zodanige wijziging.
3. De Raad kan met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten elke andere bijlage bij dit Verdrag wijzigen, mits zodanige wijzigingen niet in strijd zijn met het Verdrag. Een zodanige wijziging treedt in werking op een door de Raad met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten vast te stellen datum. De Directeur-Generaal doet alle Lid-Staten mededeling van een aldus aangenomen wijziging en van de datum waarop zij in werking treedt.

Artikel XVII. GESCHILLEN

1. Elk geschil tussen twee of meer Lid-Staten of tussen een of meer van hen en het Agentschap, betreurende de uitlegging of de toepassing van dit Verdrag of van de bijlagen daarbij, alsmede elk geschil bedoeld in artikel XXVI van bijlage I, dat niet wordt bijgelegd door bemiddeling van de Raad, wordt op verzoek van een partij bij het geschil onderworpen aan arbitrage.
2. Tenzij de partijen bij het geschil anders overeenkomen, is de arbitrageprocedure in overeenstemming met dit artikel en met door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten aan te nemen aanvullende regels.
3. Het Scheidsgerecht bestaat uit drie leden. Elke partij bij het geschil benoemt een scheidsman; de twee scheidsmannen benoemen de derde scheidsman, die het voorzitterschap van het Scheidsgerecht op zich neemt. De aanvullende regels bedoeld in het tweede lid bepalen de te volgen procedure indien de benoemingen niet binnen een bepaald tijdsbestek plaats hebben gevonden.

4. Lid-Staten of het Agentschap die geen partij zijn bij het geschil, kunnen zich met toestemming van het Scheidsgerecht voegen in de procedure, wanneer dit van mening is dat zij een wezenlijk belang hebben bij de beslissing van de zaak.

5. Het Scheidsgerecht bepaalt zelf zijn zetel en stelt zelf zijn reglement van orde vast.

6. De uitspraak van het Scheidsgerecht wordt gedaan bij meerderheid van zijn leden, die zich niet van stemming mogen onthouden. De uitspraak is definitief en bindend voor alle partijen bij het geschil en er kan geen beroep tegen worden aangetekend. De partijen dienen onverwijld gevolg te geven aan de uitspraak. In geval van onenigheid omtrent de betekenis of de strekking van de uitspraak, geeft het Scheidsgerecht uitleg op verzoek van een partij bij het geschil.

Artikel XVIII. HET NIET NAKOMEN VAN VERPLICHTINGEN

Een Lid-Staat, die zijn uit het Verdrag voortvloeiende verplichtingen niet nakomt, houdt op lid te zijn van het Agentschap, na een door de Raad met een twee derde meerderheid van alle Lid-Staten genomen besluit. In een zodanig geval is het bepaalde in artikel XXIV van toepassing.

Artikel XIX. VOORTBESTAAN VAN RECHTEN EN VERPLICHTINGEN

Op de datum waarop dit Verdrag in werking treedt, neemt het Agentschap alle rechten en verplichtingen over van de Europese Organisatie voor Ruimte-onderzoek en van de Europese Organisatie voor de ontwikkeling en de vervaardiging van dragers voor ruimtevoertuigen.

Artikel XX. ONDERTEKENING EN BEKRACHTIGING

1. Dit Verdrag staat tot 31 december 1975, open voor ondertekening door de Staten die lid zijn van de Europese Ruimteconferentie. De bijlagen bij dit Verdrag vormen een integrerend deel daarvan.

2. Dit Verdrag dient te worden bekrachtigd of aanvaard. De akten van bekrachtiging of aanvaarding worden nedergelegd bij de Franse Regering.

3. Na de inwerkingtreding van dit Verdrag en in afwachting van de nederlegging van zijn akte van bekrachtiging of aanvaarding kan een ondertekenende Staat zonder stemrecht deelnemen aan de vergaderingen van het Agentschap.

Artikel XXI. INWERKINGTREDING

1. Dit Verdrag treedt in werking wanneer de volgende Staten, die Lid zijn van de Europese Organisatie voor Ruimte-onderzoek of van de Europese Organisatie voor de ontwikkeling en vervaardiging van dragers voor ruimtevoertuigen het hebben ondertekend en hun akten van bekrachtiging of aanvaarding hebben nedergelegd bij de Franse Regering: Het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk der Nederlanden, Spanje, het Koninkrijk Zweden en de Zwitserse Bondsstaat. Voor een Staat die dit Verdrag na de inwerkingtreding ervan bekrachtigt, aanvaardt, of daartoe toetreedt, wordt het Verdrag van kracht op de datum van nederlegging door deze Staat van zijn akte van bekrachtiging, aanvaarding of toetreding.

2. Het Verdrag tot oprichting van een Europese Organisatie voor Ruimte-onderzoek en het Verdrag tot oprichting van een Europese Organisatie voor de ont-

wikkeling en de vervaardiging van dragers voor ruimtevoertuigen treden buiten werking op de datum van inwerkingtreding van dit Verdrag.

Artikel XXII. TOETREDING

1. Na de inwerkingtreding van dit Verdrag kan iedere Staat tot het Verdrag toetreden na een met eenparigheid van stemmen van alle Lid-Staten genomen besluit van de Raad.

2. Een Staat die tot dit Verdrag wenst toe te treden, doet daarvan mededeling aan de Directeur-Generaal, die de Lid-Staten van dit verzoek in kennis stelt en wel ten minste drie maanden voordat het aan de Raad ter beslissing wordt voorgelegd.

3. De akten van toetreding worden nedergelegd bij de Franse Regering.

Artikel XXIII. MEDEDELINGEN

De Franse Regering doet alle ondertekenende en toetredende Staten mededeling van

- a. De datum van nederlegging van iedere akte van bekrachtiging, aanvaarding of toetreding,
- b. De datum van inwerkingtreding van dit Verdrag en van wijzigingen overeenkomstig artikel XVI, tweede lid,
- c. De opzegging van het Verdrag door een Lid-Staat.

Artikel XXIV. OPZEGGING

1. Nadat dit Verdrag zes jaar van kracht is geweest, kan iedere Lid-Staat het opzeggen door daarvan mededeling te doen aan de Franse Regering, die de andere Lid-Staten en de Directeur-Generaal hiervan mededeling doet. De opzegging wordt van kracht aan het einde van het begrotingsjaar volgende op het jaar waarin daarvan mededeling werd gedaan aan de Franse Regering. Nadat de opzegging van kracht is geworden, blijft de betrokken Staat verplicht het door hem verschuldigde aandeel in de met de goedgekeurde vastleggingskredieten overeenkomende betalingskredieten te honoreren, welke zijn gebruikt zowel uit de begrotingen voor het lopende jaar waaraan hij bijdroeg op het tijdstip dat de opzegging werd medegedeeld aan de Franse Regering, als uit voorgaande begrotingen.

2. Een Lid-Staat die het Verdrag opzegt, stelt het Agentschap schadeloos voor elk vermogensverlies op zijn grondgebied, tenzij met het Agentschap een bijzondere overeenkomst kan worden gesloten inzake het voortgezet gebruik van dit vermogen door het Agentschap of de voortzetting van bepaalde werkzaamheden van het Agentschap op het grondgebied van genoemde Staat. Een zodanige bijzondere overeenkomst bepaalt in het bijzonder in hoeverre en op welke voorwaarden de bepalingen van dit Verdrag, nadat de opzegging van kracht is geworden, van toepassing zullen blijven op het gebruik van dit vermogen en de voortzetting van deze werkzaamheden.

3. Een Lid-Staat die het Verdrag opzegt en het Agentschap stellen gezamenlijk aanvullende verplichtingen vast, die genoemde Staat moet dragen.

4. De betrokken Staat behoudt de rechten die hij heeft verworven tot aan de datum waarop de opzegging van kracht wordt.

Artikel XXV. ONTBINDING

1. Het Agentschap wordt ontbonden wanneer het aantal Lid-Staten minder dan vijf wordt. Het kan te allen tijde worden ontbonden nadat daarover door de Lid-Staten overeenstemming is bereikt.

2. Ingeval van ontbinding stelt de Raad een liquidatie-orgaan in, dat in onderhandeling zal treden met de Staten op wier grondgebied de Zetel en de vestigingen van het Agentschap op dat ogenblik zijn gevestigd. De rechtspersoonlijkheid van het Agentschap blijft bestaan ten behoeve van de liquidatie.

3. Elk overschot wordt verdeeld onder de Staten die op het ogenblik van de ontbinding lid van het Agentschap zijn, en wel in verhouding tot de bijdragen die zij vanaf het tijdstip waarop zij partij werden bij dit Verdrag daadwerkelijk hebben betaald. Indien er een tekort is, wordt dit over dezelfde Staten omgeslagen in verhouding tot hun voor het dan lopende begrotingsjaar vastgestelde bijdragen.

Artikel XXVI. REGISTRATIE

Zodra dit Verdrag in werking is getreden, doet de Franse Regering het registeren bij het Secretariaat van de Verenigde Naties, in overeenstemming met Artikel 102 van het Handvest der Verenigde Naties.

BIJLAGE I

VOORRECHTEN EN IMMUNITEITEN

Artikel I. Het Agentschap bezit rechtspersoonlijkheid. Het heeft in het bijzonder de bevoegdheid overeenkomsten te sluiten, roerende en onroerende goederen te verwerven en te vervreemden, en in rechte op te treden.

Artikel II. Onverminderd de artikelen XXII en XXIII, zijn de gebouwen en erven van het Agentschap onschendbaar.

Artikel III. De archieven van het Agentschap zijn onschendbaar.

Artikel IV. 1. Het Agentschap geniet immuniteit van jurisdictie en executie behalve:

- a. Voor zover het er bij besluit van de Raad uitdrukkelijk afstand van doet in een bijzonder geval; de Raad is verplicht van deze immuniteit afstand te doen in alle gevallen waar handhaving ervan de loop van het recht zou belemmeren en er afstand van kan worden gedaan zonder de belangen van het Agentschap te schaden;
- b. In geval van een burgerlijke rechtsvordering ingesteld door een derde wegens schade die voortvloeit uit een ongeval veroorzaakt door een aan het Agentschap toebehorend of ten behoeve van hem gebruikt motorvoertuig, of met betrekking tot een verkeersovertreding waarbij een zodanig voertuig is betrokken;
- c. In geval van tenuitvoerlegging van een scheidsrechterlijke uitspraak gedaan hetzij ingevolge artikel XXV, hetzij ingevolge artikel XXVI;
- d. In geval van derden beslag, gelast bij een beslissing van de gerechtelijke autoriteiten, op salarissen en emolumenten door het Agentschap aan een personeelslid verschuldigd.

2. De eigendommen en het vermogen van het Agentschap, ongeacht waar deze zich bevinden, genieten immuniteit van elke vorm van vordering, inbeslagneming, onteigening en beslaglegging. Zij genieten eveneens immuniteit van elke vorm van administratieve dwang of voorlopige gerechtelijke maatregelen, behalve voor zover deze tijdelijk geboden zouden zijn in verband met het voorkomen van ongevallen waarbij aan het Agentschap toebehorende of te zijnen behoeve gebruikte motorvoertuigen zijn betrokken, en het instellen van een onderzoek naar de toedracht van die ongevallen.

Artikel V. 1. In het kader van zijn officiële werkzaamheden zijn het Agentschap, zijn vermogen en zijn inkomsten, vrijgesteld van directe belastingen.

2. Indien door of ten behoeve van het Agentschap aankopen van aanzienlijke waarde worden verricht of een beroep wordt gedaan op diensten van aanzienlijke waarde, strikt noodzakelijk voor de uitoefening van de officiële werkzaamheden van het Agentschap, en indien in de prijs van zodanige aankopen of diensten belastingen of rechten zijn begrepen, nemen de Lid-Staten zo mogelijk passende maatregelen met het oog op vrijstelling of terugbetaling van zodanige belastingen of rechten.

Artikel VI. Goederen die door of ten behoeve van het Agentschap worden ingevoerd of uitgevoerd en die strikt noodzakelijk zijn voor de uitoefening van zijn officiële werkzaamheden, zijn vrijgesteld van alle in- en uitvoerrechten en -belastingen en van alle in- en uitvoerbeperkingen en -beperkingen.

Artikel VII. 1. Voor de toepassing van artikel V en VI omvatten de officiële werkzaamheden van het Agentschap zijn administratieve werkzaamheden met inbegrip van zijn handelingen in verband met het stelsel van sociale verzekering, en werkzaamheden verricht op het gebied van het ruimte-onderzoek en de ruimtetechnologie en de toepassing hiervan in de ruimte overeenkomstig het doel van het Agentschap zoals bepaald in het Verdrag.

2. In hoeverre andere toepassingen van bedoeld onderzoek of bedoelde technologie en werkzaamheden welke worden uitgevoerd overeenkomstig artikel V, tweede lid, en artikel IX van het Verdrag, kunnen worden beschouwd als deel van de officiële werkzaamheden van het Agentschap, wordt van geval tot geval door de Raad beslist na overleg met de bevoegde autoriteiten van de betrokken Lid-Staten.

3. Het bepaalde in de artikelen V en VI is niet van toepassing op belastingen en rechten die niet anders zijn dan een vergoeding voor diensten van openbaar nut.

Artikel VIII. Geen vrijstelling wordt verleend uit hoofde van de artikelen V en VI ten aanzien van goederen aangekocht of ingevoerd of diensten verricht voor de eigen behoefte van de personeelsleden van het Agentschap.

Artikel IX. 1. Goederen verworven ingevolge artikel V of ingevoerd ingevolge artikel VI mogen niet worden verkocht of afgestaan dan op voorwaarden vastgesteld door de Lid-Staten die de vrijstellingen hebben verleend.

2. De overdracht van goederen en het verlenen van diensten tussen de Zetel en de vestigingen van het Agentschap, tussen de verschillende vestigingen onderling of, met het doel een programma van het Agentschap uit te voeren, tussen de vestigingen en een nationale instelling van een Lid-Staat, zijn vrij van heffingen of beperkingen van welke aard dan ook; indien nodig nemen de Lid-Staten alle passende maatregelen met het oog op vrijstelling of terugbetaling van dergelijke heffingen of met het oog op opheffing van dergelijke beperkingen.

Artikel X. De verspreiding van geschriften en ander voorlichtingsmateriaal dat door of aan het Agentschap wordt verzonden, wordt op geen enkele wijze beperkt.

Artikel XI. Het Agentschap kan alle soorten fondsen, valuta's, kasgeld of waardepapieren ontvangen en onder zich houden; het kan daarover vrijelijk beschikken voor elk in het Verdrag genoemd doel en het kan rekeningen aanhouden in elke valuta, voor zoverre dat nodig is voor het nakomen van zijn verplichtingen.

Artikel XII. 1. Met betrekking tot zijn officiële berichtgeving en het overbrengen van al zijn documenten geniet het Agentschap een behandeling die niet minder gunstig is dan die welke elke Lid-Staat andere internationale organisaties doet genieten.

2. Er wordt geen censuur uitgeoefend op de officiële berichtgeving van het Agentschap, ongeacht de middelen waarmee bedoelde berichtgeving geschiedt.

Artikel XIII. De Lid-Staten nemen alle gepaste maatregelen om binnenkomst, of verblijf in, dan wel vertrek uit, hun grondgebied van personeelsleden van het Agentschap te vergemakkelijken.

Artikel XIV. 1. De vertegenwoordigers van de Lid-Staten genieten bij de uitoefening van hun functie alsmede op hun reizen naar de plaats van samenkomst en terug de volgende voorrechten en immuniteiten:

- a. Immuniteit van arrestatie en gevangenhouding, alsmede van inbeslagneming van hun persoonlijke bagage;
- b. Immuniteit van jurisdictie, ook na het beëindigen van hun opdracht, met betrekking tot handelingen, waaronder begrepen gesproken en geschreven woorden, door hen in de uitoefening van hun functie verricht; deze immuniteit geldt evenwel niet in geval van een verkeersovertreding begaan door een vertegenwoordiger van een Lid-Staat, noch in geval van schade veroorzaakt door een motorvoertuig dat toebehoort aan of bestuurd werd door de betrokken vertegenwoordiger;
- c. Onschendbaarheid van al hun officiële papieren en documenten;
- d. Het recht codes te gebruiken en documenten of correspondentie te ontvangen per speciale koerier of in een verzegelde tas;
- e. Vrijstelling voor henzelf en hun echtgenoten van alle maatregelen die de binnenkomst van vreemdelingen beperken, alsmede van de aan de registratie van vreemdelingen verbonden formaliteiten;
- f. Dezelfde faciliteiten ter zake van valuta- en deviezenbepalingen als die welke worden verleend aan de vertegenwoordigers van buitenlandse regeringen die met een tijdelijke officiële opdracht zijn belast;
- g. Dezelfde douanefaciliteiten ten aanzien van hun persoonlijke bagage als die welke aan diplomatieke ambtenaren worden verleend.

2. Voorrechten en immuniteiten worden aan vertegenwoordigers van Lid-Staten verleend niet ten behoeve van hun persoonlijk voordeel doch ten einde in volledige onafhankelijkheid hun functie bij het Agentschap te kunnen uitoefenen. Een Lid-Staat is derhalve verplicht de immuniteit van een vertegenwoordiger op te heffen waar handhaving ervan de loop van het recht zou belemmeren en er afstand van kan worden gedaan zonder de doeleinden waarvoor zij was toegekend te schaden.

Artikel XV. Behalve de voorechten en immuniteiten genoemd in artikel XVI geniet de Directeur-Generaal van het Agentschap en, wanneer zich een vacature voordoet, de persoon die is benoemd om deze functie waar te nemen, dezelfde voorrechten en immuniteiten als die waarop diplomatieke ambtenaren van vergelijkbare rang aanspraak kunnen maken.

Artikel XVI. De personeelsleden van het Agentschap:

- a. Genieten, ook nadat zij de dienst van het Agentschap hebben verlaten, immuniteit van jurisdictie met betrekking tot handelingen, waaronder begrepen gesproken en geschreven woorden, door hen in de uitoefening van hun functie verricht; deze immuniteit geldt evenwel niet in geval van een verkeersovertreding begaan door een personeelslid van het Agentschap, noch in geval van schade veroorzaakt door een motorvoertuig dat toebehoort aan of dat bestuurd werd door het betrokken personeelslid.
- b. Zijn vrijgesteld van alle verplichtingen met betrekking tot de militaire dienst;
- c. Genieten onschendbaarheid van al hun officiële papieren en documenten;
- d. Genieten, te zamen met hun inwonende gezinsleden, dezelfde faciliteiten ten aanzien van vrijstelling van alle maatregelen die de immigratie beperken en de inschrijving van vreemdelingen regelen, als die welke in het algemeen worden toegekend aan personeelsleden van internationale organisaties;

- e. Genieten dezelfde voorrechten met betrekking tot deviezenbepalingen als die welke in het algemeen worden toegekend aan personeelsleden van internationale organisaties;
- f. Genieten in tijden van internationale crisis, dezelfde faciliteiten ten aanzien van repatriëring als diplomatieke ambtenaren; hun inwonende gezinsleden genieten dezelfde faciliteiten;
- g. Hebben het recht, wanneer zij zich voor de eerste maal in de betrokken Lid-Staat vestigen, hun meubelen en persoonlijke bezittingen vrij van rechten in te voeren en hebben bij beëindiging van hun functie in die Lid-Staat, het recht hun meubelen en persoonlijke bezittingen vrij van rechten uit te voeren, in beide gevallen met inachtneming van de voorwaarden die de Lid-Staat, in wiens grondgebied dit recht wordt uitgeoefend, noodzakelijk acht.

Artikel XVII. Deskundigen die niet behoren tot de in artikel XVI bedoelde personeelsleden, genieten tijdens het uitoefenen van hun functie bij het Agentschap of tijdens het uitvoeren van opdrachten voor het Agentschap alsook tijdens reizen die zij in verband daarmee maken, de volgende voorrechten en immuniteiten, voor zover deze noodzakelijk zijn voor de uitoefening van hun functie:

- a. Immuniteit van jurisdictie met betrekking tot handelingen, waaronder begrepen gesproken en geschreven woorden, door hen in de uitoefening van hun functie verricht behalve in geval van een door een deskundige begane verkeersovertrading, of in geval van schade veroorzaakt door een hem toebehorend of door hem bestuurd motorvoertuig; deskundigen blijven deze immuniteit genieten ook na beëindiging van hun functie bij het Agentschap;
- b. Onschendbaarheid van al hun officiële papieren en documenten;
- c. Dezelfde faciliteiten met betrekking tot valuta- en deviezenbepalingen, alsmede ten aanzien van hun persoonlijke bagage, als die welke worden toegekend aan ambtenaren van buitenlandse regeringen die met een tijdelijke officiële opdracht zijn belast.

Artikel XVIII. 1. Met inachtneming van de voorwaarden en volgens de procedures zoals die door de Raad zijn vastgesteld, zijn de Directeur-Generaal en de personeelsleden van het Agentschap onderworpen aan een belasting ten gunste van het Agentschap op door het Agentschap betaalde salarissen en emolumenten. Deze salarissen en emolumenten zijn vrij van nationale inkomstenbelasting; de Lid-Staten behouden zich evenwel het recht voor rekening te houden met deze salarissen en emolumenten bij de berekening van de belasting die gegeven wordt op inkomsten uit andere bronnen.

2. De bepalingen van het eerste lid zijn niet van toepassing op door het Agentschap aan zijn vroegere Directeuren-General en personeelsleden betaalde jaargelden en pensioenen.

Artikel XIX. De artikelen XVI en XVIII zijn van toepassing op alle categorieën van personeelsleden waarop het Personeelsstatuut van het Agentschap van toepassing is. De Raad bepaalt de categorieën van deskundigen op wie artikel XVII van toepassing is. De namen, hoedanigheden en adressen van de personeelsleden en deskundigen bedoeld in dit artikel worden op gezette tijden aan de Lid-Staten medegedeeld.

Artikel XX. Ingeval het Agentschap een eigen stelsel van sociale verzekering instelt, zijn de Directeur-Generaal en de personeelsleden vrijgesteld van alle verplichte bijdragen aan de nationale sociale verzekeringsorganen, met inachtneming van de overeenkomsten overeenkomstig artikel XXVIII met de Lid-Staten gesloten.

Artikel XXI. 1. De voorrechten en immuniteiten bepaald in deze bijlage worden de Directeur-Generaal, de personeelsleden en deskundigen van het Agentschap niet verleend tot hun persoonlijk voordeel. Zij beogen uitsluitend om, in alle omstandigheden, het onbelemmerd functioneren van het Agentschap, alsook de volledige onafhankelijkheid van de personen aan wie zij worden verleend, te waarborgen.

2. De Directeur-Generaal is verplicht iedere immuniteit op te heffen in alle gevallen waarin handhaving ervan de loop van het recht zou belemmeren, en wanneer er afstand van kan worden gedaan zonder de belangen van het Agentschap te schaden. Ten aanzien van de Directeur-Generaal is de Raad bevoegd deze immuniteit op te heffen.

Artikel XXII. 1. Het Agentschap werkt te allen tijde samen met de bevoegde autoriteiten van de Lid-Staten ten einde een goede rechtsbedeling te vergemakkelijken, de naleving van politievoorschriften en van voorschriften met betrekking tot de behandeling van explosieven en ontvlambare materialen, de volksgezondheid, de arbeidsinspectie of andere soortgelijke nationale wetgeving te verzekeren, alsmede ieder misbruik van de in deze bijlage bedoelde voorrechten, immuniteiten en faciliteiten te voorkomen.

2. De wijze waarop de in het eerste lid genoemde samenwerking zal plaats vinden kan worden vastgelegd in de in artikel XXVIII bedoelde aanvullende overeenkomsten.

Artikel XXIII. Iedere Lid-Staat behoudt zich het recht voor alle voorzorgen te treffen die nodig zijn in het belang van zijn veiligheid.

Artikel XXIV. Geen enkele Lid-Staat is verplicht de in de artikelen XIV, XV, XVI, letters *b*, *e* en *g*, en XVII, letter *c*, bedoelde voorrechten en immuniteiten toe te kennen aan zijn eigen onderdanen of aan personen die op het tijdstip waarop zij hun werkzaamheden in die Lid-Staat aanvangen er ingezetene van zijn.

Artikel XXV. 1. Bij het sluiten van alle schriftelijke contracten, niet zijnde contracten gesloten overeenkomstig het Personeelsstatuut, moet het Agentschap voorzien in arbitrage. De arbitrageclausule of de voor dit doel gesloten bijzondere arbitrage-overeenkomst bepaalt de van toepassing zijnde wet, alsmede het land waar de scheidsmannen zitting hebben. De arbitrageprocedure is die van dat land.

2. De tenuitvoerlegging van de scheidsrechterlijke uitspraak wordt beheerst door de regels die van kracht zijn in de Staat op wiens grondgebied de uitspraak ten uitvoer wordt gelegd.

Artikel XXVI. Iedere Lid-Staat kan aan het internationale Scheidsgerecht bedoel in artikel XVII van het Verdrag elk geschil voorleggen:

- a.* Dat betrekking heeft op door het Agentschap veroorzaakte schade;
- b.* Dat iedere andere niet-contractuele aansprakelijkheid van het Agentschap betreft;
- c.* Waarbij de Directeur-Generaal, een personeelslid of een deskundige van het Agentschap is betrokken en met betrekking waartoe de desbetreffende persoon zich overeenkomstig de artikelen XV, XVI, letter *a*, of XVII, letter *a*, op immuniteit van jurisdictie kan beroepen, indien deze immuniteit niet overeenkomstig artikel XXI is opgeheven. In geschillen waarbij aanspraak op immuniteit van jurisdictie wordt gemaakt overeenkomstig de artikelen XVI, letter *a*, of XVII, letter *a*, wordt de aansprakelijkheid van het Agentschap, voor deze arbitrage, in de plaats gesteld van die van de personen bedoeld in de genoemde artikelen.

Artikel XXVII. Het Agentschap treft passende voorzieningen voor een bevredigende regeling van geschillen die ontstaan tussen het Agentschap en de Directeur-Generaal, de personeelsleden of de deskundigen met betrekking tot hun arbeidsvoorwaarden.

Artikel XXVIII. Het Agentschap kan, bij besluit van de Raad, met een of meer Lid-Staten aanvullende akkoorden sluiten ten einde uitvoering te geven aan de bepalingen van deze bijlage met betrekking tot die Staat of die Staten, alsmede andere overeenkomsten sluiten ten einde een goede functionering van het Agentschap te waarborgen en zijn belangen veilig te stellen.

BIJLAGE II

FINANCIËLE BEPALINGEN

Artikel I. 1. Het begrotingsjaar van het Agentschap loopt van 1 januari tot en met de eerstvolgende 31 december.

2. De Directeur-Generaal doet de Lid-Staten uiterlijk 1 september van elk jaar toekomen:

- a. Een ontwerp voor een algemene begroting;
- b. Ontwerpen voor programmabegrotingen.

3. De algemene begroting omvat:

a. Een staat van uitgaven, welke de geraamde uitgaven aangeeft voor de werkzaamheden bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punten i, iii en iv van het Verdrag, met inbegrip van de vaste gemeenschappelijke, alsmede de niet-vaste gemeenschappelijke kosten en de ondersteuningskosten betreffende de programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punt ii, en artikel V, eerste lid, letter *b*, van het Verdrag; de vaste en niet-vaste gemeenschappelijke kosten en de ondersteuningskosten worden omschreven in het Financieel Reglement; de ramingen der uitgaven worden gerangschikt naar het soort werk en onder algemene hoofdstukken;

b. Een staat van inkomsten, welke aangeeft:

i. De bijdragen van alle Lid-Staten aan de uitgaven met betrekking tot de werkzaamheden bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punten i, iii en iv van het Verdrag, met inbegrip van de vaste gemeenschappelijke kosten,

ii. De bijdragen van de deelnemende Staten aan de niet-vaste gemeenschappelijke kosten en de ondersteuningskosten bestemd overeenkomstig het Financieel Reglement, voor de programma's bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *a*, punt ii en artikel V, eerste lid, letter *b*, van het Verdrag,

iii. Andere inkomsten.

4. Elke programmabegroting omvat:

a. Een staat van uitgaven, welke aangeeft:

- i. De geraamde directe uitgaven met betrekking tot het programma en gerangschikt onder algemene hoofdstukken, zoals omschreven in het Financieel Reglement,
- ii. De geraamde niet-vaste gemeenschappelijke kosten en de ondersteuningskosten bestemd voor het programma;

b. Een staat van inkomsten, welke aangeeft:

i. De bijdragen van de deelnemende Staten aan de directe uitgaven, bedoeld in letter *a*, punt i;

ii. Andere inkomsten;

iii. Ter herinnering, de bijdragen van de deelnemende Staten aan de niet-vaste gemeenschappelijke kosten en de ondersteuningskosten bedoeld in letter *a*, punt ii, zoals bepaald in de algemene begroting.

5. De goedkeuring van de algemene begroting en van elke programmabegroting door de Raad geschiedt voor de aanvang van elk begrotingsjaar

6. De algemene begroting en de programmabegrotingen worden voorbereid en uitgevoerd overeenkomstig het Financieel Reglement.

Artikel II. 1. De Raad kan de Directeur-Generaal verzoeken hem een herziene begroting voor te leggen, indien de omstandigheden dit nodig maken.

2. Een besluit dat extra uitgaven met zich brengt, wordt eerst dan door de Raad geacht te zijn goedgekeurd, nadat deze een door de Directeur-Generaal ingediende raming van de desbetreffende extra uitgaven heeft goedgekeurd.

Artikel III. 1. Indien hierom door de Raad wordt verzocht, neemt de Directeur-Generaal in de algemene begroting of in de desbetreffende programmabegroting de voor volgende jaren geraamde uitgaven op.

2. Bij het aannemen van de jaarlijkse begrotingen van het Agentschap onderzoekt de Raad opnieuw de omvang der middelen en verricht de nodige aanpassingen met inachtneming van veranderingen in het prijspeil en voor onvoorziene wijzigingen gedurende de uitvoering van de programma's.

Artikel IV. 1. De goedgekeurde uitgaven voor de werkzaamheden bedoeld in artikel V van het Verdrag worden bestreden uit bijdragen, vastgesteld overeenkomstig artikel XIII van het Verdrag.

2. Wanneer een Staat overeenkomstig artikel XXII toetreedt tot het Verdrag, worden de bijdragen van de andere Lid-Staten opnieuw vastgesteld. Een nieuwe schaal, die van kracht wordt op een door de Raad te bepalen datum, wordt opgesteld op basis van de statistieken van het nationale inkomen over dezelfde jaren als die welke aan de bestaande schaal ten grondslag liggen. Indien nodig worden terugbetalingen verricht, ten einde te verzekeren dat de door alle Lid-Staten voor het lopende jaar betaalde contributies in overeenstemming zijn met het besluit van de Raad.

3. *a.* De wijze waarop de betalingen van de bijdragen moeten geschieden ten einde de nodige geldmiddelen van het Agentschap te waarborgen, wordt bepaald in het Financieel Reglement.

b. De Directeur-Generaal stelt de Lid-Staten in kennis van de hoogte van hun bijdrage en van de data waarop de betalingen dienen plaats te vinden.

Artikel V. 1. De begrotingen van het Agentschap worden uitgedrukt in rekeneenheden. De rekeneenheid komt overeen met 0,88867088 gram fijn goud; de Raad kan bij een met eenparigheid van stemmen genomen besluit van alle Lid-Staten een andere definitie van de rekeneenheid aannemen.

2. Elke Lid-Staat betaalt zijn bijdragen in zijn eigen valuta.

Artikel VI. 1. De Directeur-Generaal houdt een nauwkeurige boekhouding bij van alle inkomsten en uitgaven. Aan het einde van elk begrotingsjaar stelt de Directeur-Generaal in overeenstemming met het Financieel Reglement afzonderlijke jaarrekeningen op voor elk programma, bedoeld in artikel V van het Verdrag.

2. De begrotingsboekhouding, de begroting en het financieel beheer alsmede alle andere handelingen met financiële gevolgen, worden onderzocht door een Controlecommissie. De Raad wijst bij twee derde meerderheid van alle Lid-Staten, de Lid-Staten aan, die op een billijke basis bij toerbeurt worden uitgenodigd accountants voor deze Commissie te benoemen, bij voorkeur uit hun eigen hoofdambtenaren, en hij benoemt met dezelfde meerderheid uit hun midden een Voorzitter van de Commissie voor een termijn van ten hoogste drie jaar.

3. Het doel van de controle, die zal plaatsvinden op basis van stukken en, indien nodig, ter plaatse, is na te gaan of de uitgaven in overeenstemming zijn met de ramingen op de begroting alsmede vast te stellen of de boekhouding op wettige en juiste wijze wordt gevoerd. De Commissie brengt eveneens verslag uit over het economisch beheer van de financiële middelen van het Agentschap. Na het afsluiten van elk begrotingsjaar stelt de Commissie een verslag op, dat door de meerderheid van haar leden wordt goedgekeurd en dat daarna aan de Raad wordt doorgezonden.

4. De Controlemcommissie vervult verder die andere functies welke in het Financieel Reglement zijn bepaald.

5. De Directeur-Generaal verschafft de accountants al die gegevens en hulp die zij bij de uitoefening van hun taak nodig hebben.

BIJLAGE III

NIET-VERPLICHTE PROGRAMMA'S BEDOELD IN ARTIKEL V, EERSTE LID, LETTER *b*, VAN HET VERDRAG

Artikel I. 1. Wanneer een voorstel tot uitvoering van een niet-verplicht programma bedoeld in artikel V, eerste lid, letter *b*, van het Verdrag wordt ingediend, deelt de Voorzitter van de Raad het aan alle Lid-Staten ter bestudering mede.

2. Wanneer de Raad in overeenstemming met artikel XI, vijfde lid, letter *c*, punt *i*, van het Verdrag de uitvoering van een niet-verplicht programma in het kader van het Agentschap heeft aanvaard, dient elke Lid-Staat die niet van plan is deel te nemen aan dit programma, binnen drie maanden uitdrukkelijk te verklaren, dat hij niet in deelname geïnteresseerd is; de deelnemende Staten stellen een Verklaring op, waarin met inachtneming van artikel III, eerste lid, hun verbintenissen worden vastgelegd met betrekking tot:

- a.* De Fasen van het programma;
- b.* De voorwaarden van uitvoering ervan, met inbegrip van het tijdschema, het indicatieve financiële raam en de indicatieve deelbedragen voor de Fasen van het programma, alsmede alle andere bepalingen betreffende het beheer en de uitvoering ervan;
- c.* De schaal van bijdragen vastgesteld overeenkomstig artikel XIII, tweede lid, van het Verdrag;
- d.* De duur en de omvang van de eerste bindende financiële verplichting.

3. De Verklaring wordt de Raad ter kennisneming toegezonden, te zamen met een ontwerp van de uitvoeringsregels, die hem ter goedkeuring worden voorgelegd.

4. Indien een deelnemende Staat de bepalingen van de Verklaring en van de uitvoeringsregels niet binnen de in de Verklaring vastgestelde termijn kan aanvaarden, houdt hij op deelnemende Staat te zijn. Andere Lid-Staten kunnen later deelnemende Staten worden, wanneer zij deze bepalingen aanvaarden op met de deelnemende Staten vast te stellen voorwaarden.

Artikel II. 1. Het programma wordt uitgevoerd overeenkomstig de bepalingen van het Verdrag en, tenzij anders bepaald in deze bijlage of in de uitvoeringsregels, overeenkomstig de in het Agentschap van kracht zijnde regels en procedures. Besluiten van de Raad worden genomen overeenkomstig deze bijlage en de uitvoeringsregels. Bij gebrek aan uitdrukkelijke bepalingen in deze bijlage of in de uitvoeringsregels, is de stem-procedure, vastgelegd in het Verdrag of het reglement van orde van de Raad, van toepassing.

2. Besluiten betreffende de aanvang van een nieuwe Fase worden genomen met een twee derde meerderheid van alle deelnemende Staten, mits deze meerderheid ten minste twee derde van de bijdragen voor het programma vertegenwoordigt. Kan een besluit betreffende de aanvang van een nieuwe Fase niet worden genomen, dan plegen de deelnemende Staten die het programma niettemin wensen voort te zetten, onderling overleg en zij treffen regelingen voor de voortzetting ervan. Zij brengen hierover verslag uit aan de Raad, die eventueel alle nodige maatregelen neemt.

Artikel III. 1. Indien het programma een fase van projectdefinitie omvat, maken de deelnemende Staten tegen het einde van de fase een nieuwe schatting van de kosten van het programma. Indien deze nieuwe schatting aantoonde dat de kosten die van het in artikel I bedoelde indicatieve financiële raam met meer dan 20 % overschrijden, kan iedere deelnemende Staat zich

uit het programma terugtrekken. De deelnemende Staten die het programma niettemin wensen voort te zetten, plegen onderling overleg en treffen regelingen voor de voortzetting ervan. Zij brengen hierover verslag uit aan de Raad, die eventueel alle nodige maatregelen neemt.

2. Gedurende elke Fase zoals omschreven in de Verklaring, stelt de Raad met twee derde meerderheid van alle deelnemende Staten de jaarlijkse begrotingen vast binnen het desbetreffende financiële raam of de desbetreffende deelbedragen.

3. De Raad stelt een procedure vast, volgens welke het financiële raam of de deelbedragen kunnen worden herzien in geval van veranderingen in het prijspeil.

4. Wanneer het financiële raam of een deelbedrag dient te worden herzien om andere redenen dan vermeld in het eerste en het derde lid, passen de deelnemende Staten de volgende procedure toe:

- a. Geen deelnemende Staat is gerechtigd zich uit het programma terug te trekken, tenzij de cumulatieve overschrijding van de kosten meer beloopt dan 20 % van de bedragen van het oorspronkelijke financiële raam of van het herziene raam, vastgesteld overeenkomstig de procedure neergelegd in het eerste lid;
- b. Indien de cumulatieve overschrijding van de kosten meer beloopt dan 20 % van de bedragen van het desbetreffende financiële raam, kan elke deelnemende Staat zich uit het programma terugtrekken. De Staten die het programma niettemin wensen voort te zetten, plegen onderling overleg, treffen regelingen voor de voortzetting ervan en brengen hierover verslag uit aan de Raad, die eventueel alle nodige maatregelen neemt.

Artikel IV. Het Agentschap, optredend ten behoeve van de deelnemende Staten, is eigenaar van de satellieten, ruimtesystemen en andere zaken vervaardigd in het kader van het programma alsmede van de voor de uitvoering van het programma verworven installaties en uitrusting. De Raad beslist ten aanzien van iedere overdracht van eigendom.

Artikel V. 1. Opzegging van het Verdrag door een Lid-Staat brengt de terugtrekking van deze Lid-Staat mede uit alle programma's waaraan hij deelneemt. Artikel XXIV van het Verdrag is van toepassing op de rechten en verplichtingen die uit deze programma's voortvloeien.

2. Het besluit om niet langer aan een programma deel te nemen overeenkomstig artikel II, tweede lid, of het besluit om zich eruit terug te trekken overeenkomstig artikel III, eerste lid en vierde lid, letter *b*, wordt van kracht op de datum, waarop de Raad de in die artikelen bedoelde verslagen ontvangt.

3. Een deelnemende Staat die besluit een programma niet voort te zetten overeenkomstig artikel II, tweede lid, of die zich uit een programma terugtrekt overeenkomstig artikel III, eerste lid, en vierde lid, letter *b*, behoudt de rechten welke door de deelnemende Staten tot op de datum waarop zijn terugtrekking van kracht wordt, zijn verworven. Na die datum vloeien voor hem geen verdere rechten of verplichtingen voort uit het gedeelte van het programma, waaraan hij niet langer deelneemt. Hij blijft gehouden zijn aandeel bij te dragen in de betalingskredieten overeenkomend met de vastleggingskredieten goedgekeurd in de begroting voor het lopende of een voorgaand begrotingsjaar en die betrekking hebben op een in uitvoering zijnde Fase van het programma. De deelnemende Staten kunnen in de Verklaring echter eenparig overeenkomen dat een Staat die besluit een programma niet voort te zetten, of die zich daaruit terugtrekt, gehouden blijft zijn totale aandeel in het oorspronkelijke financiële raam of de deelbedragen van het programma bij te dragen.

Artikel VI. 1. De deelnemende Staten kunnen met een twee derde meerderheid van alle deelnemende Staten die ten minste twee derde van de bijdragen voor het programma vertegenwoordigen, besluiten de uitvoering van een programma stop te zetten.

2. Het Agentschap doet de deelnemende Staten mededeling van de voltooiing van een programma overeenkomstig de uitvoeringsregels; na ontvangst van een zodanige mededeling houden deze uitvoeringsregels op van kracht te zijn.

BIJLAGE IV

INTERNATIONALISATIE VAN NATIONALE PROGRAMMA'S

Artikel I. De voornaamste doelstelling van de internationalisatie van nationale programma's is, dat elke Lid-Staat aan de andere Lid-Staten de mogelijkheid biedt in het kader van het Agentschap deel te nemen aan ieder nieuw civiel ruimteproject dat hij, hetzij alleen, hetzij in samenwerking met een andere Lid-Staat beoogt uit te voeren.

Te dien einde:

- a. Doet elke Lid-Staat aan de Directeur-Generaal van het Agentschap mededeling van ieder zodanig project voor het begin van fase B ervan (projectdefinitiefase);
- b. Dienen het tijdschema en de inhoud van de voorstellen tot deelname aan een project het voor de andere Lid-Staten mogelijk te maken een wezenlijk aandeel te nemen in de daaraan verbonden werkzaamheden. Redenen die dit moeilijk uitvoerbaar maken en mogelijke voorwaarden die de Lid-Staat die het initiatief tot het project neemt, aan de toewijzing van werkzaamheden aan andere Lid-Staten wenst te verbinden, moeten vroegtijdig aan het Agentschap worden medegedeeld;
- c. Geeft de Lid-Staat die het initiatief tot het project neemt een toelichting op de door hem voorgestelde regelingen voor het technisch beheer van het project, alsmede de redenen voor die regelingen;
- d. Doet de Lid-Staat die het initiatief tot het project neemt alles wat in zijn vermogen ligt om, in het kader van het genoemde project, alle redelijke antwoorden in te passen, onder voorbehoud dat een akkoord wordt bereikt over het peil van de uitgaven en de wijze, waarop de uitgaven en de werkzaamheden worden verdeeld binnen de grenzen van het tijdschema vereist door de projectbeslissingen. Hij doet vervolgens overeenkomstig bijlage III een uitdrukkelijk voorstel, indien het project overeenkomstig die bijlage dient te worden uitgevoerd;
- e. Wordt de uitvoering van een project in het kader van het Agentschap niet uitgesloten op grond van het enkele feit dat dit project niet in die mate tot deelname van andere Lid-Staten heeft geleid als oorspronkelijk voorgesteld door de Lid-Staat die het initiatief tot het project neemt.

Artikel II. De Lid-Staten doen alles wat in hun vermogen ligt om te verzekeren, dat de bilaterale en multilaterale ruimteprojecten die zij in samenwerking met niet-Lid-Staten ondernemen, de wetenschappelijke, economische of industriële doelstellingen van het Agentschap niet nadelig beïnvloeden. In het bijzonder:

- a. Stellen zij het Agentschap van zodanige projecten in kennis, voorzover zij van mening zijn, dat dit die projecten niet nadelig beïnvloedt;
- b. Bespreken zij met de andere Lid-Staten zodanige ter kennis gebrachte projecten, ten einde het kader voor ruimere deelname vast te stellen. Indien ruimere deelname mogelijk blijkt, zijn de procedures genoemd in artikel I, letters b tot en met e, van toepassing.

BIJLAGE V

INDUSTRIEEL BELEID

Artikel I. 1. Bij de uitvoering van het in artikel VII van het Verdrag bedoelde industriële beleid, handelt de Directeur-Generaal in overeenstemming met de bepalingen van deze Bijlage en de richtlijnen van de Raad.

2. De Raad beziet steeds het potentieel en de structuur van de industrie in verhouding tot de werkzaamheden van het Agentschap, en wel in het bijzonder:

- a. De algemene structuur van de industrie en de industriële groeperingen;
 - b. De gewenste mate van specialisatie in de industrie en de methoden om deze te bereiken;
 - c. De coörcinatie van het desbetreffende industriële beleid van de afzonderlijke staten;
 - d. De wisselwerking met het desbetreffende industriële beleid van andere internationale instellingen;
 - e. De verhouding tussen industriële productie capaciteit en potentiële markten;
 - f. De organisatie van gesprekken met de industrie,
- ten einde in staat te zijn het industriële beleid van het Agentschap te volgen en zo nodig aan te passen.

Artikel II. 1. Bij het plaatsn van alle opdrachten, geeft het Agentschap de voorkeur aan de industrie en de organisaties van de Lid-Statn. Echter wordt binnen elk niet-verplicht programma, vallende onder artikel V, eerste lid, letter b, van het Verdrag, bijzondere voorkeur gegeven aan de industrie en de organisaties van de deelnemende Statn.

2. De Raad beslist of en in hoeverre het Agentschap van de bovengenoemde voorkeursregeling kan afwijken.

3. De vraag of een onderneming moet worden beschouwd als behorend tot één der Lid-Statn, wordt beoordeeld naar de volgende criteria: plaats van de zetel der onderneming, van haar centra waar de beslissingen worden genomen en van haar onderzoekcentra, en het grondgebied waar de werkzaamheden zullen worden verricht. In geval van twijfel beslist de Raad of een onderneming moet worden geacht al of niet tot een Lid-Staat te behoren.

Artikel III. 1. In het beginstadium van de procedure die leidt tot het toewijzen van de opdracht en nog voor het verzenden van de uitnodigingen tot inschrijving, legt de Directeur-Generaal aan de Raad ter goedkeuring het aanschaffingsbeleid voor, dat hij voorstelt te volgen voor iedere opdracht die:

- a. Een geraamde waarde heeft die bepaalde grenzen te boven gaat, vastgesteld in de regelingen inzake het industriële beleid en die afhankelijk zijn van de aard van de werkzaamheden, of
- b. Naar het oordeel van de Directeur-Generaal, niet voldoende gedekt is door de regelingen inzake het industriële beleid of door de aanvullende richtlijnen vastgesteld door de Raad, of die aanleiding zou kunnen geven tot een conflict met deze regelingen of richtlijnen.

2. De aanvullende richtlijnen bedoeld in het eerste lid, letter b, worden op gezette tijden door de Raad vastgesteld indien hij deze nuttig oordeelt voor het bepalen van die gebieden waarvoor voorafgaand overleg krachtens het eerste lid noodzakelijk is.

3. De opdrachten van het Agentschap worden door de Directeur-Generaal rechtstreeks en zonder verdere inschakeling van de Raad toegewezen, behalve in de volgende gevallen:

- a. Wanneer uit de onderlinge vergelijking van de binnengekomen offertes blijkt dat een opdrachtnemer moet worden aanbevolen, waarvan de keuze strijdig zou zijn, hetzij met de eerdere door de Raad krachtens het eerste lid verstrekte aanwijzingen, hetzij met de algemene richtlijnen inzake industrieel beleid welke zijn aanvaard ingevolge de in artikel I, tweede lid, bedoelde studies van de Raad. In dit geval legt de Directeur-Generaal aan de Raad de aangelegenheid ter beslissing voor, licht toe waarom hij een afwijking noodzakelijk

acht, en geeft tevens aan of een andere beslissing van de Raad technisch, operationeel of anderszins een raadzaam alternatief zou vormen;

b. Wanneer de Raad om bijzondere redenen besloten heeft een hernieuwd onderzoek in te stellen alvorens de opdracht toe te wijzen.

4. De Directeur-Generaal brengt op nog nader vast te stellen regelmatige tijdstippen aan de Raad verslag uit over de gedurende de voorafgaande periode toegewezen opdrachten en omtrent de procedures leidend tot de toewijzing van opdrachten die voor de komende periode zijn voorzien, ten einde de Raad in staat te stellen de tenuitvoerlegging van het industriële beleid van het Agentschap te volgen.

Artikel IV. De geografische spreiding van alle opdrachten van het Agentschap wordt beheerst door de volgende algemene regels:

1. De totale rendementscoëfficiënt van een Lid-Staat is de verhouding tussen zijn procentuele aandeel in de door hem ontvangen opdrachten, berekend ten opzichte van het totaalbedrag van de in alle Lid-Statens geplaatste opdrachten, en zijn totale procentuele aandeel in de bijdragen. Bij de berekening van deze totale rendementscoëfficiënt wordt echter geen rekening gehouden met opdrachten die geplaatst zijn in Lid-Statens, noch met bijdragen die betaald zijn door Lid-Statens, in het kader van een programma dat in uitvoering is genomen:

a. Uit hoofde van artikel VIII van het Verdrag inzake de oprichting van een Europese Organisatie voor Ruimteonderzoek, mits de desbetreffende Overeenkomst te dien einde bepalingen bevat of indien alle deelnemende Statens dit later bij eenparig besluit overeenkomen;

b. Uit hoofde van artikel V, eerste lid, letter b, van het onderhavige Verdrag, mits alle oorspronkelijk deelnemende Statens dit bij eenparig besluit overeenkomen.

2. Voor de berekening van de rendementscoëfficiënt worden afwegingsfactoren toegepast op de waarde van de opdrachten op basis van hun technologische betekenis. De afwegingsfactoren worden door de Raad vastgesteld. Ten aanzien van eenzelfde opdracht van aanzienlijke waarde kan meer dan een afwegingsfactor worden toegepast.

3. De spreiding van de door het Agentschap geplaatste opdrachten moet gericht zijn op een ideale situatie waarin iedere totale rendementscoëfficiënt gelijk is aan 1.

4. De rendementscoëfficiënten worden per kwartaal berekend en cumulatief opgegeven met het oog op het formele onderzoek bedoeld in het vijfde lid.

5. Het formele onderzoek van de stand der geografische spreiding van opdrachten vindt om de drie jaar plaats.

6. De spreiding van opdrachten tussen ieder formeel onderzoek van de stand van zaken dient zodanig te zijn dat ten tijde van ieder formeel onderzoek de cumulatieve totale rendementscoëfficiënt van iedere Lid-Staat niet wezenlijk van de ideale waarde afwijkt. Voor de eerste periode van drie jaar wordt de onderste grens van de cumulatieve rendementscoëfficiënt op 0,8 vastgesteld. Ten tijde van elk formeel onderzoek kan de Raad deze onderste grens voor de volgende periode van drie jaar herzien, met dien verstande dat deze nooit beneden de 0,8 komt te liggen.

7. Voor door de Raad vast te stellen categorieën van opdrachten, in het bijzonder voor opdrachten voor vergevorderd onderzoek en ontwikkeling, alsmede voor opdrachten voor de met de projecten verbandhoudende technologie, worden afzonderlijke schattingen van de rendementscoëfficiënt verricht en aan de Raad medegedeeld. De Directeur-Generaal bespreekt deze schattingen op nog nader vast te stellen regelmatige tijdstippen met de Raad, ter bepaling van de maatregelen die noodzakelijk worden geacht tot herstel van eventuele onevenwichtigheden.

Artikel V. 1. Wanneer tijdens één van de aan het einde van elke driejaarlijkse periode te verrichten formele onderzoeken blijkt, dat de totale rendementscoëfficiënt van een Lid-Staat beneden de in artikel IV, zesde lid, vastgestelde onderste grens ligt, doet de Directeur-Generaal

aan de Raad voorstellen om de situatie binnen een jaar recht te trekken. Deze voorstellen dienen te blijven binnen de regelingen van het Agentschap betreffende het plaatsen van opdrachten.

2. Indien na deze periode van een jaar het evenwicht niet is hersteld, legt de Directeur-Generaal aan de Raad voorstellen voor, waarin de noodzaak om de situatie recht te trekken voorrang heeft boven de regelingen van het Agentschap betreffende het plaatsen van opdrachten.

Artikel VI. Elk besluit dat op grond van overwegingen van industrieel beleid wordt genomen en dat tot gevolg heeft dat een bepaalde onderneming of organisatie van een Lid-Staat wordt uitgesloten van mededinging bij het verkrijgen van opdrachten van het Agentschap op een bepaald gebied, behoeft de instemming van die Lid-Staat.

[SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

KONVENTION ANGÅENDE UPPRÄTTANDE AV ETT EUROPEISKT RYMDORGAN

De till denna konvention anslutna staterna,

Vilka beaktar att de mänskliga, tekniska och finansiella resurser som erfordras för verksamhet inom rymdområdet är av en storleksordning som går utöver vad de europeiska länderna var för sig förmår,

Vilka beaktar den resolution som antogs av europeiska rymdkonferensen den 20 december 1972 och vilken bekräftades av europeiska rymdkonferensen den 31 juli 1973, enligt vilken en ny organisation kallad «Europeiska rymdorganet» skall bildas av Organisationen för europeisk rymdforskning och Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bäraketer för rymdfarkoster och enligt vilken syftet skall vara att integrera de europeiska nationella rymdprogrammen i ett europeiskt rymdprogram så långt och så snabbt som rimligen är möjligt,

Vilka önskar vidareutveckla och stärka det europeiska samarbetet, uteslutande för fredligt ändamål, inom rymdforskning och rymdteknologi och dessas rymdtillämpning i syfte att använda dem för vetenskapliga ändamål och för operativa rymdtillämpnings system,

Vilka för att uppnå dessa mål önskar upprätta en enda europeisk rymdorganisation för att öka effektiviteten av de samlade europeiska rymdansträngningarna genom en bättre användning av de resurser som för närvarande ägnas rymden och för att formulera ett gemensamt europeiskt rymdprogram för uteslutande fredligt ändamål,

Har överenskommit om följande:

Artikel I. RYMDORGANETS UPPRÄTTANDE

1. En europeisk organisation, «Europeiska rymdorganet», härefter kallad «rymdorganet», upprättas härmed.
2. Rymdorganets medlemmar, härefter kallade «medlemsstaterna», skall vara de stater vilka tillträtt denna konvention enligt artiklarna XX och XXII.
3. Samtliga medlemsstater skall delta i den obligatoriska verksamhet som anges i artikel V, 1, a och skall bidra till rymdorganets fasta baskostnader enligt bilaga II.
4. Rymdorganets säte förlägges till Parisområdet.

Artikel II. SYFTE

Rymdorganet skall ha till syfte att för uteslutande fredligt ändamål sörja för och främja samarbete mellan europeiska stater inom rymdforskning och rymdteknologi och dessas rymdtillämpning i syfte att använda dem för vetenskapliga ändamål och för operativa rymdtillämpningssystem genom att:

- a. Utarbeta och genomföra en långfristig europeisk rymdpolitik, rekommendera medlemsstaterna mål för rymdverksamheten och avstämna medlemsstaternas politik gentemot andra nationella och internationella organisationer och institutioner;

- b. Utarbeta och genomföra verksamheter och program på rymdområdet;
- c. Samordna det europeiska rymdprogrammet med de nationella programmen och integrera dessa senare efter hand och så fullständigt som möjligt i det europeiska rymdprogrammet, i synnerhet vad beträffar utvecklandet av tillämpnings-satelliter;
- d. Utarbeta och genomföra den för sitt program ägnade industripolitiken och rekommendera medlemsstaterna en enhetlig industripolitik.

Artikel III. INFORMATIONER OCH DATA

1. Medlemsstaterna och rymdorganet skall underlätta utbyte av vetenskapliga och tekniska informationer som hänför sig till områdena rymdforskning och rymdteknologi och dessas rymdtillämpning, dock att en medlemsstat inte skall behöva lämna informationer som erhållits från annat håll än rymdorganet om medlemsstaten anser att sådant meddelande skulle stå i strid med dess egna säkerhetsintressen eller dess överenskommelser med tredje part eller med de villkor på vilka sådana informationer erhållits.

2. Vid bedrivandet av den verksamhet som avses i artikel V skall rymdorganet säkerställa att de vetenskapliga resultaten publiceras eller på annat sätt blir brett tillgängliga, sedan de utnyttjats av de för experimenten ansvariga vetenskapsmännen. De reducerade data som erhålles skall vara rymdorganets egendom.

3. När rymdorganet utlägger kontrakt eller träffar avtal skall det, med avseende på resulterande uppfinningar och tekniska data, förbehålla sig vederbörliga rättigheter för att skydda dels dess egna intressen, dels de medlemsstaters intressen som deltar i vederbörande program, dels ock under dessas jurisdiktion lydande fysiska och juridiska personers intressen. Dessa rättigheter skall särskilt täcka rätt till tillgång, rätt till yppande och nyttjanderätt. Sådana uppfinningar och tekniska data skall delges de deltagande medlemsstaterna.

4. De uppfinningar och tekniska data till vilka äganderätten tillkommer rymdorganet skall yppas för medlemsstaterna och kan användas utan avgift för egna behov av dessa medlemsstater och av fysiska och juridiska personer under dessas jurisdiktion.

5. Detaljerade regler för tillämpningen av ovannämnda bestämmelser skall antagas av rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater.

Artikel IV. UTBYTE AV PERSONER

Medlemsstaterna skall underlätta utbyte av personer med verksamhet inom områden där rymdorganet liar behörighet under förutsättning att detta åtagande beträffande någon person ej skall påverka tillämpningen av medlemsstaternas lagar och föreskrifter angående inresa till, uppehåll inom eller utresa från deras territorier.

Artikel V. VERKSAMHET OCH PROGRAM

1. Rymdorganets verksamhet skall omfatta obligatorisk verksamhet, vari alla medlemsstater deltar och fakultativ verksamhet, vari alla medlemsstater deltar utom de som formellt förklarar sig inte intresserade att deltaga däri.

a. Vad beträffar den obligatoriska verksamheten skall rymdorganet:

- i. Säkerställa att sådana grundläggande verksamheter bedrivs som utbildning, dokumentation, studium av framtida projekt och teknologiskt forskningsarbete;

- ii. Säkerställa att ett vetenskapligt program utarbetas och genomförs vilket omfattar satelliter och andra rymdsystem;
 - iii. Samla tillämplig information och sprida den till medlemsstaterna, påpeka brister och dubbleringar samt lämna råd och hjälp till harmonisering av internationella och nationella program;
 - iv. Hålla regelbunden kontakt med avnämarna av rymdteknik och hålla sig underrättat om deras behov.
- b. Vad beträffar den fakultativa verksamheten skall rymdorganet i enlighet med bestämmelserna i bilaga III till denna konvention trygga genomförandet av program som särskilt kan omfatta:
- i. Projektering, utveckling, tillverkning, uppskjutning, placering i kretsband och kontroll av satelliter och andra rymdsystem;
 - ii. Projektering, utveckling, tillverkning och drift av uppskjutningsanordningar och rymdtransportsystem.
2. Inom området för rymdtillämpningar kan rymdorganet i förekommande fall bedriva operativ verksamhet på de villkor som rådet bestämmer med majoritet av alla medlemsstater. När rymdorganet gör detta skall det:
- a. Till ifrågavarande operativa organs förfogande ställa sådana av sina egna anläggningar som kan vara till nytta för dem;
 - b. När så erfordras, för ifrågavarande operativa organs räkning ombesörja uppskjutning, placering i kretsband och kontroll av operativa tillämpningssatelliter;
 - c. Bedriva annan verksamhet som begäres av avnämarna och godkännes av rådet.
- Kostnaderna för sådan operativ verksamhet skall bestridas av de berörda avnämarna.
3. Vad beträffar den samordning och integrering av program som avses i artikel II, c skall rymdorganet i god tid från medlemsstaterna få meddelande om projekt som avser nya rymdprogram, underlätta konsultationer medlemsstaterna emellan, företa nödvändiga utvärderingar och utarbeta ändamålsenliga regler att antagas av rådet genom enhälligt beslut av alla medlemsstater. Mål och tillvägagångssätt för programmens internationalisering anges i bilaga IV.

Artikel VI. ANLÄGGNINGAR OCH TJÄNSTER

1. För att genomföra de program som anförtratts det skall rymdorganet:
- a. Upprätthålla den interna kapacitet som är nödvändig för förberedandet och övervakningen av dess uppgifter och för detta ändamål upprätta och driva de för dess verksamhet erforderliga anläggningarna och anordningarna;
 - b. Kunna vidtaga särskilda anstalter som medger att vissa delar av dess program genomförs genom eller i samarbete med nationella institutioner i medlemsstaterna eller som syftar till att rymdorganet självt skall driva vissa nationella anläggningar.
2. Medlemsstaterna och rymdorganet skall vid genomförandet av sina program eftersträva att på bästa sätt och i första hand utnyttja sina redan existerande anläggningar och tillgängliga tjänster och att rationalisera dem. De skall följaktligen inte inrätta nya anläggningar eller tjänster utan att först ha undersökt möjligheten att utnyttja de existerande resurserna.

Artikel VII. INDUSTRIPOLITIK

1. Den industripolitik som rymdorganet har att utarbeta och tillämpa med stöd av artikel II, *d* skall särskilt vara avsedd att:

- a. Tillgodose kraven från det europeiska rymdprogrammet och de samordnade nationella rymdprogrammen på ett ur kostnadssynpunkt effektivt sätt;
- b. Förbättra den europeiska industrins konkurrenskraft i världen genom att hävda och utveckla rymdteknologin och genom att främja rationalisering och utveckling av en industristruktur som är anpassad till marknadsbehoven, varvid i första hand samtliga medlemsstaters förefintliga industripotential skall komma till användning;
- c. Säkerställa att alla medlemsstater deltagar på ett rättvist sätt med hänsyn till deras finansiella bidrag vid verkställandet av det gemensamma europeiska rymdprogrammet och vid därmed sammanhängande utveckling av rymdteknologin; särskilt skall rymdorganet vid genomförandet av sina program i största möjliga utsträckning ge företräde åt industriföretag i alla medlemsstater, vilka skall ha alla möjligheter att delta i arbeten av teknologiskt intresse för rymdorganets räkning;
- d. Tillgodogöra sig fördelarna av fri konkurrens vid anbudsgivning i samtliga fall utom då detta skulle vara oförenligt med andra fastställda mål för industripolitiken.

Andra mål kan bestämmas av rådet genom enhälligt beslut av alla medlemsstater.

Detaljerade bestämmelser för att förverkliga dessa mål lämnas i bilaga V och i regler som antas av rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater och vilka skall överses med regelbundna mellanrum.

2. Rymdorganet skall för genomförande av sina program maximalt utnyttja utomstående entreprenörer i den omfattning som överensstämmer med upprätthållandet av den interna kapacitet som avses i artikel VI, 1.

Artikel VIII. BÄRRAKETER OCH ANDRA RYMDTRANSPORTSYSTEM

1. När rymdorganet definierar sina projekt skall det ta hänsyn till de bärraketer och andra rymdtransportsystem som utvecklats antingen inom ramen för dess program, av en medlemsstat eller med ett betydande bidrag av rymdorganet, och skall ge företräde åt dessas användning för lämpliga nyttolaster om detta inte innebär en oskäligen nackdel vid jämförelse med andra, vid den avsedda tidpunkten tillgängliga bärraketer eller rymdtransportsystem med avseende på kostnader, tillförlitlighet och projektlämplighet.

2. Om verksamhet eller program enligt artikel V omfattar användning av bärraketer eller andra rymdtransportsystem skall de deltagande staterna, när ifrågasvarande program underställs rådet för godkännande eller antagande, underrätta det om den bärraket eller det rymdtransportsystem som avses. Om de deltagande staterna under programmets utförande önskar använda en annan bärraket eller ett annat rymdtransportsystem än som ursprungligen beslutats, skall rådet besluta om ändringen enligt samma regler som vid det ursprungliga godkännandet eller antagandet.

Artikel IX. BRUK AV ANLÄGGNINGAR, BISTÅND TILL MEDLEMSSTATER
OCH TILLHANDAHÅLLANDE AV PRODUKTER

1. Under förutsättning att det inte inkräktar på deras användning för rymdorganets egen verksamhet och program, skall det göra sina anläggningar tillgängliga för medlemsstat, som begär att få bruka dem för egna program, på den statens bekostnad. Rådet fastställer med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater de praktiska arrangemang enligt vilka anläggningarna kommer att göras tillgängliga.

2. Om en eller flera medlemsstater önskar genomföra ett projekt som ligger vid sidan av den verksamhet och de program som avses i artikel V men inom ramen för rymdorganets syfte, kan rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater besluta att bevilja bistånd från rymdorganet. De kostnader som därvid uppkommer för rymdorganet skall bäras av den eller de berörda staterna.

3. *a.* Produkter som utvecklats inom ramen för ett av rymdorganets program skall tillhandahållas medlemsstat som deltagit i finansieringen av ifrågavarande program och vilken begär att sådana produkter tillhandahålls för dess egna syften.

Rådet fastställer med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater de praktiska arrangemangen för tillhandahållandet av sådana produkter och särskilt de rymdorganets åtgärder gentemot sina entreprenörer som syftar till att för begärande medlemsstat möjliggöra erhållandet av sådana produkter.

b. Denna medlemsstat kan hos rymdorganet begära yttrande om huruvida pris som entreprenör föreslår är att anse som rätt och skäligt och om under liknande förhållanden rymdorganet skulle anse det godtagbart vid tillgodoseende av sina egna behov.

c. Tillmötesgående av begäran som avses under denna punkt får inte förorsaka rymdorganet ytterligare kostnad; alla kostnader som härrör från sådan begäran skall bäras av begärande medlemsstat.

Artikel X. ORGAN

Rymdorganets organ är rådet och generaldirektören, biträdd av personal.

Artikel XI. RÅDET

1. Rådet skall bestå av företrädare för medlemsstaterna.

2. Rådet skall sammanträda när så erfordras, antingen på delegat- eller ministernivå. Sammanträdena skall hållas där rymdorganet har sitt säte, såvida rådet inte beslutar annorlunda.

3. *a.* Rådet skall för en tid av två år välja ordförande och vice ordförande, vilka får omväljas en gång för ytterligare ett år. Rådets ordförande skall leda rådets arbete och ombesörja förberedandet av dess beslut, han skall underrätta medlemsstaterna om förslag för genomförande av ett fakultativt program och han skall medverka vid samordningen av rymdorganets verksamhet. Han skall upprätthålla kontakt med medlemsstaterna genom deras delegater i rådet i frågor av allmänpolitisk art som berör rymdorganet och eftersträva att harmonisera deras synpunkter i detta avseende. Under perioderna mellan rådets sammanträden skall han bistå generaldirektören med råd och av denne erhålla alla erforderliga upplysningar.

b. Ordföranden skall biträdas av ett presidium vars sammansättning beslutas av rådet och vilket sammankallas av ordföranden. Presidiet skall vara rådgivande åt ordföranden vid förberedandet av rådets sammanträden.

4. Då rådet sammanträder på ministernivå skall det utse ordförande för sammanträdet. Nästföljande ministermöte skall sammankallas av honom.

5. Utöver övriga uppgifter som anges i denna konvention och i enlighet med dess bestämmelser skall rådet

- a. Vad beträffar verksamhet och program som avses i artikel V, 1, a, i och ii:
 - i. Godkänna verksamheten och programmet med en majoritet av alla medlemsstater; beslut härom kan bara ändras genom nytt beslut som fattas med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater;
 - ii. Fastställa, genom enhälligt beslut av alla medlemsstater, storleken av de tillgångar som skall ställas till rymdorganets förfogande under nästföljande femårsperiod;
 - iii. Fastställa, genom enhälligt beslut av alla medlemsstater, mot slutet av tredje året av varje femårsperiod och efter granskning av rådande läge, storleken av tillgångarna för den nya femårsperiod som börjar vid utgången av detta tredje år.
- b. Vad beträffar den verksamhet som avses i artikel V, 1, a, iii och iv:
 - i. Fastställa den politik som rymdorganet skall följa vid förverkligandet av sitt syfte;
 - ii. Antaga, med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater, till medlemsstaterna riktade rekommendationer.
- c. Vad beträffar de fakultativa program som avses i artikel V, 1, b:
 - i. Antaga varje program med majoritet av alla medlemsstater;
 - ii. Fastställa, om så erfordras, prioritetsordningen mellan programmen under dessas genomförande.
- d. Antaga rymdorganets årliga arbetsplaner.
- e. I vad avser de budgeter som anges i bilaga II:
 - i. Antaga rymdorganets årliga allmänna budget med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater;
 - ii. Antaga varje programbudget med två tredjedels majoritet av de deltagande staterna.
- f. Antaga, med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater, finansbestämmelserna och rymdorganets alla övriga finansiella arrangemang;
- g. Hålla uppsikt över utgifterna för den obligatoriska och fakultativa verksamhet som avses i artikel V, 1.
- h. Godkänna och publicerna rymdorganets granskade årsredovisningar.
- i. Antaga personalreglementet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater.
- j. Antaga, med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater, regler för beviljande av tillstånd, med beaktande av rymdorganets fredliga ändamål, till utförelse från medlemsstaternas territorier av teknologi och produkter utvecklade genom rymdorganets verksamhet eller med dess bistånd.
- k. Besluta om anslutning av nya medlemsstater i enlighet med artikel XXII.
- l. Besluta om de åtgärder som skall vidtagas i enlighet med artikel XXIV för den händelse medlemsstat säger upp denna konvention eller upphör att vara medlem enligt artikel XVIII.
- m. Vidtaga alla andra åtgärder som erfordras för att uppfylla rymdorganets syfte inom ramen för denna konvention.

6. *a.* Varje medlemsstat äger en röst i rådet. Medlemsstat har dock inte rätt att rösta i frågor som uteslutande rör ett antaget program vari den inte deltagar.

b. Medlemsstat har inte rösträtt i rådet om beloppet av dess förfallna icke erlagda bidrag till rymdorganet vad beträffar all verksamhet och program som avses i artikel V i vilka den deltagar, överstiger det fastställda beloppet av dess bidrag för det löpande räkenskapsåret. Om vidare en medlemsstats förfallna icke erlagda bidrag till något av de program som avses i artikel V, 1, *a*, ii eller *b* i vilket den deltagar, överstiger det fastställda beloppet av dess bidrag till detta program för det löpande räkenskapsåret, har denna medlemsstat inte rösträtt i rådet i frågor som uteslutande berör detta program. I sådant fall kan icke desto mindre denna medlemsstat beviljas tillstånd att rösta i rådet om minst två tredjedelar av alla medlemsstater anser att försummelsen att erlagga bidragen beror på omständigheter över vilka den inte råder.

c. Rådet är beslutfört när ombud för mer än hälften av alla medlemsstater är närvarande.

d. Såvida denna konvention inte föreskriver annat skall beslut av rådet fattas med enkel majoritet av närvarande och röstande medlemsstater.

e. När det gäller att fastställa om det föreligger enhällighet eller majoriteter enligt denna konvention skall hänsyn inte tagas till medlemsstat som inte har rösträtt.

7. Rådet skall antaga sin egen arbetsordning.

8. *a.* Rådet upprättar en kommitté för det vetenskapliga programmet till vilken den underställer angelägenhet som har avseende på det obligatoriska vetenskapliga program som avses i artikel V, 1 *a*, ii. Rådet bemyndigar denna kommitté att fatta beslut med avseende på detta program, dock alltid under hänsynstagande till rådets uppgift att fastställa storleken av tillgångarna och antaga den årliga budgeten. Rådet fastställer, med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater och i enlighet med denna artikel, denna kommittés befogenheter;

b. Rådet kan upprätta sådana andra underlydande organ som erfordras för att rymdorganet skall kunna fullgöra sitt syfte. Rådet beslutar, med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater, om upprättandet av dessa underlydande organ och fastställer deras befogenheter liksom i vilka fall de skall ha beslutsrätt.

c. Då ett underlydande organ studerar en fråga som berör endast ett av de fakultativa program som avses i artikel V, 1, *b* har stat som inte deltagar ingen rösträtt, såvida inte alla de deltagande staterna beslutar annorledes.

Artikel XII. GENERALDIREKTÖR OCH PERSONAL

1. *a.* Rådet skall med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater utnämna en generaldirektör för en bestämd tidsperiod och kan skilja honom från uppdraget med samma majoritet.

b. Generaldirektören skall vara organets högste verkställande tjänsteman och dess legale ställföreträdare. Han skall vidtaga alla åtgärder som erfordras för att leda rymdorganet, för att verkställa dess program, för att genomföra dess politik och för att fullfölja dess syfte i enlighet med rådets direktiv. Rymdorganets anläggningar skall vara underställda generaldirektören. Vad beträffar den ekonomiska administrationen av rymdorganet skall han handla i enlighet med bestämmelserna i bilaga II. Han skall avge en årlig rapport till rådet vilken skall offentliggöras. Han kan också väcka förslag om verksamhet och program liksom om åtgärder för att

säkerställa fullföljandet av rymdorganets syfte. Han deltar i rymdorganets sammanträden utan rösträtt.

c. Rådet kan uppskjuta utnämningen av generaldirektör under den tidrymd som det anser påkallad, antingen i samband med denna konventions ikraftträdande eller med en vid senare tidpunkt uppkommen vakans. Beslutar rådet om uppskov skall det förordna en person att fungera i hans ställe vilken skall ha de befogenheter och det ansvar som rådet föreskriver.

2. Generaldirektören skall biträdas av vetenskaplig, teknisk och administrativ personal samt kontorspersonal i den utsträckning han anser erforderlig inom av rådet medgivna ramar.

3. a. Högre befattningshavare enligt rådets bestämmande anställs och entledigas av rådet på generaldirektörens rekommendation. Beslut om anställning och entledigande som fattas av rådet erfordrar två tredjedels majoritet av alla medlemsstater.

b. Övrig personal anställs och entledigas av generaldirektören som handlar på rådets vägnar.

c. All personal skall anställas på grundval av sina meriter och med beaktande av att tjänsterna får en avpassad fördelning mellan medborgare i medlemsstaterna. Beslut om anställning och dess upphörande skall stå i överensstämmelse med personalreglementet.

d. Vetenskapsmän som inte tillhör personalen och som utför forskningsarbete inom rymdorganets anläggningar lyder under generaldirektören och är skyldiga att rätta sig efter de allmänna föreskrifter som antagits av rådet.

4. Generaldirektörens och personalens skyldigheter gentemot rymdorganet skall vara av uteslutande internationell karaktär. Då de fullgör sina åligganden skall de varken begära eller mottaga instruktioner från någon regering eller från någon myndighet som står utanför rymdorganet. Varje medlemsstat skall respektera att generaldirektörens och personalens skyldigheter är av internationell karaktär och inte söka påverka dem vid uppfyllande av deras plikter.

Artikel XIII. FINANSIELLA BIDRAG

1. Varje medlemsstat skall bidra till kostnaderna för den verksamhet och det program som avses i artikel V, 1, a liksom i enlighet med bilaga II till rymdorganets baskostnader enligt en skala som rådet skall antaga med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater, antingen vart tredje år vid tidpunkten för den granskning som avses i artikel XI, 5, a, iii eller då rådet genom enhälligt beslut av alla medlemsstater fastställer en ny skala. Bidragsskalan skall fastställas på grundval av varje medlemsstats genomsnittliga nationalinkomst under de tre senaste år för vilka statistik finns tillgänglig, dock att:

a. Ingen medlemsstat skall åläggas att såsom bidrag betala mer än tjugofem procent av summan av samtliga de bidrag som fastställts av rådet för att täcka dessa kostnader;

b. Rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater kan besluta, i ljuset av de särskilda omständigheter som kan föreligga beträffande en medlemsstat, att för en begränsad tid nedsätta denna stats bidrag. I synnerhet om årsinkomsten per capita i en medlemsstat är mindre än ett belopp som rådet bestämt genom beslut fattat med nyssnämnd majoritet, skall detta räknas som särskild omständighet vid tillämpningen av denna bestämmelse.

2. Varje medlemsstat skall bidra till kostnaderna för genomförande av varje fakultativt program som avses i artikel V, 1, *b* såvida den inte formellt har förklarat sig inte intresserad att deltaga däri och följaktligen inte är deltagare. Såvida inte samtliga deltagande stater beslutar annat, skall bidragsskalan till ett visst program baseras på den genomsnittliga nationalinkomsten för varje deltagande stat under de tre senaste år för vilka statistik finns tillgänglig. Denna skala skall revideras antingen vart tredje år eller då rådet beslutar att fastställa en ny skala enligt punkt 1. Ingen deltagande stat skall dock på grund av skalan behöva betala bidrag överstigande tjugofem procent av summan av bidragen till programmet i fråga. Varje deltagande stats bidragsprocent skall detta oaktat uppgå till lägst tjugofem procent av dess bidragsprocent sådan den fastställts enligt bestämmelserna i punkt 1, såvida inte alla deltagande stater beslutar annorledes när programmet godkänns eller under programmets genomförande.

3. Samma statistiska system skall användas för att fastställa bidragsskalorna enligt punkterna 1 och 2 och de skall fastställas i finansreglementet.

4. *a.* Stat som inte tillträtt konventionen angående upprättande av Organisationen för europeisk rymdforskning eller konventionen angående upprättande av Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster och vilken tillträder denna konvention måste utöver sina bidrag erlagga ett särskilt bidrag som beror av gällande värde av rymdorganets tillgångar. Storleken på detta särskilda bidrag fastställs av rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater.

b. Betalningar som verkställs enligt *a* ovan skall användas för att minska övriga medlemsstaters bidrag såvida inte rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater beslutar annat.

5. Bidrag enligt bestämmelserna i denna artikel skall erläggas i enlighet med bilaga II.

6. Med iakttagande av vad rådet kan ha föreskrivit kan generaldirektören mottaga gåvor och donationer till rymdorganet under förutsättning att till dessa inte är knutna villkor som är oförenliga med rymdorganets syfte.

Artikel XIV. SAMARBETE

1. Efter beslut av rådet som fattats enhälligt av alla medlemsstater kan rymdorganet samarbeta med andra internationella organisationer och institutioner och med regeringar, organisationer och institutioner i icke-medlemsstater och ingå avtal med dem för detta ändamål.

2. Sådant samarbete kan innebära deltagande av icke-medlemsstater eller internationella organisationer i ett eller flera av de program som avses i artikel V, 1, *a*, ii eller V, 1, *b*. Om annat inte följer av beslut som kommer att fattas enligt punkt 1 skall rådet med två tredjedels majoritet av de stater som deltagar i ifrågavarande program fastställa de närmare villkoren för detta samarbete. I dessa villkor kan föreskrivas att icke-medlemsstat har rösträtt i rådet när detta behandlar frågor som uteslutande berör det program i vilket den staten deltagar.

3. Sådant samarbete kan även bestå i att bevilja associerat medlemskap för sådana icke-medlemsstater som åtar sig att bidra åtminstone till studier av framtida projekt i enlighet med artikel V, 1, *a*, i. Rådet skall med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater i varje särskilt fall bestämma de närmare villkoren för varje sådant associerat medlemskap.

Artikel XV. JURIDISK STATUS, PRIVILEGIER OCH IMMUNITET

1. Rymdorganet skall utgöra en juridisk person.
2. Rymdorganet, dess personal och sakkunniga liksom dess medlemsstaters företrädare skall åtnjuta den juridiska status, de privilegier och den immunitet som anges i bilaga I.
3. Avtal angående rymdorganets säte och de anläggningar som upprättats enligt artikel VI skall ingås mellan rymdorganet och de medlemsstater på vilkas territorier sätet och anläggningarna befinner sig.

Artikel XVI. ÄNDRINGAR

1. Rådet kan införa medlemsstaterna förorda ändringar i denna konvention och dess bilaga I. Medlemsstat som önskar föreslå ändring skall underrätta generaldirektören därom. Generaldirektören skall underrätta medlemsstaterna om sålunda anmält ändringsförslag minst tre månader innan rådet behandlar det.
2. Av rådet förordad ändring skall träda i kraft trettio dagar efter det att franska regeringen från samtliga medlemsstater mottagit underrättelse om deras godkännande. Franska regeringen skall underrätta samtliga medlemsstater om tidpunkten för ändringens ikraftträdande.
3. Rådet kan genom enhälligt beslut av samtliga medlemsstater ändra övriga bilagor i denna konvention under förutsättning att ändringen inte strider mot konventionen. Varje sådan ändring skall träda i kraft den dag som rådet fastställer genom enhälligt beslut av alla medlemsstater. Generaldirektören skall underrätta alla medlemsstater om sådan ändring samt om tidpunkten för dess ikraftträdande.

Artikel XVII. TVISTER

1. Varje tvist mellan två eller flera medlemsstater eller mellan medlemsstat och rymdorganet rörande tolkning eller tillämpning av denna konvention eller dess bilagor liksom varje tvist som avses i artikel XXVI i bilaga I, vilken inte kunnat lösas av eller genom rådet, skall hänskjutas till skiljedom på begäran av part i tvisten.
2. Såvida inte de tvistande parterna annorledes beslutar skall skiljedomsförfarandet stå i överensstämmelse med denna artikel och med ytterligare regler att antagas av rådet med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater.
3. Skiljedomstolen skall bestå av tre medlemmar. Vardera parten i tvisten skall utse en skiljedomare; de två sålunda utsedda skiljedomarna skall utse den tredje som skall vara ordförande i skiljedomstolen. De ytterligare regler som nämns i punkt 2 skall fastställa det förfarande som skall följas om nomineringarna inte skett inom viss tid.
4. Medlemsstat eller rymdorganet kan om de inte är part i tvisten intervensera i förfarandet med skiljedomstolens samtycke om denna finner att de har väsentligt intresse i hur målet avgörs.
5. Skiljedomstolen skall besluta om sitt säte och själv fastställa sin arbetsordning.
6. Skiljedomstolens avgörande skall beslutas av en majoritet av dess medlemmar, vilka inte får avstå från att rösta. Avgörandet är slutgiltigt och bindande för alla parter i tvisten och kan inte överklagas. Parterna skall utan dröjsmål rätta sig efter avgörandet. I händelse av tvist angående avgörandets innebörd eller räckvidd åligger det skiljedomstolen att tolka det på begäran av endera parten.

Artikel XVIII. UNDERLÅTENHET ATT UPPFYLLA FÖRPLIKTELSE

Medlemsstat som underlåter att uppfylla de förpliktelser den åtagit sig enligt denna konvention skall uteslutas ur rymdorganet genom beslut av rådet som skall fattas med två tredjedels majoritet av alla medlemsstater. I sådant fall skall bestämmelserna i artikel XXIV tillämpas.

Artikel XIX. FORTLÖPANDE RÄTTIGHETER OCH FÖRPLIKTELSE

Den dag då denna konvention träder i kraft skall rymdorganet övertaga samtliga rättigheter och förpliktelser från Organisationen för europeisk rymdforskning och från Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster.

Artikel XX. UNDERTECKNANDE OCH RATIFIKATION

1. Denna konvention skall hållas öppen för undertecknande intill den 31 december 1975 av de stater som är medlemmar i Europeiska rymdkonferensen. Bilagorna till denna konvention utgör en integrerande del av den.

2. Denna konvention skall ratificeras eller godkännas. Ratifikations- eller godkännandeinstrument skall deponeras hos franska regeringen.

3. Efter det att konventionen trätt i kraft kan signatärstat delta utan rösträtt i rymdorganets sammanträden i avvaktan på att dess ratifikations- eller godkännandeinstrument deponeras.

Artikel XXI. IKRAFTTRÄDANDE

1. Denna konvention träder i kraft då följande stater som är medlemmar i Organisationen för europeisk rymdforskning eller i Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster har undertecknat den och deponerat sina ratifikations- eller godkännandeinstrument hos franska regeringen : Konungariket Belgien, Konungariket Danmark, Franska Republiken, Italienska Republiken, Konungariket Nederländerna, Schweiziska Edsförbundet, Spanien, Förenade Konungariket Storbritannien och Nordirland, Konungariket Sverige samt Förbundsrepubliken Tyskland. För varje stat som ratificerar, godkänner eller ansluter sig till konventionen efter dess ikraftträdande blir den bindande den dag då ifrågavarande stat deponerar sitt ratifikations-, godkännande- eller anslutningsinstrument.

2. Konventionen angående upprättande av Organisationen för europeisk rymdforskning och konventionen angående upprättande av Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster upphör att gälla den dag då denna konvention träder i kraft.

Artikel XXII. ANSLUTNING

1. Efter det att denna konvention trätt i kraft kan stat ansluta sig till den efter enhälligt beslut av samtliga medlemsstater i rådet.

2. Stat som önskar ansluta sig till denna konvention skall meddela detta till generaldirektören, som skall underrätta medlemsstaterna om ifrågavarande begäran minst tre månader innan den underställs rådet för beslut.

3. Anslutningsinstrument skall deponeras hos franska regeringen.

Artikel XXIII. UNDERRÄTTELSE

Franska regeringen skall underrätta alla signatarstater och anslutna stater om:

- a. Dagen för deposition av varje ratifikations-, godkännande- eller anslutningsinstrument,
- b. Dagen för denna konventions ikraftträdande och för ändringar enligt artikel XVI, 2 samt,
- c. Medlemsstats uppsägning av konventionen.

Artikel XXIV. UPPSÄGNING

1. När denna konvention varit i kraft under sex år kan den sägas upp av medlemsstat genom underrättelse till franska regeringen, som skall underrätta övriga medlemsstater och generaldirektören härom. Uppsägningen skall träda i kraft vid slutet av det räkenskapsår som följer på det år under vilket den delgavs franska regeringen. Efter det att uppsägningen trätt i kraft skall staten i fråga förbli skyldig att infria sin andel av betalningsanslag som motsvarar godkända avtalsbemyndiganden som utnyttjats såväl enligt de budgeter till vilka den bidrog det år under vilket underrättelse om uppsägningen lämnades franska regeringen som enligt tidigare budgeter.

2. Medlemsstat som uppsäger konventionen skall gottgöra rymdorganet för förlust av egendom på dess territorium, såvida inte ett särskilt avtal kan slutas med rymdorganet om fortsatt rätt för rymdorganet att använda denna egendom eller att fortsätta viss verksamhet på nämnda stats territorium. Sådant särskilt avtal skall i synnerhet fastställa i vilken utsträckning och på vilka villkor bestämmelserna i denna konvention fortsättningsvis skall tillämpas vid den fortsatta användningen av denna egendom och vid fortsättandet av denna verksamhet efter det att uppsägningen trätt i kraft.

3. Medlemsstat som uppsäger konventionen och rymdorganet skall tillsammans fastställa de ytterligare förpliktelser som skall åvila denna stat.

4. Staten i fråga skall behålla de rättigheter som den har förvärvat fram till den dag då uppsägningen träder i kraft.

Artikel XXV. UPPLÖSNING

1. Rymdorganet skall upplösas om det vid någon tidpunkt har mindre än fem medlemsstater. Det kan upplösas vid vilken tidpunkt som helst genom överenskommele medlemsstaterna emellan.

2. I händelse av upplösning skall rådet utse en likvidationsmyndighet med uppgift att förhandla med de stater på vilkas territorier rymdorganets säte och anläggningar då är belägna. För likvidationens syften skall organisationen fortvara som juridisk person.

3. Eventuellt överskott skall fördelas mellan de stater som vid upplösningen är medlemmar i rymdorganet i förhållande till de bidrag var och en faktiskt erlagt från och med sin anslutning till denna konvention. Eventuellt underskott skall täckas av samma stater i förhållande till de bidrag som ålagts dem för det vid upplösningen löpande räkenskapsåret.

Artikel XXVI. INREGISTRERING

Så snart denna konvention trätt i kraft skall franska regeringen låta registrera den hos Förenta Nationernas sekretariat i enlighet med Artikel 102 i Förenta Nationernas stadga.

BILAGA I

PRIVILEGIER OCH IMMUNITET

Artikel I. Rymdorganet skall vara juridisk person. Det skall i synnerhet kunna ingå avtal, förvärva och avyttra fast och lös egendom samt vara part i rättegång.

Artikel II. Rymdorganets fastigheter och lokaler skall vara okränkbara, såvida inte annat följer av artiklarna XXII och XXIII.

Artikel III. Rymdorganets arkiv skall vara okränkbart.

Artikel IV. 1. Rymdorganet skall åtnjuta immunitet mot rättsliga och exekutiva åtgärder, dock ej:

- a. I den omfattning rymdorganet genom beslut av rådet uttryckligen har avstått från immunitet i särskilt fall; rådet är skyldigt att häva denna immunitet i alla de fall då dess bibehållande skulle hindra att rättvisa skipas och då den kan hävas utan att detta blir till förfång för rymdorganets intressen;
- b. Vid skadeståndstalan väckt av tredje man och grundad på olycka förorsakad av motorfordon tillhörande rymdorganet eller framfört för dess räkning eller i händelse av trafikförelseelse vari sådant fordonär inblandat;
- c. Vid verkställighet av skiljedom som tillkommit enligt artikel XXV eller artikel XXVI;
- d. Vid utmätning enligt beslut av juridisk myndighet av lön och annan ersättning som rymdorganet är skyldigt någon av dess personal.

2. Var än rymdorganets egendom och tillgångar befinner sig skall de vara fritagna från varje form av rekvisition, konfiskation, expropriation och kvarstad. De skall också vara fritagna från varje form av administrativa eller provisoriska rättsliga tvångsåtgärder utom när sådana åtgärder tillfälligtvis kan anses nödvändiga till förhindrande av och för utredning om olyckor i vilka motorfordon är inblandat som tillhör rymdorganet eller framföres för dettas räkning.

Artikel V. 1. Inom ramen för sin egentliga verksamhet skall rymdorganet samt dess egendom och inkomster vara befriade från alla direkta skatter.

2. När av rymdorganet självt eller för dess räkning inköp göres eller tjänster tages i anspråk av betydande värde strängt nödvändiga för utövandet av rymdorganets egentliga verksamhet, och priset på dessa inköp eller tjänster inbegriper skatter eller avgifter, skall lämpliga åtgärder vidtagas av medlemsstaterna, närhelst det är möjligt, för att medge befrielse från dessa skatter och avgifter eller för att återbetala dem.

Artikel VI. Varor som införts eller utförts av rymdorganet eller för dess räkning och vilka är strängt nödvändiga för utövandet av dess egentliga verksamhet skall vara undantagna från alla införelavgifter och utföreltullar liksom från alla förbud och restriktioner avseende införel eller utförel.

Artikel VII. 1. Vid tillämpningen av artiklarna V och VI skall rymdorganets egentliga verksamhet omfatta dess administrativa verksamhet, däri inbegripet dess åtgärder sammanhängande med socialförsäkringssystemet, liksom dess verksamhet inom områdena rymdforskning och rymdteknologi samt dessas rymdtillämpning vid fullföljande av rymdorganets syfte enligt konventionen.

2. I vilken omfattning annan tillämpning av nämnda forskning och teknologi samt verksamhet som bedrivs enligt artiklarna V, 2 och IX i konventionen skall anses utgöra del av rymdorganets egentliga verksamhet skall i varje enskilt fall beslutas av rådet efter samråd med behöriga myndigheter i vederbörande medlemsstater.

3. Bestämmelserna i artikel V och VI är ej tillämpliga för sådana skatter och avgifter vilka inte utgör annat än vederlag för tjänster från det allmännas sida.

Artikel VIII. Befrielse från skatter eller avgifter skall inte beviljas enligt artiklarna V och VI för inköp och införsel av varor eller för utförda tjänster vilka är avsedda för rymdorganets personalmedlemmars personliga räkning.

Artikel IX. 1. Varor som förvärvats enligt artikel V eller införts enligt artikel VI får inte säljas eller bortskänkas annat än på villkor som fastställts av de medlemsstater som beviljat befrielsen.

2. Överföring av varor eller tjänster mellan rymdorganets säte och anläggningar eller mellan dess olika anläggningar eller, i syfte att genomföra något av rymdorganets program, mellan dem och en nationell institutlon i en medlemsstat skall ej underkastas något slag av pålagor eller restriktioner; om så erfordras skall medlemsstaten vidtaga alla lämpliga åtgärder för att medge befrielse från eller återbetalning av sådana pålagor eller för att häva sådana restriktioner.

Artikel X. Distributionen av publikationer och annat informationsmaterial som sändes till eller från rymdorganet skall inte underkastas några inskränkningar.

Artikel XI. Rymdorganet får mottaga och inneha var jeslag av tillgångar, valutor, konstanter och värdehandlingar; det får fritt avyttra dem för varje ändamål som förutses i konventionen samt inneha konton i vilket myntslag som helst i den omfattning som erfordras för att det skall kunna uppfylla sina förpliktelser.

Artikel XII. 1. Vad beträffar befordran av dess tjänstemeddelanden och alla dess dokument skall rymdorganet åtnjuta behandling som inte är mindre förmånlig än den som av varje medlemsstat medges andra internationella organisationer.

2. Rymdorganets tjänstemeddelanden får inte bli föremål för censur med vilket kommunikationsmedel de än befordras.

Artikel XIII. Medlemsstat skall vidtaga alla lämpliga åtgärder för att underlätta inresa till, uppehåll inom samt utresa från dess territorium för rymdorganets anställda.

Artikel XIV. 1. Medlemsstaternas företrädare skall vid fullgörandet av sina uppgifter och under resa till och från sammanträdesorten åtnjuta följande privilegier och immunitet:

- a. Immunitet mot anhållande och frihetsberövande samt mot beslagtagande av deras personliga resgods;
- b. Immunitet mot rättsliga åtgärder, även efter det att de fullgjort sitt uppdrag beträffande handlingar, däri inbegripet skriftliga och muntliga uttalanden, som utförts av dem under fullgörandet av deras uppgifter; denna immunitet skall dock inte gälla i händelse av trafikförseelse som begåtts av företrädare för en medlemsstat, ej heller i händelse av skada som förorsakats av motorfordon tillhörigt eller framfört av denne;
- c. Okränkbarhet för alla deras tjänsteskrivelser och dokument;
- d. Rätt att använda chiffer och rätt att mottaga dokument eller korrespondens med kurir eller i förseglad kurirsäck;
- e. Befrielse för dem själva och deras äkta makar från alla åtgärder som begränsar deras inresa och från formaliteter sammanhängande med registrering av utlänningar;
- f. Samma lättnader beträffande valuta- och växlingsbestämmelser, som medges utländska regeringsrepresentanter på tillfälliga tjänsteuppdrag;
- g. Samma tullåttnader beträffande deras personliga resgods som tillkommer diplomatiska företrädare.

2. Privilegier och immunitet beviljas medlemsstaternas företrädare inte för att tillgodose dem personligen utan för att säkerställa fullständigt oberoende vid fullgörandet av deras uppgifter hos rymdorganet. Följaktligen är en medlemsstat skyldig att avstå från immuniteten för sin företrädare i alla de fall då dess bibehållande skulle hindra att rättvisa skipas och då den kan avstås utan att det syfte förfelas för vilket den beviljats.

Artikel XV. Utöver de privilegier och den immunitet som avses i artikel XVI åtnjuter rymdorganets generaldirektör liksom, då tjänsten inte är tillsatt, den person som förordnats i hans ställe de privilegier och den immunitet som tillkommer diplomatiska företrädare med jämförbar ställning.

Artikel XVI. Medlemmar av rymdorganets personal:

- a. Skall även sedan de lämnat sin anställning hos rymdorganet åtnjuta immunitet mot rättsliga åtgärder beträffande handlingar som utförts av dem under utövande av deras tjänst, däri inbegripet muntliga och skriftliga uttalanden; denna immunitet skall dock inte gälla i händelse av trafikförseelse som begåtts av medlem av rymdorganets personal, ej heller i händelse av skada som förorsakats av motorfordon tillhörigt eller framfört av denne;
- b. Skall vara befriade från alla skyldigheter beträffande militärtjänst;
- c. Skall åtnjuta okränkbarhet för alla sina tjänsteskrivelser och dokument;
- d. Skall åtnjuta samma lättnader beträffande åtgärder som begränsar invandring och reglerar registrering av utlännningar som vanligen tillkommer personal i internationella organisationer; samma förmåner skall åtnjutas av dem av deras familjemedlemmar som tillhör deras hushåll;
- e. Skall åtnjuta samma privilegier beträffande valutabestämmelser som vanligen beviljas personal i internationella organisationer;
- f. Skall vid internationella kriser åtnjuta samma möjligheter till repatriering som diplomatiska företrädare; samma förmåner skall åtnjutas av dem av deras familjemedlemmar som tillhör deras hushåll;
- g. Skall ha rätt att tullfritt införa sina möbler och personliga tillhörigheter då de tillträder sin befattning i ifrågavarande medlemsstat samt rätt att avgiftsfritt utföra sina möbler och personliga tillhörigheter då deras tjänstgöring upphör i denna medlemsstat, i båda fallen dock på de villkor som befinner sig nödvändiga av den medlemsstat på vars territorium denna rätt utövas.

Artikel XVII. Sakkunniga som inte tillhör den personal som avses i artikel XVI skall vid fullgörandet av sina uppgifter för rymdorganet eller då de utför uppdrag för dess räkning åtnjuta följande privilegier och immunitet i den utsträckning de är nödvändiga för fullgörandet av deras uppgifter, däri inbegripet resor som företas vid fullgörandet av deras uppgifter och andra sådana uppdrag:

- a. Immunitet mot rättsliga åtgärder beträffande handlingar som utförts av dem under utövandet av deras tjänst, däri inbegripet muntliga eller skriftliga uttalanden, utom i händelse av trafikförseelse som begåtts av en sakkunnig eller i händelse av skada som förorsakats av motorfordon tillhörigt eller framfört av denne; de sakkunniga skall åtnjuta denna immunitet även sedan deras anställning hos rymdorganet upphört;
- b. Okränkbarhet för alla deras tjänsteskrivelser och dokument;
- c. Samma lättnader beträffande penning- och valutabestämmelser samt beträffande deras personliga resgods som beviljas utländska regeringsombud på tillfälliga tjänsteuppdrag.

Artikel XVIII. 1. På de villkor och i enlighet med det tillvägagångssätt som rådet fastställt skall generaldirektören och rymdorganets personal bli föremål för beskattning till förmån för rymdorganet av deras löner och andra ersättningar som utbetalats av detsamma.

Nämnda löner och ersättningar skall undantas från nationell inkomstskatt; medlemsstaterna behåller dock rätten att beakta dessa löner och ersättningar vid beräkningen av den skatt som pålagges inkomst från andra källor.

2. Bestämmelserna i punkt 1 skall inte tillämpas på livräntor och pensioner som betalas av rymdorganet till tidigare generaldirektörer och personal.

Artikel XIX. Artiklarna XVI och XVIII skall tillämpas på alla kategorier personal på vilka rymdorganets personalreglemente är tillämpligt. Rådet skall besluta på vilka kategorier sakkunniga artikel XVII skall tillämpas. Namnen på den personal och de sakkunniga som avses i denna artikel liksom deras titlar och adresser skall tid efter annan meddelas medlemsstaterna.

Artikel XX. För den händelse rymdorganet upprättar ett eget socialförsäkringssystem skall rymdorganet, generaldirektören och personalen befrias från alla obligatoriska avgifter till nationella socialförsäkringsorgan, såvida annat inte följer av överenskommelser med medlemsstaterna som träffats enligt artikel XXVIII.

Artikel XXI. 1. De privilegier och den immunitet varom stadgas i denna bilaga har inte beviljats rymdorganets generaldirektör, personal och sakkunniga för att tillgodose dem personligen. De har tillkommit uteslutande för att under alla omständigheter säkerställa obehindrad verksamhet för rymdorganet samt fullständigt oberoende för de personer som de beviljats.

2. Generaldirektören är skyldig att häva förekommande immunitet i alla de fall då dess bibehållande skulle hindra att rättvisa skipas och då den kan avstås utan förfång för rymdorganets intressen. Vad beträffar generaldirektören är rådet behörigt att häva honom tillkommande immunitet.

Artikel XXII. 1. Rymdorganet skall alltid samarbeta med medlemsstaternas behöriga myndigheter för att underlätta rättskipningen, för att säkerställa att ordningsbestämmelser, bestämmelser beträffande explosiva och eldfarliga varor, rörande allmän hälsovård och arbetarskydd liksom annan liknande nationell lagstiftning efterlevs samt för att förhindra missbruk av de privilegier, den immunitet och de lättnader varom stadgas i denna bilaga.

2. Villkoren för det samarbete varom talas i punkt 1 kan fastställas i de tilläggsöverenskommelser som avses i artikel XXVIII.

Artikel XXIII. Varje medlemsstat bibehåller sin rätt att vidtaga alla för dess säkerhet ändamålsenliga försiktighetsåtgärder.

Artikel XXIV. Ingen medlemsstat är skyldig bevilja egna medborgare eller personer, som vid den tidpunkt då de tillträder sin tjänst i medlemsstaten i fråga är stadigvarande bosatta där, de privilegier och den immunitet varom stadgas i artiklarna XIV, XV, XVI, b, e och g samt XVII, c.

Artikel XXV. 1. När rymdorganet ingår skriftliga kontrakt utom sådana som ingås i enlighet med personalreglementet skall det i dessa förutse skiljedom. Den skiljedomsklausul eller det särskilda skiljeavtal som ingåtts i detta syfte skall ange vilken lag som skall vara tillämplig och det land där skiljedomarna skall sammanträda. Detta lands skiljemannaförfarande skall vara det som tillämpas.

2. Sådan skiljedom skall verkställas i enlighet med gällande bestämmelser i den stat där verkställighet sökes.

Artikel XXVI. Medlemsstat kan hänskjuta till den internationella skiljedomstol som avses i artikel XVII i konventionen varje tvist

- a. Som uppkommit till följd av skada förorsakad av rymdorganet;
- b. Som avser annan utomobligatorisk förpliktelse för rymdorganet;
- c. Som berör generaldirektören, någon personalmedlem eller sakkunnig i rymdorganet och i vilken vederbörande kan åberopa immunitet mot rättsliga åtgärder enligt artiklarna XV, XVI, *a* eller XVII, *a*, förutsatt att denna immunitet inte hävts i enlighet med artikel XXI. I sådana tvister där immunitet mot rättsliga åtgärder åberopas enligt artiklarna XVI, *a* eller XVII, *a* skall rymdorganet inträda såsom ansvarigt i de berörda personernas ställe.

Artikel XXVII. Rymdorganet skall vidtaga lämpliga åtgärder för att på ett tillfredsställande sätt bilägga tvister som uppstår mellan rymdorganet och generaldirektören, någon personalmedlem eller sakkunnig och vilka rör deras anställningsförhållanden.

Artikel XXVIII. Rymdorganet kan efter beslut av rådet ingå tilläggsöverenskommelse med en eller flera medlemsstater för tillämpning av bestämmelserna i denna bilaga i förhållande till sådan stat eller sådana stater samt för vidtagande av andra åtgärder för att säkerställa att rymdorganet är verksamt på ett effektivt sätt och att dess intressen tryggas.

BILAGA II

FINANSIELLA BESTÄMMELSER

Artikel I. 1. Rymdorganets räkenskapsår skall löpa från och med den 1 januari till och med den 31 följande december.

2. Generaldirektören skall senast den 1 september varje år till medlemsstaterna överlämna:

- a. Förslag till allmän budget;
- b. Förslag till programbudgeter.

3. Den allmänna budgeten skall omfatta:

- a. En utgiftsdel som visar de beräknade utgifterna avseende den verksamhet som avses i artikel V, 1, *a*, i, iii och iv i konventionen, inberäknat de fasta baskostnaderna, liksom avseende de rörliga baskostnaderna och kostnaderna för stödfunktioner beträffande de program som avses i artikel V, 1, *a*, ii och V, 1, *b* i konventionen; de fasta och de rörliga baskostnaderna och kostnaderna för stödfunktioner skall definieras i finansreglementet; utgiftsberäkningarna skall fördelas på verksamhetsområden och kostnadsslag;
- b. En inkomstdel som visar
 - i. Alla medlemsstaters bidrag till utgifterna för den verksamhet som avses i artikel V, 1, *a*, i, iii och iv i konventionen, inbegripet de fasta baskostnaderna;
 - ii. Bidragen från deltagande stater till de rörliga baskostnaderna och kostnaderna för stödfunktioner som enligt finansreglementet belastar de program som avses i artikel V, 1, *a*, ii och V, 1, *b* i konventionen.

iii. Övriga inkomster.

4. Varje programbudget skall omfatta:

- a. En utgiftsdel som visar
 - i. De beräknade direkta utgifterna för programmet, fördelade på de kostnadsslag som definierats i finansreglementet;
 - ii. De beräknade rörliga baskostnader och kostnader för stödfunktioner som belastar programmet;

b. En inkomst-del som visar

- i. Deltagande staters bidrag till de direkta utgifter som avses i punkten a, i;
 - ii. Övriga inkomster;
 - iii. Upplysningsvis, deltagande staters bidrag till de rörliga baskostnader och kostnader för stödfunktioner som avses i punkten a, ii sådana de fastställts i den allmänna budgeten.
5. Rådet skall godkänna den allmänna budgeten och varje programbudget före ingången av varje räkenskapsår.
6. Den allmänna budgeten och programbudgeterna skall utarbetas och genomföras enligt finansreglementet.

Artikel II. 1. Om omständigheterna påkallar detta kan rådet begära att generaldirektören till det framlägger en reviderad budget.

2. Avgörande som innebär ytterligare utgifter skall inte anses ha godkänts förrän rådet godkänt generaldirektörens beräkningar av de ytterligare utgifterna.

Artikel III. 1. Om rådet begär detta skall generaldirektören i den allmänna budgeten eller i programbudgeten i fråga taga med utgiftsberäkningar för kommande år.

2. I samband med antagande av rymdorganets årliga budgeter skall rådet på nytt pröva medelstillgången och vidtagna erforderliga justeringar i ljuset av förändringar i prisnivån och oförutsedda ändringar under programmets utförande.

Artikel IV. 1. De utgifter som godkänts för verksamhet som avses i artikel V i konventionen skall täckas genom bidrag som fastställts enligt artikel XIII i konventionen.

2. Då en stat ansluter sig till konventionen enligt dess artikel XXII, skall bidragen från övriga medlemsstater fastställas på nytt. En ny bidragsskala, som skall träda i kraft på den dag som rådet beslutar, skall upprättas på grundval av nationalinkomststatistik för de år som lades till grund vid fastställandet av gällande bidragsskala. Återbetalningar skall verkställas i förekommande fall för att storleken av de bidrag alla medlemsstater erlagt för det löpande året skall stå i överensstämmelse med rådets beslut.

3. a. De närmare bestämmelserna om betalning av bidragen vilka skall säkerställa att rymdorganet har en tillfredsställande finansiering skall fastställas i finansreglementet;

b. Generaldirektören skall meddela medlemsstaterna storleken av deras bidrag och de tidpunkter då betalning skall verkställas.

Artikel V. 1. Rymdorganets budgeter skall uttryckas i kontoenheter fixerade till 0,88867088 gram rent guld. Rådet kan efter enhälligt beslut av alla medlemsstaterna antaga en annan definition av kontoenheten.

2. Varje medlemsstat erlägger sitt bidrag i sin egen valuta.

Artikel VI. 1. Generaldirektören skall sörja för att alla inkomster och utgifter noggrant bokföres. Vid räkenskapsårets slut skall generaldirektören i enlighet med finansreglementet göra upp särskilda årsredovisningar för varje program som avses i artikel V i konventionen.

2. Redovisningen, budgeten och den finansiella förvaltningen såväl som alla övriga åtgärder av finansiell innebörd skall granskas av en revisionskommission. Med två tredjedels majoritet av alla medlemsstaterna skall rådet utse de medlemsstater som i rättvis turordning skall anmodas utse revisorer att tjänstgöra i denna kommission, företrädesvis bland deras egna högre tjänstemän, och skall bland dessa med samma majoritet utse kommissionens ordförande för en tidrymd inte överstigande tre år.

3. Revisionen, som skall äga rum på grundval av vederbörlig dokumentation och om så erfordras på ort och ställe, skall syfta till att bestyrka att utgifterna står i överensstämmelse

med budgetberäkningarna och att bokföringen är lagenlig och riktig. Kommissionen skall vidare avlägga rapport om den ekonomiska förvaltningen av organets finansiella resurser. Vid slutet av varje räkenskapsår skall kommissionen utarbeta en rapport som skall antagas genom majoritetsbeslut av dess medlemmar och därefter tillställas rådet.

4. Revisionskommissionen skall utföra de ytterligare uppgifter som anges i finansreglementet.

5. Generaldirektören skall lämna revisorerna alla de upplysningar och all den hjälp som de kan behöva för att utföra sina uppgifter.

BILAGA III

FAKULTATIVA PROGRAM SOM OMFATTAS AV ARTIKEL V, 1, b I KONVENTIONEN

Artikel I. 1. Om förslag att genomföra ett fakultativt program som omfattas av artikel V, 1, b i konventionen framlägges skall rådets ordförande delgiva alla medlemsstater detta för prövning.

2. När rådet enligt artikel XI, 5, c, i i konventionen godkänt att ett fakultativt program genomföres inom ramen för rymdorganet, skall varje medlemsstat som inte har för avsikt att delta i programmet inom tre månader formellt förklara att den inte är intresserad att delta däri; de deltagande staterna skall utarbeta en deklaration som, om annat inte följer av artikel III, 1, fastställer deras åtaganden i vad avser

a. Programmets olika faser;

b. Förutsättningarna för dess utförande, inbegripet tidsplanen, den indikativa finansiella ramen och delramarna för programfaserna samt andra bestämmelser för dess förvaltning och genomförande;

c. Bidragsskalan, fastställd enligt artikel XIII, 2 i konventionen;

d. Det första bindande finansiella åtagandets varaktighet och belopp.

3. Deklarationen skall överlämnas till rådet för kännedom samtidigt som ett förslag till regler för utförandet underställes rådet för godkännande.

4. Om deltagande stat inte kan godtaga bestämmelserna i deklarationen och i reglerna för programmets utförande inom den tidrymd som deklarationen fastställer, upphör den att vara deltagande stat. Annan medlemsstat kan senare bli deltagande stat genom att godtaga dessa bestämmelser på villkor som skall fastställas med de deltagande staterna.

Artikel II. 1. Programmet skall utföras enligt konventionens bestämmelser och, såvida annat inte stadgas i denna bilaga eller i reglerna för programmets utförande, enligt de regler och det förfarande som gäller för rymdorganet. Beslut av rådet skall fattas i enlighet med denna bilaga och med reglerna för programmets utförande. I avsaknad av uttryckliga bestämmelser i denna bilaga eller reglerna för programmets utförande skall de röstregler som fastställts i konventionen eller rådets procedurregler tillämpas.

2. Beslut att sätta igång en ny fas skall fattas med två tredjedels majoritet av alla deltagande stater, förutsatt att denna majoritet representerar minst två tredjedelar av bidragen till programmet. Om beslut att sätta igång en ny fas inte kan fattas skall de deltagande stater som inte desto mindre önskar fortsätta programmet rådgöra sinsemellan och fastställa villkoren för dess fortsättning. De skall meddela rådet i enlighet härmed vilket skall vidtaga de åtgärder som kan erfordras.

Artikel III. 1. När programmet omfattar en projektdefinitionsfas skall de deltagande staterna vid fasens slut göra en ny beräkning av kostnaderna för programmet. Om beräkningen

visar att kostnaderna för den i artikel I omnämnda indikativa finansiella ramen överskrider med mer än 20 % kan deltagande stat frånträda programmet. De stater som inte desto mindre önskar fortsätta programmet skall rådgöra sinsemellan och fastställa villkoren för dess fortsättning. De skall meddela rådet i enlighet härmed vilket skall vidtaga de åtgärder som kan erfordras.

2. Under varje fas sådan den bestämts i deklarationen skall rådet med två tredjedels majoritet av alla deltagande stater antaga årliga budgeter inom ifrågavarande finansiella ram eller delramar.

3. Rådet skall fastställa en procedur som möjliggör revidering av den finansiella ramen eller de finansiella delramarna i händelse av prisnivåvariationer.

4. Då en finansiell ram eller en finansiell delram måste revideras av andra orsaker än dem som avses i punkterna 1 och 3 skall de deltagande staterna tillämpa följande förfarande:

- a. Ingen deltagande stat skall ha rätt att frånträda programmet om det inte föreligger ett ackumulerat kostnadsöverskridande om mer än 20 % av den ursprungliga finansiella ramen eller av den reviderade ram som fastslagits i enlighet med det förfarande som fastställts i punkt 1.
- b. I händelse av större ackumulerade kostnadsöverskridanden än 20 % av den finansiella ramen i fråga kan deltagande stat frånträda programmet. De stater som inte desto mindre önskar fullfölja programmet skall rådgöra sinsemellan, fastställa villkoren för dess fortsättning och i enlighet härmed meddela rymdorganets råd, som vidtar de åtgärder som kan erfordras.

Artikel IV. Rymdorganet skall för de deltagande staternas räkning vara ägare till satelliterna, rymdsystemen och övriga föremål som tillverkats inom ramen för programmet liksom av de anläggningar och den utrustning som förvärvats för dess utförande. Överlåtelse av äganderätten beslutas av rådet.

Artikel V. 1. Konventionens uppsägning av en medlemsstat skall innebära att den frånträder alla de program i vilka den deltagar. Artikel XXIV i konventionen skall tillämpas på de rättigheter och förpliktelser som härrör från dessa program.

2. Beslut att avbryta ett program enligt artikel III, 2 eller att frånträda det enligt artikel III, 1 och III, 4, b skall träda i kraft den dag då rådet mottager de upplysningar som avses i nämnda artiklar.

3. Deltagande stat som beslutar att avbryta ett program enligt artikel II, 2 eller som frånträder ett program enligt artikel III, 1, och III, 4, b skall behålla de rättigheter som de deltagande staterna förvärvat fram till den dag då frånträdan trädde i kraft. Från denna dag kan ingen ytterligare rättighet eller förpliktelse uppkomma från den del av programmet, vari staten i fråga inte längre deltar. Den skall förbli skyldig att infria sin andel av betalningsanslag som motsvarar godkända kontraktsbemyndiganden under löpande eller föregående räkenskapsår och vilka avser den programfas som håller på att utföras. De deltagande staterna kan dock enhälligt överenskomma i deklarationen att en medlemsstat som beslutar att avbryta eller frånträda ett program skall vara förpliktad att erlægga hela sin andel av programmets ursprungliga ram eller delramar.

Artikel VI. 1. De deltagande staterna kan med två tredjedels majoritet av alla deltagande stater vilka företräder minst två tredjedelar av bidragen till programmet besluta att avbryta ett program.

2. Rymdorganet skall underrätta de deltagande staterna om att programmet fullbordats i enlighet med reglerna för dess genomförande. Dessa regler skall upphöra att gälla så snart sådan underrättelse mottagits.

BILAGA IV



INTERNATIONALISERING AV NATIONELLA PROGRAM

Artikel I. Internationaliseringen av nationella program har till huvudsyfte att åstadkomma att varje medlemsstat skall erbjuda andra medlemsstater möjlighet att inom ramen för rymdorganet deltaga i varje nytt civilt rymdprojekt som den ämnar genomföra, antingen ensam eller i samarbete med annan medlemsstat. I detta syfte:

- a. Skall varje medlemsstat underrätta rymdorganets generaldirektör om varje projekt av detta slag innan dess fas B påbörjas (projektdefinitionsfasen);
- b. Bör tidsplanen och innehållet i förslag till projektdeltagande göra det möjligt för andra medlemsstater att svara för en betydande del av arbetet med projektet; rymdorganet skall i ett tidigt skede upplysas om de eventuella skäl som förhindrar detta samt om de villkor som den initiativtagande medlemsstaten kan önska ställa upp för överlåtandet av arbete på andra medlemsstater;
- c. Skall den medlemsstat som tagit initiativ till projektet förklara den föreslagna uppläggningsen av projektets tekniska ledning och ange skälen därför;
- d. Skall den medlemsstat som tagit initiativ till projektet göra sitt bästa för att ta hänsyn till samtliga rimliga svar med förbehåll för att överenskommelse nås om kostnadsnivån och sättet för fördelningen av kostnaderna och arbetet inom ramen för den tidsplan som krävs av projektbeslutet; den skall sedan framlägga ett formellt förslag i enlighet med bilaga III såvida projektet skall utföras enligt villkoren i nämnda bilaga;
- e. Skall utförandet av ett projekt inom ramen för rymdorganet inte uteslutas bara därför att det inte lyckats att få andra medlemsstater att deltaga i den omfattning som ursprungligen föreslagits av den medlemsstat som tagit initiativ till projektet.

Artikel II. Medlemsstaterna skall göra sitt bästa för att säkerställa att de bilaterala eller multilaterala rymdprojekt som de genomför i samarbete med icke-medlemsstater inte inverkar menligt på rymdorganets vetenskapliga, ekonomiska eller industriella syften. De skall i synnerhet:

- a. Upplysa rymdorganet om sådana projekt i den mån de anser att detta inte skulle menligt inverka på projekten;
- b. Diskutera sålunda delgivna projekt med de övriga medlemsstaterna i syfte att skapa en ram för ett bredare deltagande. Om ett bredare deltagande befinner sig möjligt skall de förfaranden som fastställts i artikel I, b-e tillämpas.

BILAGA V

INDUSTRIPOLITIK

Artikel I. 1. Vid genomförandet av den industripolitik som avses i artikel VII i konventionen skall generaldirektören handla i överensstämmelse med bestämmelserna i denna bilaga och rådets direktiv.

2. Rådet skall hålla överblick över potentialen och strukturen hos industrin med tanke på rymdorganets verksamhet, särskilt:

- a. Industrins allmänna struktur och industrigrupperingar;
- b. Önskvärd specialiseringsgrad inom industrin och metoder att uppnå den;
- c. Samordningen av tillämplig nationell industripolitik;
- d. Växelverkan med andra internationella organs tillämpliga industripolitik;

- e. Förhållandet mellan industriell produktionskapacitet och möjliga marknader;
 - f. Organiserandet av kontakter med industrin;
- för att rådet skall kunna övervaka och om så erfordras anpassa rymdorganets industripolitik.

Artikel II. 1. Vid utläggning av kontrakt skall rymdorganet giva företrädare åt medlemsstaternas industri och organisationer. Inom varje fakultativt program som omfattas av artikel V, 1, b i konventionen skall dock särskilt företrädare lämnas åt de deltagande staternas industri och organisationer.

2. Rådet skall fastställa om och i vilken omfattning rymdorganet kan avvika från ovan nämnda preferensbestämmelser.

3. Frågan om ett företag skall anses tillhöra en av medlemsstaterna skall avgöras i ljuset av följande omständigheter: platsen för företagets säte, dess beslutscentra och forskningscentra samt det territorium på vilket arbetet skall utföras. I tveksamma fall skall rådet avgöra om ett företag skall betraktas såsom hörande till en av medlemsstaterna eller inte.

Artikel III. 1. I ett tidigt skede av upphandlingen och innan anbudsfordran sänds ut skall generaldirektören för rådets godkännande underställa det sitt förslag till den upphandlingspolitik som skall följas för varje kontrakt,

- a. Vars beräknade värde överstiger gränser som närmare anges i reglerna för industripolitiken och vilka beror av arbetets art; eller,
- b. Vilket enligt generaldirektörens mening inte tillfredsställande täckes av reglerna för industripolitiken eller av ytterligare riktlinjer som rådet fastställt eller vilket kan komma i konflikt med dessa regler eller riktlinjer.

2. De i punkt 1, b omnämnda riktlinjerna skall fastställas från tid till annan av rådet om det anser dem kunna vara till hjälp för att särskilja de områden inom vilka förhandsgranskning är nödvändig enligt punkt 1.

3. Rymdorganets kontrakt skall avslutas direkt av generaldirektören och utan vidare indragande av rådet utom i följande fall:

- a. Då värderingen av mottagna anbud föranleder en rekommendation av leverantör som strider mot antingen av rådet tidigare givna instruktioner enligt villkoren i punkt 1 eller allmänna riktlinjer för industripolitiken som antagits som följd av rådets studier enligt artikel I, 2; generaldirektören skall då underställa rådet ärendet för avgörande varvid han skall utveckla skälen varför han anser en avvikelse nödvändig samt ange huruvida ett annat rådsbeslut tekniskt, operationellt eller på annat sätt skulle utgöra ett välbetänkt alternativ;
- b. Då rådet av särskilda skäl har beslutat att företaga ny granskning innan ett kontrakt avslutas.

4. Generaldirektören skall med regelbundna mellanrum som skall närmare bestämmas rapportera till rådet om kontrakt som avslutats under den gångna perioden samt om de kontraktsåtgärder som planerats för den följande perioden så att rådet kan följa hur organets industripolitik förverkligas.

Artikel IV. Den geografiska fördelningen av alla rymdorganets kontrakt skall regleras genom följande allmänna regler:

1. En medlemsstats totala utbyteskoefficient skall utgöras av förhållandet mellan dess procentuella andel av det totala värdet av de kontrakt som placerats bland alla medlemsstaterna och dess procentuella andel av de totala bidragen. Vid beräkning av denna totala utbyteskoefficient skall dock hänsyn inte tas till kontrakt som placerats i eller bidrag erlagda av medlemsstaterna inom ramen för ett program som beslutats:

- a. Enligt artikel VIII i konventionen om upprättande av Organisationen för europeisk rymdforskning, förutsatt att den tillämpliga överenskommelsen innehåller bestämmelser därom eller att alla deltagande stater senare enhälligt samtycker därtill;

b. Enligt artikel V, 1, b i denna konvention förutsatt att alla ursprungligen deltagande stater enhälligt samtycker därtill.

2. Vid beräkning av utbyteskoefficienterna skall värdet av varje kontrakt vägas med en faktor som beror av dess teknologiska intresse. Vägningfaktorerna skall närmare bestämmas av rådet. Mer än en vägningfaktor kan tillämpas för ett och samma kontrakt då det har ett betydande värde.

3. Fördelningen av de av rymdorganet utlagda kontrakten bör i idealfallet leda till att samtliga stater får den totala utbyteskoefficienten 1.

4. Utbyteskoefficienten skall beräknas kvartalsvis och visas ackumulerad för de formella granskningar som avses i punkt 5.

5. Formella granskningar av hur kontrakten fördelats geografiskt skall äga rum vart tredje år.

6. Kontraktsfördelningen mellan två formella granskningar bör vara sådan att vid tidpunkten för varje formell granskning den ackumulerade utbyteskoefficienten för varje medlemsstat inte avsevärt avviker från idealvärdet. För den första treårsperioden har nedre gränsen för den ackumulerade utbyteskoefficienten fastställts till 0,8. Vid tiden för varje formell granskning kan rådet ändra värdet av denna nedre gräns för följande treårsperiod. Den får dock aldrig understiga 0,8.

7. Särskilda beräkningar av utbyteskoefficienten skall göras och rapporteras till rådet för olika slag av kontrakt som detta skall närmare ange, särskilt vad beträffar avancerade forsknings- och utvecklingskontrakt och kontrakt avseende projektrelaterad teknologi. Generaldirektören skall med regelbundna mellanrum, som skall närmare anges, diskutera dessa beräkningar med rådet för att nå fram till vilka åtgärder som erfordras för att rätta till eventuella brister i jämviktssläget.

Artikel V. 1. Om en medlemsstats totala utbyteskoefficient vid någon av de formella granskningar som skall företagas vid slutet av varje treårsperiod befinnes understiga den nedre gräns som angivits i artikel IV, 6 skall generaldirektören framlägga förslag för rådet, ägnade att rätta till situationen inom ett år. Dessa förslag skall hållas inom ramen för rymdorganets regler för utläggning av kontrakt.

2. Om bristerna i jämviktssläget kvarstår efter denna ettårsperiod skall generaldirektören underställa rådet förslag i vilka behovet att rätta till situationen tar över rymdorganets regler för utläggning av kontrakt.

Artikel VI. Beslut som är industripolitiskt motiverat och vilket har till följd att visst företag eller viss organisation i medlemsstat utesluts från att konkurrera om rymdorganets kontrakt inom ett visst område fordrar medgivande av den medlemsstaten.

ZU URKUND DESSEN haben die unterzeichneten, hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten dieses Übereinkommen unterschrieben.

GESCHEHEN zu Paris, am 30. Mai 1975, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der französischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften.

In anderen Amtssprachen der Mitgliedstaaten abgefasste Wortlaute dieses Übereinkommens werden durch einstimmigen Beschluss aller Mitgliedstaaten verbindlich gemacht. Diese Wortlaute werden im Archiv der französischen Regierung hinterlegt, die allen Unterzeichnerstaaten und allen beitretenden Staaten beglaubigte Abschriften übermittelt.

IN WITNESS WHEREOF, the undersigned plenipotentiaries, having been duly authorised thereto, have signed this Convention.

DONE at Paris, on 30 May 1975, in the German, English, Spanish, French, Italian, Dutch and Swedish languages, all these texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of France, which shall transmit certified copies to all signatory and acceding States.

Texts of this Convention drawn up in other official languages of the Member States of the Agency shall be authenticated by a unanimous decision of all Member States. Such texts shall be deposited in the archives of the Government of France, which shall transmit certified copies to all signatory and acceding States.

EN FE DE LO CUAL los plenipotenciarios infrascritos, debidamente autorizados al efecto, firman el presente Convenio.

HECHO en París, el 30 de mayo de 1975, en los idiomas alemán, español, francés, holandés, inglés, italiano y sueco, haciendo igualmente fe todos estos textos, en un único ejemplar original, que será depositado en los archivos del Gobierno francés, el cual expedirá copias certificadas conformes a todos los Estados signatarios o que se adhieran.

Los textos del presente Convenio redactados en otros idiomas oficiales de los Estados miembros serán autenticados por decisión unánime de todos los Estados miembros. Dichos textos serán depositados en los archivos del Gobierno francés, el cual expedirá copias certificadas conformes a todos los Estados signatarios o que se adhieran.

EN FOI DE QUOI les plénipotentiaires soussignés, dûment autorisés à cet effet, ont signé la présente Convention.

FAIT à Paris, le 30 mai 1975, dans les langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne, néerlandaise et suédoise, tous ces textes faisant également foi, en un exemplaire original unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement français, lequel en délivrera des copies certifiées conformes à tous les Etats signataires ou adhérents.

Des textes de la présente Convention rédigés en d'autres langues officielles des Etats membres seront authentifiés par décision unanime de tous les Etats membres. Ces textes seront déposés dans les archives du Gouvernement français, lequel en délivrera des copies certifiées conformes à tous les Etats signataires ou adhérents.

IN FEDE DI CHE i plenipotenziari sottoscritti, all'uopo debitamente autorizzati, hanno apposto la loro firma in calce alla Convenzione.

FATTO a Parigi, il 30 maggio 1975, nelle lingue tedesca, inglese, spagnola, francese, italiana, olandese e svedese; questi testi facenti tutti egualmente fede, in un unico esemplare originale che verrà depositato negli archivi del Governo francese, il quale ne rilascerà copie certificate conformi a tutti gli Stati firmatari o aderenti.

Testi della presente Convenzione redatti in altre lingue ufficiali degli Stati membri saranno autenticati per decisione unanime di tutti gli Stati membri. Tali testi saranno depositati negli archivi del Governo francese il quale ne rilascerà copie certificate conformi a tutti gli Stati firmatari o aderenti.

TEN BLIJKE WAARVAN de ondergetekende gevolmachtigden, daartoe behoorlijk gemachtigd, dit Verdrag hebben ondertekend.

GEDAAN te Parijs, op 30 mei 1975, in de Duitse, de Engelse, de Franse, de Italiaanse, de Nederlandse, de Spaanse en de Zweedse taal, zijnde al deze teksten gelijkelijk authentiek, in één enkel exemplaar, dat zal worden nedergelegd in het archief van de Franse Regering, die daarvan gewaarmerkte afschriften doet toekomen aan alle ondertekenende of toetredende Staten.

Teksten van dit Verdrag opgesteld in andere officiële talen van de Lid-Staten worden bij een met eenparigheid van stemmen genomen besluit van alle Lid-Staten authentiek verklaard. Deze teksten worden nedergelegd in het archief van de Franse Regering, die daarvan gewaarmerkte afschriften doet toekomen aan alle ondertekenende of toetredende Staten.

TILL BEKRÄFTELSE HÄRAV har undertecknade därtill vederbörligen befullmäktigade av sina respektive regeringar underskrivit denna konvention.

SOM SKEDDE i Paris den 30 maj 1975 på tyska, engelska, spanska, franska, italienska, holländska och svenska språken vilka samdiga har samma vitsord, i ett enda original som skall deponeras i franska regeringens arkiv och denna skall tillstålla samtliga signatärstater och anslutna stater bestyrkta avskrifter härav.

Texter till denna konvention som avfattats på andra officiella språk i rymdorganets medlemsstater skall bestyrkas genom enhälligt beslut av samdiga medlemsstater. Dessa texter skall deponeras i franska regeringens arkiv och denna skall tillstålla samtliga signatärstater och anslutna stater bestyrkta avskrifter härav.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Por la República Federal de Alemania
Pour la République fédérale d'Allemagne
Per la Repubblica federale di Germania
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
För Förbundsrepubliken Tyskland

SIGISMUND Freiheit VON BRAUN
HANS MATTHÖFER

Für das Königreich Belgien
For the Kingdom of Belgium
Por el Reino de Bélgica
Pour le Royaume de Belgique
Per il Regno del Belgio
Voor het Koninkrijk België
För Konungariket Belgien

CH. DE KERCHOVE

Für das Königreich Dänemark
For the Kingdom of Denmark
Por el Reino de Dinamarca
Pour le Royaume du Danemark
Per il Regno della Danimarca
Voor het Koninkrijk Denemarken
För Konungariket Danmark

PAUL FISCHER

Für den Spanischen Staat
For Spain
Por España
Pour l'Espagne
Per la Spagna
Voor Spanje
För Spanien

MIGUEL DE LOJENDIO

Für die Französische Republik
For the French Republic
Por la República Francesa
Pour la République française
Per la Repubblica francese
Voor de Franse Republiek
För Franska Republiken

MICHEL D'ORNANO

Für Irland
For Ireland
Por Irlanda
Pour l'Irlande
Per Irlanda
Voor Ierland
För Irland

DAVID NELIGAN

Für die Italienische Republik
 For the Italian Republic
 Por la República Italiana
 Pour la République italienne
 Per la Repubblica italiana
 Voor de Italiaanse Republiek
 För Italienska Republiken

MARIO PEDINI

Für das Königreich Norwegen
 For the Kingdom of Norway
 Por el Reino de Noruega
 Pour le Royaume de Norvège
 Per il Regno di Norvegia
 Voor het Koninkrijk Noorwegen
 För Konungariket Norge

Für das Königreich der Niederlande
 For the Kingdom of the Netherlands
 Por el Reino de los Países Bajos
 Pour le Royaume des Pays-Bas
 Per il Regno dei Paesi Bassi
 Voor het Koninkrijk der Nederlanden
 För Konungariket Nederländerna

Onder voorbehoud van aanvaarding¹
 J. A. DE RANITZ

Für das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland
 For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
 Por el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte
 Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
 Per il Regno Unito della Gran Bretagna e Irlanda del Nord
 Voor het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland
 För Förenade Konungariket Storbritannien och Nordirland

BESWICK

¹ Subject to acceptance — Sous réserve d'acceptation.

Für das Königreich Schweden
For the Kingdom of Sweden
Por el Reino de Suecia
Pour le Royaume de Suède
Per il Regno di Svezia
Voor het Koninkrijk Zweden
För Konungariket Sverige

Sous réserve de ratification¹
INGEMAR HÄGGLÖF

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft
For the Swiss Confederation
Por la Confederación Suiza
Pour la Confédération suisse
Per la Confederazione Svizzera
Voor de Zwitserse Bondsstaat
För Schweiziska Edsförbundet

PIERRE DUPONT

¹ Subject to ratification.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

SCHLUSSAKTE DER KONFERENZ DER BEVOLLMÄCHTIGTEN ZUR GRÜNDUNG EINER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION

1. Die Europäische Weltraumkonferenz hat am 20. Dezember 1972 beschlossen, aus der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation (ESRO) und der Europäischen Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern (ELDO) eine neue Organisation mit dem Namen Europäische Weltraumorganisation zu bilden. Der Stellvertreterausschuss der Europäischen Weltraumkonferenz hat eine Arbeitsgruppe «Europäische Weltraumorganisation» eingesetzt und sie beauftragt, sich mit der Verwirklichung dieses Beschlusses zu befassen. Auf der Grundlage der Beratungen des Stellvertreterausschusses der Europäischen Weltraumkonferenz und der Arbeitsgruppe «Europäische Weltraumorganisation» hat das Sekretariat der Europäischen Weltraumkonferenz den Entwurf eines Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation ausgearbeitet.

2. Die Europäische Weltraumkonferenz hat am 31. Juli 1973 ihren Beschluss vom 20. Dezember 1972 bestätigt und die bei den Beratungen erarbeiteten Grundsätze gebilligt. Sie hat am 15. April 1975 den Entwurf eines Übereinkommens gebilligt.

3. Auf Einladung der französischen Regierung und nach Konsultation mit dem Vorsitzenden der Europäischen Weltraumkonferenz ist am 30. Mai 1975 in Paris im Aussenministerium eine Konferenz der Bevollmächtigten zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation zusammengetreten.

4. Es waren vertreten:

a. die Regierungen der folgenden Staaten:

- durch Delegierte: das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, Irland, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Norwegen, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, der Spanische Staat und das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland;
- durch Beobachter: der Australische Bund und die Republik Österreich;

b. die folgenden internationalen Organisationen:

- der Europarat, die Europäische Weltraumforschungs-Organisation und die Europäische Organisation für die Entwicklung und den Bau von Raumfahrzeugträgern.

5. Die Konferenz hat ihr Büro wie folgt gebildet:

Vorsitzender: Herr M. d'Ornano (Frankreich)

Sekretär: Herr R. Gibson, Generaldirektor der ESRO

und einen Ausschuss zur Prüfung der Vollmachten eingesetzt, dessen Vorsitzender Herr P. Creola (Schweiz) ist, dem Herr C. Fernández-Espeso (Spanien) und Herr E. Winther (Dänemark) zur Seite stehen.

Die Konferenz hat den Bericht des Ausschusses zur Prüfung der Vollmachten angenommen.

6. Die Konferenz hat den Bericht des Vorsitzenden der Europäischen Weltraumkonferenz über die Massnahmen entgegengenommen, die zur Durchführung der Beschlüsse der Europäischen Weltraumkonferenz vom 20. Dezember 1972 und

31. Juli 1973 getroffen wurden. Sie hat insbesondere von den Fortschritten bei den im gemeinsamen europäischen Rahmen unternommenen Programmen, dem Programm für das Weltraumlaboratorium SPACELAB, dem Seenavigationssatelliten-Programm MAROTS und dem Trägerraketenprogramm ARIANE, Kenntnis genommen. Sie hat ferner Kenntnis genommen von den Entschliessungen des Rates der ESRO und des Rates der ELDO sowie von den anderen bereits getroffenen oder noch zu treffenden Massnahmen zur Übernahme der Vermögenswerte und des Personals durch die Europäische Weltraumorganisation, die die Kontinuität der laufenden Programme und Tätigkeiten sicherstellen sollen.

7. Die Konferenz der Bevollmächtigten hat auf der Grundlage der von der Europäischen Weltraumkonferenz am 15. April 1975 angenommenen Entschliessung den Wortlaut des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation angenommen. Dieses Übereinkommen umfasst fünf Anlagen, die Bestandteil des Übereinkommens sind.

8. Ausserdem hat die Konferenz die beigelegten 10 Entschliessungen angenommen.

9. Die Konferenz hat beschlossen, dass das Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation am 30. Mai 1975 zur Unterzeichnung aufgelegt werden soll und bis zum 31. Dezember 1975 zur Unterzeichnung aufliegen soll.

10. Die Konferenz hat zur Kenntnis genommen, dass das Übereinkommen nach Artikel XXI in Kraft tritt, wenn die folgenden Staaten, die Mitglieder der ESRO oder der ELDO sind, es unterzeichnet und ihre Ratifikations- oder Annahmeerkläre bei der französischen Regierung hinterlegt haben: das Königreich Belgien, das Königreich Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland, die Französische Republik, die Italienische Republik, das Königreich der Niederlande, das Königreich Schweden, die Schweizerische Eidgenossenschaft, der Spanische Staat und das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland.

ENTSCHLIESSUNG NR. 1

DE-FACTO-AUFNAHME DER TÄTIGKEIT DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION

Die Konferenz

Empfiehlt, dass die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat der ESRO und im Rat der ELDO vom Tag nach der Unterzeichnung der Schlussakte an gemeinsam tagen und damit im Vorgriff auf die Einsetzung des Rates der Europäischen Weltraumorganisation handeln;

Empfiehlt, damit die Organisation ihre Tätigkeit an dem oben genannten Tag *de facto* aufnehmen kann, bei der Anwendung der Übereinkommen zur Gründung der ESRO und der ELDO den Bestimmungen des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation soweit wie möglich Rechnung zu tragen;

Ersucht die französische Regierung als Verwahrregierung, alle notwendigen Massnahmen zu treffen, um den Rat der Organisation innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Übereinkommens zu seiner ersten Tagung einzuberufen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 2

ÜBERNAHME DER RECHTE UND PFLICHTEN DER ELDO

Die Konferenz,

In der Erwägung, dass einerseits nach Artikel XIX des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation diese Organisation alle Rechte und Pflichten der ESRO und ELDO übernimmt und andererseits die gegenwärtige Abwicklung der Programme der ELDO fortgesetzt wird;

Empfiehlt dem Rat der ELDO und dem Rat der ESRO, die gemeinsam tagen und damit im Vorgriff auf die Einsetzung des Rates der Europäischen Weltraumorganisation handeln, so bald wie möglich und jedenfalls vor Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation eine detaillierte Aufstellung der Rechte und Pflichten der ELDO zu prüfen, deren Übernahme für die Tätigkeiten und Programme der Europäischen Weltraumorganisation von Nutzen wäre, und die daher von der ESRO übernommen werden könnten; diese wird ihre Tätigkeit bis zum Inkrafttreten des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation unter dem Namen Europäische Weltraumorganisation ausüben;

Stellt fest, dass die nicht in der vorgenannten detaillierten Aufstellung aufgeführten Rechte und Pflichten der ELDO von der ESRO nicht übernommen werden, und dass die sich aus diesen Rechten und Pflichten ergebenden Kosten von denjenigen Mitgliedstaaten der Organisation getragen werden, die sie als Mitgliedstaaten der ELDO im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation tragen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 3

NACHGEORDNETE GREMIEN DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION

Die Konferenz

Stellt fest, dass der Rat der Europäischen Weltraumorganisation angesichts der Bedeutung der ihm übertragenen Aufgaben in bestimmten Bereichen der Unterstützung durch nachgeordnete Gremien bedarf;

Ist der Auffassung, dass dem Rat die Unterstützung dieser nachgeordneten Gremien insbesondere im Bereich der Verwaltung und Finanzen, von allem in bezug auf die wirtschaftlichen und finanziellen Aspekte der Programme, sowie im Bereich der grundlegenden Tätigkeiten, des wissenschaftlichen Programms und der Industriepolitik zuteil werden sollte;

Fordert den Rat auf, ausser dem im Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation genannten Ausschuss für das wissenschaftliche Programm die erforderlichen nachgeordneten Gremien einzusetzen;

Nimmt zur Kenntnis, dass für die laufenden fakultativen Programme Programmräte bestehen, dass aber das Übereinkommen die Einsetzung solcher Programmräte für künftige fakultative Programme nicht vorschreibt;

Fordert den Rat und die Teilnehmerstaaten der laufenden fakultativen Programme auf, gemeinsam zu einem baldigen Zeitpunkt jede wünschenswert erscheinende Änderung des Verfahrens zur Überwachung dieser Programme, die mit dem Geiste des Übereinkommens und den Rechten der Teilnehmerstaaten aus den bestehenden Vereinbarungen vereinbar ist, zu prüfen;

Ist der Ansicht, dass der Rat geeignete Vorkehrungen für die Überwachung künftiger fakultativer Programme insbesondere unter Berücksichtigung der Interessender Benutzer treffen muss.

ENTSCHLIESSUNG NR. 4

FAKULTATIVE PROGRAMME DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION

Die Konferenz

Nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, in welchem Masse die laufenden fakultativen Programme zur Zeit von den Mitgliedstaaten unterstützt werden;

Ist der Auffassung, dass eine fortdauernde umfassende Beteiligung an der Gesamtheit der fakultativen Programme Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der Europäischen Weltraumorganisation ist;

Nimmt die Absicht der Mitgliedstaaten zur Kenntnis, die im Dezember 1971 im Rat der ESRO erzielte Einigung über die Programme nicht in Frage zu stellen;

Empfiehlt daher den Regierungen, dafür zu sorgen, dass die Organisation eine ihre Lebensfähigkeit gewährleistende Anzahl von fakultativen Programmen durchführt und jedes dieser Programme von möglichst vielen Mitgliedstaaten finanziert wird.

ENTSCHLIESSUNG NR. 5

ANWENDUNGSPROGRAMME

Die Konferenz

Bekräftigt ihren Willen, Europa durch die Entwicklung geeigneter Systeme eine angemessene Stellung auf dem Markt der weltraumtechnischen Anwendungen zu verschaffen;

Ist der Auffassung, dass die Programme der Europäischen Weltraumorganisation die Entwicklung operationeller Systeme, die für die Benutzer annehmbar sind und von ihnen betrieben werden, fördern sollen;

Erkennt an, dass eine Abstimmung unter den Benutzern notwendig ist, damit die für die Verwirklichung dieses Ziels erforderlichen Organe zu gegebener Zeit eingesetzt werden können;

Fordert die Organisation auf, schon in der Definitionsphase der von ihr entwickelten Erzeugnisse die erforderliche Konsultationen mit den Benutzern herbeizuführen, um die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Durchführung der Politik auf dem Gebiet der weltraumtechnischen Anwendungen zu schaffen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 6

TRÄGERRAKETEN UND ANDERE RAUMTRANSPORTSYSTEME

Die Konferenz,

Eingedenk des von der Europäischen Weltraumkonferenz am 20. Dezember 1972 gefassten Beschlusses zur Inangriffnahme der Programme ARIANE und SPACELAB;

In der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten daraufhin beträchtliche Mittel in die Entwicklung dieser Trägerrakete und dieses Raumtransportsystems investiert haben;

Bestätigt, dass die Mitgliedstaaten übereingekommen sind, den im Rahmen der Programme der Europäischen Weltraumforschungs-Organisation und der Europäischen Weltraumorganisation entwickelten Erzeugnissen Vorrang einzuräumen und ihre Verwendung zu fördern;

Empfiehlt daher, dass sich die Organisation nach Artikel VIII des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation bemüht, ihre Missionen so zu planen

und die technischen Merkmale der von ihr entwickelten Satelliten und anderen Weltraum-systeme so festzulegen, dass die grösstmögliche Verwendung der in Europa vorhandenen Trägerraketen und anderen Raumtransportsysteme gewährleistet ist.

ENTSCHLIESSUNG NR. 7

NUTZUNG DES POTENTIALS UND DER ANLAGEN DER MITGLIEDSTAATEN

Die Konferenz,

In der Erkenntnis, dass das Potential und die Anlagen, die die Europäische Weltraum-organisation entwickelt hat oder die ihr gehören, mit Vorrang genutzt werden müssen und die Errichtung überflüssiger Anlagen in Europa vermieden werden muss;

Fordert die Organisation auf, bei Bedarf das Potential und die Anlagen der Mitgliedstaaten zu nutzen, sofern dies wirtschaftlich gerechtfertigt ist;

Billigt den Grundsatz, dass die aus der Nutzung dieses Potentials und dieser Anlagen für eine Tätigkeit oder ein Programm der Organisation entstehenden Kosten von dem betreffenden Haushalt der Organisation getragen werden, wobei die Zusammensetzung und die Berechnungsweise dieser Kosten im Einzelfall von den Teilnehmerstaaten vereinbart werden;

Fordert die Organisation auf, die entsprechenden Massnahmen zu ergreifen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 8

GEBRAUCH DER SPRACHEN

Die Konferenz,

In Anbetracht der Notwendigkeit, vor der Unterzeichnung des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation die Frage des künftigen Gebrauchs der Sprachen in dieser Organisation zu klären;

Unter Berücksichtigung des Wunsches, einerseits den Mitgliedstaaten die Darlegung ihrer Auffassungen in den Gremien der Organisation zu erleichtern und andererseits der Organisation Verfahrensvorschriften zu geben, die sowohl ihre Leistungsfähigkeit wie auch den wirtschaftlichen Einsatz ihrer Mittel gewährleisten;

Vereinbart, dass für die Organisation folgende Regelung gelten soll:

1. In den Sitzungen der Organe, Ausschüsse oder Arbeitsgruppen der Organisation können die deutsche, englische und französische Sprache benutzt werden; die Übertragung in diese drei Sprachen wird sichergestellt.

2. Für Schriftstücke gilt folgendes:

- a. Amtliche Schriftstücke der Organisation, die das Aktenzeichen des Rates, eines seiner nachgeordneten Gremien oder einer Arbeitsgruppe tragen, werden in deutscher, englischer und französischer Sprache herausgegeben.
- b. Alle anderen Schriftstücke der Organisation werden in Englisch und Französisch herausgegeben.
- c. Schriftstücke der Mitgliedstaaten, die wissenschaftliche, technische, rechtliche oder Verwaltungsfragen betreffen, sind möglichst in Englisch oder Französisch an die Organisation zu richten, können jedoch auch in einer anderen Sprache eines Mitgliedstaates an die Organisation gesandt werden.

3. Ausserdem kann in den Sitzungen des Rates und seiner nachgeordneten Gremien, in denen das SPACELAB-Programm betreffende Fragen erörtert werden, die italienische Sprache benutzt werden; die Übertragung in diese Sprache wird sichergestellt; die amtlichen

Schriftstücke der Organisation, die das Aktenzeichen des Rates oder eines seiner nachgeordneten Gremien tragen und dieses Programm betreffen, werden auch in italienischer Sprache herausgegeben.

4. Auf Antrag der Delegation eines Mitgliedstaates werden Vorkehrungen für den Gebrauch einer anderen, in Absatz 1 und Absatz 2 Buchstaben *a* und *b* nicht genannten Sprache eines Mitgliedstaates in einer in Absatz 1 genannten Sitzung oder für die Übersetzung eines in Absatz 2 Buchstabe *a* oder *b* genannten Schriftstückes in diese Sprache getroffen; ein solcher Antrag wird jedoch nur für Sitzungen oder Schriftstücke gestellt, an denen der betreffende Mitgliedstaat ein besonderes Interesse hat.

5. Im Schriftverkehr bedient sich die Organisation im allgemeinen der englischen oder französischen Sprache; die Delegationen führen ihren Schriftwechsel mit der Organisation möglichst in Englisch oder Französisch; sie können ihn jedoch, wenn sie es für zweckmässig halten, auch in einer anderen Sprache eines Mitgliedstaates führen.

Betont, dass nicht beabsichtigt ist, durch die Anwendung dieser Regelung eine Zunahme der Übersetzungen für den internen Gebrauch der Organisation herbeizuführen;

Gibt dem dringenden Wunsch Ausdruck, dass die Mitgliedstaaten von diesen Möglichkeiten wie bisher in einer Weise Gebrauch machen, dass Mehrausgaben und Verwaltungsschwierigkeiten auf ein Mindestmass beschränkt werden;

Empfiehlt, dass die Regelung der Sprachenfrage vom Rat der Organisation überprüft wird, wenn zu irgendeinem Zeitpunkt der Eindruck entsteht, dass die Delegationen von den oben genannten Möglichkeiten einen unangemessenen Gebrauch machen.

ENTSCHLIESSUNG NR. 9

AUF DAS PERSONAL DER EUROPÄISCHEN WELTRAUMORGANISATION ANWENDBARE STEUERBESTIMMUNGEN

Die Konferenz

Empfiehlt, dass die Organisation zur Anwendung der Artikels XVIII der Anlage I des Übereinkommens zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation dem Generaldirektor und den Mitgliedern des Personals jedes Jahr für deren Steuerbehörden bestimmte Bescheinigungen über die Höhe ihrer Bezüge ausstellt und dass die gleiche Regelung entsprechend auf die an ehemalige Generaldirektoren und Mitglieder des Personals gezahlten Ruhegehälter und Renten angewendet wird.

ENTSCHLIESSUNG NR. 10

BEZIEHUNGEN ZUM EUROPARAT

Die Konferenz,

Angesichts des vom Europarat geäußerten Wunsches, Beziehungen zur Europäischen Weltraumorganisation aufzunehmen und damit die bestehenden Beziehungen zu der ESRO und der ELDO fortzusetzen;

Empfiehlt, dass der Rat der Europäischen Weltraumorganisation den Jahresbericht der Organisation dem Europarat zu Unterrichtung zusendet.

[SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL]

ACTA FINAL DE LA CONFERENCIA DE PLENIPOTENCIARIOS PARA LA CREACIÓN DE UNA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

1. La Conferencia Espacial Europea decidió, en su reunión de 20 de diciembre de 1972, la creación de una nueva organización llamada «Agencia Espacial Europea», que se formaría basándose en la Organización Europea de Investigaciones Espaciales (ESRO) y en la Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales (ELDO). El Comité de Suplentes de la Conferencia Espacial Europea creó el grupo de trabajo «Agencia Espacial Europea» encargado de estudiar la aplicación de dicha decisión. Fundándose en los debates del Comité de Suplentes de la Conferencia Espacial Europea y del grupo de trabajo «Agencia Espacial Europea», el Secretariado de la Conferencia Espacial Europea ha preparado un proyecto de Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea.

2. La Conferencia Espacial Europea confirmó, en su reunión de 31 de julio de 1973, su decisión de 20 diciembre de 1972 y aprobó las líneas generales de las orientaciones dadas a los estudios. Aprobó el 15 de abril de 1975 un proyecto de Convenio.

3. Convocada por el Gobierno francés, previa consulta con el Presidente de la Conferencia Espacial Europea, se ha reunido en París, el 30 de mayo de 1975, en el Ministerio de Asuntos Extranjeros, una Conferencia de Plenipotenciarios para la creación de una Agencia Espacial Europea.

4. Estuvieron representados,

a. Los Gobiernos de los siguientes Estados:

— Por delegados: República Federal de Alemania, Reino de Bélgica, Reino de Dinamarca, España, República Francesa, Irlanda, República Italiana, Reino de Noruega, Reino de los Países Bajos, Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte, Reino de Suecia y Confederación Suiza;

— Por observadores: Australia, República de Austria.

b. Las Organizaciones Internacionales siguientes : Consejo de Europa, Organización Europea de Investigaciones Espaciales y Organización Europea para la Puesta a Punto y Construcción de Lanzadores de Vehículos Espaciales.

5. La Conferencia constituyó su Mesa de la siguiente forma:

Presidente: Señor M. d'Ornano (Francia).

Secretario: Señor R. Gibson, Director general de ESRO

y constituyó una Comisión de verificación de poderes

Presidida por el Señor P. Creola (Suiza)

Asistido por el Señor C. Fernández-Espeso (España)

y por el Señor E. Winther (Dinamarca).

La Conferencia adoptó el informe de la Comisión de verificación de poderes.

6. La Conferencia oyó un informe del Presidente de la Conferencia Espacial Europea sobre las medidas adoptadas para la puesta en práctica de las decisiones de la Conferencia Espacial Europea de 20 de diciembre de 1972 y de 31 de julio de 1973. Tomó especialmente nota del avance de los programas emprendidos en un marco europeo común: el programa del laboratorio espacial Spacelab, el programa del satélite marítimo Marots y el programa del lanzador Ariane. Tomó nota igualmente de las resoluciones de los Consejos de ESRO y de ELDO, así como de las otras

medidas adoptadas o por adoptar respecto de la transferencia de bienes y de personal a la Agencia Espacial Europea, con objeto de permitir la continuidad de las actividades y de los programas en curso.

7. Basándose en la Resolución adoptada por la Conferencia Espacial Europea el 15 de Abril de 1975, la Conferencia de Plenipotenciarios adoptó el texto del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea. Dicho convenio tiene cinco anexos que son parte integrante del mismo.

8. La Conferencia aprobó además las diez Resoluciones adjuntas.

9. La Conferencia decidió que el Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea quedará abierto a la firma el 30 de mayo de 1975 y seguirá abierto hasta el 31 de diciembre de 1975.

10. La Conferencia notó que, según el artículo XXI, el Convenio entrará en vigor cuando lo hayan firmado y hayan depositado ante el Gobierno francés sus instrumentos de ratificación o de aceptación los siguientes Estados que son miembros de ESRO o de ELDO: República Federal de Alemania, Reino de Bélgica, Reino de Dinamarca, España, República Francesa, República Italiana, Reino de los Países Bajos, Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte, Reino de Suecia y Confederación Suiza.

RESOLUCIÓN N° 1

FUNCIONAMIENTO «DE FACTO» DE LA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

La Conferencia

Recomienda a los representantes de los Estados miembros en los Consejos de ESRO y de ELDO que se reúnan en sesión conjunta a partir del día siguiente al de la firma del Acta Final, actuando así como anticipación del establecimiento del Consejo de la Agencia Espacial Europea,

Recomienda, para que la Agencia pueda funcionar *de facto* desde el día citado, que en la aplicación de los Convenios de creación de ESRO y de ELDO se tengan en cuenta, en todo lo posible, las disposiciones del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea,

Invita al Gobierno francés, como Gobierno depositario, a que tome todas las medidas necesarias para convocar la primera sesión del Consejo de la Agencia en el plazo de un mes a contar de la entrada en vigor del Convenio.

RESOLUCIÓN N° 2

ASUNCIÓN DE LOS DERECHOS Y OBLIGACIONES DE ELDO

La Conferencia,

Considerando, de una parte, que según los términos del artículo XIX del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea, ésta hará suyos todos los derechos y obligaciones de ESRO y de ELDO, y que, de otra parte, proseguirá la liquidación actualmente en curso de los programas de ELDO,

Recomienda a los Consejos de ESRO y de ELDO, en sesión conjunta y actuando como anticipación del establecimiento del Consejo de la Agencia Espacial Europea el examen, tan pronto como sea posible y en todo caso antes de la entrada en vigor del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea, de un inventario detallado de los derechos y obligaciones de

ELDO que pudiesen ser útiles para las actividades y programas de la Agencia, y que, por lo tanto, pudiesen ser asumidos por ESRO, efectuando sus actividades bajo el nombre de «Agencia Espacial Europea», mientras no entre en vigor el Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea,

Nota que los derechos y obligaciones de ELDO no incluidos en el inventario detallado antes mencionado, no serán asumidos por ESRO y que todos los costos que de ello resulten quedarán a cargo de aquellos Estados miembros de la Agencia que, en tanto que Estados miembros de ELDO, los vinieran soportando en el momento de entrada en vigor del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea.

RESOLUCIÓN Nº 3

ÓRGANOS DEPENDIENTES DE LA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

La Conferencia

Constata que la importancia de las tareas confiadas al Consejo de la Agencia Espacial Europea implica que éste sea asistido en cierto número de campos por órganos dependientes,

Considera que la asistencia prestada al Consejo por tales órganos debe aplicarse especialmente en los campos de la administración y finanzas, especialmente bajo el punto de vista de los aspectos económico y financiero de los programas, y en los campos de las actividades básicas, del programa científico y de la política industrial,

Invita al Consejo a crear los órganos dependientes necesarios, además del Comité de programa científico mencionado en el Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea,

Nota que existen Consejos directores de programa competentes para los programas facultativos en curso, pero que el Convenio no impone la creación de tales Consejos de programa para los programas facultativos futuros,

Invita al Consejo y a los Estados participantes en los programas facultativos en curso a examinar conjuntamente, en breve, todos los cambios deseables en los procedimientos de supervisión de estos programas, cambios que deben ser compatibles con el espíritu del Convenio y con los derechos que los Estados participantes tienen de los Arreglos en vigor,

Considera que el Consejo deberá adoptar las medidas adecuadas para supervisar los programas facultativos futuros, teniendo en cuenta especialmente los intereses de los usuarios.

RESOLUCIÓN Nº 4

PROGRAMAS FACULTATIVOS DE LA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

La Conferencia

Toma nota con satisfacción del grado de apoyo actualmente prestado por los Estados miembros a los programas facultativos en curso,

Estima que la viabilidad de la Agencia Espacial Europea presupone el mantenimiento de una amplia participación en el conjunto de los programas facultativos,

Nota la intención de los Estados miembros de no volver sobre el acuerdo de programas logrado en diciembre de 1971 en el Consejo de ESRO,

Recomienda en consecuencia a los Gobiernos que procuren que la Agencia emprenda suficientes programas facultativos para garantizar su viabilidad, y que cada uno de estos programas sea financiado por el mayor número posible de Estados miembros.

RESOLUCIÓN N° 5

PROGRAMAS DE APLICACIONES

La Conferencia

Afirma su voluntad de ver a Europa tomar su puesto en el mercado de las aplicaciones espaciales mediante la realización de sistemas adecuados,

Considera que los programas de la Agencia Espacial Europea deben facilitar la realización de sistemas operacionales que sean aceptables para los usuarios y explotados por éstos,

Reconoce la necesidad de una concertación entre los usuarios con vistas a la creación en el momento oportuno de los órganos necesarios para conseguir este objetivo,

Invita a la Agencia a organizar las consultas necesarias con los usuarios, desde la fase de definición de los productos que realice, con objeto de crear las condiciones de éxito de una política de aplicaciones espaciales.

RESOLUCIÓN N° 6

LANZADORES Y OTROS SISTEMAS DE TRANSPORTE ESPACIALES

La Conferencia,

Recordando la decisión tomada por la Conferencia Espacial Europea el 20 de diciembre de 1972 de emprender los programas Ariane y Spacelab,

Considerando que los Estados miembros han realizado, en consecuencia, inversiones importantes para la realización de esos lanzadores y sistemas de transporte espaciales,

Afirma que los Estados miembros acuerdan otorgar la preferencia a los productos realizados en el marco de los programas de la Organización Europea de Investigaciones Espaciales y de la Agencia Espacial Europea, y fomentar su utilización,

Recomienda en consecuencia que la Agencia, de conformidad con las disposiciones del artículo VIII del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea, se esfuerce en concebir sus misiones y definir las características técnicas de los satélites y otros sistemas espaciales que realice de manera que se haga el mayor uso posible de los lanzadores y otros sistemas de transporte espaciales existentes en Europa.

RESOLUCIÓN N° 7

USO DEL POTENCIAL Y DE LAS INSTALACIONES DE LOS ESTADOS MIEMBROS

La Conferencia,

Reconociendo la necesidad de dar preferencia al uso del potencial y de las instalaciones desarrolladas por la Agencia Espacial Europea o de su propiedad, así como la necesidad de evitar la creación de instalaciones redundantes en Europa,

Invita a la Agencia a utilizar, cuando lo necesite, el potencial y las instalaciones de los Estados miembros, siempre que ello se justifique por consideraciones económicas.

Admite el principio de que cuando una actividad o un programa de la Agencia haga uso de dichos potencial e instalaciones, los gastos que resulten irán a cargo del presupuesto correspondiente de la Agencia, debiendo ser convenido caso por caso por los Estados participantes la composición de tales gastos y los métodos de su cálculo.

Invita a la Agencia a tomar las disposiciones adecuadas.

RESOLUCIÓN N° 8

UTILIZACIÓN DE LOS IDIOMAS

La Conferencia,

Considerando la necesidad de regular antes de la firma del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea la cuestión del empleo futuro de los idiomas en el marco de dicha Agencia,

Habida cuenta del deseo, por una parte, de facilitar a los Estados miembros la presentación de sus puntos de vista en el seno de los órganos deliberantes de la Agencia y, por otra parte, de dar a la Agencia unas reglas de procedimiento que garanticen a la vez la eficacia de sus trabajos y el empleo económico de sus fondos,

Acuerda que se aplicarán en la Agencia las reglas siguientes:

1. En lo que se refiere a las reuniones de cualquier órgano, comité o grupo de trabajo de la Agencia, podrán ser utilizados los idiomas alemán, francés e inglés, y se facilitará la interpretación en estos tres idiomas.

2. En lo que se refiere a los documentos se aplicarán las disposiciones siguientes:

a. Los documentos oficiales de la Agencia que lleven la referencia del Consejo, de uno de sus órganos dependientes o de un grupo de trabajo, serán publicados en alemán, francés e inglés.

b. Todos los demás documentos de la Agencia serán publicados en francés y en inglés.

c. Los documentos de carácter científico, técnico, jurídico o administrativo de los Estados miembros, deberán ser dirigidos a la Agencia preferentemente en francés o en inglés, pero podrán ser enviados a la Agencia en cualquier otro idioma de un Estado miembro.

3. Además, en las reuniones del Consejo o de sus órganos dependientes, en las que se discutan cuestiones relativas al programa Spacelab, se podrá utilizar el idioma italiano y se facilitará su interpretación; publicándose también en italiano los documentos oficiales de la Agencia que lleven la referencia del Consejo o de uno de sus órganos dependientes y que se refieran a este programa.

4. A petición de la delegación de un Estado miembro, se adoptarán las medidas adecuadas para la utilización de cualquier otro idioma de este Estado miembro que no esté mencionado en los párrafos 1, 2, *a* y 2, *b* en las reuniones mencionadas en el párrafo 1, o con el objeto de traducir a este idioma alguno de los documentos a que se refieren los párrafos 2, *a* o 2, *b*, quedando entendido que tal petición sólo se hará para una reunión o para un documento que tenga un interés particular para dicho Estado miembro.

5. La Agencia redactará normalmente su correspondencia en francés o en inglés; las delegaciones dirigirán su correspondencia a la Agencia preferentemente en francés o en inglés, pero si lo juzgan adecuado podrán hacerlo en cualquier otro idioma de un Estado miembro.

Subraya que, a su juicio, la aplicación de las reglas precedentes no debe conducir a un aumento de los trabajos de traducción para uso interno de la Agencia,

Expresa su encarecido deseo de que, como en el pasado, los Estados miembros usen esas facilidades esforzándose en reducir al mínimo los gastos suplementarios y las complicaciones administrativas,

Recomienda que los arreglos relativos a la utilización de los idiomas sean considerados de nuevo por el Consejo de la Agencia si resultase en un momento dado que las delegaciones han hecho uso excesivo de dichas facilidades.

RESOLUCIÓN N° 9

DISPOSICIONES FISCALES APLICABLES AL PERSONAL DE LA AGENCIA ESPACIAL EUROPEA

La Conferencia

Recomienda que, para la aplicación del artículo XVIII del anexo I del Convenio de creación de una Agencia Espacial Europea, la Agencia extienda cada año al Director General y a los miembros del personal sendas certificaciones destinadas a sus autoridades fiscales, señalando el importe de las remuneraciones satisfechas, y que iguales disposiciones se apliquen *mutatis mutandis* a las pensiones y rentas satisfechas a los ex-Directores Generales y a los ex-miembros del personal.

RESOLUCIÓN N° 10

RELACIONES CON EL CONSEJO DE EUROPA

La Conferencia,

Habiendo tomado nota del deseo expresado por el Consejo de Europa de establecer relaciones con la Agencia Espacial Europea para proseguir las que existían con ESRO y ELDO,

Recomienda al Consejo de la Agencia Espacial Europea que traslade el Informe anual de la Agencia al Consejo de Europa para su información.

ACTE FINAL DE LA CONFÉRENCE DES PLÉNIPOTENTIAIRES POUR L'ÉTABLISSEMENT D'UNE AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

1. La Conférence spatiale européenne a décidé, lors de sa réunion du 20 décembre 1972, qu'une nouvelle organisation, appelée « Agence spatiale européenne », serait établie à partir de l'Organisation européenne de recherches spatiales (CERS) et de l'Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux (CECLES). Le Comité des Suppléants de la Conférence spatiale européenne a institué un groupe de travail « Agence spatiale européenne » chargé d'étudier l'application de cette décision. Sur la base des débats du Comité des Suppléants et de la Conférence spatiale européenne et du groupe de travail « Agence spatiale européenne », le Secrétariat de la Conférence spatiale européenne a préparé un projet de Convention portant création d'une Agence spatiale européenne.

2. La Conférence spatiale européenne a confirmé sa décision du 20 décembre 1972, lors de sa réunion du 31 juillet 1973, et elle a approuvé dans leurs grandes lignes les orientations données aux études. Elle a approuvé le 15 avril 1975 un projet de Convention.

3. Sur convocation du Gouvernement français et après consultation avec le Président de la Conférence spatiale européenne, une conférence des plénipotentiaires pour l'établissement d'une Agence spatiale européenne s'est réunie à Paris le 30 mai 1975, au ministère des Affaires étrangères.

4. Étaient représentés :

a. Les Gouvernements des Etats suivants :

— Par des délégués : la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Royaume du Danemark, l'Espagne, la République française, l'Irlande, la République italienne, la Norvège, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et l'Irlande du Nord, le Royaume de Suède et la Confédération suisse;

— Par des observateurs : le Commonwealth d'Australie, la République d'Autriche;

b. Les organisations internationales suivantes : Conseil de l'Europe, Organisation européenne de recherches spatiales, Organisation européenne pour la mise au point et la construction de lanceurs d'engins spatiaux.

5. La Conférence a constitué son Bureau comme suit :

Président : Monsieur d'Ornano (France)

Secrétaire : Monsieur R. Gibson, Directeur du CERS

et a constitué une commission de vérification des pouvoirs présidée par Monsieur P. Créola, assisté de Monsieur C. Fernández-Espeso (Espagne) et de Monsieur E. Winther (Danemark).

La Conférence a adopté le rapport de la commission de vérification des pouvoirs.

6. La Conférence a entendu un rapport du Président de la Conférence spatiale européenne sur les mesures prises pour assurer la mise en œuvre des décisions de la Conférence spatiale européenne du 20 décembre 1972 et du 31 juillet 1973. Elle a pris note en particulier de l'avancement des programmes entrepris dans un cadre européen commun : le programme de laboratoire spatial Spacelab, le programme de satellite maritime Marots et le programme de lanceur Ariane. Elle a également noté les résolutions des Conseils du CERS et du CECLES ainsi que les autres mesures prises ou à prendre au sujet du transfert des biens et du personnel à l'Agence spatiale

européenne, de manière à permettre à celle-ci d'assurer la continuité des activités et des programmes en cours.

7. Sur la base de la résolution adoptée par la Conférence spatiale européenne le 15 avril 1975, la Conférence des plénipotentiaires a adopté le texte de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne. Cette convention comprend cinq annexes qui en forment partie intégrante.

8. En outre la Conférence a adopté les dix résolutions ci-annexées.

9. La Conférence a décidé que la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne sera ouverte à la signature le 30 mai 1975 et le demeurera jusqu'au 31 décembre 1975.

10. La Conférence a noté que, selon son article XXI, la Convention entre en vigueur lorsque les Etats suivants, qui sont membres du CERS ou du CECLES, l'ont signée et ont déposé leurs instruments de ratification ou d'acceptation auprès du Gouvernement français : la République fédérale d'Allemagne, le Royaume de Belgique, le Royaume du Danemark, l'Espagne, la République française, la République italienne, le Royaume des Pays-Bas, le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord, le Royaume de Suède et la Confédération suisse.

RÉSOLUTION N° 1

FONCTIONNEMENT «DE FACTO» DE L'AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

La Conférence

Recommande aux représentants des Etats membres aux Conseils du CERS et du CECLES de siéger en commun à partir du jour suivant la date de la signature de l'Acte final, agissant ains en anticipation de la création du Conseil de l'Agence spatiale européenne;

Recommande, afin que l'Agence puisse fonctionner *de facto* dès le jour précité, que dans l'application des Conventions portant création du CERS et du CECLES les dispositions de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne soient prises en considération dans toute la mesure possible;

Invite le Gouvernement français, en tant que Gouvernement dépositaire, à prendre toutes mesures nécessaires en vue de convoquer, dans un délai d'un mois à partir de l'entrée en vigueur de la Convention, la première session du Conseil de l'Agence.

RÉSOLUTION N° 2

REPRISE DES DROITS ET OBLIGATIONS DU CECLES

La Conférence,

Considérant d'une part que, aux termes de l'article XIX de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, cette dernière reprendra l'ensemble des droits et obligations du CERS et du CECLES, et d'autre part que la liquidation actuellement en cours des programmes du CECLES se poursuivra,

Recommande aux Conseils du CERS et du CECLES, siégeant en commun et agissant en anticipation de la création du Conseil de l'Agence spatiale européenne, d'examiner aussitôt que possible, et en tout cas avant l'entrée en vigueur de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, un inventaire détaillé des droits et obligations du CECLES qui pourraient être utiles aux activités et programmes de l'Agence et qui, en conséquence, pourraient être repris par le CERS conduisant ses activités sous le nom d'Agence spatiale

européenne», en attendant l'entrée en vigueur de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne;

Note que les droits et obligations du CECLES qui ne sont pas compris dans l'inventaire détaillé visé ci-dessus ne seront pas repris par le CERS et que tous les coûts en résultant seront à la charge des Etats membres de l'Agence qui, en tant qu'Etats membres du CECLES, les supportent au moment de l'entrée en vigueur de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne.

RÉSOLUTION N° 3

ORGANES SUBSIDIAIRES DE L'AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

La Conférence

Constata que l'importance des tâches imparties au Conseil de l'Agence spatiale européenne implique qu'il soit assisté dans un certain nombre de domaines par des organes subsidiaires;

Considère que l'assistance apportée au Conseil par de tels organes doit s'exercer notamment dans les domaines de l'administration et des finances, spécialement du point de vue des aspects économique et financier des programmes, et dans les domaines des activités de base, du programme scientifique et de la politique industrielle;

Invite le Conseil à créer les organes subsidiaires nécessaires en sus du Comité du programme scientifique mentionné dans la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne;

Note qu'il existe des Conseils directeurs de programme compétents pour les programmes facultatifs en cours, mais que la Convention n'impose pas la création de tels Conseils de programme pour les programmes facultatifs futurs;

Invite le Conseil et les Etats participant aux programmes facultatifs en cours à examiner en commun à bref délai tous les changements souhaitables dans les modalités du contrôle de ces programmes, ces changements devant être compatibles avec l'esprit de la Convention et avec les droits que les Etats participants tiennent des arrangements en vigueur;

Considère que le Conseil devra arrêter les modalités appropriées pour le contrôle des programmes facultatifs futurs, en tenant compte notamment des intérêts des utilisateurs.

RÉSOLUTION N° 4

PROGRAMMES FACULTATIFS DE L'AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

La Conférence

Prend acte avec satisfaction du degré de soutien actuellement accordé par les Etats membres aux programmes facultatifs en cours;

Estime que la viabilité de l'Agence spatiale européenne suppose le maintien d'une large participation à l'ensemble des programmes facultatifs;

Note l'intention des Etats membres de ne pas remettre en question l'accord sur les programmes réalisé en décembre 1971 au sein du Conseil du CERS;

Recommande en conséquence aux Gouvernements de veiller à ce que l'Agence entreprenne un nombre suffisant de programmes facultatifs pour assurer sa viabilité et à ce que le financement de chacun de ces programmes soit assuré par le plus grand nombre possible d'Etats membres.

RÉSOLUTION N° 5

PROGRAMMES D'APPLICATIONS

La Conférence

Affirme sa volonté de voir l'Europe prendre sa place sur le marché des applications spatiales par la réalisation de systèmes appropriés;

Considère que les programmes de l'Agence spatiale européenne doivent faciliter la réalisation de systèmes opérationnels qui seraient acceptables pour les utilisateurs et exploités par eux;

Reconnaît la nécessité d'une concertation entre les utilisateurs en vue de la création en temps opportun des organismes nécessaires pour atteindre cet objectif;

Invite l'Agence à organiser les consultations nécessaires avec les utilisateurs dès la phase de définition des produits qu'elle développe, en vue de créer les conditions du succès d'une politique des applications spatiales.

RÉSOLUTION N° 6

LANCEURS ET AUTRES SYSTÈMES DE TRANSPORT SPATIAUX

La Conférence,

Rappelant la décision prise par la Conférence spatiale européenne le 20 décembre 1972 d'entreprendre les programmes Ariane et Spacelab,

Considérant que les Etats membres ont procédé de ce fait à des investissements importants pour le développement de ces lanceurs et systèmes de transport spatiaux,

Affirme que les Etats membres conviennent d'accorder la préférence aux produits développés dans le cadre des programmes de l'Organisation européenne de recherches spatiales et de l'Agence spatiale européenne, et de promouvoir leur utilisation;

Recommande en conséquence que l'Agence, conformément aux dispositions de l'article VIII de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, s'efforce de concevoir ses missions et de définir les caractéristiques techniques des satellites et autres systèmes spatiaux qu'elle réalise de manière à assurer la plus large utilisation des lanceurs et autres systèmes de transport spatiaux existant en Europe.

RÉSOLUTION N° 7

UTILISATION DU POTENTIEL ET DES INSTALLATIONS DES ETATS MEMBRES

La Conférence,

Reconnaissant la nécessité d'utiliser en priorité le potentiel et les installations développés par l'Agence spatiale européenne ou qui sont sa propriété, ainsi que la nécessité d'éviter la création d'installations redondantes en Europe,

Invite l'Agence, lorsqu'elle en a besoin, à utiliser le potentiel et les installations des Etats membres, sous réserve que des considérations économiques le justifient;

Admet le principe que, dans le cas où une activité ou un programme de l'Agence fait appel à ce potentiel et à ces installations, les frais qui en résultent sont supportés par le budget approprié de l'Agence, la composition de ces frais et les modalités de leur calcul étant décidées cas par cas par les Etats participants;

Invite l'Agence à prendre les dispositions adéquates.

RÉSOLUTION N° 8

UTILISATION DES LANGUES

La Conférence,

Considérant la nécessité de régler, avant la signature de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, la question de l'utilisation future des langues dans le cadre de cette Agence;

Tenant compte du désir, d'une part, de faciliter aux Etats membres la présentation de leurs vues au sein des organes délibérants de l'Agence et, d'autre part, de donner à l'Agence des règles de procédure garantissant à la fois l'efficacité de ses travaux et l'emploi économique de ses fonds;

Convient que les règles suivantes s'appliqueront à l'Agence :

1. En ce qui concerne les réunions de tout organe, comité ou groupe de travail de l'Agence, les langues allemande, anglaise et française pourront être utilisées et l'interprétation sera assurée dans ces trois langues.

2. En ce qui concerne les documents, les dispositions suivantes s'appliqueront :

- a. Les documents officiels de l'Agence portant la cote du Conseil, de l'un de ses organes subsidiaires ou d'un groupe de travail seront publiés en allemand, en anglais et en français.
- b. Tous les autres documents établis par l'Agence seront publiés en anglais et en français;
- c. Les documents de caractère scientifique, technique, juridique ou administratif émanant des Etats membres devront de préférence être adressés à l'Agence en anglais ou en français, mais pourront être envoyés à l'Agence dans toute autre langue d'un Etat membre.

3. En outre, dans les réunions du Conseil ou de ses organes subsidiaires au cours desquelles les questions relatives au programme Spacelab seront discutées, la langue italienne pourra être utilisée et l'interprétation sera assurée; les documents officiels de l'agence portant la cote du Conseil ou de l'un de ses organes subsidiaires et concernant ce programme seront publiés également en italien.

4. A la demande de la délégation d'un Etat membre, des arrangements seront pris en vue de l'utilisation de toute langue de cet Etat membre autre que celles mentionnées aux paragraphes 1, 2, a, et 2, b, dans une des réunions visées au paragraphe 1, ou en vue de la traduction dans cette langue d'un des documents visés au paragraphe 2, a, ou 2, b, étant entendu qu'une telle demande ne sera faite que pour une réunion ou un document présentant pour cet Etat membre un intérêt particulier.

5. L'Agence rédigera normalement sa correspondance en anglais ou en français; les délégations adresseront leur correspondance à l'Agence de préférence en anglais ou en français, mais, si elles le jugent utile, elles pourront le faire dans toute autre langue d'un Etat membre.

Souligne que, dans son esprit, l'application des règles ci-dessus ne doit pas entraîner une augmentation des travaux de traduction destinés à l'usage interne de l'Agence;

Exprime le vœu instant que, comme par le passé, les Etats membres usent de ces facilités en s'efforçant de réduire au minimum les dépenses supplémentaires et les complications administratives;

Recommande que les arrangements relatifs à l'utilisation des langues soient reconsidérés par le Conseil de l'Agence si, à un moment quelconque, il apparaît qu'il est fait un usage excessif desdites facilités par les délégations.

RÉSOLUTION N° 9

DISPOSITIONS FISCALES APPLICABLES AUX PERSONNEL DE L'AGENCE SPATIALE EUROPÉENNE

La Conférence

Recommande que, pour l'application de l'article XVIII de l'annexe I de la Convention portant création d'une Agence spatiale européenne, l'agence délivre chaque année au Directeur général et aux membres du personnel une attestation destinée à leur administration fiscale et établissant le montant des traitements versés, et que les mêmes dispositions s'appliquent *mutatis mutandis* aux pensions et rentes versées aux anciens Directeurs généraux et aux anciens membres du personnel.

RÉSOLUTION N° 10

RELATIONS AVEC LE CONSEIL DE L'EUROPE

La Conférence,

Ayant pris note du souhait exprimé par le Conseil de l'Europe d'établir des relations avec l'Agence spatiale européenne pour poursuivre celles qui existaient avec le CERS et le CECLES,

Recommande au Conseil de l'Agence spatiale européenne de communiquer le rapport annuel de l'agence au Conseil de l'Europe pour information.

[ITALIAN TEXT — TEXTE ITALIEN]

ATTO FINALE DELLA CONFERENZA DEI PLENIPOTENZIARI PER L'ISTITUZIONE DI UNA AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

1. La Conferenza spaziale europea, nella sua riunione del 20 dicembre 1972, ha deciso che venga istituita una nuova organizzazione, chiamata «Agenzia spaziale europea», derivante dall'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali (CERS) e dall'Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali (CECLES). Il Comitato dei Supplenti della Conferenza spaziale europea ha istituito un Gruppo di lavoro «Agenzia spaziale europea» incaricato di studiare l'attuazione di tale decisione. In base ai dibattiti del Comitato dei Supplenti della Conferenza spaziale europea e del Gruppo di lavoro «Agenzia spaziale europea», il Segretariato della Conferenza spaziale europea ha approntato un progetto di Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea.

2. Nella sua riunione del 31 luglio 1973, la Conferenza spaziale europea ha confermato la sua decisione del 20 dicembre 1972 ed ha approvato, in linea di massima, gli orientamenti dati agli studi. Essa ha approvato il 15 aprile 1975 un progetto di Convenzione.

3. Su convocazione del Governo francese, e dopo consultazione con il Presidente della Conferenza spaziale europea, una Conferenza dei Plenipotenziari per l'istituzione di una Agenzia spaziale europea si è riunita a Parigi il 30 maggio 1975, presso il Ministero degli Affari Esteri.

4. Erano rappresentati:

a. I Governi dei seguenti Stati:

- Da delegati: il Regno del Belgio, il Regno di Danimarca, la Repubblica francese, la Repubblica Federale di Germania, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord, l'Irlanda, la Repubblica italiana, il Regno di Norvegia, il Regno dei Paesi Bassi, la Spagna, il Regno di Svezia e la Confederazione Svizzera;
- Da osservatori: Australia, Repubblica d'Austria,

b. Le Organizzazioni internazionali seguenti: Consiglio d'Europa, Organizzazione europea per le Ricerche spaziali, Organizzazione europea per la Messa a punto e la Costruzione di Vettori spaziali.

5. La Conferenza ha costituito il suo Ufficio di Presidenza come segue:

Presidente: Signor M. d'Ornano (Francia)

Segretario: Signor R. Gibson, direttore generale del CERS

ed ha costituito una Commissione per la verifica dei poteri presieduta dal Signor P. Creola (Svizzera), assistito dal Signor C. Fernández-Espeso (Spagna) e dal Signor E. Winther (Danimarca).

La Conferenza ha approvato il rapporto della Commissione per la verifica dei poteri.

6. La Conferenza ha inteso un rapporto del Presidente della Conferenza spaziale europea sulle misure prese per assicurare l'attuazione delle decisioni della Conferenza spaziale europea del 20 dicembre 1972 e del 31 luglio 1973. Essa ha preso nota in particolare dell'avanzamento dei programmi intrapresi in un quadro europeo comune: il programma del laboratorio spaziale SPACELAB, il programma del satellite marittimo MAROTS e il programma del vettore ARIANE. Essa ha preso

egualmente nota delle Risoluzioni dei Consigli del CERS e del CECLES, nonché delle altre misure prese o da prendere circa il trasferimento dei beni e del personale all'Agenzia spaziale europea in modo da permettere a quest'ultima di assicurare la continuità delle attività e dei programmi in corso.

7. In base alla Risoluzione adottata dalla Conferenza spaziale europea il 15 aprile 1975, la Conferenza dei Plenipotenziari ha adottato il testo della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea. Tale Convenzione comprende cinque allegati che ne formano parte integrante.

8. La Conferenza ha adottato inoltre le dieci Risoluzioni qui unite.

9. La Conferenza ha deciso che la Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea sarà aperta alla firma, il 30 maggio 1975 e lo rimarrà fino al 31 dicembre 1975.

10. La Conferenza ha notato che, conformemente al suo articolo XXI, la Convenzione entrerà in vigore quando i seguenti Stati, che sono membri del CERS o del CECLES, l'avranno firmata e avranno depositato i loro strumenti di ratifica o di accettazione presso il Governo francese: il Regno del Belgio, il Regno di Danimarca, la Repubblica francese, la Repubblica Federale di Germania, il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord, la Repubblica italiana, il Regno dei Paesi Bassi, la Spagna, il Regno di Svezia e la Confederazione svizzera.

RISOLUZIONE N°. 1

FUNZIONAMENTO «DE FACTO» DELL'AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

La Conferenza

Raccomanda ai rappresentanti degli Stati membri nei Consigli del CERS o del CECLES di tenere sedute comuni dal giorno successivo a quello in cui verrà firmato l'Atto finale, agendo così in anticipazione della creazione del Consiglio di una Agenzia spaziale europea.

Raccomanda, per dar modo all'Agenzia di funzionare *de facto* dal giorno sopra citato, che, nell'applicazione delle Convenzioni istitutive del CERS e del CECLES, le disposizioni della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea siano prese in considerazione entro i limiti del possibile.

Invita il Governo francese, nella sua qualità di Governo depositario, a prendere tutte le misure necessarie per convocare, nel termine di un mese dall'entrata in vigore della Convenzione, la prima sessione del Consiglio dell'Agenzia.

RISOLUZIONE N°. 2

RILEVAZIONE DEI DIRITTI E DELLE OBBLIGAZIONI DEL CECLES

La Conferenza,

Considerando da una parte che, ai termini dell'articolo XIX della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea, quest'ultima rileverà l'insieme dei diritti e delle obbligazioni del CERS e del CECLES, e d'altra parte che la liquidazione attualmente in corso dei programmi del CECLES proseguirà;

Raccomanda ai Consigli del CERS e del CECLES, che siedono in comune e agiscono in anticipazione della creazione del Consiglio dell'Agenzia spaziale europea, di esaminare, appena possibile e in ogni caso prima dell'entrata in vigore della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea, un inventario particolareggiato dei diritti e delle obbligazioni del

CECLES che potrebbero essere utili alle attività e ai programmi dell'Agenzia spaziale europea e che in conseguenza potrebbero essere rilevati dal CERS funzionante sotto il nome di «Agenzia spaziale europea», in attesa dell'entrata in vigore della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea.

Nota che i diritti e le obbligazioni del CECLES, non compresi nell'inventario particolareggiato sopra indicato, non saranno rilevati dal CERS e che tutti i costi da essi derivanti saranno a carico degli Stati membri dell'Agenzia spaziale europea i quali, come Stati membri del CECLES, ne sopportano l'onere al momento dell'entrata in vigore della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea.

RISOLUZIONE N°. 3

ORGANI SUSSIDIARI DELL'AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

La Conferenza

Constata che l'importanza dei compiti assegnati al Consiglio dell'Agenzia spaziale europea implica che esso sia assistito, in un certo numero di settori, da organi sussidiari;

Considera che l'assistenza data da tali organi al Consiglio debba svolgersi in particolare nei settori dell'amministrazione e delle finanze, specialmente dal punto di vista degli aspetti economico e finanziario dei programmi e, nei settori delle attività di base, del programma scientifico e della politica industriale;

Invita il Consiglio a creare gli organi sussidiari necessari, oltre al Comitato del programma scientifico menzionato nella Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea;

Nota che esistono Consigli direttivi di programma competenti per i programmi facoltativi in corso, ma che la Convenzione non impone la creazione di tali Consigli di programma per i programmi facoltativi futuri;

Invita il Consiglio e gli Stati partecipanti ai programmi facoltativi in corso ad esaminare congiuntamente, in breve tempo, tutte le modifiche auspicabili nelle modalità relative al controllo di tali programmi, modifiche che dovranno essere compatibili con lo spirito della Convenzione predetta e con i diritti che gli Accordi vigenti conferiscono agli Stati partecipanti;

Considera che il Consiglio dovrà stabilire le modalità adeguate per il controllo dei programmi facoltativi futuri, tenendo conto particolarmente degli interessi degli utilizzatori.

RISOLUZIONE N°. 4

PROGRAMMI FACOLTATIVI DELL'AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

La Conferenza

Prende atto con soddisfazione del grado di sostegno attualmente accordato dagli Stati membri ai programmi facoltativi in corso;

Ritiene che la vitalità dell'Agenzia spaziale europea presuppone il mantenimento di una larga partecipazione all'insieme dei programmi facoltativi;

Nota l'intenzione degli Stati membri di non rimettere in questione l'accordo sui programmi realizzato nel dicembre 1971 in seno al Consiglio del CERS;

Raccomanda in conseguenza ai Governi di curare che l'Agenzia intraprenda un numero di programmi facoltativi sufficiente ad assicurare la sua vitalità e che il finanziamento di ciascuno di detti programmi sia assicurato dal maggior numero possibile di Stati membri.

RISOLUZIONE N°. 5

PROGRAMMI DI APPLICAZIONI

La Conferenza

Afferma la sua volontà di vedere l'Europa prendere il suo posto sul mercato delle applicazioni spaziali, mediante lo sviluppo di sistemi appropriati;

Considera che i programmi dell'Agenzia spaziale europea debbono facilitare la realizzazione di sistemi operativi che siano accettabili da parte degli utilizzatori e da essi sfruttati;

Riconosce la necessità di una concertazione fra gli utilizzatori in vista della creazione in tempo opportuno degli organismi necessari per realizzare tale obiettivo;

Invita l'Agenzia a organizzare le consultazioni necessarie con gli utilizzatori, sin dalla fase di definizione dei prodotti che essa realizza, allo scopo di creare le condizioni di successo di una politica delle applicazioni spaziali.

RISOLUZIONE N°. 6

VETTORI E ALTRI SISTEMI DI TRASPORTO SPAZIALI

La Conferenza,

Ricordando la decisione presa dalla Conferenza spaziale europea il 20 dicembre 1972, di intraprendere i programmi ARIANE e SPACELAB,

Considerando che gli Stati membri hanno effettuato di conseguenza investimenti importanti per lo sviluppo di tali vettori e sistemi di trasporto spaziali,

Afferma che gli Stati membri convengono di accordare la preferenza ai prodotti sviluppati nell'ambito dei programmi dell'Organizzazione europea per le Ricerche spaziali e dell'Agenzia spaziale europea, e di promuovere la loro utilizzazione;

Raccomanda di conseguenza che l'Agenzia, conformemente alle disposizioni dell'articolo VIII della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea, si sforzi di concepire le sue missioni e di definire le caratteristiche tecniche dei satelliti e di altri sistemi spaziali che essa realizza, in modo da assicurare la più ampia utilizzazione dei vettori e altri sistemi di trasporto spaziali esistenti in Europa.

RISOLUZIONE N°. 7

UTILIZZAZIONE DEL POTENZIALE E DELLE INSTALLAZIONI DEGLI STATI MEMBRI

La Conferenza,

Riconoscendo la necessità di utilizzare di preferenza il potenziale e le installazioni sviluppati dall'Agenzia spaziale europea, o che sono di sua proprietà, nonché la necessità di evitare la creazione in Europa di installazioni esuberanti,

Invita l'Agenzia a utilizzare, quando ne ha bisogno, il potenziale e le installazioni degli Stati membri, con riserva che ciò sia giustificato da considerazioni economiche;

Ammette il principio che, nel caso in cui un'attività o un programma dell'Agenzia faccia ricorso a tale potenziale o a tali installazioni, le spese risultanti sono sostenute dal bilancio appropriato dell'Agenzia e gli Stati partecipanti convengono caso per caso la composizione di queste spese e le modalità del loro calcolo;

Invita l'Agenzia ad adottare le disposizioni adeguate.

RISOLUZIONE N° 8

UTILIZZAZIONE DELLE LINGUE

La Conferenza,

Considerando la necessità di disciplinare, prima della firma della Convenzione istitutiva di una Agenzia spaziale europea, la questione dell'utilizzazione futura delle lingue nell'ambito dell'Agenzia;

Tenendo conto, da una parte, del desiderio di facilitare agli Stati membri la presentazione dei loro punti di vista in seno agli organi deliberanti dell'Agenzia e, d'altra parte, di dare all'Agenzia le regole di procedura che garantiscano sia l'efficacia dei suoi lavori, sia l'impiego economico dei suoi fondi;

Conviene che si applicheranno all'Agenzia le seguenti regole:

1. Per quanto riguarda le riunioni di ogni organo, comitato o gruppo di lavoro dell'Agenzia, potranno essere utilizzate le lingue francese, inglese e tedesca e l'interpretazione sarà assicurata in queste tre lingue.

2. Per quanto riguarda i documenti, si applicheranno le seguenti disposizioni:

- a. I documenti ufficiali dell'Agenzia con l'indicativo del Consiglio, di uno dei suoi organi sussidiari o di un gruppo di lavoro saranno pubblicati in francese, inglese e tedesco;
- b. Tutti gli altri documenti redatti dall'Agenzia saranno pubblicati in francese ed in inglese;
- c. I documenti di carattere scientifico, tecnico, giuridico o amministrativo emanati dagli Stati membri dovranno essere indirizzati all'Agenzia, preferibilmente in francese o in inglese, ma potranno essere inviati all'Agenzia in ogni altra lingua di uno Stato membro.

3. Inoltre, nelle riunioni del Consiglio o dei suoi organi sussidiari, nel corso delle quali saranno discusse le questioni relative al programma Spacelab, potrà essere utilizzata la lingua italiana e ne sarà assicurata l'interpretazione; i documenti ufficiali dell'Agenzia con l'indicativo del Consiglio o di uno dei suoi organi sussidiari e concernenti questo programma, saranno pubblicati egualmente in italiano.

4. A domanda della Delegazione di uno Stato membro, saranno presi accordi per l'utilizzazione di ogni lingua di questo Stato membro non indicata ai paragrafi 1, 2, a e 2, b in una delle riunioni previste al paragrafo 1, o per la traduzione in tale lingua di uno dei documenti indicati al paragrafo 2, a o 2, b, nell'intesa che una tale domanda sarà avanzata solamente per una riunione o un documento che rivesta un interesse particolare per questo Stato membro.

5. L'Agenzia redigerà normalmente la sua corrispondenza in francese o in inglese. Le Delegazioni indirizzeranno la propria corrispondenza all'Agenzia, preferibilmente, in francese o in inglese, ma, se lo riterranno utile, esse potranno farlo in ogni altra lingua di uno Stato membro.

Sottolinea, che l'applicazione delle regole suddette, così come inteso, non deve comportare un aumento dei lavori di traduzione destinati all'uso interno dell'Agenzia;

Esprime il pressante voto che, come in passato, gli Stati membri usino queste facilitazioni sforzandosi di ridurre al minimo le spese supplementari e le complicazioni amministrative;

Raccomanda che gli accordi relativi all'utilizzazione delle lingue siano riconsiderati dal Consiglio dell'Agenzia se, a qualsiasi momento, appaia che viene fatto un uso eccessivo delle citate facilitazioni da parte delle Delegazioni.

RISOLUZIONE N°. 9

DISPOSIZIONI FISCALI APPLICABILI AL PERSONALE DELL'AGENZIA SPAZIALE EUROPEA

La Conferenza

Raccomanda che, per l'applicazione dell'articolo XVIII dell'allegato I alla Convenzione istitutiva di un'Agenzia spaziale europea, l'Agenzia rilasci ogni anno al Direttore Generale e ai membri del personale un'attestazione destinata alla loro amministrazione fiscale e portante il totale degli emolumenti versati e che le stesse disposizioni si applichino *mutatis mutandis* alle pensioni e alle rendite versate ai Direttori Generali e ai membri del personale, dopo la cessazione del loro servizio.

RISOLUZIONE N°. 10

RELAZIONI CON IL CONSIGLIO D'EUROPA

La Conferenza,

Avendo preso nota del desiderio espresso dal Consiglio d'Europa di stabilire delle relazioni con l'Agenzia spaziale europea per proseguire quelle che esistevano con il CERS e con il CECLES,

Raccomanda al Consiglio dell'Agenzia spaziale europea di comunicare per informazione al Consiglio d'Europa il Rapporto annuale dell'Agenzia.

[DUTCH TEXT — TEXTE NÉERLANDAIS]

SLOTAKTE VAN DE CONFERENTIE VAN GEVOLMACHTIGDEN TOT OPRICHTING VAN EEN EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

1. De Europese Ruimteconferentie heeft op haar vergadering van 20 december 1972 besloten dat een nieuwe organisatie, «het Europees Ruimte-Agentschap» genaamd, zal worden gevormd uit de Europese Organisatie voor Ruimteonderzoek (ESRO) en de Europese Organisatie voor de ontwikkeling en de vervaardiging van dragers voor ruimtevoertuigen (ELDO). Het Comité van Plaatsvervangers van de Europese Ruimteconferentie heeft een Werkgroep «Europees Ruimte-Agentschap» ingesteld, met de opdracht de uitvoering van dit besluit te bestuderen. Op basis van de besprekingen gehouden in het Comité van Plaatsvervangers van de Europese Ruimteconferentie en in de Werkgroep «Europees Ruimte-Agentschap», heeft het Secretariaat van de Europese Ruimteconferentie een Ontwerp-Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap opgesteld.

2. De Europese Ruimteconferentie heeft op haar vergadering van 31 juli 1973 haar besluit van 20 december 1972 bevestigd en haar goedkeuring gehecht aan de hoofdlijnen die bij de studies zijn gevolgd. Zij heeft op 15 april 1975 een Ontwerp-Verdrag goedgekeurd.

3. Op uitnodiging van de Franse regering en na overleg met de Voorzitter van de Europese Ruimteconferentie is te Parijs in het Ministerie van Buitenlandse Zaken op 30 mei 1975 bijeengekomen een Conferentie van Gevolmachtigden tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap.

4. Waren vertegenwoordigd:

a. De regeringen van de volgende Staten:

- door vertegenwoordigers : het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, de Ierse Republiek, de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk der Nederlanden, het Koninkrijk Noorwegen, Spanje, het Koninkrijk Zweden en de Zwitserse Bondsstaat;
- door waarnemers: het Australische Gemenebest, en de Oostenrijkse Republiek.

b. De volgende internationale organisaties: de Raad van Europa, de Europese Organisatie voor Ruimteonderzoek en de Europese Organisatie voor de ontwikkeling en de vervaardiging van dragers voor ruimtevoertuigen.

5. De Conferentie heeft haar Bureau als volgt samengesteld:

President: Mijnheer M. d'Ornano (Frankrijk)

Secretaris: Mijnheer R. Gibson, Directeur-generaal van ESRO

en heeft een Commissie voor het onderzoek van de Geloofsbrieven ingesteld, voorgezeten door Mijnheer P. Creola (Zwitserland), bijgestaan door Mijnheer C. Fernández-Espeso (Spanje) en Mijnheer E. Winther (Denemarken).

De Conferentie heeft het verslag van de Commissie voor het onderzoek van de Geloofsbrieven aangenomen.

6. De Conferentie heeft een verslag aangehoord van de Voorzitter van de Europese Ruimteconferentie inzake de maatregelen die zijn getroffen voor de tenuitvoerlegging van de door de Europese Ruimteconferentie op 20 december 1972 en op 31 juli 1973 genomen besluiten. Zij heeft in het bijzonder kennisgenomen van de

vorderingen van de programma's in gezamenlijk Europees verband in uitvoering genomen: het programma voor het ruimtelaboratorium Spacelab, het programma voor de maritieme satelliet Marots en het programma voor de draagraket Ariane. Zij heeft tevens kennis genomen van de Resoluties van de ESRO-Raad en de ELDO-Raad en van de andere reeds genomen of nog te nemen maatregelen betreffende de overdracht van het vermogen en het personeel aan het Europees Ruimte-Agentschap, ten einde dit in staat te stellen de werkzaamheden en lopende programma's voort te zetten.

7. Op basis van de resolutie aangenomen door de Europese Ruimteconferentie op 15 april 1975 heeft de Conferentie van Gevolmachtigden de tekst van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap aangenomen. Bij dit Verdrag behoren vijf bijlagen, die een integrerend deel daarvan vormen.

8. Bovendien heeft de Conferentie de tien aangehechte Resoluties aangenomen.

9. De Conferentie heeft besloten dat het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap zal worden opengesteld voor ondertekening op 30 mei 1975 en tot 31 december 1975 voor ondertekening opengesteld zal blijven.

10. De Conferentie heeft kennisgenomen van het feit dat het Verdrag overeenkomstig artikel XXI in werking treedt wanneer de volgende Staten, die lid zijn van ESRO of ELDO, het hebben ondertekend en hun akte van bekrachtiging of aanvaarding hebben nedergelegd bij de Franse regering: het Koninkrijk België, het Koninkrijk Denemarken, de Bondsrepubliek Duitsland, de Franse Republiek, het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland, de Italiaanse Republiek, het Koninkrijk der Nederlanden, Spanje, het Koninkrijk Zweden en de Zwitserse Bondsstaat.

RESOLUTIE 1

HET «DE FACTO» FUNCTIONEREN VAN HET EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

De Conferentie

Beveelt aan dat de vertegenwoordigers van de Lid-Staten bij de ESRO-Raad en de ELDO-Raad gezamenlijk zitting houden vanaf de datum volgend op die van de ondertekening van de Slotakte, aldus vooruitlopend op de instelling van de Raad van het Europees Ruimte-Agentschap,

Beveelt aan, ten einde het Europees Ruimte-Agentschap in staat te stellen *de facto* te functioneren met ingang van bovengenoemde datum, bij de toepassing van de Verdragen tot oprichting van ESRO en ELDO zoveel mogelijk rekening te houden met de bepalingen van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap,

Nodigt de Franse regering, als depositaris, uit alle maatregelen te nemen, die nodig zijn om de eerste vergadering van de Raad van het Europees Ruimte-Agentschap bijeen te roepen binnen een maand na de inwerkingtreding van het Verdrag.

RESOLUTIE 2

HET OVERNEMEN VAN DE RECHTEN EN VERPLICHTINGEN VAN ELDO

De Conferentie,

Overwegende dat enerzijds volgens het bepaalde in artikel XIX van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap, dit Agentschap alle rechten en verplichtingen van ESRO en ELDO overneemt en dat anderzijds de thans plaatsvindende liquidatie van de ELDO-programma's voortgang vindt,

Beveelt aan dat de ESRO-Raad en de ELDO-Raad die vooruitlopend op de instelling van de Raad van het Europees Ruimte-Agentschap gezamenlijk bijeenkomen, zo spoedig mogelijk, in ieder geval voor de inwerkingtreding van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap, een gedetailleerde lijst van de rechten en verplichtingen van ELDO aan een onderzoek onderwerpen, die van nut zouden kunnen zijn voor de werkzaamheden en programma's van het Europese Ruimte-Agentschap en derhalve zouden kunnen worden overgenomen door ESRO, die haar werkzaamheden voortzet onder de naam «Europees Ruimte-Agentschap», in afwachting van de inwerkingtreding van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap;

Neemt kennis van het feit dat die rechten en verplichtingen van ELDO die niet zijn opgenomen op bovenbedoelde gedetailleerde lijst, niet door ESRO worden overgenomen en dat alle daaruit voortvloeiende kosten worden gedragen door die Lid-Staten van het Europees Ruimte-Agentschap die als Lid-Staten van ELDO deze kosten dragen op het tijdstip dat het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap in werking treedt.

RESOLUTIE 3

ONDERGESCHIKTE ORGANEN VAN HET EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

De Conferentie

Neemt kennis van het feit dat de Raad van het Europees Ruimte-Agentschap, gezein het belang van de hem opgedragen taken, op een aantal terreinen door ondergeschikte organen dient te worden bijgestaan;

Is van mening dat de door deze organen aan de Raad te verlenen medewerking met name dient plaats te vinden op het gebied van het beheer en van de financiën, in het bijzonder ten aanzien van de economische en financiële aspecten van de programma's, alsmede op het gebied van de basiswerkzaamheden, van het wetenschappelijk ke programma en van het industriële beleid;

Verzoekt de Raad de noodzakelijke ondergeschikte organen in te stellen, naast de in het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap bedoelde Commissie voor het Wetenschappelijke Programma;

Neemt kennis van het feit dat er programmeraden bestaan die bevoegd zijn voor de lopende niet-verplichte programma's, doch dat het Verdrag de verplichting tot oprichting van zodanige, raden, wat betreft toekomstige niet-verplichte programma's, niet voorschrijft;

Verzoekt de Raad, alsmede de aan de lopende niet-verplichte programma's deelnemende Staten, op korte termijn gezamenlijk na te gaan of er wijzigingen wenselijk zijn in de werkwijzen voor het houden van toezicht op deze programma's; deze wijzigingen moeten verenigbaar zijn zowel met de geest van het Verdrag als met de rechten die de deelnemende Staten krachtens de bestaande Overeenkomsten genieten;

Is van mening dat de Raad passende maatregelen zal moeten treffen voor het toezicht op toekomstige niet-verplichte programma's, waarbij hij met name rekening dient te houden met de belangen van de gebruikers.

RESOLUTIE 4

NIET-VERPLICHTE PROGRAMMA'S VAN HET EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

De Conferentie

Neemt met voldoening kennis van de mate waarin de Lid-Staten thans de lopende niet-verplichte programma's steunen;

Is van mening dat, wil het Europees Ruimte-Agentschap levensvatbaar zijn, er een ruime mate van deelname aan het geheel van de niet-verplichte programma's moet blijven bestaan;

Neemt kennis van het feit dat het in het voornemen van de Lid-Staten ligt het in december 1971 in de ESRO-Raad bereikte akkoord over de programma's niet opnieuw ter discussie te stellen;

Beveelt dientengevolge aan dat de Regeringen ervoor zorg dragen dat het Agentschap voldoende niet-verplichte programma's in uitvoering neemt om zijn levensvatbaarheid te waarborgen, alsmede dat elk van deze programma's wordt gefinancierd door een zo groot mogelijk aantal Lid-Staten.

RESOLUTIE 5

APPLICATIEPROGRAMMA'S

De Conferentie

Bevestigt haar vaste wil, Europa zijn eigen plaats op de markt van de ruimteapplicaties te zien innemen door middel van de ontwikkeling van passende systemen;

Is van mening dat de programma's van het Europees Ruimte-Agentschap de ontwikkeling dienen te vergemakkelijken van operationele systemen die voor de gebruikers aanvaardbaar zullen zijn en door hen zullen worden geëxploiteerd;

Erkent de noodzaak van overleg tussen de gebruikers met het oogmerk tijdig die organen in te stellen, die voor het bereiken van dit doel noodzakelijk zijn;

Verzoekt het Agentschap te dien einde met de gebruikers in overleg te treden, en wel vanaf de definitiefase van de produkten die het in ontwikkeling neemt, ten einde zodoende de voorwaarden te scheppen voor het welslagen van een beleid van de ruimteapplicaties.

RESOLUTIE 6

DRAAGRAKETTEN EN ANDERE RUIMTETRANSPORTSYSTEMEN

De Conferentie,

In herinnering brengend het door de Europese Ruimteconferentie op 20 december [1972] genomen besluit de Ariane- en Spacelab- programma's in uitvoering te nemen,

In aanmerking nemend de daaruit voortvloeiende door de Lid-Staten ten behoeve van de ontwikkeling van deze draagraketten en ruimtetransportsystemen gedane aanzienlijke investeringen,

Bevestigt dat de Lid-Staten het onderling eens zijn, de voorkeur te geven aan en het gebruik te bevorderen van produkten ontwikkeld in het kader van de programma's van de Europese Organisatie voor Ruimte-onderzoek en van het Europees Ruimte-Agentschap;

Beveelt dientengevolge aan dat het Agentschap overeenkomstig de bepalingen van artikel VIII van het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap ernaar dient te streven zijn missies op te zetten en de technische hoedanigheden van de satellieten en andere

ruimtesystemen die het ontwikkelt vast te stellen op een zodanige wijze dat van de in Europa aanwezige draagraketten en andere ruimtetransportsystemen een zo ruim mogelijk gebruik wordt gemaakt.

RESOLUTIE 7

GEBRUIK VAN HET POTENTIEEL EN VAN DE INSTALLATIES VAN DE LID-STATEN

De Conferentie,

Erkennend de noodzaak, de voorkeur te geven aan het gebruik van het potentieel en van de installaties ontwikkeld door of toebehorende aan het Europees Ruimte-Agentschap, alsmede de noodzaak de oprichting van overbodige installaties in Europa te vermijden,

Verzoekt het Agentschap, wanneer dit daaraan behoefte heeft, gebruik te maken van het potentieel en van de installaties van de Lid-Statens, mits overwegingen van economische aard zulks rechtvaardigen;

Aanvaardt het beginsel dat, in de gevallen waarin bij de werkzaamheden of een programma van het Agentschap gebruik wordt gemaakt van dit potentieel en van deze installaties, de daaruit voortvloeiende kosten voor rekening komen van de desbetreffende begroting van het Agentschap, waarbij over de samenstelling en wijze van berekening van die kosten voor ieder geval afzonderlijk door de deelnemende Staten in onderlinge overeenstemming wordt beslist;

Verzoekt het Agentschap de daartoe passende maatregelen te nemen.

RESOLUTIE 8

GEBRUIK VAN DE TALEN

De Conferentie,

Overwegende de noodzaak voor de ondertekening van het Verdrag tot Oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap een regeling te treffen voor het toekomstige gebruik van de talen in dit Agentschap;

Rekening houdend met de wens enerzijds het naar voren brengen van de gezichtspunten van de Lid-Statens in de bestuurslichamen van het Agentschap te vergemakkelijken en anderzijds ten behoeve van het Agentschap praktische regels op te stellen ter waarborging van de doeltreffendheid van zijn werkzaamheden en het economische gebruik van zijn financiën,

Komt overeen dat de volgende regels in het Agentschap van kracht zullen zijn:

1. Wat betreft de vergaderingen van een orgaan, commissie of werkgroep van het Agentschap, kan gebruik worden gemaakt van de Duitse, de Engelse en de Franse taal en zullen de diensten van tolken voor deze drie talen ter beschikking zijn.

2. Wat de documenten betreft, zijn de volgende bepalingen van toepassing:

- a. Officiële documenten van het Agentschap die een codenummer hebben, dat betrekking heeft op de Raad, een van zijn ondergeschikte organen of een werkgroep worden gepubliceerd in het Duits, het Engels en het Frans;
- b. Alle andere documenten van het Agentschap worden in het Engels en het Frans gepubliceerd;
- c. Documenten afkomstig van de Lid-Statens van wetenschappelijke, technische, juridische of administratieve aard dienen bij voorkeur aan het Agentschap in het Engels of het Frans te worden voorgelegd, doch mogen evenwel aan het Agentschap in iedere andere taal die een taal van een Lid-Staat is, worden toegezonden.

3. Bovendien mag tijdens vergaderingen van de Raad of van een van zijn ondergeschikte organen, waar zaken die betrekking hebben op het Spacelab-programma worden besproken, van de Italiaanse taal gebruik worden gemaakt en zullen de diensten van tolken ter beschikking zijn; officiële documenten van het Agentschap die een codenummer hebben van de Raad of van een van zijn ondergeschikte organen en die handelen over dit programma worden eveneens in het Italiaans gepubliceerd.

4. Op verzoek van een delegatie van een Lid-Staat worden voorzieningen getroffen voor het gebruik van de taal van die Lid-Staat niet zijnde een van de talen vermeld in het eerste lid, het tweede lid, letter *a*, en het tweede lid, letter *b*, tijdens een in het eerste lid bedoelde vergadering of voor de vertaling in die taal van een document bedoeld in het tweede lid, letter *a*, of in het tweede lid, letter *b*, met dien verstande dat zulk een verzoek slechts wordt gedaan met betrekking tot een vergadering of een document waarbij die Lid-Staat bijzonder belang heeft.

5. Wat de correspondentie betreft, deze wordt door het Agentschap gewoonlijk in het Engels of het Frans gevoerd. De delegaties dienen aan het Agentschap bij voorkeur in het Engels of het Frans te schrijven, doch wanneer zij van oordeel zijn dat zulks nodig is, mogen zij in iedere andere taal die een taal van een Lid-Staat is, schrijven.

Beklemtoont het feit dat het niet in de bedoeling ligt dat de toepassing van bovengenoemde regels leidt tot vermeerdering van het aantal vertalingen voor intern gebruik binnen het Agentschap;

Spreekt nadrukkelijk de wens uit dat de Lid-Staten, zoals in het verleden steeds het geval is geweest, van deze voorzieningen op een zodanige wijze gebruik maken dat extra kosten en complicaties van administratieve aard tot een minimum worden beperkt;

Beveelt aan dat de regeling betreffende het gebruik van de talen door de Raad van het Agentschap aan een onderzoek wordt onderworpen, indien te eniger tijd mocht blijken dat de delegaties onevenredig veel gebruik maken van de bovenbedoelde voorzieningen.

RESOLUTIE 9

FISCALE BEPALINGEN BETREFFENDE HET PERSONEEL VAN HET EUROPEES RUIMTE-AGENTSCHAP

De Conferentie

Beveelt aan dat het Agentschap, met het oog op de tenuitvoerlegging van artikel XVIII van bijlage I bij het Verdrag tot oprichting van een Europees Ruimte-Agentschap, aan de Directeur-Generaal en aan de personeelsleden ieder jaar ten behoeve van de dienst der belastingen waaronder zij ressorteren, een officiële opgave doet toekomen van het hun aan salaris betaalde bedrag en dat *mutatis mutandis* dezelfde regeling wordt toegepast ten aanzien van aan voormalige Directeuren-Generaal en voormalige personeelsleden betaalde pensioenen en jaargelden.

RESOLUTIE 10

BETREKKINGEN MET DE RAAD VAN EUROPA

De Conferentie,

Kennis genomen hebbende van de door de Raad van Europa geuite wens betrekkingen met het Europese Ruimte-Agentschap aan te knopen ter voortzetting van die welke met ESRO en ELDO zijn onderhouden,

Beveelt aan dat de Raad van het Europees Ruimte-Agentschap het Jaarverslag van het Agentschap ter informatie aan de Raad van Europa doet toekomen.

[SWEDISH TEXT — TEXTE SUÉDOIS]

SLUTAKT FRÅN KONFERENSEN MED BEFULLMÄKTIGADE OMBUD FÖR UPPRÄTTANDE AV ETT EUROPEISKT RYMDORGAN

1. Europeiska rymdkonferensen beslöt den 20 december 1972 att en ny organisation, kallad Europeiska rymdorganet, skulle bildas av Organisationen för europeisk rymdforskning (ESRO) och Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster (ELDO). Europeiska rymdkonferensens ställföreträdarkommitté tillsatte en arbetsgrupp för Europeiska rymdorganet med uppdrag att undersöka hur detta beslut skulle genomföras. På grundval av diskussionerna i Europeiska rymdkonferensens ställföreträdarkommitté och arbetsgruppen för Europeiska rymdorganet sammanställde Europeiska rymdkonferensens sekretariat ett utkast till konvention angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan.

2. Europeiska rymdkonferensen bekräftade den 31 juli 1973 sitt beslut av den 20 december 1972 samt godkände de allmänna riktlinjer utefter vilka studierna inriktades. Ett konventionsutkast godkändes av Europeiska rymdkonferensens ställföreträdarkommitté den 15 april 1975.

3. På inbjudan av Frankrikes regering och efter samråd med Europeiska rymdkonferensens ordförande hölls en konferens med befullmäktigade ombud för upprättande av ett Europeiskt rymdorgan den 30 maj 1975 på utrikesministeriet i Paris.

4. Följande var företrädarna:

a. regeringarna i följande stater,

— företrädarna av ombud: Konungariket Belgien, Konungariket Danmark, Franska Republiken, Irland, Italienska Republiken, Konungariket Nederländerna, Konungariket Norge, Schweiziska Edsförbundet, Spanien, Förenade Konungariket Storbritannien och Nordirland, Konungariket Sverige samt Förbundsrepubliken Tyskland;

— företrädarna av observatörer: Australiska Statsförbundet, samt Österrikiska Republiken;

b. Europarådet, Organisationen för europeisk rymdforskning samt Europeiska organisationen för utveckling och tillverkning av bärraketer för rymdfarkoster.

5. Konferensen utsåg följande presidium:

ordförande: Herr M. d'Ornano (Frankrike)

sekreterare: Herr R. Gibson, ESRO:s General direktör

och tillsatte en fullmaktskommitté under ordförandeskap av Herr P. Creola (Schweiz), biträdd av Herr C. Fernández-Espeso (Spanien) och Herr E. Winther (Danemark)

Konferensen antog fullmaktskommitténs rapport.

6. Konferensen tog del av en rapport av ordföranden i Europeiska rymdkonferensen rörande de mått och steg som vidtagits för att genomföra Europeiska rymdkonferensens beslut den 20 december 1972 och den 31 juli 1973. Den uppmärksammade särskilt framstegen med de program som genomförts inom en gemensam europeisk ram: rymdlaboratorieprogrammet SPACELAB, maritima satellitprogrammet MAROTS och bärraketprogrammet ARIANE. Den uppmärksammade också resolutionerna av ESRO:s och ELDO:s råd och övriga mått och steg som vidtagits eller

som skall vidtagas för att överföra tillgångar och personal till Europeiska rymdorganet i syfte att medgiva kontinuitet i pågående verksamheter och program.

7. På grundval av den resolution som hade antagits den 15 april 1975 av den Europeiska rymdkonferensen antog konferensen med befullmäktigade ombud texten till konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan. Konventionen inbegriper fem bilagor som utgör en integrerande del av den.

8. Härutöver antog konferensen de tio bifogade resolutionerna.

9. Konferensen beslöt att konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan skulle öppnas för undertecknande den 30 maj 1975 och hållas öppen för undertecknande till den 31 december 1975.

10. Konferensen uppmärksammade att konventionen enligt artikel XXI träder i kraft när följande stater, som är medlemmar av ESRO eller ELDO, undertecknat den och deponerat sina ratifikations- eller godkännandeinstrument hos Frankrikes regering: Konungariket Belgien, Konungariket Danmark, Franska Republiken, Italienska Republiken, Konungariket Nederländerna, Schweiziska Edsförbundet, Spanien, Förenade Konungariket Storbritannien och Nordirland, Konungariket Sverige samt Förbundsrepubliken Tyskland.

RESOLUTION Nr 1

RYMDORGANETS DE FACTO-VERKSAMHET

Konferensen

Rekommenderar att företrädare för medlemsstater i ESRO:s och ELDO:s råd sammanträder gemensamt från och med dagen efter den dag slutakten undertecknats i förväg förverkligande rymdorganets råd,

Rekommenderar, för att göra det möjligt för rymdorganet att *de facto* verka från nyssnämnda dag, att vid tillämpningen av de konventioner genom vilka ESRO och ELDO upprättats, hänsyn tas i största möjliga omfattning till bestämmelserna i konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan,

Anmodar Frankrikes regering såsom depositarieregering att vidtaga alla nödvändiga mått och steg för att kalla samman rymdorganets första rådsmöte inom en månad efter konventionens ikraftträdande.

RESOLUTION Nr 2

ÖVERTAGANDE AV ELDO:S RÄTTIGHETER OCH FÖRPLIKTELSE

Konferensen

Som anser, å ena sidan, att enligt artikel XIX i konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan detta skall övertaga alla ESRO:s och ELDO:s rättigheter och förpliktelser samt, å den andra, att pågående avveckling av ELDO:s program skall fortsätta,

Rekommenderar ESRO:s och ELDO:s råd, som sammanträder gemensamt och vilka i förväg förverkligar upprättandet av rymdorganets råd, att snarast möjligt och i varje fall före ikraftträdandet av konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan granska en detaljerad förteckning över de ELDO:s rättigheter och förpliktelser som kan bli till nytta för rymdorganets verksamhet och program och därför skulle kunna övertagas av ESRO som bedriver sin verksamhet under namnet «Europeiska rymdorganet» i avvaktan på ikraftträdandet av konventionen om upprättande av ett Europeiskt rymdorgan,

Beaktar att de av ELDO:s rättigheter och förpliktelser som inte tagits med i den ovan angivna detaljerade förteckningen inte kommer att övertagas av ESRO och att kostnaderna för dessa skall bäras av de medlemsstater i rymdorganet som i egenskap av medlemsstater i ELDO bär dem när konventionen om upprättande av ett Europeiskt rymdorgan träder i kraft.

RESOLUTION Nr 3

RYMDORGANETS UNDERLYDANDE ORGAN

Konferensen

Beaktar att, med hänsyn till betydelsen av de uppgifter som anförtrots rymdorganets råd, detta bör biträdas av underlydande organ på ett antal områden,

Anser att det biträde som lämnas rådet av sådana organ bör förekomma särskilt inom områdena för administration och finanser, speciellt med hänsyn till programmens ekonomiska och finansiella aspekter, och inom områdena för basverksamhet, det vetenskapliga programmet samt industripolitik,

Anmodar rådet att upprätta erforderliga underlydande organ utöver den kommitté för det vetenskapliga programmet som omnämns i konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan,

Beaktar att programstyrelser finns för pågående fakultativa program men att konventionen inte kräver att sådana styrelser skapas för framtida fakultativa program,

Anmodar rådet och de i löpande program deltagande staterna att vid en snar tidpunkt tillsammans överväga önskvärda ändringar i tillvägagångssättet vid utövandet av uppsikten över dessa program, vilka ändringar skall stämma överens både med denna konventions anda och med de deltagande staternas rättigheter enligt de gällande arrangemangen,

Anser att rådet måste vidtaga lämpliga åtgärder för att utöva uppsikt över framtida fakultativa program med särskilt beaktande av avnämningens intressena.

RESOLUTION Nr 4

RYMDORGANETS FAKULTATIVA PROGRAM

Konferensen

Konstaterar med tillfredsställelse den omfattning i vilken medlemsstaterna för närvarande stöder pågående fakultativa program,

Anser att det krävs ett fortsatt omfattande deltagande i den fakultativa programverksamheten i dess helhet om rymdorganet skall vara livsdugligt,

Konstaterar att medlemsstaterna inte avser ifrågasätta den programöverenskommelse som träffades i ESRO:s råd i december 1971,

Rekommenderar följaktligen att regeringarna tillser att rymdorganet genomför tillräckligt antal fakultativa program för att säkerställa dess livsduglighet, och att varje sådant program finansieras av största möjliga antal medlemsstater.

RESOLUTION Nr 5

TILLÄMPNINGSPROGRAM

Konferensen

Bekräftar sin fasta föresats att sörja för att Europa ikläder sig sin roll på rymdtillämpningsmarknaden genom att utveckla lämpliga system,

Anser att Europeiska rymdorganets program måste befordra utvecklandet av operativa system som kan godtagas och drivas av avnämarna,

Erkänner behovet av konsultationer mellan avnämarna i syfte att i god tid inrätta de organ som krävs för att uppnå detta mål,

Anmodar rymdorganet att organisera erforderliga konsultationer med avnämarna redan från definitionsfasen för produkter, som det utvecklar, för att skapa förutsättningar för ett framgångsrikt resultat av en rymdtillämpningspolitik.

RESOLUTION Nr 6

BÄRRAKETER OCH ANDRA RYMDTRANSPORTSYSTEM

Konferensen,

Som erinrar om Europeiska rymdkonferensens beslut den 20 december 1972 att påbörja ARIANE- och SPACELAB-programmen,

Som beaktar de därav följande betydande investeringar som medlemsstaterna gjort för utvecklandet av dessa bärraketer och rymdtransportsystem,

Bekräftar att medlemsstaterna samtycker till att ge företräde åt och främja användningen av produkter utvecklade inom ramen för de program som utförs av Organisationen för europeisk rymdforskning och rymdorganet,

Rekommenderar följaktligen att rymdorganet, i överensstämmelse med artikel VIII i konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan, skall sträva efter att planera sina projekt och att definiera tekniska karakteristika för de satelliter och andra rymdsystem som det utvecklar sått största möjliga bruk görs av de bärraketer och andra rymdtransport-system som finns i Europa.

RESOLUTION Nr 7

ANVÄNDNING AV MEDLEMSSTATERS POTENTIAL OCH ANLÄGGNINGAR

Konferensen,

Som erkänner behovet att lämna företräde åt användningen av den potential och de anläggningar som utvecklats av rymdorganet eller vilka tillhör det liksom behovet att undvika att uppföra överflödiga anläggningar i Europa,

Anmodar rymdorganet att vid behov göra bruk av medlemsstaternas potential och anläggningar, förutsatt att det föreligger ekonomiska skäl härför,

Godtager principen att när en rymdorganets verksamhet eller dess program gör bruk av sådan potential eller sådana anläggningar, kostnaderna härför skall bestridas från rymdorganets vederbörande budget samt att sammansättningen av och beräkningsmetoden för dessa kostnader skall överenskommas mellan de deltagande staterna från fall till fall,

Anmodar rymdorganet att vidtaga lämpliga åtgärder.

RESOLUTION Nr 8

ANVÄNDANDE AV SPRÅK

Konferensen,

Som anser det nödvändigt att, före undertecknandet av konventionen om upprättande av ett Europeiskt rymdorgan, avgöra frågan om den framtida användningen av språk i rymdorganet,

Som tar hänsyn till önskvärdheten av att, å ena sidan, underlätta medlemsstaternas framläggande av synpunkter i rymdorganets underordnade organ och, å andra sidan, förse rymdorganet med procedurregler som säkerställer effektiviteten i dess arbete och en ekonomisk användning av dess tillgångar,

Är överens om att följande regler skall äga tillämpning för rymdorganet:

1. I vad avser möten med organ, kommitté eller arbetsgrupp till rymdorganet får engelska, franska eller tyska användas; tolkning ombesörjes till dessa trenne språk.

2. I vad avser dokument gäller följande bestämmelser:

a. Rymdorganets officiella dokument försedda med referensnummer som hänför sig till rådet, något av dess underordnade organ eller en arbetsgrupp utgives på engelska, franska och tyska;

b. Alla andra rymdorganets dokument utgives på engelska och franska;

c. Medlemsstaters dokument av vetenskaplig, teknisk, rättslig eller administrativ art, skall företrädesvis tillställas rymdorganet på engelska eller franska men får tillställas rymdorganet på varje annat språk i medlemsland.

3. Dessutom får, i möten med rådet eller med något av dess underordnade organ vid vilka frågor med avseende på Spacelab-programmet diskuteras, italienska användas och tolkning ombesörjas; officiella rymdorgansdokument hänförliga till detta program och med referensnummer avseende rådet eller något av dess underordnade organ utges ävenledes på italienska.

4. På begäran av en medlemsstats delegation skall anstalter vidtagas för användande av varje annat språk i denna medlemsstat som ej avses i stycke 1, 2, *a* och 2, *b* i möte som avses i stycke 1, eller för översättning till detta språk av dokument som avses i styckena 2, *a* och 2, *b*; sådan begäran kan endast avse möte eller dokument av vilka vederbörande medlemsstat har särskilt intresse.

5. Rymdorganets korrespondens avfattas i regel på engelska eller franska. Delegationer skall skriva till rymdorganet företrädesvis på engelska eller franska, men får, om de så finner lämpligt, använda annat medlemslands språk.

Betonar att det ej är avsett att tillämpningen av ovan angivna regler skall leda till en ökning av översättningar för rymdorganets interna bruk,

Uttrycker en stark önskan att, liksom tidigare, medlemsstater begagnar sig av dessa möjligheter på ett sätt så att extra utgifter och administrativa försvårande omständigheter reduceras till ett minimum,

Rekommenderar att de anstalter som vidtagits med avseende på språken skall ses över av rymdorganets råd om det vid någon tidpunkt synes att delegationer gör oproportionerligt bruk av ovan nämnda möjligheter.

RESOLUTION Nr 9

SKATTEBESTÄMMELSER TILLÄMPLIGA FÖR RYMDORGANETS PERSONAL

Konferensen

Rekommenderar att, vid tillämpningen av artikel XVIII i bilaga I till konventionen angående upprättande av ett Europeiskt rymdorgan, rymdorganet varje år förser generaldirektören och personalen med intyg, avsedda för dessas skattemyndigheter och utvisande utbetalda löner, samt att samma ordning tillämpas *mutatis mutandis* för pensioner och livräntor som utbetalas till tidigare generaldirektörer och personal.

RESOLUTION Nr 10

FÖRBINDELSER MED EUROPARÅDET

Konferensen

Som har beaktat Europarådets önskan att upprätta förbindelser med rymdorganet såsom fortsättning på dem det har med ESRO och ELDO,

Rekommenderar att rymdorganets råd för kännedom tillställer Europarådet den årliga verksamhetsberättelsen för rymdorganet.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten diese Schlussakte unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Paris, am 30. Mai 1975, in deutscher, englischer, französischer, italienischer, niederländischer, schwedischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermassen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv der französischen Regierung hinterlegt wird; diese übermittelt den Unterzeichnerstaaten dieser Schlussakte und den Staaten, die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens werden, beglaubigte Abschriften.

IN WITNESS WHEREOF, the plenipotentiaries have signed this Final Act.

DONE at Paris on 30 May 1975 in the German, English, Spanish, French, Italian, Dutch and Swedish languages, all these texts being equally authentic, in a single original, which shall be deposited in the archives of the Government of France, which shall transmit certified copies to the States having signed this final act and to the States that become parties to the Convention.

EN FE DE LO CUAL los plenipotenciarios han firmado la presente Acta final.

HECHO en Paris, el 30 de mayo de 1975, en los idiomas alemán, español, francés, holandés, inglés, italiano y sueco, haciendo igualmente fe todos estos textos, en un único ejemplar original, que será depositado en los archivos del Gobierno francés, el cual expedirá copias certificadas conformes a los Estados signatarios de la presente acta final así como a los Estados que lleguen a ser parte en el Convenio.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires ont signé le présent Acte final.

FAIT à Paris, le 30 mai 1975, dans les langues allemande, anglaise, espagnole, française, italienne, néerlandaise et suédoise, tous ces textes faisant également foi, en un exemplaire unique qui sera déposé dans les archives du Gouvernement français, lequel en délivrera des copies certifiées conformes aux Etats signataires du présent acte final ainsi qu'aux Etats qui deviennent parties à la Convention.

IN FEDE DI CHE, i plenipotenziari hanno firmato il presente Atto finale.

FATTO a Parigi, il 30 maggio 1975, nelle lingue tedesca, inglese, spagnola, francese, italiana, olandese e svedese, questi testi facendo tutti ugualmente fede, in un unico esemplare originale che verrà depositato negli archivi del Governo francese, il quale ne rilascerà copie certificate conformi agli Stati firmatari del presente atto finale nonchè agli Stati che divengono parti contraenti della Convenzione.

TEN BLIJKE WAARVAN de gevolmachtigden deze Slotakte hebben ondertekend.

GEDAAN te Parijs, op 30 mei 1975, in de Duitse, Engelse, Franse, Italiaanse, Nederlandse, Spaanse en Zweedse taal, zijnde al deze teksten gelijkelijk authentiek, in één enkel exemplaar, dat zal worden nedergelegd in het archief van de Franse Regering, die daarvan gewaarmerkte afschriften doet toekomen aan de Staten die dere slotakte ondertekenen, alsmede aan de Staten die zich bij het verdrag aansluiten.

TILL BEKRÄFTELSE VARAV befullmäktigade underskrivit slutakten.

SOM SKEDDE i Paris den 30 maj 1975 på tyska, engelska, spanska, franska, italienska, holländska och svenska språken vilka samtliga har samma vitsord, i ett enda original som skall deponeras i franska regeringens arkiv och denna skall tillstålla signatärstaterna till denna slutakt och stater som tillträder konventionen bestyrkta avskrifter härav.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Por la República Federal de Alemania
Pour la République fédérale d'Allemagne
Per la Repubblica federale di Germania
Voor de Bondsrepubliek Duitsland
För Förbundsrepubliken Tyskland

HANS MATTHÖFER

Für das Königreich Belgien
For the Kingdom of Belgium
Por el Reino de Bélgica
Pour le Royaume de Belgique
Per il Regno del Belgio
Voor het Koninkrijk België
För Konungariket Belgien

DE KERCHOVE DE DENTERGHEM

Für das Königreich Dänemark
For the Kingdom of Denmark
Por el Reino de Dinamarca
Pour le Royaume du Danemark
Per il Regno della Danimarca
Voor het Koninkrijk Denemarken
För Konungariket Danmark

PAUL FISCHER

Für den Spanischen Staat
For Spain
Por España
Pour l'Espagne
Per la Spagna
Voor Spanje
För Spanien

MIGUEL MARÍA DE LOJENDIO E IRURE

Für die Französische Republik
For the French Republic
Por la República Francesa
Pour la République française
Per la Repubblica francese
Voor de Franse Republiek
För Franska Republiken

MICHEL D'ORNANO

Für Irland
For Ireland
Por Irlanda
Pour l'Irlande
Per Irlanda
Voor Ierland
För Irland

HUGH MC CANN

Für die Italienische Republik
For the Italian Republic
Por la República Italiana
Pour la République italienne
Per la Repubblica italiana
Voor de Italiaanse Republiek
För Italienska Republiken

MARIO PEDINI

Für das Königreich Norwegen
For the Kingdom of Norway
Por el Reino de Noruega
Pour le Royaume de Norvège
Per il Regno di Norvegia
Voor het Koninkrijk Noorwegen
För Konungariket Norge

HAAKON NORD

Für das Königreich der Niederlande
For the Kingdom of the Netherlands
Por el Reino de los Países Bajos
Pour le Royaume des Pays-Bas
Per il Regno dei Paesi Bassi
Voor het Koninkrijk der Nederlanden
För Konungariket Nederländerna

J. A. DE RANITZ

Für das Vereinigte Königreich Grossbritannien und Nordirland
For the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland
Por el Reino Unido de Gran Bretaña e Irlanda del Norte
Pour le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord
Per il Regno Unito della Gran Bretagna e Irlanda del Nord
Voor het Verenigd Koninkrijk van Groot-Brittannië en Noord-Ierland
För Förenade Konungariket Storbritannien och Nordirland

BESWICK

Für das Königreich Schweden
For the Kingdom of Sweden
Por el Reino de Suecia
Pour le Royaume de Suède
Per il Regno di Svezia
Voor het Koninkrijk Zweden
För Konungariket Sverige

INGEMAR HÄGGLÖF

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft
For the Swiss Confederation
Por la Confederación Suiza
Pour la Confédération suisse
Per la Confederazione Svizzera
Voor de Zwitserse Bondsstaat
För Schweiziska Edsförbundet

PIERRE DUPONT
